



Sitzungsperiode: 2024-2025
Datum: 4. Dezember 2024

PROGRAMMDEKRETVORSCHLAG 2024 (I)

EINGEREICHT VON:
Herrn F. CREMER, Frau S. PAUELS und Frau E. JADIN

INHALTSANGABE

Der Programmdekretvorschlag beinhaltet Abänderungen in folgenden Bereichen:

- Personenbezogene Angelegenheiten
- Kulturelle Angelegenheiten
- Ausbildung und Unterrichtswesen
- Beschäftigung
- Bestattungen und Grabstätten
- Tourismus
- Raumordnung und Städtebau
- Finanzen und Haushalt
- Enteignungen

INHALTSVERZEICHNIS

Begründung.....	3
Allgemeine Erläuterungen	3
Kommentar zu den Artikeln	3
Dekretvorschlag	49
KAPITEL 1 – Personenbezogene Angelegenheiten	49
Abschnitt 1 – Gesundheit.....	49
Abschnitt 2 – Senioren	50
Abschnitt 3 – Familie.....	50
Abschnitt 4 – Soziales	51
Abschnitt 5 – Dienststelle für selbstbestimmtes Leben.....	51
Abschnitt 6 – Jugendhilfe und Jugendschutz.....	52
KAPITEL 2 – Kulturelle Angelegenheiten	64
Abschnitt 1 – Kultur	64
Abschnitt 2 – Jugend.....	66
Abschnitt 3 – Sport	68
Abschnitt 4 – Medien.....	71
Abschnitt 5 – Erwachsenenbildung	72
KAPITEL 3 – Ausbildung und Unterrichtswesen	73
KAPITEL 4 – Übertragene Regionalangelegenheiten	82
Abschnitt 1 – Beschäftigung.....	82
Abschnitt 2 – Bestattungen und Grabstätten	85
Abschnitt 3 – Tourismus	85
Abschnitt 4 – Raumordnung und Städtebau	85
KAPITEL 5 – Finanzen und Haushalt.....	87
KAPITEL 6 – Enteignungen.....	87
KAPITEL 7 – Schlussbestimmungen	88

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Zusammen mit dem im Dokument 38 (2024-2025) Nr. 1 veröffentlichten Programmdekretvorschlag 2024 (II) ersetzt der vorliegende Programmdekretvorschlag 2024 (I) den bisherigen im Dokument 29 (2024-2025) Nr. 1 veröffentlichten Programmdekretvorschlag sowie die diesbezüglich im Dokument 29 (2024-2025) Nr. 2 veröffentlichten Abänderungsvorschläge. Diese Aufsplittung wurde vorgenommen, um zwischen den Bestimmungen, die dringend vor Abschluss des Kalenderjahres 2024 verabschiedet werden müssen (siehe Dokument 38 (2024-2025) Nr. 1), und den übrigen Bestimmungen unterscheiden zu können (siehe vorliegender Programmdekretvorschlag I). Falls erforderlich kann somit das parlamentarische Verfahren zur Diskussion und Abstimmung der Vorschläge entsprechend differenziert werden. Im Rahmen dieser Aufsplittung wurden inhaltlich keine Anpassungen vorgenommen.

Wie es in den letzten Jahren zur gängigen Praxis geworden ist, werden die beiden vorerwähnten Programmdekretvorschläge im Gegensatz zum Sammeldekret im Unterrichtswesen, das von der Regierung hinterlegt wird, über die Fraktionen im Parlament eingereicht.

Weil der vorliegende Programmdekretvorschlag Bestimmungen in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft beinhaltet, wird im Übrigen auf den Kommentar zu den einzelnen Artikeln hingewiesen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Durch eine kürzlich erfolgte Abänderung des föderalen Gesetzes über die Gesundheitspflegeberufe und dessen Ausführungsbestimmungen wurde die Liste der Impfberechtigten erweitert. Zu den Impfberechtigten gehört nunmehr neben dem Arzt auch der Krankenpfleger. Dieser darf folglich Impfungen ohne ärztliche Verordnung der Impfleistung und ohne ärztliche Aufsicht durchführen. Aufgrund dieser Abänderung des föderalen Gesetzes zwingt sich eine Präzisierung unserer eigenen Rechtsgrundlagen im Bereich der Impfstrategie auf.

Artikel 2 und 3

Im Rahmen der COVID-19-Pandemie wurden die Gesundheitsdienstleister oder Impfberechtigten regelmäßig von Personen mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet gebeten, ihre im Ausland erhaltenen Impfungen über Vaccinnet zu registrieren, wenn die betreffende Person die Impfung anhand einer entsprechenden ausländischen Bescheinigung nachweisen konnte. Dadurch hatten diese Personen u. a. die Möglichkeit, ein digitales EU-COVID-Zertifikat vom belgischen Staat zu erhalten.

In dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft genutzten Bestell- und Registrierungssystem, in dem Impfungen registriert werden können, ist eine ähnliche Regelung für weitere, außerhalb des belgischen Staatsgebiets verabreichte Impfungen notwendig. So sollen nun Personen mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet, die eine Impfung außerhalb des belgischen Staatsgebiets erhalten haben, nach Vorlage eines entsprechenden Nachweises bei einem Gesundheitsdienstleister oder Impfberechtigten beantragen können, dass ihre Impfung im in Artikel 10.1.3 des Dekrets zur Gesundheitsförderung vom 1. Juni 2004 vorgesehenen Bestell- und Registrierungssystem registriert wird. Das kann für diese Personen mehrere Vorteile haben, insbesondere die Qualität ihrer Gesundheitsversorgung kann hierdurch erhöht werden, da die behandelnden Gesundheitsdienstleister durch das Vervollständigen der digitalen Gesundheitsakte über mehr Informationen verfügen.

Dieser Artikel soll also Artikel 10.1.7 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention dahin gehend ausweiten, dass Personen, die im Ausland geimpft wurden, diese Impfung ins Bestell- und Registrierungssystem der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf eigenen Wunsch eintragen lassen können. Diese Möglichkeit besteht für alle Impfungen und nicht nur für solche, die im Impfschema vorgesehen sind. Voraussetzung hierfür ist, dass die Person dies bei einem Impfberechtigten oder Dienstleister beantragt und sie anhand eines sachdienlichen Dokuments nachweisen kann, dass die Impfung tatsächlich vorgenommen wurde.

Der Artikel beschreibt, welche Daten hierzu verarbeitet werden dürfen und zu welchen Zwecken diese Verarbeitung erfolgen darf.

Durch die Möglichkeit, im Ausland verabreichte Impfungen eintragen zu können, ist es erforderlich, in Artikel 10.1.9 zu präzisieren, wie lange die aus der Eintragung hervorgehenden Daten aufbewahrt werden dürfen.

Gutachten der Datenschutzbehörde

Die Datenschutzbehörde, die sich am 18. Oktober 2024 anlässlich ihres Gutachtens Nr. 99/2024 über diese Bestimmungen geäußert hat, hatte keine Einwände zur vorgeschlagenen Vorgehensweise. Sie äußerte lediglich die Empfehlung, im neuen Artikel 10.1.7 §1.1 Absatz 2 die Nummer 3, d. h. den Verweis auf den Impfberechtigten im Ausland, zu streichen und in Nummer 2 zu präzisieren, dass es sich um den Impfberechtigten im Ausland handelt. An dieser Stelle ist jedoch anzumerken, dass es sich hier, anders als von der Datenschutzbehörde vermutet, nicht um eine unnötige Wiederholung handelt. Der Grundgedanke dieses Artikels ist, dass eine Person sich im Ausland von einem dortigen Impfberechtigten (Nummer 3) impfen lässt und nachfolgend einen Impfberechtigten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Nummer 2) bittet, diese Impfung einzutragen. Der Verweis auf zwei verschiedene Impfberechtigte hat also ihren Grund und daher wird von der von der Datenschutzbehörde gewünschten Änderung abgesehen.

Weiterhin machte die Behörde erneut darauf aufmerksam, dass nicht auf die Regierung als Verantwortliche zu verweisen ist, sondern auf deren Hauptverwaltung, das Ministerium. Aus Artikel 69 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, der aufgrund von Artikel 51 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Anwendung findet, ergibt sich jedoch, dass, wenn der Dekretgeber der Gemeinschaftsexekutive irgendwelche Befugnisse mit oder ohne Verordnungscharakter übertragen will, diese Ermächtigung nur der Regierung als solcher erteilt werden kann.

Artikel 4

Der Anhang zum Erlass der Regierung vom 26. Februar 1997 über die Anerkennungsbedingungen für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sieht im Kapitel 6 Punkt 2 vor, dass die Bewohnerzimmer eine minimale effektive Fläche von 15 m² betragen müssen, Duschbad in den Zimmern nicht inbegriffen. Für damals bestehende genehmigte Zimmer wurde eine Ausnahmegenehmigung für die Beibehaltung der gegebenen Zimmergröße vorgesehen bis zum 1. Januar 2015, es sei denn, es erfolgt vor diesem Datum ein Umbau der Zimmer.

Das Dekret vom 13. Dezember 2018 verweist für die Planungsgenehmigung auf die Infrastrukturvorgaben, die im Erlass von 1997 präzisiert werden. Alle Zimmer müssten zum jetzigen Zeitpunkt eine Mindestfläche von 15 m² aufweisen. Aktuell werden anlässlich der Bauinspektionen nach Umbau in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren vereinzelte Zimmer ausgemacht, die den Vorgaben der 15 m² nicht entsprechen.

Mit vorliegendem Artikel zur Abänderung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 wird der Regierung die Möglichkeit gegeben, bestehende Situationen bezüglich zu geringer Flächen einzelner Bewohnerzimmer oder einzelner betreuter Wohnungen mit Betriebsgenehmigung unbefristet zu regularisieren, indem eine entsprechende Ausnahmegenehmigung zur Fläche der Zimmer erteilt wird. Dies kann nur im Falle von Umbaumaßnahmen geschehen und nachdem belegt wurde, dass aus infrastrukturellen Gründen keine Möglichkeit existiert, realistisch die Zimmergröße anzupassen. Zudem muss vor dem Umbau eine Betriebsgenehmigung für diese Zimmer vorliegen. Für Neubauten oder Anbauten kann keine Ausnahme ausgesprochen werden.

Artikel 5

Der Beirat für Seniorenunterstützung wird um zwei Personen erweitert, um die Organisation und das Vorgehen bestimmter Beiräte (Senioren, Gesundheit und Menschen mit Beeinträchtigung) gleich zu handhaben.

Bisher war der Vertreter der Regierung als Beauftragter anwesend und der Vertreter des Fachbereichs hatte das Sekretariat inne. Praktisch wird die neue Regelung somit nichts verändern, die Teilnahme und die Rolle beider Vertreter wird somit lediglich formal festgehalten.

Artikel 6

Aktuell besteht keine Möglichkeit der anonymisierten Datenerfassung. Jedoch ist es sinnvoll, eine solche Bestimmung einzuführen, die es der Verwaltung erlaubt, die Nutzung des Pflegegeldes für Senioren in den verschiedenen Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zu prüfen. Die statistische Erfassung der Erhebung des Anteils „Bezieher mit Sozialzuschlag“ erlaubt einen Überblick über die Situation von Senioren mit geringerem Einkommen. Hierbei werden keine personenbezogenen Daten herangezogen.

Artikel 7

Artikel 58 des Dekrets über das Pflegegeld für Senioren sieht vor, dass ein Übergangsbetrag festgehalten wird, der sicherstellt, dass alle Senioren, die im Dezember 2022 Anrecht auf Beihilfe zur Unterstützung von Betagten (BUB) hatten, mindestens denselben Betrag weiter erhalten. Zum Erhalt dieses Betrags waren keine weiteren Bedingungen zu erfüllen, auch nicht die Bedingungen, die das Dekret über das Pflegegeld für Senioren etwa in Artikel 4 vorsieht und die den persönlichen Anwendungsbereich auf solche Senioren einschränkt, die dem belgischen Versicherungssystem unterliegen. Im Rahmen der Europäischen Sozialversicherung ist jedoch vorgesehen, dass Personen Anrecht auf Beihilfen in ihrem Versicherungsland haben. Es wurde festgestellt, dass es unter den Beziehern der ehemaligen BUB Personen gibt, die im Ausland hauptsozialversichert sind und somit dort Anrecht auf Geldleistungen haben. Im Sinne einer einheitlichen Vorgehensweise bei den Beziehern des Pflegegeldes und unter Einhaltung der europäischen Rechtsvorschriften sollen beide Vorgehensweisen vereinheitlicht werden. Personen, die im Ausland hauptsozialversichert sind, sollen ihr Anrecht auf Pflegegeld in ihrem Versicherungsland erwirken. Die Beihilfe an diese Personen endet somit spätestens zum 1. Januar 2025, wird aber nicht für den bereits gezahlten Zeitraum zurückgefordert.

Die gleiche Vorgehensweise gilt für Personen, die eine Beihilfe aufgrund einer Invalidität, eines Arbeitsunfalls oder einer anerkannten Berufserkrankung erhalten. Bereits die vorherige Gesetzgebung sah vor, dass die Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen um diesen Betrag gekürzt wurde. Leider verfügte der FÖD soziale Sicherheit nicht über einen Datenaustausch mit den entsprechenden Behörden und war somit auf die Aussagen der Senioren angewiesen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt jedoch über einen

solchen Datenaustausch. Um auch hier mit Bezug auf die aktuellen Bezieher des Pflegegeldes Gleichheit zu gewährleisten, sollen die Bestimmungen des Artikels 10 Absatz 2 auch auf die ehemaligen BUB-Empfänger Anwendung finden, und zwar ebenfalls ab dem 1. Januar 2025.

Artikel 8

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es eine Vielzahl von Beiräten für das große Themenfeld „Familien- und Sozialpolitik“, deren Themengebiete sich mit denen des Beirats für Familien- und Generationenfragen überschneiden. Hierzu gehören u. a. der Beirat für Kinderbetreuung, der Beirat für Gesundheit und der Beirat für Seniorenunterstützung.

Infolgedessen ist die Identifizierung von Themen, zu denen sich der Beirat in Form von Gutachten, Stellungnahmen und Empfehlungen positionieren kann, in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger geworden. Auch die Formulierung eines klaren Auftrags des Beirats ist kaum noch möglich, da thematische Grenzen immer mehr miteinander verschwimmen und die Mandate in verschiedenen Beiräten zunehmend von den gleichen Organisationen und Vertretern wahrgenommen werden. Somit werden die Aufgaben des Beirats bereits durch andere Beiräte wahrgenommen und sein Mehrwert für die Politik und Bevölkerung ist gering. Dies spiegelt sich auch in der geringen Anzahl anwesender Mitglieder pro Beiratssitzung sowie den wenigen Aktivitäten des Beirates wider.

Dem gegenüber steht ein vergleichsweise hoher administrativer Aufwand seitens der Regierung und der Verwaltung sowie finanzielle Ausgaben in Form von Anwesenheitsgeldern und Fahrtentschädigungen.

Aus den beiden genannten Gründen soll der Beirat für Familien- und Generationenfragen zum Ende seiner aktuellen Mandatsperiode im Juli 2025 aufgelöst und das entsprechende Dekret aufgehoben werden.

Artikel 9

Die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben trifft in Anwendung von Artikel 22 des Dekrets über die Familienleistungen und in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 23. Dezember 2021 über die Feststellung von Beeinträchtigungen bei Kindern im Hinblick auf die Auszahlung des Zuschlags für Kinder mit Beeinträchtigung Beschlüsse über den Grad der Beeinträchtigung von Kindern. Die Beschlüsse der Dienststelle zur Feststellung der Beeinträchtigung sind als getrennt von den Beschlüssen der Verwaltung über die Gewährung und Rückforderung von Familienleistungen zu verstehen. Die Feststellung einer Beeinträchtigung ist weder eine Gewährung des Anrechts noch führt sie automatisch zu einer Gewährung, sie ist nur Vorbedingung hierfür. Folglich handelt es sich nicht um einen Beschluss, der Anlass zu einer etwaigen Einforderung von Familienleistungen im Sinne von Artikel 75 des Dekrets geben kann. Die dort vorgesehene Verjährungsfrist ist demnach nicht anwendbar.

Jedoch ist gemäß Artikel 580 Nummer 8 Buchstabe b) des Gerichtsgesetzbuches das Arbeitsgericht für alle Streitfälle mit Bezug auf dieses Dekret zuständig. In der Tat ist also das Arbeitsgericht für solche Beschlüsse zuständig, da es sich um einen Aspekt mit Bezug zum Dekret über die Familienleistungen handelt.

Bezüglich der Verjährungsfristen hat dies zur Folge, dass in Abwesenheit einer spezifischen Frist die Grundsätze des „früheren Zivilgesetzbuches“ gelten. So ist die 60-Tage-Frist vor dem Staatsrat nicht anwendbar, da das Verfahren vor dem Arbeitsgericht eingeleitet werden muss und die Verfahrensbestimmungen für Nichtigkeitsklagen im koordinierten Gesetz über den Staatsrat nicht anwendbar sind. Gemäß Artikel 2262bis des früheren Zivilgesetzbuchs gilt also für persönliche Klagen eine Verjährungsfrist von zehn Jahren.

Da eine Verjährungsfrist von zehn Jahren unverhältnismäßig lang erscheint, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Familienleistungen nur während drei Jahren eingeklagt werden können, soll eine Einspruchsfrist von drei Monaten in Anlehnung an Artikel 23 Absatz 1 des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der Charta der Sozialversicherten vorgesehen werden.

Artikel 10

Der Rat für Familienleistungen ist auf die Regierung zugegangen und hält eine veränderte Zusammensetzung für sinnvoll, ohne jedoch abgeschafft zu werden.

Artikel 11

Die Verwaltung hat nicht die Kapazitäten, die Anerkennungsbedingung bezüglich der Öffnungszeiten von sozialen Treffpunkten in der Praxis zu prüfen. Aufgrund verschiedener äußerer Umstände ist es den sozialen Treffpunkten zeitweise nicht möglich, die Öffnungszeiten durchgehend zu gewährleisten. Die Anerkennungsbedingung ist zu strikt und die Streichung ermöglicht den sozialen Treffpunkten mehr Flexibilität. Stattdessen wird festgelegt, dass der soziale Treffpunkt zur Aufrechterhaltung der Anerkennung über eine halbe Vollzeitäquivalentstelle als Koordinator verfügen muss.

Artikel 12

Die aktuelle Zuschussform der effektiven Personalkosten bündelt viele Personal- und Zeitressourcen der Verwaltung und der sozialen Treffpunkte zur Berechnung und Abrechnung. Im Sinne des Bürokratieabbaus ist eine Pauschalbezuschussung zu bevorzugen, die sowohl Personal- als auch Funktionskosten umfasst. Dies bedeutet ebenfalls eine Erleichterung für die sozialen Treffpunkte, ihre Kosten nicht mehr in dem aktuellen Detail belegen zu müssen. Ein weiterer Vorteil für die sozialen Treffpunkte ist, dass über die Personal- und Funktionskosten frei verfügt werden kann.

Artikel 13

Gemäß Artikel 13 §2 Absatz 2 des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt wird die Anerkennung des Referenzzentrums für Integration und Migration alle sechs Jahre erteilt und ist erneuerbar. Das Referenzzentrum ist unabhängig und leistet wichtige Arbeit, um Integration und das Zusammenleben in Vielfalt zu fördern. Die Anerkennung auf unbestimmte Dauer führt sowohl aufseiten der Verwaltung als auch aufseiten des Referenzzentrums zu einem erheblichen Abbau von administrativem Aufwand. Es gibt der Organisation ebenfalls Planungssicherheit und ermöglicht Zukunftsperspektiven. Die Begleitung des Beirats für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt wurde bislang durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleistet. Weil es sich bei dem Beirat um ein von der Zivilgesellschaft getragenes Organ handelt, das auch eigene Initiativen ergreift und Projekte durchführt, stellt die Begleitung durch das Referenzzentrum eine Vereinfachung der Funktionsweise im Sinne des Beirats dar.

Artikel 14

Die Begleitung des Beirats für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt wurde bislang durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleistet. Weil es sich bei dem Beirat um ein von der Zivilgesellschaft getragenes Organ handelt, das auch eigene Initiativen ergreift und Projekte durchführt, stellt die Begleitung durch das Referenzzentrum eine Vereinfachung der Funktionsweise im Sinne des Beirats dar.

Artikel 15

Siehe Erläuterungen zur Abänderung von Artikel 13 §2 Absatz 2 des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt

Artikel 16

Im Sinne der Vermittlung aus einer Hand wird das Referat „Beschäftigung“ der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben (hiernach „die Dienststelle“) ab dem 1. September 2024 an das Arbeitsamt übertragen. Es wird in den Fachbereich „Arbeitsvermittlung und sozialberufliche Eingliederung“ integriert und bildet dort das Referat „Inklusive Beschäftigung“.

In diesem Referat wird aktuell die Begleitung im Rahmen der beruflichen Integration umgesetzt und die Gewährung von Ausbildungs- und Beschäftigungsbeihilfen der Dienststelle verwaltet. Bei diesen Beihilfen handelt es sich um die Ausbildung im Betrieb, die Beschäftigung im Betrieb und das Ausbildungspraktikum. Da die Verwaltung dieser Maßnahmen aufgrund der Übertragung des Referats zukünftig im Arbeitsamt wahrgenommen wird, können die Aufgaben aus dem Dekret vom 13. Dezember 2016 gestrichen werden.

Artikel 17

Im Zuge der Umwandlung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben in einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung wurden die Dienstleisterkonferenzen zu eigenständigen Gremien, die direkt von der Regierung eingesetzt werden. Zuvor wurden die Mitglieder durch den Verwaltungsrat der Dienststelle bestellt. Die Zusammensetzung der Dienstleisterkonferenzen wird in diesem Zuge künftig dekretal festgelegt. Um die Kommunikation zwischen den Dienstleistern und der Regierung zu fördern, soll ein Vertreter der Regierung zukünftig neben der Vertretung der Dienststelle, die die Dienstleisterkonferenzen auch logistisch unterstützt, mit beratender Stimme in die Dienstleisterkonferenzen entsendet werden.

Artikel 18 bis 21

Die Bereiche der Jugendhilfe und des Jugendschutzes sind zunehmend mit Herausforderungen konfrontiert, so beispielsweise um (zeitnah) angepasste stationäre Betreuungsplätze für Kinder und Jugendliche zu finden, die aufgrund von besonders komplexen Profilen eine spezialisierte und umfangreiche Betreuung benötigen. Auch Kinder und Jugendliche, die im Rahmen einer Krisenintervention kurzfristig stationär betreut werden müssen, sind auf diese Plätze angewiesen. Gleichzeitig gilt: Die Kinder und Jugendlichen sollen möglichst nah an ihrem Lebensumfeld begleitet und betreut werden.

Deshalb müssen neue Angebote geschaffen werden, um die Handlungsmöglichkeiten im deutschen Sprachgebiet zu erweitern. Dadurch soll verhindert werden, dass Kinder und Jugendliche, die am meisten Hilfe benötigen, durch das Hilfenetz fallen.

Das Dekret vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (hiernach Dekret genannt) schafft die gesetzliche Grundlage, um die Jugendhilfe und den Jugendschutz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedarfs- und zielgerichtet zugunsten von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sowie von jungen Erwachsenen zu gestalten.

Durch den vorliegenden Programmdekretvorschlag wird die Grundlage für die Anerkennung einer neuen Form der Pflegschaft geschaffen, die sogenannte Fachpflegschaft.

Die Einführung der Fachpflegschaft macht eine Abänderung mehrerer Artikel des Dekrets erforderlich. Da sich die Fachpflegschaft von der klassischen Pflegschaft unterscheidet, muss im gesamten Dekret zwischen den Begriffen Pflegschaft und Pflegefamilien einerseits und Fachpflegschaft und Fachpflegefamilien andererseits differenziert werden.

Im gleichen Sinne wird Artikel 3 desselben Dekrets (Begriffsbestimmungen) abgeändert. Diese Abänderung führt die neue Definition von „Fachpflegefamilie“ ein. Außerdem werden hierdurch die Begriffsbestimmungen der „Bereitschaftspflegefamilie“, „Langzeitpflegefamilie“ und „Teilzeitpflegefamilie“ gestrichen, um eine kohärente Terminologie im gesamten Dekret zu gewährleisten.

Artikel 22

Durch diesen Artikel wird der Begriff „zum Grunde“ durch den Begriff „zur Sache“ ersetzt. Diese Abänderung ist notwendig, damit die Terminologie des Dekrets mit der vom Ausschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die deutsche Rechtsterminologie festgelegten Terminologie übereinstimmt.

Artikel 23

Artikel 17 §1 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets wird dahin gehend geändert, dass der Fachbereich Jugendhilfe durch mehrere Mitglieder in der Steuerungsgruppe vertreten sein kann. Es ist beabsichtigt, dass die verschiedenen Aufgabenbereiche – einvernehmliche und gerichtliche Jugendhilfe sowie Jugendschutz – durch Personen vertreten werden, die über das entsprechende Fachwissen verfügen. Damit soll eine effiziente und zielgerichtete Präventionsarbeit gefördert werden. Durch das rückwirkende Inkrafttreten wird eine bestehende Tatsachensituation regularisiert.

Artikel 24 bis 27

Siehe Erläuterungen zur Abänderung der Artikel 1, 3, 10 und 11 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (Schaffung der Fachpflegschaft)

Artikel 28

Um die Bearbeitung der eingehenden Anfragen im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe zu optimieren, arbeitet der Fachbereich Jugendhilfe verstärkt mit externen Dienstleistern zusammen. Diese können nach einer Ersteinschätzung durch den Fachbereich Jugendhilfe und nach Rücksprache mit den Erziehungsberechtigten und gegebenenfalls den Kindern weitere Einschätzungen zu Neuanfragen bzw. weiterführende Beratungen vornehmen. Dies führt zu einer schnelleren und effektiveren Bearbeitung eingehender Anfragen. Durch die Abänderung von Artikel 29 §1 des Dekrets wird die entsprechende Rechtsgrundlage gefestigt.

Artikel 29

Siehe Erläuterungen zur Abänderung der Artikel 1, 3, 10 und 11 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (Schaffung der Fachpflegschaft)

Artikel 30

Artikel 38 des Dekrets legt die Fälle fest, in denen der Jugendrichter oder das Jugendgericht befasst wird, um gerichtliche Jugendhilfemaßnahmen anzuordnen oder zu bestätigen.

Die Möglichkeit für den Prokurator des Königs, den Jugendrichter oder das Jugendgericht direkt zu befassen, wenn eine Jugendhilfemaßnahme für ein Kind vor weniger als einem Jahr beendet wurde und eine neue Maßnahme für dasselbe Kind notwendig erscheint, war bereits im Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen vorgesehen.

Diese Möglichkeit wurde jedoch im Dekret vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz nicht mehr ausdrücklich erwähnt. Nach Rücksprache mit den Justizbehörden wird dieser Fehler durch die Abänderung des Artikels 38 behoben.

Zudem wird in Artikel 38 der Begriff „zum Grunde“ durch den Begriff „zur Sache“ ersetzt (siehe Kommentar zu Artikel 22).

Artikel 31 bis 35

Siehe Erläuterungen zur Abänderung der Artikel 1, 3, 10 und 11 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (Schaffung der Fachpflegschaft)

Artikel 36

Die Artikel 57 §8 und 76 §8 des Dekrets sehen vor, dass die im Rahmen der Vermittlung erstellten Dokumente und Mitteilungen weder in einem Straf-, Zivil-, Verwaltungs- oder Schiedsverfahren noch in einem anderen Verfahren zur Konfliktlösung verwendet werden dürfen und nicht als Beweise zulässig sind, auch nicht in Form eines außergerichtlichen Eingeständnisses. Eine Ausnahme ist vorgesehen, wenn es sich um Dokumente oder Mitteilungen handelt, die den Gerichtsbehörden mit Einverständnis der Parteien übermittelt werden.

Das Einverständnis der Parteien bezieht sich sowohl auf die Weitergabe als auch auf die Verwendung der Informationen. Da dies jedoch aus dem derzeitigen Wortlaut des Absatzes nicht eindeutig hervorgeht, werden die Artikel 57 §8 Absatz 2 sowie 76 §8 Absatz 2 des Dekrets durch den vorliegenden Artikel präzisiert, indem im zweiten Satz ausdrücklich auf das Einverständnis der Parteien Bezug genommen wird.

Artikel 37

Artikel 58 verpflichtet den Prokurator des Königs, den tatverdächtigen Jugendlichen zu Beginn des Verfahrens über die Möglichkeit zu informieren, ein Projekt vorzulegen. Ziel dieser Maßnahme ist es, dem Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, die Verantwortung für seine Taten zu übernehmen, indem er selbst eine wiedergutmachende, angemessene und nützliche Lösung ausarbeitet.

In dringenden Fällen, insbesondere wenn die Staatsanwaltschaft den Jugendrichter mit vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen befassen will, macht es die derzeit in Artikel 58 vorgesehene Frist praktisch unmöglich, eine schnelle, direkte und angemessene Maßnahme zu ergreifen.

So kann es beispielsweise vorkommen, dass Jugendliche festgenommen werden, die gerade einen Diebstahl begangen, jemanden geschlagen oder Drogen an Minderjährige verkauft haben. In diesen Fällen ist ein Projekt nicht zwingendermaßen eine angemessene und zielführende Reaktion auf das Verhalten des Jugendlichen. Sinnvoller könnte die sofortige Befassung des Jugendrichters mit vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen (IPPJ, Begleitung, ...) sein. Wenn jedoch die derzeitige obligatorische Frist von 15 Tagen abgewartet werden muss, ist eine solche Befassung praktisch unmöglich.

Um der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit zu geben, mit entsprechender Begründung von der Pflicht zur Information über das Projekt abzuweichen, wird Artikel 58 durch den vorliegenden Artikel abgeändert.

Das Verfahren wurde an das Verfahren gemäß Artikel 57 angeglichen. Der Prokurator des Königs ist verpflichtet, zu Beginn des Verfahrens zu prüfen, ob ein Projekt durchführbar und angebracht ist. Danach kann der Prokurator des Königs bei begründetem Tatverdacht

dem tatverdächtigen Jugendlichen vorschlagen, ein Projekt vorzulegen. Wenn der Prokurator des Königs kein Projekt vorschlägt, muss er diese Entscheidung begründen. Er kann dann den Jugendrichter oder das Jugendgericht mit Jugendschutzmaßnahmen befassen, ohne eine weitere Frist abwarten zu müssen.

Wenn der Prokurator des Königs ein Projekt vorschlägt, gilt eine Frist von 15 Arbeitstagen, innerhalb derer der Jugendliche den Vorschlag annehmen oder ablehnen kann.

Artikel 38 und 39

Siehe Erläuterungen zur Abänderung der Artikel 1, 3, 10 und 11 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (Schaffung der Fachpflegschaft)

Artikel 40 und 41

Siehe Erläuterungen zur Abänderung von Artikel 12 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (terminologische Korrektur)

Artikel 42

Artikel 70 zählt die Maßnahmen auf, die der Jugendrichter in der Vorbereitungsphase anordnen oder vorschlagen kann. Die Einschränkung der vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen im Vergleich zu den Jugendschutzmaßnahmen zur Sache erklärt sich aus dem Zweck der vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen, der in der Betreuung oder Ermittlung und nicht in der Bestrafung besteht.

Mit der vorliegenden Abänderung werden zwei weitere Maßnahmen hinzugefügt. Der Verbleib des Jugendlichen an seinem gewöhnlichen Lebensort soll unter der Auflage gestattet werden, dass er an einem oder mehreren Ausbildungs- oder Sensibilisierungsmodulen in Bezug auf sein Verhalten teilnimmt oder dass er bestimmte Personen oder Orte für einen bestimmten Dauer meidet.

Diese Maßnahmen dürfen nur zum Zwecke der Ermittlung angeordnet werden. Sie sind nur zulässig, solange die Unschuldsvermutung gilt. Sie dienen dazu, die Persönlichkeit des Jugendlichen kennenzulernen und eine angemessene Maßnahme zur Sache anzuordnen. Dementsprechend werden diese Auflagen nicht unter Artikel 70 §3 Absatz 1 Nummer 2 mit Verweis auf die in Artikel 79 aufgeführten Auflagen (Maßnahmen zur Sache) aufgenommen, sondern gesondert aufgezählt.

Zudem wird in Artikel 70 der Begriff „zum Grunde“ durch den Begriff „zur Sache“ ersetzt (siehe Kommentar zu Artikel 22).

Artikel 43 bis 46

Siehe Erläuterungen zur Abänderung von Artikel 12 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (terminologische Korrektur)

Artikel 47

Gemäß Artikel 74 Absätze 3 und 4 des Dekrets können die Jugendschutzmaßnahmen bis zum Alter von 21 Jahren verlängert werden.

Artikel 75 des Dekrets sieht vor, dass Jugendliche, die vor dem 18. Lebensjahr im Rahmen des Jugendschutzes vom Fachbereich begleitet wurden, die Möglichkeit haben, diese Begleitung bis maximal 21 Jahre zu verlängern.

Im Rahmen dieser Verlängerung können laufende Maßnahmen einvernehmlich verlängert und neue Maßnahmen mit dem jungen Erwachsenen vereinbart werden.

Für das Antragsverfahren wird auf die Artikel 50 ff. verwiesen, die das Verlängerungsverfahren im Rahmen der Jugendhilfe regeln. Dort ist festgelegt, dass der Antrag auf Verlängerung spätestens einen Monat vor Vollendung des 18. Lebensjahres gestellt werden muss.

Diese Frist ist jedoch nicht vereinbar mit Jugendschutzmaßnahmen, die über das 18. Lebensjahr hinaus angeordnet werden.

Um auch diesen jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu geben, die Verlängerung ihrer Begleitung zu beantragen, wird Artikel 75 dahin gehend abgeändert, dass eine besondere Frist vorgesehen wird.

Artikel 48 bis 50

Siehe Erläuterungen zur Abänderung von Artikel 12 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (terminologische Korrektur)

Artikel 51

Siehe Erläuterungen zur Abänderung der Artikel 1, 3, 10 und 11 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (Schaffung der Fachpflegschaft)

Artikel 52

Artikel 88 regelt die Gleichstellung der Anerkennung eines Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieters, die in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Beitrittsland der Europäischen Union erteilt wurde. In §1 Absatz 3 dieses Artikels wird die Regierung ermächtigt, das Gleichstellungsverfahren für die Anerkennung und die Einspruchsmöglichkeiten bei Verweigerung der Gleichstellung festzulegen.

Eine Ermächtigung der Regierung zur Festlegung der Bedingungen für die Gleichstellung ist jedoch nicht vorgesehen. Da nicht beabsichtigt ist, dass ausländische Anerkennungen automatisch gleichgestellt werden, sondern dass zunächst geprüft wird, ob diese Anerkennungen auch den in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geltenden Anerkennungsbedingungen entsprechen, wird der Artikel dahin gehend abgeändert, dass die Regierung die Gleichstellungsbedingungen festlegen kann.

Artikel 53

Der Programmdekretvorschlag schafft im Dekret die Grundlage für die Kontrolle und Inspektion der anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, der Pflegefamilien und der Fachpflegefamilien. Diese Inspektion, die von eigens dafür bestellten Inspektoren durchgeführt wird, ist jedoch nicht mit den in Artikel 89 Absatz 1 Nummer 5 erwähnten Inspektionstreffen mit dem Fachbereich gleichzusetzen. Der Fachbereich prüft in diesem Rahmen lediglich, ob die Anerkennungsbedingungen und die Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung weiterhin erfüllt sind.

Um Missverständnisse zu vermeiden und da diese Treffen in Form eines Dialogs zwischen dem Fachbereich und dem anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter stattfinden und zum Ziel haben, die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern, wird in Artikel 89 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets das Wort „Inspektionstreffen“ durch das Wort „Qualitätsdialog“ ersetzt.

Artikel 54

Artikel 96 regelt das Verfahren zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung als Pflegefamilie, das zur Anwendung kommt, wenn eine oder mehrere Verpflichtungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, nicht mehr erfüllt werden. Auf Grundlage von §2 legt die Regierung das Verfahren fest. Ebenfalls auf Grundlage von §2 können der Fachbereich oder die Gerichtsbehörden während des Aussetzungs- oder Entzugsverfahrens die Pflegschaft beenden. Diese Maßnahme dient dem Schutz der Pflegekinder vor den Folgen einer Nichteinhaltung der Pflichten.

Zum Schutz der Pflegekinder soll auch festgelegt werden, dass die Pflegefamilie während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung oder des Entzugsverfahrens keine neuen Pflegekinder aufnehmen darf. Artikel 96 §2 wird entsprechend ergänzt.

Artikel 55 und 56

Siehe Erläuterungen zur Abänderung der Artikel 1, 3, 10 und 11 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (Schaffung der Fachpflegschaft)

Artikel 57

Es ist beabsichtigt, nicht nur die Bedingungen für die Gleichstellung einer anderen Pflegschaftsvorbereitung oder einer Vorbereitung auf eine andere Form der Aufnahme von Kindern mit der Pflegschaftsvorbereitung festzulegen, sondern auch das diesbezügliche Verfahren. Dieser materielle Fehler wird damit behoben.

Artikel 58

Durch diesen Artikel wird in Kapitel 6 des Dekrets ein neuer Abschnitt 2.1 eingefügt. Dieser Abschnitt enthält die Artikel 104.1 bis 104.9, die den Rahmen für die Anerkennung von Fachpflegefamilien festlegen.

Fachpflegefamilien sind Familien, Paare oder Einzelpersonen, die aufgrund ihrer pädagogischen Qualifikation und ihrer persönlichen Eignung in der Lage sind, Kindern und Jugendlichen mit hohem pädagogischem Betreuungsbedarf im Rahmen ihres privaten Lebensraums einen verlässlichen Lebensort zu bieten. Sie verfügen über besondere erzieherische Kompetenzen und Erfahrungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit besonderen Entwicklungsbeeinträchtigungen und/oder psychosozialen Schwierigkeiten.

Artikel 59 und 60

Diese Artikel fügen einen neuen Unterabschnitt 1, der den Artikel 104.1 umfasst, in Kapitel 6 Abschnitt 2.1 des Dekrets ein. Artikel 104.1 legt den spezifischen Anwendungsbereich von Kapitel 6 Abschnitt 2.1 fest. Dieser Abschnitt gilt für die Anerkennung von Fachpflegefamilien.

Artikel 61

Dieser Artikel fügt einen neuen Unterabschnitt 2, der die Artikel 104.2 bis 104.8 umfasst, in Kapitel 6 Abschnitt 2.1 des Dekrets ein. Unterabschnitt 2 befasst sich mit den Anerkennungsbedingungen und dem Anerkennungsverfahren für Fachpflegefamilien.

Artikel 62

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 104.2 in das Dekret ein.

Jede natürliche Person, die eine Fachpflegschaft im Rahmen des Dekrets übernimmt, muss zu diesem Zweck von der Regierung anerkannt werden. Artikel 104.2 legt somit die Rahmenbedingungen für die Anerkennung von Fachpflegefamilien fest. Diese beziehen sich insbesondere auf die Qualifikation, den Leumund, die arbeitsrechtliche Stellung als Selbstständige, das Lebensumfeld und die Infrastruktur.

Die Regierung wird ermächtigt, die Mindestanforderungen an die Qualifikation und die Bedingungen in Bezug auf die Infrastruktur festzulegen.

Artikel 63

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 104.3 in das Dekret ein. Dieser Artikel regelt das Anerkennungsverfahren für Fachpflegefamilien.

Gemäß §1 müssen natürliche Personen die Pflegschaftsvorbereitung abgeschlossen haben. Kandidaten für eine Fachpflegefamilie können die Anerkennung für die Bereitschaftspflege oder für die Langzeitpflege oder für beide Formen der Fachpflegschaft gleichzeitig erhalten.

Die Anerkennung ist gemäß §2 auf sechs Jahre befristet. Sie ist nicht übertragbar und kann erneuert werden.

§3 legt fest, dass eine Fachpflegefamilie spätestens einen Monat vor Ablauf der Anerkennung einen Antrag auf Erneuerung der Anerkennung stellen muss. Diese Frist soll verhindern, dass eine laufende Fachpflegschaft beendet wird, weil die Anerkennung der Fachpflegefamilie abgelaufen ist.

Schließlich sieht §4 bestimmte Ermächtigungen an die Regierung zur Ausführung des Artikels vor.

Artikel 64

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 104.4 in das Dekret ein.

In diesem Artikel werden die Verpflichtungen festgelegt, die Fachpflegefamilien zusätzlich zu den in Artikel 104.2 genannten Anerkennungsbedingungen erfüllen müssen, um ihre Anerkennung zu behalten. Diese sind für das „Gelingen“ von Fachpflegeverhältnissen und eine optimale fachliche Begleitung und Betreuung des Pflegekindes unerlässlich.

Die Regierung wird ermächtigt, weitere Verpflichtungen für die Aufrechterhaltung der Anerkennung festzulegen.

Artikel 65

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 104.5 in das Dekret ein.

Dieser Artikel verweist auf das in Artikel 96 festgelegte Verfahren zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung, das zur Anwendung kommt, wenn eine oder mehrere der Verpflichtungen, auf denen die Anerkennung beruht, nicht mehr erfüllt werden.

Artikel 66

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 104.6 in das Dekret ein.

Dieser Artikel verweist auf Artikel 97. Der Entzug oder das Ablaufen der Anerkennung hat, unbeschadet der freiwilligen Beendigung der Fachpflegschaft durch die Fachpflegefamilie, die Beendigung aller Fachpflegschaften der betreffenden Fachpflegefamilie zur Folge. Die Regierung legt die diesbezüglichen Verfahren fest.

Artikel 67

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 104.7 in das Dekret ein.

Dieser Artikel verweist auf Artikel 98. Wie die Pflegefamilien erhalten auch die Fachpflegefamilien im Rahmen der Langzeitpflege einen Pflegeelternausweis, um ihren besonderen Status und den des Pflegekinds gegenüber anderen Behörden und bei Auslandsaufenthalten nachweisen zu können. Der Pflegeelternausweis ist ein Dokument, das das Pflegeverhältnis, die rechtliche Grundlage, den Entscheidungsträger, die Dauer der Anerkennung und die Zuordnung der Pflegekinder zu den Pflegeeltern zusammenfassend dokumentiert.

Artikel 68

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 104.8 in das Dekret ein. Dieser Artikel legt die Mindest- und Höchstaufnahmekapazität von Fachpflegefamilien fest. So soll eine Fachpflegefamilie mindestens drei und höchstens sechs Pflegekinder gleichzeitig aufnehmen können.

Die Höchstaufnahmekapazität soll ein „gelingendes“ Pflegeverhältnis sowie eine optimale Begleitung und Betreuung der Pflegekinder gewährleisten, da bei mehr als sechs Pflegekindern die Gefahr besteht, dass die Fachpflegeeltern nicht genügend Zeit haben, um ihre Aufgabe gegenüber jedem einzelnen Kind angemessen zu erfüllen.

Die Mindestaufnahmekapazität von drei Plätzen wird mit der Fachlichkeit der Pflegefamilie begründet. Fachpflegeeltern verfügen aufgrund ihrer Qualifikation über besondere fachliche Kenntnisse und pädagogische Fähigkeiten, die für die Betreuung mehrerer Kinder genutzt werden können. Darüber hinaus macht dieser Betreuungsschlüssel die Fachpflege als selbstständige Tätigkeit finanziell tragfähig. Gleichzeitig wird durch eine Mindestkapazität von drei Plätzen ein Beitrag zur Schaffung neuer Betreuungsplätze geleistet, was dem aktuellen Bedarf in der Jugendhilfe entspricht.

Absatz 2 dieses Artikels sieht die Möglichkeit vor, von der Höchstaufnahmekapazität abzuweichen, wenn der Fachbereich nach einer Situationsanalyse eine positive Stellungnahme abgibt. Damit soll flexibel auf individuelle Situationen reagiert werden können.

Artikel 69

Durch diesen Artikel wird in Kapitel 6 Abschnitt 2.1 des Dekrets ein neuer Unterabschnitt 3 eingefügt. Dieser Unterabschnitt enthält den Artikel 104.9, der den Rahmen für die Pflegschaftsvorbereitung von Fachpflegefamilien festlegt.

Artikel 70

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 104.9 in das Dekret ein. Dieser Artikel sieht vor, dass der Fachbereich prüft, ob die Fachpflegefamilienkandidaten, die sich zur Vorbereitung einschreiben möchten, die in Artikel 104.2 genannten Anerkennungsbedingungen erfüllen.

Die Regierung ist befugt, die Liste der Dokumente festzulegen, die die Fachpflegefamilienkandidaten vorlegen müssen, um sich für die Vorbereitung einschreiben zu können.

Die Artikel 100 (Informationsgespräch), 101 (Fragebogen), 103 (Pflegschaftsvorbereitung) und 104 (Gleichstellung einer Vorbereitung) gelten auch für die Vorbereitung der Fachpflegefamilienkandidaten.

Artikel 71

Durch diesen Artikel wird in Kapitel 6 des Dekrets ein neuer Abschnitt 4 eingefügt. Dieser Abschnitt enthält den Artikel 106.1, der den Rahmen für die Finanzierung von örtlich und zeitlich begrenzten Projekten festlegt.

Artikel 72

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 106.1 in das Dekret ein.

Das Dekret vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz schafft die gesetzliche Grundlage, um die Jugendhilfe und den Jugendschutz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugunsten der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien sowie der jungen Erwachsenen bedarfs- und zielorientiert zu gestalten. Die vorliegende Abänderung folgt dieser Zielsetzung und schafft darüber hinaus die Rahmenbedingungen, um nicht nur den absehbaren Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, sondern auch auf neue, noch unbekannte Herausforderungen flexibel mit bedarfsgerechten Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen reagieren zu können.

In diesem Sinne ermöglicht der neue Artikel 106.1 der Regierung, im Rahmen einer Konvention örtlich und zeitlich begrenzte Projekte zu fördern, wenn es sich um Angebote der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes handelt, die einem nachgewiesenen Bedarf entsprechen.

Artikel 73 und 74

Diese Bestimmungen fügen einen neuen Artikel 109.1 in das Dekret ein und ändern die Überschrift von Kapitel 7 Abschnitt 1.

Dieser Artikel regelt die Finanzierung der Fachpflegefamilien. Demnach können Fachpflegefamilien drei Arten von Entschädigungen erhalten:

1. **Materielle Aufwendungen:** Die Fachpflegefamilien erhalten eine pauschale Entschädigung pro Tag und Pflegekind, um die Kosten für die Betreuung der Pflegekinder analog zum Pflegschaftsgeld zu decken. Die Höhe der materiellen Aufwendungen soll an die Höhe des Pflegschaftsgeldes für Pflegefamilien, die gleichzeitig drei oder mehr Pflegekinder betreuen, angeglichen werden.
2. **Vergütung der Fachleistung:** Die Vergütung ist als Anerkennung für die pädagogische Fachleistung der Fachpflegeeltern gedacht. Sie soll auch als finanzieller Anreiz dienen, Fachkräfte mit besonderen fachlichen Kenntnissen, hoher Motivation und Belastbarkeit für die Arbeit als Fachpflegefamilie zu gewinnen.
3. **Entschädigung für die Bereitstellung eines Betreuungsplatzes:** Gemäß Artikel 104.8 verpflichten sich die Fachpflegefamilien, eine Mindestaufnahmekapazität zu gewährleisten. Im Falle einer vorübergehenden Nichtbelegung der Mindestplatzzahl, z. B. weil ein Kind in seine Herkunftsfamilie zurückkehrt, kann die Fachpflegefamilie eine Entschädigung für den Einkommensausfall und die Bereitstellung eines Betreuungsplatzes erhalten. Diese Entschädigung ist auf einen Platz begrenzt.

Artikel 75

Es ist nicht beabsichtigt, dass die Erziehungsberechtigten die Finanzierung von Sonderauslagen im Rahmen von Jugendschutzmaßnahmen beantragen können. Die Finanzierung der Sonderauslagen der Erziehungsberechtigten soll auch nur bei ambulanten und teilstationären Maßnahmen möglich sein. Artikel 112 §1 Absatz 1 wird entsprechend angepasst.

Artikel 76

Siehe Erläuterungen zur Abänderung der Artikel 1, 3, 10 und 11 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (Schaffung der Fachpflegschaft)

Zudem ist nicht beabsichtigt, dass Anbieter, Dienstleister oder Pflegefamilien im Rahmen von teilstationären Maßnahmen eine zusätzliche Finanzierung von Ausgaben beantragen können. Artikel 113 wird entsprechend angepasst.

Artikel 77

Aus Gründen des Berufsgeheimnisses und der Vertraulichkeit sollten die Namen der Personen, die eine Beschwerde eingereicht haben, in dem Register, das von der Regierung eingesehen werden kann, nicht sichtbar sein. Artikel 115 §1 Absatz 5 wird entsprechend angepasst.

Artikel 78

Damit die durch den vorliegenden Programmdekretvorschlag eingeführten Inspektoren, externen Sachverständigen und Fachpflegefamilien bei der Ausführung ihrer durch das Dekret erteilten Aufträge personenbezogene Daten verarbeiten können, ändert diese Bestimmung Artikel 119 des Dekrets ab. Die Inspektoren, externen Sachverständigen und Fachpflegefamilien sind jeweils für die von ihnen erhobenen Daten und deren Verarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich.

Gutachten der Datenschutzbehörde

Da die datenschutzrechtlichen Grundlagen des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz, die für die ordnungsgemäße Umsetzung der neuen und abgeänderten Bestimmungen erforderlich sind, angepasst werden, wurde bei der Datenschutzbehörde ein Gutachten angefragt. Dieses wurde unter der Nr. 85/2024 am 13. September 2024 abgegeben.

Artikel 119 §1 Absatz 1 des Dekrets legt fest, dass die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz erfolgen soll. In diesem Zusammenhang merkt die Datenschutzbehörde in ihrem Gutachten (Nummern 23 und 24) an, dass die Datenschutz-Grundverordnung eine unmittelbar anwendbare überstaatliche Norm ist und dass es nicht nur unnötig ist, ihre Anwendung in einem Dekret vorzusehen, sondern dies auch zu Zweifeln hinsichtlich der rechtlichen Natur der anwendbaren Bestimmungen und des Zeitpunkts ihres Inkrafttretens führen kann. Daher wird diese Bestimmung gestrichen.

Die Datenschutzbehörde merkt in ihrem Gutachten (Nummern 11 bis 13) an, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht dafür zuständig ist, dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter und dem Jugendgericht Verpflichtungen in Bezug auf den Datenschutz aufzuerlegen. Daher sollten diese Behörden in den Artikeln 119 und 120 des Dekrets weggelassen und eine Bestimmung über die Datenübermittlung hinzugefügt werden, in der der für die Verarbeitung Verantwortliche für die Übermittlung der in Artikel 120 erwähnten Datenkategorien an die Justizbehörden und für die dort ebenfalls festgelegten Zwecke bestimmt werden muss.

Die entsprechenden Abänderungen wurden in den Artikeln 119 und 120 des Dekrets vorgenommen.

Die Datenschutzbehörde merkt in ihrem Gutachten (Nummern 14 bis 16) an, dass es in Anwendung von Artikel 6.2. der Datenschutz-Grundverordnung zulässig ist, dass eine Familie, die eine Anerkennung als Pflegefamilie erhalten möchte, personenbezogene Daten

an die zuständige Behörde übermittelt und dass die zuständige Behörde bestimmte Daten an die Pflegefamilie zur Ausübung ihres Auftrags weitergibt. Allerdings merkt die Datenschutzbehörde an, dass die von Pflegefamilien verarbeiteten personenbezogenen Daten unter die Ausnahme für die Verarbeitung gemäß Artikel 2.2.c der Datenschutz-Grundverordnung fallen (Verarbeitung personenbezogener Daten durch natürliche Personen zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten). Dementsprechend sei die Datenverarbeitung durch Pflege- oder Fachpflegefamilien nicht im Dekret zu regeln.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannte Pflegefamilien oder Fachpflegefamilie fällt jedoch nicht unter die Ausnahme für die Verarbeitung gemäß Artikel 2.2.c der Datenschutz-Grundverordnung, da diese Datenverarbeitung nicht ausschließlich für private oder familiäre Tätigkeiten erfolgt.

Die in Artikel 2.2.c der Datenschutz-Grundverordnung geregelte Ausnahme bezieht sich auf rein private Tätigkeiten. Unter persönliche Tätigkeiten fallen alle Tätigkeiten, die der eigenen Selbstentfaltung und Freiheitsausübung dienen oder der privaten Sphäre zuzuordnen sind. Die familiären Tätigkeiten erfassen die Pflege familiärer Beziehungen und des familiären Zusammenhalts. Sobald jedoch personenbezogene Daten in einem Kontext verarbeitet werden, der über das rein Private hinausgeht, wird die Datenschutz-Grundverordnung vollumfänglich anwendbar.

Pflege- und Fachpflegefamilien, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannt sind, handeln in einem öffentlichen Rahmen. Die Pflegefamilien erfüllen somit eine gesellschaftliche und gesetzliche Aufgabe im Auftrag der öffentlichen Hand. Sie unterliegen bestimmten Pflichten und Vorgaben, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft vorgegeben werden, wie z. B. das Berichten über den Werdegang des Pflegekindes oder die Weitergabe von Informationen an den Fachbereich. Diese Tätigkeiten haben einen offiziellen Charakter und gehen über eine rein private oder familiäre Tätigkeit hinaus.

Da die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der Pflegekinder, wie Gesundheitsdaten, Daten zur Schule oder Ausbildung oder zur sozialen Situation, direkt mit der Erfüllung eines öffentlichen und gesetzlich regulierten Auftrags verbunden ist, können diese Tätigkeiten nicht mehr als rein privat angesehen werden. Die Datenverarbeitung dient nicht nur dem privaten Familienleben, sondern auch der ordnungsgemäßen Betreuung und dem Schutz der Integrität, Rechte und Interessen der Pflegekinder im Rahmen eines öffentlich kontrollierten Pflegeverhältnisses.

Deshalb fällt die Verarbeitung der personenbezogenen Daten von Pflegekindern durch anerkannte Pflege- und Fachpflegefamilien nicht unter die Ausnahme von Artikel 2.2.c der Datenschutz-Grundverordnung, sondern unterliegt den allgemeinen Datenschutzvorschriften der Datenschutz-Grundverordnung.

Das Dekret bezeichnet in Artikel 119 und 120 die Regierung als Verantwortlichen der Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung. In diesem Zusammenhang merkt die Datenschutzbehörde in ihrem Gutachten (Nummern 21 bis 23) an, dass dem Begriff des für die Verarbeitung Verantwortlichen nach Artikel 4, 7) der Datenschutz-Grundverordnung ein sachlicher und funktionaler Charakter zugrunde liegt. Das bedeutet konkret, dass ein Dienst oder eine Generaldirektion der Verwaltung oder aber ein Minister für die Verarbeitung Verantwortlicher sein kann. Sollte jedoch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Verantwortlicher bezeichnet werden, dann sollte im Kommentar zu dem betreffenden Artikel dargelegt werden, dass es tatsächlich die Regierung ist, bei der die betroffenen Personen ihre Rechte ausüben müssen, und dass es tatsächlich die Regierung ist, die de facto die Verantwortung für die Verarbeitung der Daten der betroffenen Personenkategorien trägt. Ansonsten müsste ein Verantwortlicher für die Verarbeitung benannt werden, der den praktischen Gegebenheiten besser entspricht.

Die Bezeichnung der Regierung als Verantwortlicher der Verarbeitung von personenbezogenen Daten ergibt sich aus Artikel 69 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen. Dieser findet aufgrund von Artikel 51 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Anwendung. Daraus ergibt sich, dass, wenn der Dekretgeber der Gemeinschaftsexekutive irgendwelche Befugnisse mit oder ohne Verordnungscharakter übertragen will, diese Ermächtigung nur der Regierung als solcher erteilt werden kann.

Nummer 5 dieses Artikels berichtigt zudem einen fehlerhaften Verweis. Durch das rückwirkende Inkrafttreten wird somit eine bestehende Tatsachensituation regularisiert.

Artikel 79

Es obliegt dem Dekretgeber, auch wenn er die zu erhebenden und zu verarbeitenden Daten nicht im Detail beschreibt, zumindest die Datenkategorien zu nennen, die die für die Datenverarbeitung Verantwortlichen im Rahmen des Dekrets verarbeiten werden. Damit soll eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien geschaffen werden. Der Dekretgeber muss auch die Kategorien von Personen, die von diesen Verarbeitungen betroffen sind, und die Zwecke, die mit diesen Verarbeitungen verfolgt werden, festlegen.

Artikel 120 des Dekrets wurde angepasst, um die Datenkategorien zu nennen, die von den durch den vorliegenden Programmdekretvorschlag eingeführten Inspektoren, externen Sachverständigen und Fachpflegefamilien bei der Ausführung ihrer dekretalen Aufträge verarbeitet werden. Mit dieser Abänderung werden auch die Personenkategorien, die von diesen Verarbeitungen betroffen sind, und die Zwecke, die mit diesen Verarbeitungen verfolgt werden, festgelegt.

Darüber hinaus werden durch diese Abänderung materielle Fehler korrigiert, indem die Datenkategorien, die die Regierung verarbeiten darf, präzisiert werden. Außerdem werden die Kategorien von Personen, die von diesen Verarbeitungen betroffen sind, und die Zwecke, die mit diesen Verarbeitungen verfolgt werden, präzisiert. Durch das rückwirkende Inkrafttreten wird eine bestehende Tatsachensituation regularisiert.

In Bezug auf die im Dekret erwähnten Datenkategorien hat die Datenschutzbehörde darauf hingewiesen, dass eine Aufzählung in Form einer Liste dem Erfordernis der Vorhersehbarkeit nicht ausreichend gerecht wird.

Neben einer restriktiveren Formulierung im Dekret sollten die Datenkategorien in den Kommentaren zu dem jeweiligen Artikel erläutert und mit Beispielen versehen werden.

Demzufolge werden nachstehend die Datenkategorien näher erläutert:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben: Diese Kategorie umfasst Informationen, die eine Person eindeutig identifizieren, sowie Kontaktdaten für die Kommunikation mit dieser Person. Beispiele: Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Personenstand, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse.
- b) Daten zur Haushaltszusammensetzung: Diese Daten betreffen Informationen über die Personen, die gemeinsam in einem Haushalt leben, und deren Beziehungen zueinander. Beispiele: Anzahl der Haushaltsmitglieder, Namen und Alter der Familienmitglieder, Informationen über Verwandtschaftsverhältnisse (z. B. Eltern, Kinder, Partner), Anzahl der Kinder.
- c) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung: Diese Kategorie umfasst Informationen über den Bildungsweg und erreichte Qualifikationen einer Person. Beispiele: Schulabschluss (z. B. Abitur, Mittlere Reife), Berufsausbildung, Hochschulabschluss, besuchte Schulen, Universitäten oder Ausbildungsinstitute, erlangte Abschlüsse, Diplome oder Zertifikate, berufliche Weiterbildung.

- d) Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt: Diese Daten umfassen Informationen über die berufliche Situation, die Beschäftigungsbedingungen sowie das Einkommen. Beispiele: Arbeitgeber, Arbeitsverträge, Beschäftigungsstatus (z. B. angestellt, selbstständig), Jobtitel, Arbeitszeiten, Gehalt.
- e) Daten zu den Sprachkenntnissen: Diese Kategorie umfasst Informationen über die Sprachfähigkeiten einer Person. Beispiele: Beherrschte Sprachen, Niveau der Sprachkenntnisse (z. B. Anfänger, Fortgeschrittener, Muttersprachler), Sprachzertifikate (z. B. TOEFL, DELF).
- f) Daten zur Familiensituation: Daten zur Familiensituation beziehen sich auf den familiären Status und persönliche Beziehungen im familiären Umfeld. Beispiele: Familienstand (verheiratet, ledig, geschieden, verwitwet), Anzahl der Kinder, Vormundschaft, Pflegschaftsverhältnisse, Angaben über Scheidungen oder Trennungen.
- g) Daten zur sozialen und finanziellen Situation: Diese Kategorie umfasst Informationen über den sozialen Status und die finanzielle Lage einer Person. Beispiele: Einkommen (anders als Gehalt), Vermögenswerte (z. B. Immobilienbesitz), Sozialhilfeansprüche, Schulden, Kredite, Unterhaltszahlungen, Arbeitslosigkeit, Bezug von Sozialleistungen.
- h) Daten zur Freizeitbeschäftigung: Hierbei handelt es sich um Informationen über die Hobbys, Aktivitäten und Interessen einer Person in der Freizeit. Beispiele: Sportarten, die ausgeübt werden, Vereinsmitgliedschaften, kulturelle Aktivitäten (z. B. Musikinstrumente spielen, Theaterbesuche), ehrenamtliches Engagement.
- i) Daten zu den Fähigkeiten und Interessen: Diese Daten umfassen Kenntnisse, Fertigkeiten und spezifische Interessen, die eine Person besitzt. Beispiele: Technische Fähigkeiten (z. B. Programmieren, handwerkliche Fertigkeiten), soziale Kompetenzen (z. B. Teamfähigkeit), Interessen in Bezug auf berufliche oder persönliche Entwicklung, künstlerische Fähigkeiten (z. B. Malen, Singen).
- j) Medizinische und psychologische Daten: Diese Kategorie beinhaltet sensible Informationen über die körperliche und psychische Gesundheit einer Person. Beispiele: Krankengeschichte, aktuelle Erkrankungen, Diagnosen, ärztliche Berichte, psychologische Gutachten, Medikation, Behinderungen, Allergien, psychiatrische Behandlungen.
- k) Daten zum Wohnort: Diese Daten betreffen den aktuellen und gegebenenfalls früheren Aufenthaltsort einer Person. Beispiele: Adresse, Wohnsitzland, Mietverhältnisse, Eigentum an Immobilien, frühere Wohnorte, vorübergehende Wohnadressen (z. B. während eines Studiums oder Auslandsaufenthalts).
- l) Besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung: Diese Datenkategorie umfasst spezielle personenbezogene Daten, deren Verarbeitung besonderen Schutz erfordert. Beispiele: Daten zur ethnischen Herkunft, politische Meinungen, Daten zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung. Gemäß den in Artikel 9.2 der Datenschutz-Grundverordnung aufgeführten Ausnahmefällen erfolgt die Verarbeitung sensibler Daten im Sinne von Artikel 9.1 der Datenschutz-Grundverordnung im Rahmen der Wahrnehmung einer gesetzlichen Aufgabe und für Zwecke von wesentlichem öffentlichem Interesse.
- m) Gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung: Diese Daten beziehen sich auf strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten oder damit zusammenhängende Sicherheitsmaßnahmen. Beispiele: Vorstrafen, laufende Gerichtsverfahren, Strafregistrauszüge, gerichtliche Sanktionen, Informationen über Straftaten oder gerichtliche Maßnahmen.
- n) Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit: Diese Kategorie umfasst Informationen über die religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen einer Person. Beispiele: Religionszugehörigkeit (z. B. Christentum, Islam, Hinduismus), atheistische oder agnostische Überzeugungen, Angaben zur spirituellen Ausrichtung, Mitgliedschaft in religiösen Gemeinschaften oder Sekten.

Medizinische und psychologische Daten, besonders schützenswerte Daten und Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit des Kindes, des Jugendlichen, der jungen Erwachsenen und ihrer Erziehungsberechtigten können erhoben werden, um

Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen zu ergreifen, die der Situation, den besonderen Bedürfnissen, dem Wohlbefinden und den Schwierigkeiten der Betroffenen am besten gerecht werden.

Medizinische und psychologische Daten und Daten zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung des Kindes, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen können im Rahmen der Analyse der besonderen Bedürfnisse, des Wohlbefindens der betroffenen Person oder der Beziehungsschwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert ist, verarbeitet werden.

Daten zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung des Kindes, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen werden direkt bei der betroffenen Person erhoben und nur dann verarbeitet, wenn dies im Rahmen der Berücksichtigung der Bedürfnisse des Kindes, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen relevant ist.

Die Datenschutzbehörde merkt in ihrem Gutachten (Nummer 19) an, dass die von der Datenverarbeitung betroffene Personenkategorie „Mitglieder der Pflegefamilie oder der Fachpflegefamilie“ nicht ausreichend definiert ist.

Mit den „Mitgliedern der Pflegefamilie oder der Fachpflegefamilie“ sind alle Personen gemeint, die dauerhaft im Haushalt der anerkannten Pflegeeltern oder Fachpflegeeltern leben und die aktiv am Alltagsleben und somit an der Betreuung des Pflegekindes teilnehmen. Dies umfasst in der Regel:

- Leibliche Kinder/Adoptivkinder der Pflegeeltern: Eigene Kinder der Pflegeeltern, die im gleichen Haushalt leben und in das Familienleben integriert sind. Diese Kinder haben oft direkten Kontakt zum Pflegekind und beeinflussen das Familienleben und die Interaktionen innerhalb des Haushalts.
- Andere Verwandte oder Haushaltsmitglieder: Dies können beispielsweise Großeltern, Tanten, Onkel oder erwachsene Geschwister sein, die im gleichen Haushalt leben und ebenfalls aktiv am Familienleben teilnehmen.

Diese Definition der Mitglieder der Pflegefamilie oder der Fachpflegefamilie bezieht sich also auf alle Personen, die das Alltagsleben im Haushalt der Pflegefamilie oder der Fachpflegefamilie aktiv mitgestalten und dort mit dem Pflegekind regelmäßig interagieren.

Die Verarbeitung von Daten über die philosophischen Auffassungen oder die Religionszugehörigkeit der Pflege- oder Fachpflegefamilie und ihrer Mitglieder ist notwendig, um die Integrität des Pflegekindes zu gewährleisten. Sie stellt sicher, dass das Kind oder der Jugendliche in einem Umfeld betreut wird, das seine religiösen und kulturellen Bedürfnisse respektiert und fördert. Dies hilft, potenzielle Konflikte zu vermeiden, die Identität des Kindes oder Jugendlichen zu schützen und die Kompatibilität zwischen den Werten der Familie und den Bedürfnissen des Kindes oder Jugendlichen zu prüfen.

Wenn bestimmte Daten nicht mitgeteilt werden, die für den Erhalt der Anerkennung als Pflege- oder Fachpflegefamilie erforderlich sind, kann dies je nach Art und Bedeutung der Daten unterschiedliche Folgen haben. Die Konsequenzen hängen davon ab, wie wesentlich die fehlenden Informationen für die Eignungsbewertung der Pflege- oder Fachpflegefamilie sind. Dabei gilt es zu unterscheiden, ob es sich um sicherheitsrelevante oder andere, weniger kritische Informationen handelt. Hier sind einige mögliche Folgen, je nach Art der fehlenden Daten:

1. Sicherheitsrelevante Daten (z. B. fehlende Angaben zum Strafregister): Diese Daten sind von zentraler Bedeutung, da sie die Eignung der Pflege- oder Fachpflegefamilie in Bezug auf die Integrität und die Sicherheit des Pflegekindes direkt betreffen. Wenn solche sicherheitsrelevanten Daten nicht mitgeteilt werden, wird die Anerkennung als Pflege- oder Fachpflegefamilie verweigert oder ein Aussetzungs- bzw. Entzugsverfahren der Anerkennung eingeleitet, da die Deutschsprachige Gemeinschaft sicherstellen muss, dass das Pflegekind in einem sicheren Umfeld untergebracht wird.

2. Wichtige persönliche Daten (z. B. Familiensituation, Haushalt, religiöse/philosophische Überzeugungen): Diese Informationen sind ebenfalls von Bedeutung, insbesondere um sicherzustellen, dass die Pflege- oder Fachpflegefamilie mit den Bedürfnissen des Kindes kompatibel ist und in der Lage ist, eine stabile und unterstützende Umgebung zu bieten. Wenn solche wichtigen persönlichen Daten nicht mitgeteilt werden, kann es zu einer Verzögerung im Anerkennungsverfahren kommen, da diese Informationen benötigt werden, um die Eignung der Familie zu bewerten. Auch ist eine Nicht-Anerkennung möglich, wenn unzureichende oder inkorrekte Angaben gemacht werden, die die Beziehung zum Pflegekind negativ beeinflussen könnten. Auch könnte es, im Falle einer Anerkennung, zu einer Nichtbelegung der Familie mit Pflegekindern kommen, falls die Familie in bestimmten Bereichen (z. B. religiösen Überzeugungen) nicht kompatibel ist.
3. Unkritische Daten (z. B. ausgeübte Hobbys oder Freizeitbeschäftigungen): Diese Informationen sind eher sekundär und haben keine direkte Auswirkung auf die Eignung der Pflegefamilie im Hinblick auf die Sicherheit oder die wesentlichen Anforderungen. Sie können jedoch nützlich sein, um eine harmonische Beziehung zwischen Pflege- oder Fachpflegefamilie und Pflegekind zu fördern. Wenn solche unkritischen Daten nicht mitgeteilt werden, hat dies in der Regel keine schwerwiegenden Konsequenzen, außer dass möglicherweise eine weniger präzise Übereinstimmung zwischen den Interessen des Pflegekindes und der Pflegefamilie besteht. Auch hier könnte es zu einer Nichtbelegung der anerkannten Pflege- oder Fachpflegefamilie kommen.

Zudem muss Artikel 120 §4 des Dekrets dahin gehend angepasst werden, dass die Regierung die in den §§1 bis 3 aufgeführten Datenkategorien präzisieren „muss“ (und nicht „kann“). Diese Änderung wurde vorgenommen.

Artikel 80

Dieser Artikel ändert Artikel 122 des Dekrets ab, um die Dauer der Verarbeitbarkeit der Daten festzulegen, die in Anwendung von Artikel 120 erhoben wurden. Diese Daten werden in einer Form, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht, während höchstens zehn Jahren ab ihrer Erhebung aufbewahrt.

Artikel 81

Dieser Artikel fügt ein neues Kapitel 10.1 in das Dekret ein. Dieses Kapitel enthält Artikel 123.1, der den Rahmen für die Kontrollbestimmungen des Dekrets und seines Ausführungserlasses festlegt.

Artikel 82

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 123.1 in das Dekret ein.

Artikel 123.1 enthält die Bestimmungen zur Kontrolle und Inspektion der anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, der Pflegefamilien und der Fachpflegefamilien, um eine sichere und bestmögliche Betreuung und Begleitung der Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und ihrer Familien zu gewährleisten.

Dies setzt voraus, dass die in Artikel 123.1 erwähnten Inspektoren bei Bedarf die Unterstützung von Vertretern der öffentlichen Gewalt beantragen können. Die Inspektoren selbst müssen alle Untersuchungen, Kontrollen, Ermittlungen und Auskunftersuchen durchführen können, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Begleitung und Betreuung der Nutznießer gemäß den im Dekret festgelegten Bedingungen erfolgt.

Diese Kontrolle umfasst auch die Einsicht in die Wohnräume bestimmter Personen. Denn die stationären Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen finden zum Teil in Räumlichkeiten statt, die gleichzeitig die Wohnung der betreuten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen oder der Pflege- und Fachpflegefamilien sind.

Artikel 15 der belgischen Verfassung sowie Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sehen diesbezüglich einen besonderen Schutz der Wohnung von Personen vor, auch wenn dort eine berufliche Tätigkeit ausgeübt wird (siehe auch das Niemietz-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 16. Dezember 1992).

Um der belgischen Verfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) Rechnung zu tragen, dürfen die Inspektoren einen Raum, der auch als Wohnung dient, nur dann einsehen, wenn alle dort wohnenden volljährigen Personen ihr Einverständnis gegeben haben. Liegt dieses Einverständnis nicht vor, darf eine Durchsuchung grundsätzlich nur auf Anordnung eines Untersuchungsrichters nach den Bestimmungen des Strafprozessbuches erfolgen.

Die Kontrolle umfasst auch die Vorlage und Einsichtnahme in die Bücher und Unterlagen, die durch das Dekret und seine Ausführungserlasse vorgeschrieben sind oder die sich auf die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten und/oder bezuschussten Betreuungsformen beziehen.

Diese Kontrolle erfolgt in Anwendung von Artikel 12 Absatz 1 des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen. Dies ist ausdrücklich in Artikel 123.1 §3 festgelegt.

Die Inspektoren sind Bedienstete des Ministeriums, die von der Regierung namentlich für diese Aufgaben bestellt werden. In dieser Eigenschaft sind sie an die Bestimmungen des Artikels 6 des Königlichen Erlasses vom 22. Dezember 2000 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze des Verwaltungs- und Besoldungsstatuts der Staatsbediensteten, die auf das Personal der Dienste der Gemeinschafts- und Regionalregierungen, der Kollegien der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission und der von ihnen abhängenden juristischen Personen öffentlichen Rechts anwendbar sind gebunden. Dieser sieht u. a. ausdrücklich vor, dass es den Beamten verboten ist, „Fakten im Zusammenhang mit [...] den Rechten und Freiheiten der Bürger und insbesondere dem Recht auf Wahrung des Privatlebens bekannt zu machen [...]“. Die Missachtung dieser Verpflichtung kann disziplinarische Folgen haben. Es besteht also eine statutarische Garantie.

Schließlich kann die Regierung neben den Inspektoren gegebenenfalls auch externe Sachverständige mit den gleichen Befugnissen ausstatten (z. B. einen Buchhalter oder Wirtschaftsprüfer oder einen Gutachter für Schimmelbefall). Diese Sachverständigen handeln unter der Aufsicht der Inspektoren und unterstützen diese hauptsächlich bei der Ausführung ihrer Aufgaben und der Wahrnehmung ihrer Befugnisse.

Artikel 83

Siehe Erläuterungen zur Abänderung der Artikel 1, 3, 10 und 11 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (Schaffung der Fachpflegschaft)

Zudem fügt dieser Artikel einen §3 in Artikel 124 des Dekrets ein. Dieser Paragraph legt die Strafen fest, die verhängt werden können, wenn jemand die Arbeit der in Artikel 123.1 erwähnten Inspektoren behindert.

Artikel 84 und 85

Siehe Erläuterungen zur Änderung von Artikel 12 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz (terminologische Korrektur)

Artikel 86

Bei dieser Bestimmung geht es um die Auszahlung der Zuschüsse für Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes. Ziel dieser Abänderung ist, eine bessere Handhabe für den Zuschuss zu haben und das zeitintensive Nachfragen nach Belegen zu vermeiden. Eine 80/20-Regelung wird in der Regel auch bei Europäischen Fördergeldern angewandt. Mit der vorgeschlagenen Regelung können die Projektträger zum einen den großen Teil der Projektkosten stemmen und zum anderen hat der Projektträger eine zusätzliche Motivation, die entsprechenden Belege zeitnah nach Projektende einzureichen. Artikel 16 des Dekrets vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes soll in Analogie zu Artikel 21 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgeändert werden.

Artikel 87

Im Rahmenabkommen für den soziokulturellen Sektor 2019-2024 hatte die Regierung beschlossen, die Zusatzzuschüsse zur Annäherung an die Zielbarmen im soziokulturellen Sektor jährlich um 70.000 Euro aufzustocken, mit einer maximalen Gesamtsumme von 350.000 Euro. Dies ist in den letzten Jahren geschehen. Da die Beträge vorläufig nicht mehr steigen, bedarf es einer Anpassung.

Artikel 88

Bei dieser Bestimmung geht es um die Auszahlung der Zuschüsse für besondere Kulturprojekte, Stipendien und Literaturveröffentlichungen im Kulturförderdekret. Ziel dieser Abänderung ist, eine bessere Handhabe für den Zuschuss zu haben und das zeitintensive Nachfragen nach Belegen zu vermeiden. Eine 80/20-Regelung wird in der Regel auch bei Europäischen Fördergeldern angewandt. Bis 2016 galt bei den Projektgeldern die dekretale Regel: 50 % der Förderung als Vorschuss, die restlichen 50 % nach Kontrolle der Belege. Dies erwies sich allerdings als nicht handhabbar für die Antragsteller, da viele Projektträger nicht in finanzielle Vorleistung gehen konnten. Mit der vorgeschlagenen Regelung können die Projektträger zum einen den großen Teil der Projektkosten stemmen und zum anderen hat der Projektträger eine zusätzliche Motivation, die entsprechenden Belege zeitnah nach Projektende einzureichen.

Artikel 89

Bisher gibt es keine rechtliche Grundlage, um Zuschüsse zurückzufordern, falls Stipendienprojekte nicht umgesetzt werden. In Analogie zu den Zuschüssen für Literaturveröffentlichungen wird diese Frist ebenfalls für Stipendien eingeführt. Dies trägt zudem zur Verwaltungsvereinfachung bei, da die Verwaltung jetzt konkrete Daten hat, an denen die Projekte abgeschlossen sein müssen, und nicht teilweise jahrelang regelmäßig nachfragen muss, ob und wann das Stipendienprojekt stattfindet.

Artikel 90

Im Anhang 2 des Kulturförderdekrets wird die Tabelle bezüglich der Zuschüsse für Jubiläen von Amateurrkunstvereinigungen und Folklorevereinigungen (mit Ausnahme der Karnevalsvereinigungen) ergänzt, da bereits Anfragen von Vereinen vorliegen, die 225 Jahre Jubiläum feiern.

Artikel 91 und 92

Aus Gründen des Bürokratieabbaus und der Verwaltungsvereinfachung sollen die kreativen Ateliers und Fachateliers im Dekret vom 27. Februar 2023 zur Förderung der außerschulischen kulturellen Bildung nicht dazu verpflichtet werden, eine Stärken-Schwächen-Analyse durchzuführen.

Artikel 93

Bislang müssen die Anbieter von kreativen Ferienateliers eine detaillierte Aufstellung aller Ausgaben und Einnahmen der kreativen Ferienateliers drei Monate nach Abschluss der Ferienateliers einreichen. Da es sich um einen Pauschalzuschuss als Vorschuss handelt, wird in Artikel 31 die Nummer 3 aufgehoben. Dies ist ebenfalls im Sinne des Bürokratieabbaus und der Verwaltungsvereinfachung.

Artikel 94

Bei Erstantrag auf Einstufung als kreatives Atelier bzw. Fachatelier wird der Mittelwert der drei Jahre, die dem Jahr der Antragstellung vorausgehen, berücksichtigt. Aufgrund der Coronakrise wird das Jahr 2021 getilgt. Die Antragsteller, die ihren Antrag bis spätestens zum 30. Juni 2024 gestellt haben, werden auf Grundlage der Jahre 2022 und 2023 eingestuft.

Da das Jahr 2022 aufgrund der Coronakrise nicht komplett normal ablaufen konnte und die Nachwirkungen der Krise mit verringerten Angeboten und Teilnehmerzahlen einhergegangen ist, werden die Kriterien für die Einstufungen in den Jahren 2024 und 2025 um 10 % gesenkt.

Artikel 95

Aufgrund der Aufhebung der verpflichtenden Einreichung der Sozialraumanalyse durch den Träger der Offenen Jugendarbeit wird in Artikel 4 Absatz 3 des Jugendförderdekrets die Wortfolge „der von den Trägern der Offenen Jugendarbeit zu erstellenden Sozialraumanalyse“ durch die Wortfolge „die Erkenntnisse, die sich aus der Arbeit der Träger der Offenen Jugendarbeit und Mobilen Jugendarbeit ergeben“ ersetzt, da es sich dabei um eine laufende Arbeitsmethode handelt, die die Sozialraumanalyse ersetzt.

Artikel 96

Die Verbände ANIKOS und AGV329 haben im Rahmen des Bürokratieabbaus gefordert, die Belegpflicht zur Rechtfertigung von Aktivitäten bzw. die Berichterstattung an das Ministerium zu reduzieren, um den administrativen Aufwand für die Jugendeinrichtungen zu minimieren. Artikel 5 §1 Nummer 13 wird angepasst, um diesem Wunsch Folge zu leisten, da die geförderten Jugendeinrichtungen nun nicht mehr rückblickend und ausblickend einen Finanzplan einreichen müssen. Stattdessen können die Dokumente bei Bedarf eigenständig durch das Ministerium in der Zentralen Datenbank der Unternehmen kontrolliert werden, sofern sie eine doppelte Buchführung halten und deshalb diese Angaben hinterlegen müssen. Bei einer VoG mit vereinfachter Buchführung kann diese bei Bedarf bei den Vereinigungen angefordert werden. Mindestens einmal pro Förderzeitraum soll die finanzielle Situation jeder Organisation geprüft werden.

Artikel 97

Durch die Anpassung von Artikel 6 erhält die Förderung von Jubiläumsfeierlichkeiten im Jugendbereich eine dekretale Rechtsgrundlage. Mithilfe dieser Dekretanpassung soll die Vorgehensweise an das Kulturförderdekret angeglichen werden.

Artikel 98

Die Verpflichtung für die Jugendorganisationen, ein Jahresprogramm, also einen Ausblick auf das kommende Jahr, einzureichen, wird aufgehoben. Stattdessen wird im Rahmen der Wirksamkeitsdialoge nur noch rückwirkend über Aktivitäten berichtet. Im Rahmen dieser Anpassung sollen ebenfalls die Wirksamkeitsdialoge der Jugendorganisationen in „Jahresgespräche“ umbenannt werden, wie hier in Artikel 8 Nummer 4, da diese Bezeichnung eher der Zielsetzung entspricht.

Artikel 99

Die Verpflichtung für die Jugendorganisationen, ein Jahresprogramm, also einen Ausblick auf das kommende Jahr einzureichen, wird aufgehoben. Stattdessen wird im Rahmen der Wirksamkeitsdialoge nur noch rückwirkend über Aktivitäten berichtet. Daher entfällt ebenfalls die Verpflichtung, im Rahmen der Förderanträge ein Jahresprogramm für das erste Jahr des Förderzeitraums einzureichen. Artikel 9 Absatz 2 Nummer 2 wird entsprechend angepasst.

Artikel 100

Die Wirksamkeitsdialoge der Jugendorganisationen werden in Jahresgespräche umbenannt, da diese Bezeichnung eher der Zielsetzung entspricht. Artikel 11 des Dekrets wird entsprechend abgeändert.

Artikel 101

Die Verpflichtung für die Jugendinformation, ein Jahresprogramm, also einen Ausblick auf das kommende Jahr einzureichen, wird aufgehoben. Stattdessen wird im Rahmen der Jahresgespräche (bisher Begleitausschüsse) nur noch rückwirkend über Aktivitäten berichtet. Die Jugendinformation reicht keinen Tätigkeitsbericht ein, sondern berichtet im Jahresgespräch über ihre Aktivitäten. Dementsprechend wird Artikel 17 Absatz 2 Nummer 1 angepasst.

Artikel 102

Zur Verwaltungsvereinfachung und Reduzierung der administrativen Mehrarbeit, die durch den Turnus der Gemeinden entsteht, wird vorgeschlagen, anstelle von halbjährlichen Begleitausschüssen ähnlich wie bei den Jugendorganisationen ein Jahresgespräch mit der Jugendinformation zu führen. Artikel 20 wird entsprechend abgeändert. An diesem Gespräch könnten ebenfalls Jugendschöffen aller Gemeinden teilnehmen, um den Kontakt zu den Gemeinden zu stärken.

Artikel 103 und 104

Aufgrund der Aufhebung der verpflichtenden Einreichung der Sozialraumanalyse durch den Träger der Offenen Jugendarbeit wird diese als tägliche Arbeitsmethode in den Artikel 22 zur Zielsetzung der Offenen Jugendarbeit aufgenommen und die Beschreibung der Offenen Jugendarbeit wird angepasst. Artikel 23, in dem die Verpflichtung für die Träger der Offenen Jugendarbeit, ein Jahresprogramm einzureichen, vorgesehen war, wird aufgehoben.

Artikel 105

Die Verpflichtung für die Träger der Offenen Jugendarbeit, ein Jahresprogramm, also einen Ausblick auf das kommende Jahr einzureichen, wird aufgehoben. Stattdessen wird im Rahmen der Tätigkeitsberichte nur noch rückwirkend über Aktivitäten berichtet. Daher entfällt die Verpflichtung, im Rahmen der Förderanträge ein Jahresprogramm für das erste Jahr des Förderzeitraums einzureichen. Artikel 26 Absatz 2 wird entsprechend angepasst.

Artikel 106

Die Verpflichtung für die Träger der Offenen Jugendarbeit, ein Jahresprogramm, also einen Ausblick auf das kommende Jahr einzureichen, wird aufgehoben. Stattdessen wird im Rahmen der Tätigkeitsberichte nur noch rückwirkend über Aktivitäten berichtet. Artikel 27 wird entsprechend angepasst.

Artikel 107

Aufgrund der Aufhebung der verpflichtenden Einreichung der Sozialraumanalyse durch den Träger der Offenen Jugendarbeit wird die Verpflichtung des Jugendbüros, die Jugendeinrichtungen bei der Erstellung der Sozialraumanalyse zu begleiten, gestrichen.

Die Verpflichtung für das Jugendbüro, ein Jahresprogramm, also einen jährlichen Ausblick auf das kommende Jahr, einzureichen, wird aufgehoben. Der Tätigkeitsbericht der Träger der Offenen Jugendarbeit sowie des Jugendbüros stellt ein ähnliches Steuerinstrument dar, sodass die Aktivitäten der geförderten Jugendeinrichtungen rückwirkend begutachtet werden können. Artikel 29 wird entsprechend angepasst.

Artikel 108

Aufgrund der Aufhebung der verpflichtenden Einreichung der Sozialraumanalyse durch den Träger der Offenen Jugendarbeit wird die Wortfolge „die sich aus der Sozialraumanalyse der Offenen Jugendarbeit der entsprechenden Gemeinde“ durch die Wortfolge „dies sich aus der Arbeit der Träger der Offenen Jugendarbeit“ ersetzt.

Artikel 109

Aufgrund der Aufhebung der verpflichtenden Einreichung der Sozialraumanalyse durch den Träger der Offenen Jugendarbeit wird die Wortfolge „den regelmäßig vorgenommenen Sozialraumanalysen“ durch die Wortfolge „der regelmäßigen Erfassung der Lebensbereiche der Jugendlichen in der täglichen Arbeit der Träger der Offenen Jugendarbeit“ ersetzt. Dadurch wird die Formulierung an Artikel 22 angeglichen.

Artikel 110

Auch das Jugendbüro soll von der Verpflichtung, einen Haushaltsplan einzureichen, ausgenommen werden. Die Informationen über die Haushaltslage des Jugendbüros erhält das Ministerium im Rahmen der Verwaltungsratssitzungen. Die Verpflichtung für das Jugendbüro, ein Jahresprogramm, also einen Ausblick auf das kommende Jahr, einzureichen, wird ebenfalls aufgehoben. Stattdessen wird nur noch mittels eines Tätigkeitsberichts rückwirkend über Aktivitäten der Offenen Jugendarbeit berichtet. Bereits jetzt wird die Einreichung eines Tätigkeitsberichts im Geschäftsführungsvertrag mit dem Jugendbüro festgehalten. Mit dieser Anpassung wird diese Vorgabe auch in das Dekret aufgenommen. Artikel 31 des Dekrets wird entsprechend abgeändert.

Artikel 111

Die Bezuschussung der Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen wird durch die Abänderung von Artikel 45 des Dekrets auf alle Ehrenamtlichen in einer geförderten Jugendeinrichtung ausgeweitet. Diese Maßnahme trägt zur Stärkung und Anerkennung des Ehrenamts bei und erhöht die Wertschätzung verschiedener Profile, die in der Jugendarbeit aktiv sind und die sich nicht nur auf aktive Jugendleiter beschränken.

Artikel 112

Das Einfügen des Anhangs liest sich gemeinsam mit der Anpassung von Artikel 6 zur Förderung von Jubiläumsfeierlichkeiten im Jugendbereich. Mithilfe dieser Dekretanpassung soll die Vorgehensweise an das Kulturförderdekret angepasst werden.

Artikel 113

Die Erstellung von Gutachten durch den Dachverband für den Sport in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu allen Vorentwürfen von Dekreten und Erlassen mit Regelinhalt in Artikel 8 Nummer 1 des Sportdekrets wird ersatzlos gestrichen und stellt eine Maßnahme zum Bürokratieabbau und zur Verwaltungsvereinfachung dar. Der Dachverband hat so die Möglichkeit, sich auf die Kernaufgaben zu konzentrieren. Unter Punkt 2 bleibt weiterhin die Gutachterfunktion auf Anfrage der Regierung oder aus Eigeninitiative bestehen.

Als verantwortlicher Träger ist es Aufgabe des Dachverbands, neben der Konzeption und Organisation des Förderzentrums auch die in Artikel 8 Nummer 6 eingefügte Verwaltung des Förderzentrums gegenüber den Sportfachverbänden zu gewährleisten. Die Unterpunkte hinter den Spiegelstrichen sollen die Aufgaben, die der Dachverband als verantwortlicher Träger des Förderzentrums hat, präzisieren und die Rollen des Dachverbands und der Sportfachverbände klarstellen.

Artikel 8 Nummer 8 wird mit der Durchführung von Projekten als Bestandteil der Aufgaben des Dachverbands ergänzt, damit für neue Projekte nicht regelmäßig zusätzliche Anträge eingereicht und Mittel angefragt werden.

Der Dachverband sollte ab dem Schuljahr 2023-2024 in einer definierten Altersstufe bei möglichst allen Schülern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine jährliche Evaluation der motorischen Fähigkeiten in Form einer Talentsichtung durchführen und ihnen anschließend eine sportliche Orientierungsmöglichkeit anbieten. Dies hat bisher nicht stattgefunden. Der Zusatz „jährliche und flächendeckende“ in Artikel 8 Nummer 8.1 soll dies nun gewährleisten.

Der Dachverband übernimmt ab dem 1. Januar 2025 die Planung, Organisation und Umsetzung der Aktivitäten des außerschulischen Schulportprogramms vom Fachbereich Sport, Medien und Tourismus des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Der Zusatz in Artikel 8 Nummer 8.2 soll diese Aufgabe definieren und festhalten.

Artikel 114

Bisher war der Erfüllung einer der drei Aufgaben in den Bereichen des Artikels 9 Absatz 1 Nummer 8 Buchstaben a) bis c) für die Sportfachverbände verpflichtend. In Zukunft sollen durch das Hinzufügen von drei weiteren Themenbereichen in die Buchstaben d) bis f) auch die lokalen Sportfachverbände sich stärker mit diesen Themenbereichen auseinandersetzen. Diese Themenbereiche sind Inhalte des neuen Arbeitsplans Sport auf Ebene der EU und sollen von jeweiligen Regierungen der Mitgliedstaaten auch national gefördert/umgesetzt werden.

Artikel 115

Artikel 10 §1 Absatz 1 wird angepasst, da das Fördertraining das Training im Heimatverein ergänzt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre besteht eine Notwendigkeit zu präzisieren, was mit „ergänzen“ gemeint ist. Das zusätzliche Fördertraining soll nur in einem gewissen Umfang unterstützt bzw. bezuschusst werden. Mittel- und langfristig ist die Organisation des ergänzenden Fördertrainings, wie es aktuell durchgeführt wird, schwer finanzierbar. Das Volumen des zusätzlichen Trainings muss in einem „gesunden“ Verhältnis zum Training im Heimatverein stehen. Es wird vorgeschlagen, das maximal förderbare

zusätzliche sportartspezifische Trainingsvolumen über einen Erlass oder gegebenenfalls ein Rundschreiben zu regeln. Dies kann in Zusammenarbeit mit dem Dachverband und den Sportfachverbänden geschehen.

Artikel 10 §1 Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben und dessen Inhalt in die Nummer 1 des neuen Absatzes 3 aufgenommen. Dabei wird die Auflistung um den Zusatz „Leistungsdiagnostik“ ergänzt, da diese nicht unter dem Begriff der Sportmedizin einzuordnen ist, allerdings einen elementaren Bestandteil zur Optimierung der Leistung darstellt.

In §1 Absatz 3 sollen die Aufgaben, die der Dachverband als verantwortlicher Träger des Förderzentrums hat, präzisiert und die Rollen des Dachverbands und der Sportfachverbände klargestellt werden.

Auch Artikel 10 §2 Absatz 2 wird angepasst. Die Altersgrenze soll auf Wunsch des Dachverbands von 21 auf 23 Jahre angehoben werden, um Sportlern bis 23 Jahre zu ermöglichen, die Angebote (kostenpflichtig) in Anspruch zu nehmen.

Artikel 116

Das Kriterium der Mindestanzahl von 299 Mitgliedern soll aufgehoben werden. Ursprünglich sollte die Möglichkeit zur Einreichung eines Sportförderkonzeptes für Verbände mit einer gewissen Anzahl Sportler geschaffen werden, die dadurch auch eine gewisse Größe und Ressourcen haben, um ein Sportförderkonzept zu erstellen. Durch die Abänderung soll auch für kleinere Sportfachverbände diese Möglichkeit geschaffen werden, wenn diese ein Talentsichtungskonzept besitzen. Auch kleinere Verbände besitzen eventuell genügend talentierte Sportler und sind fähig, diese Aufgabe zu stemmen.

Durch die Abänderungen in Artikel 22, gemäß denen ein Kader Statut nur noch Sportlern zuerkannt werden kann, die eine olympische oder paralympische Sportart oder eine vom internationalen Verband für die World Games (IWGA) anerkannte Sportart ausüben, müssen in der Folge auch die Sportarten eingegrenzt werden, für die ein Sportförderkonzept eingereicht werden kann und die eine Förderabteilung im Förderzentrum betreiben können.

Artikel 117

Ein Gutachten des Dachverbands für den Sport zu dem Antrag, gemäß dem ein Sportler das Statut eines Nachwuchs-Kader, C-Kader, B-Kader oder A-Kader Athleten erhalten kann, ist nicht erforderlich. In der Regel werden die Sportler und die Sportfachverbände vom Dachverband bei der Antragstellung beraten. Diese Beratungstätigkeit ist eine der Kernaufgaben des Dachverbands. Wenn der Dachverband gleichzeitig zunächst als Berater zur Seite steht und anschließend begutachten soll, ist dies ungünstig. Die Prüfung des Antrags erfolgt durch den zuständigen Fachbereich des Ministeriums anhand von veröffentlichten Kriterien.

Die A- und B-Kader Kriterien werden von der Sportverwaltung (ADEPS) der Französischen Gemeinschaft übernommen. Dies ist auch in einem Sektoriellen Abkommen und in einem Arbeitsprogramm zwischen den beiden Gemeinschaften festgehalten. Die C-Kader und Nachwuchs-Kader Kriterien werden von den Sportfachverbänden in Zusammenarbeit mit dem Dachverband erstellt.

Des Weiteren trägt diese Maßnahme zum Bürokratieabbau und zur Vereinfachung der Genehmigungsprozeduren der Regierung bei und schafft Freiräume bei der Arbeitszeit der Mitarbeiter des Dachverbands, um sich den anderen Kernaufgaben zu widmen.

Die Erwähnung der von der IWGA anerkannten Sportarten erklärt sich durch die Tatsache, dass in Zukunft Kader Statute nur noch in offiziell anerkannten Sportarten gewährt werden sollen. In nicht anerkannten Sportarten ist die Erstellung von objektiven Leistungskriterien

zum Teil nicht möglich. Die Leistungskriterien werden von nicht anerkannten Verbänden erstellt und stehen in einem Ungleichgewicht zu den Leistungskriterien in den anerkannten Sportarten. Der signifikante Wert der sportlichen Leistung, wie unter Artikel 22 §3 Absatz 1 Nummer 2 definiert, ist in diesem Fall nicht gegeben.

Die Pauschale für A-Kader und B-Kader Athleten zur freien Verwendung wird nur einmal ausgezahlt, auch wenn ein Statut in Ausnahmefällen nur alle zwei Jahre vergeben werden kann, aufgrund der Tatsache, dass der Wettkampf zur Erfüllung der Kriterien nicht jährlich stattfindet.

Ein Gutachten des Dachverbands für den Sport zu den Kriterien, gemäß denen ein Sportler das Statut eines A-Kader oder B-Kader Athleten erhalten kann, ist nicht erforderlich, da die Kriterien in enger Absprache mit der Französischen Gemeinschaft und dem Belgischen Olympischen und Interföderalen Komitee (BOIK) erarbeitet werden. Für die Erstellung von Kriterien für die C-Kader und Nachwuchs-Kader Athleten bleiben die Sportfachverbände und der Dachverband für den Sport verantwortlich.

Die Begutachtung des Dachverbands entfällt auch in Artikel 22 §3 Absatz 1, da in der Regel der Dachverband den Sportlern und den entsprechenden Sportfachverbänden, die einen Antrag einreichen wollen, beratend zur Seite steht. Diese Beratungstätigkeit ist eine der Kernaufgaben des Dachverbands. Die Überprüfung der Anträge wird vom zuständigen Fachbereich im Ministerium gewährleistet. Der Fachbereich übermittelt die Liste der genehmigten Kaderanträge auf einfache Anfrage an den Dachverband.

Diese Maßnahme trägt maßgeblich zum Bürokratieabbau und zur Vereinfachung der Genehmigungsprozeduren der Regierung bei und schafft Freiräume bei den Mitarbeitern des Dachverbands, die sich dann anderen wichtigen Kernaufgaben widmen können.

Artikel 118

Das Gutachten des Dachverbands ist für die Bearbeitung der Anträge nicht erforderlich und trägt zum Bürokratieabbau und zur Vereinfachung der Genehmigungsprozeduren der Regierung bei. Außerdem werden damit Freiräume bei der Arbeitszeit der Mitarbeiter des Dachverbands geschaffen.

Artikel 119

Das Gutachten des Dachverbands ist für die Bearbeitung der Anträge nicht erforderlich und trägt zum Bürokratieabbau und zur Vereinfachung der Genehmigungsprozeduren der Regierung bei. Außerdem werden damit Freiräume bei der Arbeitszeit der Mitarbeiter des Dachverbands geschaffen. Der maximale Zuschuss soll auf 1.000 Euro begrenzt werden.

Artikel 120

Das Gutachten des Dachverbands ist für die Bearbeitung der Anträge nicht erforderlich und trägt zum Bürokratieabbau und zur Vereinfachung der Genehmigungsprozeduren der Regierung bei. Die Präzisierung „nationale“ Spielklasse ist aufgrund von Fehlinterpretationen in den vergangenen Jahren notwendig. Es muss sich darüber hinaus um Mannschaften handeln, die nachweislich an einem ganzjährigen bzw. saisonalen Meisterschaftsbetrieb teilnehmen. Dieser Meisterschaftsbetrieb muss von einem anerkannten nationalen Sportfachverband organisiert werden.

Bisher wurden nur die Trainingseinheiten der Jugendmannschaften für die Kalkulation berücksichtigt. In Zukunft sollen alle Mannschaften des Vereins in dieser Sportart für die Kalkulation berücksichtigt werden.

Artikel 121

Es kommt vereinzelt immer wieder vor, dass Sportler sich erst später als einen Monat vor Beginn des Wettkampfes für diesen qualifizieren oder für die Teilnahme an einem in Artikel 24 und 24.1 erwähnten Wettkampf nominiert werden. Der Zusatz in Artikel 31 soll die Möglichkeit schaffen, auch diese Anträge anzunehmen und die Teilnahme zu bezuschussen.

Artikel 122

Mit der Abänderung des Dekrets geht auch eine Abänderung des Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 20. November 2006 über das Statut der Sportschützen einher. Unter anderem wird eine Ausweitung der Waffenkategorien nach dem Vorbild der Französischen Gemeinschaft vorgesehen.

Die Arbeiten an der Umsetzung des am 5. September 2024 von der Regierung verabschiedeten Erlasses konnten im Jahr 2024 jedoch nicht beendet werden. Die Sportschützenlizenzen für einen Großteil der Schützen in den beiden Sportschützenverbänden laufen jedoch Ende Dezember 2024 aus. Um den Sportschützenverbänden eine Neuausstellung von rund 1.200 Lizenzen ab 1. Juli 2025 zu ermöglichen, wird vorgeschlagen, die Gültigkeit der bestehenden Sportschützenlizenzen per Programmdekret um ein halbes Jahr zu verlängern. Dies ermöglicht es den Sportfachverbänden, die Verwaltung der Lizenzen mit einer neuen digitalen Lösung zu organisieren, und vereinfacht damit den Sportschützen, den Mitgliedsvereinen und den beiden Sportschützenverbänden die Umsetzung des Erlasses.

Artikel 123

Artikel 1 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen (Mediendekret 2021) muss um die Verordnung (EU) 2024/1083 vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) ergänzt werden, da das vorliegende Programmdekret der teilweisen Umsetzung bzw. Anwendung dieser Verordnung dient.

Artikel 124

Artikel 4 („Begriffsbestimmungen“) des Mediendekrets 2021 enthält einen materiellen Irrtum, der korrigiert werden muss. Die Nummerierung des Artikels muss angepasst werden, da dieser zwar die Nummern 61 („Verordnung (EU) 2015/2120“) sowie 61.2 („Verordnung (EU) 2022/1925“) und 61.3 („Verordnung (EU) 2022/2065“) enthält, aber keine Nummer 61.1. Darüber hinaus wird ebenfalls zur besseren Lesbarkeit die Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) definiert.

Artikel 125

Artikel 101 des Mediendekrets 2021 regelt institutionelle Fragen. Er sieht einerseits vor, dass der Medienrat von einem Präsidenten geleitet wird und über Fachpersonal verfügt. Andererseits bestimmt er, dass der Medienrat unter seinen Mitgliedern und/oder seinem Personal einen oder mehrere Auditoren für die Dauer von einem Jahr bestellt. Es gibt also kein Auditorat mehr als eigenständiges Organ des Medienrats (neben Beschlusskammer, Gutachtenkammer und Büro), wie noch von den Artikeln 86 §2 und 116.2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen (Mediendekret 2005) vorgesehen und organisiert (siehe auch PDG, Dok. 123 (2020-2021) Nr. 1, S. 10 und 32).

Bezüglich des Präsidenten gilt es eine Rechtsgrundlage zu schaffen, auf deren Basis die in Artikel 101 §1 Absatz 2 vorgesehene Geschäftsordnung es dem Präsidenten erlauben kann, gewisse Aktivitäten (z. B. Unterzeichnen von gewissen Akten) an Mitglieder des Personals, und insbesondere an den Leiter der Geschäftsstelle, zu delegieren. So muss dann auch die Geschäftsstelle an sich vorgesehen werden.

Bezüglich der Arbeit des Auditors gilt es, eine strikte Trennung zwischen Untersuchung und Bearbeitung der Akte einerseits und Entscheidung andererseits zu gewährleisten („strukturelle Unparteilichkeit“) (PDG, Dok. 123 (2020-2021) Nr. 1, S. 32). So sieht Artikel 101 §3 Absatz 2 des Mediendekrets 2021 vor, dass die Auditoren nicht an der Entscheidung des Medienrats über einen Fall teilnehmen, in dem sie die Untersuchung geführt haben (siehe auch Artikel 140 §1). Die Effizienz von Verfahren und Entscheidungsfindung verlangt jedoch, dass der Medienrat, bevor er seine Entscheidung fällt, den Auditor zur Sache anhören kann. In diesem Kontext ist die aktuelle Formulierung von Artikel 101 §5 Absatz 2 des Mediendekrets 2021 („der Auditor darf an keiner Sitzung teilnehmen, in der Verfahren besprochen werden, an deren Untersuchung er direkt oder indirekt teilgenommen hat“) zumindest zweideutig und muss gestrichen werden. So ist der Rechtslehre zu entnehmen: „Seltsamerweise sieht das Dekret auch vor, dass ein Auditor, der ‚direkt oder indirekt‘ an einem Ermittlungsverfahren teilgenommen hat, nicht an einer Sitzung ‚teilnehmen‘ darf, in der dieses Verfahren diskutiert wird. Es wäre jedoch sinnvoll gewesen, ihm zu erlauben, den Mitgliedern des Medienrats seine Meinung darzulegen und ihm lediglich zu verbieten, an den Beratungen teilzunehmen“ (O. HERMANN, „Des vicissitudes d’une réforme : la mise à jour du droit des services de médias audiovisuels“, *R.D.T.I.*, n° 84/2021, 50 – freie Übersetzung).

Darüber hinaus wird die Möglichkeit für den Medienrat, den Auditor anzuhören, ausdrücklich in Artikel 140 des Mediendekrets 2021 vorgesehen, der das Verfahren im Falle von Verstößen regelt.

Artikel 126

Um dem Gutachten der Datenschutzbehörde Nr. 33/2024 vom 12. April 2024 Rechnung zu tragen, wird dem Medienrat in Artikel 112 §2 des Mediendekrets die Verpflichtung auferlegt, Leitlinien zum Datenschutz auszuarbeiten, die dessen verschiedene Aktivitäten aufgreifen.

Außerdem behandelt Artikel 112 §3 Absatz 2 die Anwendung der Verordnung (EU) 2022/1925 vom 14. September 2022 über bestreithare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte). Gemäß dieser Verordnung ist die Europäische Kommission das einzige Durchführungsorgan der Verordnung. Der Medienrat bleibt die zuständige Behörde, um die Europäische Kommission bei der Durchsetzung zu unterstützen, ist aber nicht mehr selbst alleinig in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständig für die Durchsetzung (siehe auch Abänderung des Artikels 138). Die Formulierung von Artikel 112 §3 Absatz 2 muss demzufolge angepasst werden.

Ebenfalls wird der Medienrat die zuständige Behörde im Rahmen der Verordnung (EU) 2024/1083 vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz). Da einzelne Artikel dieser Verordnung bereits ab dem 8. Februar 2025 gelten, ist es unabdinglich, den Medienrat bereits jetzt als Aufsichtsbehörde zu benennen, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten. Parallel dazu wird ein eigenständiges Abänderungsdekret vorbereitet, um den einzelnen Bestimmungen des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes Rechnung zu tragen. Im Gegensatz zur Anwendbarkeit der Verordnung

(EU) 2022/2065 stellt sich die Frage der Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die betroffenen Dienste nicht, u. a. da gemäß Artikel 8 des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes die Behörden der Richtlinie 2010/13/EU (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) zuständig sind.

Artikel 127

Gemäß Artikel 112 §3 Absatz 2 des Mediendekrets 2021 ist der Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft die zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Anwendung der Verordnung (EU) 2022/1925 „Gesetz über digitale Märkte“. Nichtsdestotrotz müssen in Artikel 138 bezüglich der Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung von Bestimmungen des Titel 2 „Sendungen in Mediendiensten“ die Verweise auf die Verordnung (EU) 2022/1925 gestrichen werden, da gemäß dieser Verordnung die Europäische Kommission das einzige Durchführungsorgan ist und dementsprechend das einzige Organ ist, das in diesem Rahmen Sanktionen auferlegen kann.

Artikel 128

Wie in Bezug auf Artikel 101 des Mediendekrets 2021 angeführt, gilt es, in Artikel 140 die Möglichkeit vorzusehen, dass der Auditor vom Medienrat zu dessen Entscheidungsfindung zu einem Verfahren angehört werden kann, ohne jedoch an der eigentlichen Entscheidung teilnehmen zu dürfen.

Artikel 129

Bei inhaltlicher Änderung des durch die Regierung genehmigten Gesamtkonzepts oder bei Abänderung der Gesamtkonzepte von fusionierenden Einrichtungen der Erwachsenenbildung in einem Gesamtkonzept während des verbleibenden Genehmigungszeitraums muss die Einrichtung der Erwachsenenbildung eine vorherige Genehmigung der Regierung anfragen. Das vorherige begründete Gutachten der Fachjury wird in diesen beschriebenen Fällen und im Falle des Einreichens eines neuen Gesamtkonzeptes durch eine Einrichtung der Erwachsenenbildung, die im Vorjahr ihr genehmigtes Gesamtkonzept aufgehoben bekommen hat, nicht angefragt.

Artikel 130

Die Addition der geltenden jährlichen Pauschalförderungen der Einrichtungen der Erwachsenenbildung kann lediglich erfolgen, wenn diese Einrichtungen die Förderkriterien erfüllen. Das Anrecht auf die Zusatzbeträge für Fusionen beginnt am 1. Januar eines Kalenderjahres. Es werden keine Proporzbeträge ausgezahlt.

Artikel 131

Die Pflicht der Einreichung der geplanten Weiterbildungseinheiten, die der Speisung der veralteten Weiterbildungsdatenbank diene, wird aufgehoben. Die Suchmaschinen haben sich technisch weiterentwickelt und die geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie der Rat für Erwachsenenbildung verfügen mittlerweile über eigene Webseiten.

Artikel 132

Aufgrund der Umnummerierung der Absätze in Artikel 10 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung muss der Verweis in Artikel 12 desselben Dekrets angepasst werden.

Artikel 133

Die Form der möglichen Stellungnahme nach Auswertung der fristgerechten nachgereichten Unterlagen wird festgelegt. Unterlagen, die z. B. zum Zeitpunkt der schriftlichen Stellungnahme erstmals und nicht bereits in der vorgesehenen Monatsfrist eingereicht wurden, werden nicht bei der Entscheidungsfindung der Regierung berücksichtigt. Die Regierung entscheidet über die Einstellung der Förderung und die zeitgleiche Aufhebung des noch verbleibenden genehmigten Gesamtkonzepts.

Artikel 134

Die proportionalen Rückforderungen werden präzisiert. Wird z. B. im Jahr 2024 festgestellt, dass die zweijährigen Mindestweiterbildungsanforderungen 2022-2023 nicht erfüllt wurden, werden die bereits ausgezahlten jährlichen pauschalen Zuschüsse 2022 und 2023 proportional zu den nicht durchgeführten Weiterbildungseinheiten 2022 und 2023 zurückgefordert. Gemäß dem in Artikel 14 festgelegten Verfahren könnte es vorkommen, dass die Einstellung der Förderung und die Aufhebung des noch verbleibenden genehmigten Gesamtkonzepts frühestens im Jahr 2025 erfolgen kann. In diesem Fall muss die Einrichtung der Erwachsenenbildung im Jahr 2024 die Hälfte der zweijährigen Mindestweiterbildungsanforderungen durchführen (mindestens 104 Weiterbildungseinheiten für die Bürgerinnen und Bürger, wovon sich mindestens 80 Einheiten an Erwachsene richten und mindestens 20 Einheiten im Norden und 20 Einheiten im Süden des deutschen Sprachgebiets organisiert werden), ansonsten wird der bereits ausgezahlte jährliche pauschale Zuschuss 2024 proportional zu den nicht durchgeführten Weiterbildungseinheiten 2024 zurückgefordert.

Artikel 135

Die Gesamtkonzepte 2022-2025 werden um zwei Jahre verlängert, um den notwendigen Zeitraum für eine vollständige Revision des Fördersystems der Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu schaffen.

Artikel 136

Ein zentraler Punkt der Bildungsstrategie zur Umsetzung der Bildungsvision 2040 und insbesondere der darin hervorgehobenen Reformierung der Schulfinanzierung ist die bedarfsgerechte Zuweisung von Ressourcen. Ziel ist es, die Chancengleichheit im ostbelgischen Bildungssystem zu erhöhen und Benachteiligungen aufgrund der sozialen oder ökonomischen Herkunft von Schülern zu verringern. Dazu müssen die vorhandenen Ressourcen gerechter verteilt werden. Um Ungleichheiten zwischen den Regelschulen auszugleichen und dafür Sorge zu tragen, dass alle Schüler unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Hintergrund die gleichen Chancen auf eine qualitativ hochwertige Bildung haben, soll ein Sozialindex eingeführt werden, der neben der Basisabdeckung mit einer Zuteilung zusätzlicher Ressourcen für Schulen mit hohem Anteil an sozio-ökonomisch benachteiligten Lernenden einhergeht.

Auf dem Weg hin zu dieser neuen und gerechteren Zuweisung von Ressourcen soll durch das Einführen von vorübergehendem Stunden- oder Stellenkapital sichergestellt werden, dass gezielte Bedarfe in den Schulen bereits hinreichend abgedeckt werden können. Diese Maßnahme ist demnach als strukturelle Übergangslösung zu verstehen, die in Dauer und Umfang begrenzt ist, bis neue Finanzierungsmechanismen greifen.

Derzeit beziehen die Unterrichtseinrichtungen zusätzliches Stellen- und Stundenkapital, das zur Einzelunterstützung förderbedürftiger Schüler und zur Durchführung zahlreicher Projekte wie beispielsweise im Rahmen der Inklusion und der Fremdsprachenförderung erforderlich ist, über BVA-Einstellungen oder über Sonderaufträge.

Für das Personalmitglied, das eine BVA-Stelle bekleidet, ist diese Handhabung dienstrechtlich nachteilhaft, da die BVA-Stunden in das allgemeine Arbeitsrecht fallen und die Personen nicht auf alle dienstrechtlichen Vorteile des Unterrichtswesens, einschließlich aller Urlaubsformen, zurückgreifen können. Obschon Dienstage im betreffenden Amt gesammelt werden können, insofern das Personalmitglied über den erforderlichen oder als ausreichend erachteten Titel verfügt, stellt ein BVA-Vertrag nach wie vor einen Nachteil für das Personalmitglied dar.

Personalmitglieder, die bereits unbefristet zeitweilig oder definitiv ernannt bzw. eingestellt sind und einen Auftrag im Interesse des Unterrichtswesens – einen sogenannten Sonderauftrag – wahrnehmen, um diese zusätzlichen Stunden zu besetzen, sammeln in der Zeit dieser Stundenbesetzung keine weiteren Dienstage in ihrem Ursprungsamt.

Zudem ist die Abwicklung der BVA-Verträge und der Sonderaufträge sowohl für die Schulen als auch für die Schulträger und die Unterrichtsverwaltung mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden, der im Rahmen der BVA-Verträge auch die Kooperation mit dem Arbeitsamt einschließt.

Aufgrund einer gezielteren Ressourcenverteilung in Erwartung eines neuen Schulfinanzierungssystems, aufgrund unvorteilhafter BVA-Statute und aus Gründen des Bürokratieabbaus wird die Abschaffung der BVA-Verträge und die Schaffung von Stellen- oder Stundenkapital für besondere Zwecke vorgeschlagen.

Es handelt sich hierbei um vorübergehende Stunden, in denen ein Personalmitglied nicht auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn oder auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnet bzw. eingestellt werden kann. Die Stunden können nicht zur definitiven Ernennung bzw. Einstellung freigegeben werden.

Es wird vorgeschlagen, dass die Regierung den Schulträgern oder den Unterrichtseinrichtungen Stellen- bzw. Stundenkapital gewähren kann, das für folgende besondere Zwecke und Projekte eingesetzt wird:

- Einzelbegleitung von Schülern oder Schülergruppen mit psychischen, medizinischen oder sozial-emotionalen Auffälligkeiten,
- Förderung der Inklusion im Kindergarten,
- Förderung der Inklusion in der Primarschule,
- Förderung der Hochbegabung,
- Förderung von Fremdsprachenprojekten und mobilen Sprachkursen,
- Organisation von Hausaufgabenbetreuung,
- Organisation von Stützkursen,
- Erziehungs-, Koordinations- und Verwaltungsaufgaben,
- Förderpädagogik,
- Projekte von Kaleido zur Förderung der gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen,
- vom Träger entschiedene Umstrukturierungen, die langfristig zu einer Einsparung von Stellen- bzw. Stundenkapital führen,
- durch die Regierung in Auftrag gegebene Pilotprojekte,
- Projekte des Teilzeit-Kunstunterrichts,
- Projekte der Autonomen Hochschule,
- IT-Projekte,
- pädagogische Projekte,
- Stundenkapitalerhöhung aus außergewöhnlichen Gründen.

Ähnlich wie zur Vergabe der BVA-Stunden, die teilweise durch Personalmitglieder in Form eines Sonderauftrags besetzt werden, sind die Schulträger oder Schulleiter dazu aufgefordert, bis zum 1. März des Schuljahres, das der Nutzung des Stellen- oder Stundenkapitals vorangeht, ein Antragsformular mit der genaueren Projektbeschreibung bei der Regierung einzureichen. Nach Begutachtung durch Personal der Unterrichtsverwaltung, das über die

notwendigen Fachkenntnisse zum betreffenden Thema verfügt, trifft die Regierung eine Entscheidung über die Gewährung oder die Ablehnung des Antrags. Die Regierung kann jedoch ohne Antragstellung Stellen- oder Stundenkapital zu besonderen Zwecken zuweisen zur Umsetzung von Pilotprojekten, die im Auftrag der Regierung erfolgen.

Anträge, die nicht in Form und Frist eingereicht werden oder die den dekretal festgelegten Verwendungszwecken nicht entsprechen, werden von Amts wegen abgelehnt. Anträge, die zur Einzelbegleitung von Schülern oder Schülergruppen mit psychischen, medizinischen oder sozio-emotionalen Auffälligkeiten gestellt werden, können allerdings im Laufe des gesamten Schuljahres eingereicht werden. Anträge, die nach dem 1. März eingereicht werden, können nur dann bearbeitet werden, wenn der Antragsteller außergewöhnliche bzw. unvorhersehbare Gründe oder Ereignisse, die der Nichteinhaltung der Antragsfrist zugrunde liegen, geltend machen kann. Die Regierung entscheidet über die Annehmbarkeit des Antrags.

Um den Schulleitungen eine zeitnahe Organisation und eine damit verbundene Planung der Stellenbesetzung zum Start des folgenden Schuljahres zu ermöglichen, werden diese spätestens zum 30. Juni des vorangehenden Schuljahres über die Entscheidung zur Vergabe der Stellen oder Stunden informiert, insofern die Frist des 1. März eingehalten wurde. Entscheidungen zu Anträgen für das nächste Schuljahr, die nach dem 1. März gestellt werden, werden den Antragstellern in einem angemessenen Zeitraum mitgeteilt. Anträge, die zur Einzelbegleitung von Schülern mit psychischen, medizinischen oder sozio-emotionalen Auffälligkeiten gestellt werden und im Laufe des Schuljahres eingereicht werden, werden innerhalb von 60 Tagen begutachtet und entschieden. Die Dauer der Begutachtung und Entscheidung wird auf 60 Tage festgelegt, da es für ein fundiertes Gutachten mitunter erforderlich ist, den betreffenden Schüler persönlich kennenzulernen, einen Einblick in den Schulalltag zu erlangen und die bereits für ähnliche Zwecke zur Verfügung gestellten Ressourcen zu analysieren.

Entscheidungen werden gemäß dem Gesetz vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte begründet. Sie werden mit Gründen versehen und dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt. Die Gewährung eines Antrags enthält mindestens folgende Angaben:

- die Dauer des genehmigten Stellen- oder Stundenkapitals, gegebenenfalls mit Start- und Enddatum,
- den Umfang der gewährten Stunden oder Stellen,
- eventuelle Bedingungen, die an die Verwendung des Stellen- oder Stundenkapitals geknüpft sind,
- eine Projektnummer.

Eine Zusage für einen Antrag kann für eine Dauer von maximal drei Jahren gewährt werden. Die Zusage für die Einzelbegleitung von Schülern mit psychischen, medizinischen oder sozio-emotionalen Auffälligkeiten betrifft das laufende oder das dem Antrag folgende Schuljahr.

Die Regierung trifft die Entscheidungen zur Vergabe von zusätzlichem Stellen- und Stundenkapital für besondere Zwecke im Rahmen der Haushaltsmittel, die ihr zur Verfügung stehen.

Gutachten der Datenschutzbehörde

In ihrem Gutachten Nr. 87/2024 vom 13. September 2024 äußert die Datenschutzbehörde folgende Bemerkungen:

1. Der Artikel zu den Datenkategorien sollte neu formuliert werden, um die betroffenen Schüler klar zu identifizieren, d. h. Schüler mit psychischen, medizinischen oder sozio-emotionalen Besonderheiten sowie hochbegabte Schüler.

2. Die Regierung und die Schulträger sollten die Daten über Schüler in pseudonymisierter oder anonymisierter Form erhalten und verarbeiten, wenn dies für die Prüfung von Anträgen ausreichend ist.
3. Die Bezeichnung der Regierung als für die Verarbeitung Verantwortliche sollte gestrichen und durch die Bezeichnung des Ministeriums oder eines präzise genannten Dienstes ersetzt werden.
4. Die Begründung des Vorentwurfs sollte Informationen darüber enthalten, welche Anonymisierungsstrategien in Betracht gezogen werden könnten.

Der Artikel zu den Datenkategorien wurde entsprechend dem Gutachten präzisiert.

Der Empfehlung in Bezug auf die pseudonymisierte oder anonymisierte Form der Daten zur Begutachtung der individuellen Anträge kann nicht Folge geleistet werden. Die in den Anträgen formulierten Unterstützungsanfragen für Vorschüler oder Schüler mit psychischen, medizinischen oder sozial-emotionalen Auffälligkeiten und Unterstützungsbedarfen sowie für hochbegabte Schüler können nicht in anonymisierter Form begutachtet werden. Um eine passgenaue Unterstützung in Form von Personalressourcen anzubieten, die sowohl den spezifischen Bedarfen des Vorschülers oder des Schülers als auch den notwendigen Qualifikationen des Unterstützungspersonals Rechnung trägt, tritt das begutachtende Fachpersonal der Unterrichtsverwaltung in Kontakt mit der beschulenden Einrichtung und dem Vorschüler oder Schüler, steht mitunter in Kontakt zu den Erziehungsberechtigten und konsultiert die Gutachten zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf. Zudem ist es erforderlich, Unterstützungsmaßnahmen zu evaluieren und demnach zu prüfen, ob diese den realen Bedarfen auch weiterhin gerecht werden. Dies ist nur möglich, wenn personenbezogene Informationen zum Vorschüler oder zum Schüler vorliegen und verarbeitet werden können. Des Weiteren ist es derzeit nicht möglich, die Strategie zur Anonymisierung nach Ablauf der zehnjährigen Aufbewahrungsfrist zu präzisieren. Da die Informationen digital in einem Online-Tool festgehalten werden, muss hierfür eine entsprechende Vorgehensweise entwickelt werden.

Der Empfehlung in Bezug auf das Streichen der Regierung als für die Verarbeitung Verantwortliche wird aufgrund von Artikel 51 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht nachgekommen. Aus Artikel 69 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, der aufgrund von Artikel 51 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Anwendung findet, ergibt sich nämlich, dass, wenn der Dekretgeber der Gemeinschaftsexekutive irgendwelche Befugnisse mit oder ohne Verordnungscharakter übertragen will, diese Ermächtigung nur der Regierung als solcher erteilt werden kann.

Artikel 137

Diese Bestimmung fügt einen Abschnitt 1 in das Kapitel I.1 ein, der die Antragstellung und Gewährung von Stellen- oder Stundenkapital für besondere Zwecke regelt.

Artikel 138

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.1 in den Abschnitt 1 ein und legt den Anwendungsbereich des Kapitels I.1 fest.

Artikel 139

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.2 in den Abschnitt 1 ein und führt an, für welche Zwecke oder Projekte das Stellen- oder Stundenkapital beantragt werden kann. Die Regierung kann eigene Pilotprojektinitiativen anhand von Stunden- und Stellenkapital zu besonderen Zwecken unterstützen.

Artikel 140

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.3 in den Abschnitt 1 ein und legt die Verwendungsdauer des Stellen- oder Stundenkapitals fest.

Artikel 141

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.4 in den Abschnitt 1 ein und legt die Modalitäten der Antragstellung fest. Dies beinhaltet die Nutzung einer durch die Regierung zur Verfügung gestellten Formularvorlage und die Einhaltung der Einreichungsfrist zum 1. März des vorangehenden Schuljahres. Anträge, die zur Einzelbegleitung von Schülern mit psychischen, medizinischen oder sozio-emotionalen Auffälligkeiten gestellt werden, können im Laufe des gesamten Schuljahres eingereicht werden.

Artikel 142

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.5 in den Abschnitt 1 ein und legt Rahmenbedingungen zur Entscheidung der Regierung fest und führt an, welche Informationen dem Antragsteller zur getroffenen Entscheidung mitgeteilt werden und in welchen Fristen dies erfolgt.

Artikel 143

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.6 in den Abschnitt 1 ein und präzisiert, dass Stellenbesetzer in diese zeitlich begrenzten Stunden für besondere Zwecke nicht auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn oder auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnet oder eingestellt und nicht definitiv ernannt oder eingestellt werden können.

Artikel 144

Diese Bestimmung fügt einen Abschnitt 2 in das Kapitel I.1 ein, der die Vertraulichkeit und den Datenschutz regelt.

Artikel 145

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.7 in den Abschnitt 2 ein und hält die Vertraulichkeit der Angaben, die beteiligten Personen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, fest.

Artikel 146

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.8 in den Abschnitt 2 ein und ermöglicht der Regierung die Verarbeitung personenbezogener Daten, die sie in Ausführung der durch vorliegenden Dekretvorschlag festgelegten Aufträge erhält. Es wird präzisiert, dass die Regierung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten der Verantwortliche für die Verarbeitung ist.

Artikel 147

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.9 in den Abschnitt 2 ein und legt fest, dass die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege stattfindet.

Artikel 148

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.10 in den Abschnitt 2 ein und legt die Datenkategorien fest. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen. Ebenfalls führt der Artikel die Zwecke an, zu denen die Daten genutzt werden.

Artikel 149

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.11 in den Abschnitt 2 ein und regelt die Zusammenarbeit und den Datenaustausch zwischen den Unterrichtseinrichtungen und der Regierung.

Artikel 150

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.12 in den Abschnitt 2 ein und bestimmt, dass die Regierung zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonymisierte bzw. gegebenenfalls pseudonymisierte Daten im Rahmen dieses Dekretvorschlags zurückgreifen kann.

Artikel 151

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.13 in den Abschnitt 2 ein und regelt die Dauer der Verarbeitung der erhobenen Daten.

Artikel 152

Diese Bestimmung fügt den Artikel 9.14 in den Abschnitt 2 ein und sieht vor, dass die Regierung gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten festlegt.

Artikel 153

Durch Artikel 93.70 Absatz 8 und 93.72 §1 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen wurde ein Begleitrat in den Regelgrundschulen, die erstankommende Schüler beschulen, geschaffen. In diesem schulinternen Begleitrat wird über den weiteren schulischen Werdegang der erstankommenden Schüler beraten. In Ausnahmefällen kann der schulinterne Begleitrat eine Verlängerung des Aufenthalts in einer Sprachlernklasse um höchstens ein Jahr bei der Regierung beantragen.

Im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung sollen die Anträge auf Verlängerung anhand eines Formulars eingereicht werden. Das von der Regierung festzulegende Antragsformular beinhaltet folgende Angaben:

1. Identität und Kontaktdaten des Schülers:
 - a) Nachname und Vorname;
 - b) Wohnsitz: Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort;
 - c) Geburtsdatum;
 - d) Muttersprache;
2. Angaben zum schulischen Kontext:
 - a) Schule;
 - b) Schulebene;
 - c) besuchte Klasse und Schuljahr;
 - d) Datum der Ersteinschreibung;
 - e) Dauer der EAS-Beschulung;
 - f) Vorliegen von sonderpädagogischem Förderbedarf;
 - g) Ausbildung und Statut des Lehrers;
3. Gründe für die Beantragung einer Verlängerung des EAS-Statuts in Ausnahmefällen:
 - a) Vorliegen von gesundheitlichen Einschränkungen;
 - b) Anzahl Abwesenheiten des Schülers;
 - c) Sprachniveau des Schülers;
 - d) Sonstiges;
4. Angefragte Verlängerung des EAS-Statuts."

Darüber hinaus wird ein Abschnitt zum Datenschutz im Rahmen der Beschulung von erstankommenden Schülern eingefügt. Er enthält Bestimmungen zur Vertraulichkeit, zur Verarbeitung personenbezogener Daten und Gesundheitsdaten, zu Datenkategorien, zur Zusammenarbeit, zur Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken, zur Dauer der Verarbeitung und zu Sicherheitsmaßnahmen.

Konkret fügt die vorliegende Bestimmung einen Satz in Artikel 93.70 Absatz 8 ein, der festlegt, dass die Anträge auf Verlängerung des Aufenthalts in einer Sprachlernklasse anhand eines Formulars eingereicht werden müssen. Ferner werden die Angaben dieses Formulars festgelegt.

Gutachten der Datenschutzbehörde

Nach Erhalt des Gutachtens der Datenschutzbehörde Nr. 86/2024 vom 13. September 2024 wurden die Bestimmungen wie folgt angepasst:

- Die Daten zur Identität und Kontaktangaben der Erziehungsberechtigten des Schülers wurden präzisiert.
- Die Angabe des Geburtsortes des Schülers wurde gestrichen.
- Der Empfehlung, die Regierung nicht als Verantwortliche für die Verarbeitung der Daten zu bestellen, wird nicht nachgekommen. Aus Artikel 69 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, der aufgrund von Artikel 51 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Anwendung findet, ergibt sich nämlich, dass, wenn der Dekretgeber der Gemeinschaftsexekutive irgendwelche Befugnisse mit oder ohne Verordnungscharakter übertragen will, diese Ermächtigung nur der Regierung als solcher erteilt werden kann.
- Der Empfehlung zur Verwendung von pseudonymisierten Daten für Statistiken wird aus praktischen Erwägungen nicht nachgekommen.

Artikel 154

Diese Bestimmung fügt einen neuen Abschnitt 6 zum Datenschutz in das Kapitel VIIIquinquies des Dekrets ein.

Artikel 155

Diese Bestimmung fügt einen neuen Artikel 93.81.1 in das Dekret ein, der die Vertraulichkeit der Angaben, die den an der Beschulung von erstankommenden Schülern beteiligten Personen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, festhält.

Artikel 156

Diese Bestimmung fügt einen neuen Artikel 93.81.2 in das Dekret ein, der der Regierung die Verarbeitung personenbezogener Daten, die sie in Ausführung der durch vorliegenden Dekretvorschlag festgelegten Aufträge erhält, ermöglicht. Mit diesem neuen Artikel wird präzisiert, dass die Regierung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten der Verantwortliche für die Verarbeitung ist.

Artikel 157

Diese Bestimmung fügt einen neuen Artikel 93.81.3 in das Dekret ein, der festlegt, unter wessen Verantwortung die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit stattfindet.

Artikel 158

Diese Bestimmung fügt einen neuen Artikel 93.81.4 in das Dekret ein, der die Datenkategorien festlegt, die künftig im Rahmen der Beschulung von erstankommenden Schülern verarbeitet werden. Ebenfalls führt der Artikel die Zwecke an, zu denen die Daten genutzt werden.

Artikel 159

Diese Bestimmung fügt einen neuen Artikel 93.81.5 in das Dekret ein, der bestimmt, dass die Regierung mit den Regelschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie mit dem Begleitrat, die an der Beschulung von erstankommenden Schülern beteiligt sind, zusammenarbeitet und dass mit diesen Einrichtungen Daten ausgetauscht werden, wenn die Übermittlung der Informationen im Interesse des Schülers erforderlich ist und die übermittelten Informationen angemessen, sachdienlich und verhältnismäßig sind.

Artikel 160

Diese Bestimmung fügt einen neuen Artikel 93.81.6 in das Dekret ein, der bestimmt, dass die Regierung zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonymisierte bzw. gegebenenfalls pseudonymisierte Daten zurückgreifen kann.

Artikel 161

Diese Bestimmung fügt einen neuen Artikel 93.81.7 in das Dekret ein, der die Dauer der Verarbeitung der erhobenen Daten regelt.

Artikel 162

Diese Bestimmung fügt einen neuen Artikel 93.81.8 in das Dekret ein, der vorsieht, dass die Regierung gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten festlegt.

Artikel 163

Es handelt sich um eine technische Korrektur des Grundlagendekrets über den Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Artikel 164

Aktuell sind die Niederlassungseinheiten der Leiharbeitsvermittler im deutschen Sprachgebiet verpflichtet, jährlich einen Tätigkeitsbericht einzureichen. Dieser Bericht ist jedoch statistisch kaum aussagekräftig, weil die Qualität der Daten nicht ausreichend ist. Eine Erklärung dafür liegt in der Organisation der Leiharbeitsagenturen. Die Niederlassungseinheiten sind kaum in der Lage, eigene belastbare Statistiken zu ziehen. Zudem ist das Leiharbeitsgeschäft sehr digital und dezentral geworden. Darüber hinaus sind die Auswertungen des Verbands der Interim viel interessanter für die Arbeitsmarktanalyse als die schwer zu konsolidierenden Zahlen einzelner Büros.

Eine aussagekräftige Analyse der Leiharbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sollte sich daher flexibel an den belastbaren und verfügbaren Zahlen orientieren. Ein jährlicher Tätigkeitsbericht verursacht viel Arbeit, bringt aber keinen Mehrwert für die Analyse. Stattdessen soll die Grundlage zum Einholen von anonymisierten Daten im Dekret stehen bleiben, diese aber nicht mehr an einen starren jährlichen Tätigkeitsbericht gekoppelt sein.

Artikel 165 und 166

Die Bestellung und Erneuerung eines Arbeitskreises für Vermittlung und Leiharbeitsvermittlung sind administrativ aufwendig. Da der Arbeitskreis keine Entscheidung trifft und vorrangig als Ort des Austausches dient, ist der per Dekret und Erlass geregelte formale Rahmen nicht zu rechtfertigen.

Zudem hat die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt, dass ein Austausch immer dann besonders fruchtbar war, wenn zum einen die ansässigen Leiharbeitsagenturen selbst eingeladen wurden, und zum anderen der Zeitpunkt des Treffens in Abhängigkeit aktueller Fragestellungen ausgewählt wurde. Bei Sitzungen, die vorrangig einberufen wurden, um den dekretalen Verpflichtungen gerecht zu werden, mangelte es hingegen zeitweilig an ausreichend interessanten Besprechungsthemen.

Ein formloser Rundtisch erfüllt weiterhin den gewollten Zweck des Arbeitskreises, bietet aber mehr Flexibilität und verursacht weniger administrativen Aufwand.

Artikel 167 und 168

Durch die Reform des Stellenkapitals zu besonderen Zwecken im Unterrichtswesen (siehe Kommentare zu den Artikeln 136-152) ist die Übergangsbestimmung im Dekret vom 28. Mai 2018 zur AktiF und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, die weiterhin eine BVA-Bezuschussung im Unterrichtswesen erlaubte, nicht mehr notwendig. Sie kann demnach ab dem folgenden Schuljahr aufgehoben werden. Artikel 167 enthält lediglich technische Korrekturen, die aufgrund dieser Abänderung erforderlich sind.

Artikel 169

Durch diesen Artikel wird der Rechtsverweis auf das Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch deinen Verweis auf das Dekret vom 13. November 2023 ersetzt, da ersteres durch letzteres aufgehoben wurde. Außerdem soll damit letzteres der Kontrolle durch die Sozialinspektoren der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterworfen werden.

Artikel 170

Das Referat, das die Vermittlungsarbeit in der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben ausübte, wird nun organisatorisch dem Arbeitsamt zugeordnet (siehe Kommentar zu Artikel 16). Somit besteht keine Notwendigkeit mehr, die Dienststelle als Vermittlungsdienst mit den dazu einhergehenden Verpflichtungen zu erhalten.

Artikel 171

Der Wille des dekretalen Gesetzgebers war, die Eintragungspflicht für Bezieher von anderen Ersatzeinkommen als dem Eingliederungseinkommen und dem Arbeitslosengeld differenziert einsetzen zu können, falls ein Bedarf entsteht. Die aktuelle Formulierung verpflichtet jedoch die Regierung dazu, im Erlass festzulegen, was als Ersatzeinkommen gilt. Die angepasste Formulierung wandelt diese Bestimmung in eine Möglichkeit um. Dies entspricht dem ursprünglichen Gedanken dieses Absatzes.

Erst wenn die Regierung festlegt, welche Ersatzeinkommen als Ersatzeinkommen im Sinne des vorliegenden Dekrets gelten und den Zeitpunkt des Inkrafttretens präzisiert, tritt Nummer 3 in Kraft.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Eintragung demnach lediglich verpflichtend für Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und für Sozialhilfeempfänger.

Artikel 172 und 173

Siehe Erläuterungen zur Abänderung von Artikel 3 des Dekrets vom 22. Mai 2023 (Zuordnung des zuständigen Referats beim Arbeitsamt)

Artikel 174

Ziel dieser Bestimmung ist es, eine Aneinanderreihung von Praktika, die im Rahmen des vorliegenden Kapitels organisiert werden, beim gleichen Arbeitgeber zu verhindern. Sollte die Person innerhalb der vorhergehenden zwei Jahre bereits ein Praktikum im Rahmen einer anderen Maßnahme absolviert haben, gilt dies nicht als Ausschlusskriterium. Daher wird dies durch vorliegende Abänderung präzisiert.

Artikel 175

Die Maximaldauer des Praktikums beträgt drei Monate. Bei Arbeitsuchenden erfolgt das Praktikum über einen fortlaufenden Zeitraum. Dies war auch bei den früheren Praktikumsmaßnahmen des Arbeitsamts (Arbeitsplatzerprobungspraktikum) und der Dienststelle (Orientierung im Betrieb) der Fall.

Bei den neuen Zielgruppen des Praktikums kann sich das Absolvieren des Praktikums über einen fortlaufenden Zeitraum gegebenenfalls schwieriger gestalten. Diese neuen Zielgruppen sind zum einen Schüler, Studenten, Beschäftigte, die nicht im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung begleitet werden, und zum anderen Personen, die beschäftigt sind, jedoch im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung begleitet werden, da sie von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Diese Zielgruppen können ihr Praktikum nur innerhalb der Schulferien bzw. außerhalb der Arbeitszeiten absolvieren. Daher ist es nicht immer möglich, die gewünschte Praktikumsdauer innerhalb eines fortlaufenden Zeitraums zu absolvieren. Durch die vorliegende Abänderung können diese neuen Zielgruppen die festgelegte Praktikumsdauer innerhalb von neun Monaten leisten.

Artikel 176

In der Praxis handelt es sich bei der Zielvereinbarung des Praktikumsvertrags nicht um ein getrenntes Dokument. Die Zielvereinbarung ist Bestandteil des Praktikumsvertrags. Dies wird durch vorliegenden Artikel präzisiert.

Artikel 177 und 178

Auf Erlassebene wird präzisiert, welche Tage Anrecht auf eine Entschädigung geben. Diese stimmen nicht immer mit den „effektiv geleisteten Praktikumstagen“ überein. Krankheitsbedingte Abwesenheiten unter zwei Wochen werden entschädigt, auch wenn sie nicht „effektiv geleistet“ wurden.

Artikel 179

Zum jetzigen Zeitpunkt sind einige Ausbildungsbeihilfen per Erlass geregelt, ohne über ein eigenes gesondertes Dekret zu verfügen. Zu nennen sind hier insbesondere der Erlass der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen sowie der Erlass der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende.

Mit der durch vorliegenden Artikel einzufügenden Ermächtigung wird eine juristisch solidere Grundlage für Erlasse im Bereich der Beihilfen und Beschäftigungs- oder Ausbildungsanreize geschaffen. Ungeachtet dessen müssten die Grundlagen von neuen umfangreichen Maßnahmen per Dekret festgehalten werden.

Die in Artikel 9 des Dekrets vorgesehene Delegation in Kombination mit den in Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets vorgesehenen Aufgaben reichen hier in der Tat nicht aus, da diese zwar die Ausformulierung von Rahmenbedingung für die Verwaltung und Gewährung existierender Beihilfen ermöglichen, nicht jedoch die eigentliche Gewährung neuer Beihilfen. Aus diesem Grund ist eine separate Ermächtigung notwendig.

Artikel 180

Artikel 9 des Dekrets vom 13. November 2023 enthält eine allgemeine Delegation an die Regierung, um die beschäftigungspolitischen Aufgaben des Dienstes weiter zu präzisieren. Durch die vorherige Bestimmung wird nun eine separate Delegation in das Dekret eingefügt. Zur Wahrung der Kohärenz dieser Delegationen wird nun vorgesehen, dass auf die in Artikel 9 des Dekrets erwähnte Delegation immer dann zurückgegriffen werden kann, wenn keine spezifische Delegation vorliegt.

Artikel 181

Die an dieser Stelle vorgenommene Anpassung des Dekrets dient der Verdeutlichung. Es geht darum, den Betrieben, die einen Antrag auf Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb stellen, eine Übergangsphase nach Anerkennung von drei Jahren einzuräumen, um der Anerkennungsbedingung in Nummer 6 zu entsprechen. Im Ursprungstext hätte verstanden werden können, dass nach drei Jahren Tätigkeit – gegebenenfalls auch vor der Anerkennung – diese Vorgabe hätte erfüllt sein müssen.

Artikel 182

Die Datenschutzbehörde weist in ihrem Gutachten Nr. 45/2024 vom 17. Mai 2024 darauf hin, dass keine ausreichende Begründung vorliegt, um die in Artikel 8 §1 Nummern 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer bezüglich der Betreuer anzufragen und zu verarbeiten. Dementsprechend wird der Buchstabe b) in Absatz 1 Nummer 2 aufgehoben.

Artikel 183

Artikel 29 des Dekrets vom 14. Februar 2011 über Bestattungen und Grabstätten sieht vor, dass die Asche eingeäschelter Leichname in Urnen gefüllt und innerhalb des Friedhofs begraben oder in einem Kolumbarium beigesetzt wird.

§2 ermöglicht es, die Asche an einem anderen Ort als dem Friedhof zu verstreuen, zu beerdigen oder aufzubewahren. §3 bestimmt, dass ein symbolischer Teil der Asche an einen direkten Verwandten oder Ehepartner zur Aufbewahrung übergeben wird.

§4 schließt diese Möglichkeiten jedoch für die Asche von Föten aus.

Einige Gemeinden des deutschen Sprachgebiets sind gemeinsam an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft herangetreten, um die Aufhebung dieser Beschränkung für die Asche von Föten in die Wege zu leiten. In der Tat seien die Standesämter des Öfteren mit Bestattungen von Föten konfrontiert und könnten den Eltern solcher Sternenkinder keine andere Möglichkeit als die Aufbewahrung am Friedhof bieten. Aus ihrer Sicht werden Eltern von vorverstorbenen Föten dadurch einerseits anders behandelt als Eltern

verstorbener Kleinkinder und Erwachsener. Andererseits sei diese Beschränkung auch dahin gehend nicht mehr zeitgemäß, dass ein Bürger nicht zwingend einen Bezug zum Friedhof oder zu einer Religion hat.

Aus diesen Gründen soll Artikel 29 §4 des Dekrets über Bestattungen und Grabstätten aufgehoben werden.

Artikel 184

Die Tourismusstrategie 2040 sieht eine Verbesserung der Kommunikation und Vernetzung innerhalb der Tourismusakteure in der Destination Ostbelgien vor. Mit dieser Strategie wird der Agentur die Rolle des Tourismusmanagements zukommen, was eine Anpassung von Artikel 4 Absatz 2 Nummer 2 des Tourismusförderdekrets erforderlich macht.

Artikel 185

Die Begrifflichkeit „Markenkontaktpunkt der Naturerlebnisregion Ostbelgien“ ist irreführend, da suggeriert wird, dass es sich um ein Gebäude handelt, das vor allem die Markenprodukte der Region Ostbelgien anbietet und sich weniger um die touristische Beratung von inländischen und ausländischen Gästen kümmert. In den Namen der Informationsstellen der Stufe 1 muss daher vor allem der touristische Aspekt hervorgehoben werden. Außerdem soll die gesamte Destination Ostbelgien abgedeckt werden, also die neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets und die beiden Gemeinden Weismes und Malmedy. Aus diesen Gründen wird Artikel 7 §2 Nummer 1 Buchstabe b) des Tourismusförderdekrets angepasst.

Darüber hinaus wird Buchstabe f) von Artikel 7 §2 Nummer 1 angepasst, um für die Betreiber des Hauses für Tourismus flexible Öffnungszeiten zu ermöglichen, die sich am Bedarf des Besucheraufkommens orientieren. Dabei liegt es in der Verantwortung des Betreibers, für eine möglichst umfassende Information der Gäste zu sorgen.

Die Anzahl Sonntage wurde wie folgt berechnet:

Kategorie 1 soll an 1/3 der Sonntage eines Kalenderjahres öffnen.

Kategorie 2 soll an 1/4 der Sonntage eines Kalenderjahres öffnen.

Kategorie 3 soll an 1/5 der Sonntage eines Kalenderjahres öffnen.

Diese Sonntage sollten während der besucherstarken Perioden gelegt werden, daher die Bedingung, diese in die belgischen Schulferien zu legen oder auf Sonntage, an denen lokal wichtige Veranstaltungen stattfinden.

Der Satz „An besucherstarken Tagen ist mindestens ein qualifiziertes Personalmitglied, das den in §1 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Bedingungen genügt, anwesend“ soll entfernt werden, damit die Häuser für Tourismus und Tourist-Informationsstellen an Wochenenden auch mit Studenten arbeiten können, um die Öffnungszeiten gewährleisten zu können. Diese Studenten erfüllen allerdings nicht zwingend die Bedingungen in §1 Absatz 1 Nummer 4, da sie nicht an Weiterbildungen teilnehmen.

Artikel 186

Der Tourismussektor in Ostbelgien soll weiter professionalisiert und der Gästeempfang optimiert werden. Daher wird ein ganzheitlicher Ansatz im Destinationsmanagement angestrebt, der maßgeblich zur Vernetzung der Tourismusakteure in Ostbelgien beiträgt. Die Vernetzung und Zusammenarbeit innerhalb der Destination sowie nach außen soll gezielt weiterentwickelt werden, um eine klare touristische Positionierung und eine stringente Vermarktung für Ostbelgien zu erreichen. Gäste sollen Ostbelgien als einen vielfältigen Erlebnisraum wahrnehmen. Hier gilt es, die einheitliche Vermarktung der Destination Ostbelgien weiter zu stärken.

Artikel 22 §1 Absatz 3 wird aufgehoben, damit die Anzahl der touristischen Informationsstellen der Kategorie 1 in Zukunft nicht auf zwei beschränkt bleibt, da die touristischen Informationsstellen der Kategorie 1 aufgrund der an sie gestellten Anforderungen maßgeblich zu den oben genannten Zielen beitragen.

Artikel 187

Dieser Artikel ist zusammen mit Artikel 192 zu lesen, der Artikel D.IV.63 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung abändert. Die Verwendung von Bearbeitungsgebühren zur Finanzierung eines Fonds für Nachhaltigkeit unterstreicht das Engagement der Deutschsprachigen Gemeinschaft, aktiv zur Lösung globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenschutz und sozialer Gerechtigkeit beizutragen. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) sind politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen, die auch von der Deutschsprachigen Gemeinschaft verfolgt werden. Mit dem Fonds werden Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit im Sinne des ökologischen und landschaftlichen Erhalts, der Wiederherstellung und der Aufwertung des Raumes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einschließlich von Maßnahmen zum Schutz des Klimas, der Arten und Habitate und zur Versorgung der Allgemeinheit durch erneuerbare Energien finanziert.

Durch die Einzahlung in den Fond wird somit ein Zusammenhang zwischen den Verwaltungsprozessen und der Förderung von ökologischen und sozialen Projekten hergestellt.

Das Einzahlen dieser Gebühren in den Fonds zeigt, dass die Zahlung nicht nur einem bürokratischen Zweck dient, sondern auch der Allgemeinheit zugutekommt.

Artikel 188 bis 190

Mehrere Änderungen des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung beschränken sich auf die Anpassung von Verweisen auf die Umweltgesetzgebung. Die Umweltgesetzgebung der Wallonischen Region wurde durch verschiedene Dekrete abgeändert, die Abänderung der Nummerierung bestimmter Artikel inbegriffen. Die Verweise werden durch die hier vorgesehenen Änderungen aktualisiert. Betroffen sind die Artikel D.II.57.2, D.II.57.4, D.IV.34, D.IV.109.8, D.VII.13, D.VIII.1 und D.VIII.31 des Gesetzbuches.

Artikel 191

Die Abänderung des Artikels D.IV.42 §5 des Gesetzbuches ermöglicht es, dass die Akten zu einem gewissen und vorhersehbaren Zeitpunkt abgeschlossen werden können. Dies führt zu mehr Planungssicherheit sowohl für die Antragsteller als auch für die Gemeinden und die Verwaltung.

Artikel 192

Dieser Artikel ist zusammen mit Artikel 187 zu lesen, der Artikel D.I.12.1 §2 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung (GRE) abändert. Bearbeitungsgebühren sind nicht nur Mittel zur Kostendeckung, sondern auch ein Werkzeug zur Steuerung des Verhaltens. Sie haben eine lenkende Funktion. Durch die Gebühren kann verhindert werden, dass übermäßig viele Anträge gestellt werden, die mit geringer Ernsthaftigkeit gemeint sind. Durch die Gebühren wird das verantwortungsvolle Handeln der potenziellen Beschwerdeführer gefördert.

Die Bearbeitungsgebühren einer Beschwerde priorisieren somit wichtige Anfragen und schützen Ressourcen verschiedener Art.

Für die Akzeptanz solcher Gebühren ist es jedoch entscheidend, dass ihre Höhe angemessen ist. Daher legt die Regierung im verordnenden Teil des GRE die Höhe der Bearbeitungsgebühr sowie die Modalitäten der Entrichtung fest. Die Höhe der Summe orientiert sich an den Summen, die in der Wallonischen Region bei Beschwerdeverfahren von Globalgenehmigungen erhoben werden. Auch die Sitzungsgelder der externen Mitglieder der Beschwerdekommision fließen bei der Festlegung der Höhe der Summe mit ein. Die veranschlagte Gebührensumme für eine Beschwerde liegt weiter unter den Realkosten, die durch die Sitzungsgelder und weitere Verwaltungskosten im Beschwerdeverfahren entstehen.

Artikel 193 und 194

Siehe Erläuterungen zur Abänderung von Artikel D.II.57.2 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung

Artikel 195

Die Zahlung des Vergleichsbetrags sollte der Gemeinde zukommen, wenn sie das Vergehen entweder durch die vom Gemeinderat benannten Beamten und technischen Bediensteten der Gemeinden feststellen lässt oder wenn sie die mit der Verwaltung und Polizeiordnung der Straßen und Wege beauftragten Beamten und Bediensteten dazu beauftragt. Wenn aber die Veranlassung der Protokollierung durch die Regierung über die mit der Verwaltung und Polizeiordnung der Straßen und Wege beauftragten Beamten und Bediensteten erfolgt, sollte die Zahlung des Vergleichsbetrags an den Fonds für Nachhaltigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehen.

Artikel 196 und 197

Siehe Erläuterungen zur Abänderung von Artikel D.II.57.2 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung

Artikel 198 und 199

Diese Artikel schaffen die dekretale Grundlage für die Rückzahlung von Elternkautionen über den Fonds für Dienstleistungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter Einhaltung gewisser Bedingungen und reihen sich somit ein in eine Vielzahl von Maßnahmen zugunsten der Erziehungsberechtigten und der betreuten Kinder, die im Rahmen der Reform der Kinderbetreuung auf den Weg gebracht wurden.

Artikel 200

Aktuell ist vorgesehen, dass Geschäftsführungsverträge dem Parlament vor ihrer Unterzeichnung zur Genehmigung vorgelegt werden. Im Programmdekret 2015 war bereits eine erste administrative Erleichterung zur Handhabung der Geschäftsführungsverträge vorgesehen worden. Da es aus unterschiedlichen Gründen erforderlich sein kann, die Verträge während der Laufzeit per Nachtrag anzupassen, und diese Nachträge denselben aufwendigen administrativen Weg wie der Geschäftsführungsvertrag selber durchlaufen müssen, war festgehalten worden, dass aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung auf das Genehmigungsverfahren verzichtet werden kann. Diese Ausnahme bezog sich bisher auf Nachträge, die die Zuschusshöhe anpassen, da Haushaltsanpassungen ohnehin vom Parlament genehmigt werden müssen. Oftmals ist aber auch analog zur Anpassung des Zuschusses erforderlich, eine begrenzte inhaltliche Anpassung des Geschäftsführungsvertrags in Bezug auf Auflagen, Aufgaben oder die Laufzeit vorzunehmen. Daher wird vorgeschlagen, das 2015 vereinbarte Prinzip auf Nachträge, die maximal eine einjährige Laufzeit besitzen, auszuweiten.

Artikel 201 bis 203

Durch ein Dekret vom 13. Dezember 2023 hat die Wallonische Region das Dekret vom 5. Februar 2015 über die Handelsniederlassungen aufgehoben. Dieses sah bisher vor, dass in den Fällen, in denen eine Genehmigung für bestimmte Handelsniederlassungen notwendig war, der sogenannte Beamte für Handelsniederlassungen im Öffentlichen Dienst der Wallonie intervenieren musste. Durch die Aufhebung des besagten Dekrets zum 1. August 2024 wurde dieser Beamte der Handelsniederlassungen abgeschafft. Demzufolge hat die Wallonische Region in all ihren Rechtsgrundlagen die bisherigen Verweise auf diesen Beamten gestrichen, darunter auch im Dekret vom 22. November 2018 über das Enteignungsverfahren.

Insofern dieses Dekret seit der Übertragung der Ausübung dieser Zuständigkeit zum 1. Januar 2020 von der Deutschsprachigen Gemeinschaft „übernommen“ wurde, empfiehlt es sich, ebenfalls die Verweise auf den Beamten der Handelsniederlassungen zu streichen.

Artikel 204

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten der einzelnen Bestimmungen fest.

F. CREMER
S. PAUELS
E. JADIN

DEKRETVORSCHLAG

KAPITEL 1 – PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 – Gesundheit

Artikel 1 – Artikel 10.1.1 Nummer 2 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird wie folgt ersetzt:

„2. Impfberechtigte: eine Berufsfachkraft im Gesundheitswesen:

- a) die in Anwendung der föderalen Gesetzgebung berechtigt ist, Impfungen durchzuführen und
- b) die eine Impfung durchführt, die aufgrund des Impfschemas empfohlen, kostenlos durchgeführt bzw. im Ankauf bezuschusst wird;“

Art. 2 – In Artikel 10.1.7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird folgender §1.1 eingefügt:

„§1.1 – Personen mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet, denen außerhalb des belgischen Staatsgebiets eine Impfung verabreicht wurde, können bei einem Dienstleister oder Impfberechtigten beantragen, diese Impfung in dem in Artikel 10.1.3 vorgesehenen Bestell- und Registrierungssystem zu registrieren, wenn die betreffende Person die Impfung anhand einer entsprechenden ausländischen Bescheinigung nachweist.

Zwecks Eintragung einer im Ausland verabreichten Impfung können folgende personenbezogene Daten folgender Datenkategorien verarbeitet werden:

1. die in §1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Daten hinsichtlich der geimpften Person;
2. die in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Daten hinsichtlich des Impfberechtigten, der die Impfung im Bestell- und Registrierungssystem registriert;
3. folgende Angaben zur Identität der Person, die die Impfung verabreicht hat:
 - a) Name und Vorname;
 - b) die Angabe, dass es sich um einen Impfberechtigten im Ausland handelt;
4. insoweit vorhanden, die in §1 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Daten zur verabreichten Impfung;
5. Datum und Ort der Verabreichung jeder Impfstoffdosis;
6. Daten über das Impfschema der geimpften Person, und zwar jeweils für die Krankheit, gegen die sie geimpft wurde.

Die in Absatz 2 aufgeführten Datenkategorien können zur Registrierung verabreichter Impfungen für folgende Zwecke verarbeitet werden:

1. Verwaltung des Impfschemas für jede zu impfende bzw. geimpfte Person;
2. Unterstützung, Erteilung von Informationen und Sensibilisierung von Personen im Zusammenhang mit der verabreichten und den gegebenenfalls noch anfallenden Impfungen;
3. Vermeidung inkompatibler Impfungen;
4. Nachverfolgbarkeit der Impfung;
5. Ermittlung der Durchimpfungsrate der Bevölkerung gegen die jeweilige Krankheit, nach Anonymisierung der Daten oder zumindest Pseudonymisierung der Daten, falls eine Anonymisierung die Ermittlung nicht ermöglichen würde.

Die Impfberechtigten und Dienstleister können die in Absatz 2 erwähnten Daten für die in Absatz 3 erwähnten Zwecke verarbeiten.“

Art. 3 – In Artikel 10.1.9 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird die Angabe „Artikel 10.1.7 §1“ durch die Angabe „Artikel 10.1.7 §1 und §1.1“ ersetzt.

Abschnitt 2 – Senioren

Art. 4 – Artikel 32 §2 Absatz 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung kann:

1. Abweichungen hinsichtlich der in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Normen und Vorkehrungen zu den von ihr festgelegten Bedingungen gewähren;
2. Ausnahmen zu der Verpflichtung, die in Absatz 2 erwähnten Bedingungen zu erfüllen, festlegen.“

Art. 5 – In Artikel 72 §1 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Gehören dem Beirat als Mitglieder in beratender Funktion an:

1. ein Vertreter der Regierung;
2. ein Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.“

Art. 6 – In Artikel 45 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Unbeschadet Absatz 1 verarbeitet die Regierung folgende anonymisierte Daten zur Erstellung von Statistiken über die Nutzung des Pflegegeldes:

1. Anzahl Berechtigte, aufgeteilt nach Geschlecht und nach Gemeinde, in der sich der Wohnsitz der Berechtigten befindet;
2. Anzahl und Anteil der Berechtigten des Basispflegegeldes, die gleichzeitig Anrecht auf den Sozialzuschlag haben im Verhältnis zu allen Berechtigten pro Pflegegeldkategorie.“

Art. 7 – Artikel 58 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1-5 werden zu §1 Absätze 1-5.
2. Folgender §2 wird eingefügt:
„§2 – §1 ist nicht anwendbar auf Senioren, die nicht in den Anwendungsbereich des vorliegenden Dekrets gemäß Artikel 4 fallen.

Artikel 10 Absatz 2 ist anwendbar auf Senioren, die den gemäß §1 ermittelten Betrag erhalten.

Für die Anwendung der Absätze 1 und 2 gelten die Beträge, die ein Senior bis zum 1. Januar 2025 aufgrund von §1 erhalten hat, als erworben und werden nicht zurückgefordert.“

Abschnitt 3 – Familie

Art. 8 – Das Dekret vom 17. November 2008 zur Schaffung eines Beirates für Familien- und Generationenfragen, abgeändert durch die Dekrete vom 22. Februar 2016, 7. November 2016 und 11. Dezember 2018, wird aufgehoben.

Art. 9 – In Kapitel 6 Abschnitt 3 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleitungen, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Artikel 76.1 eingefügt:

„Art. 76.1 – Verjährungsfrist von Beschlüssen zur Feststellung einer Beeinträchtigung

Rechtsklagen gegen Beschlüsse zur Feststellung einer Beeinträchtigung im Sinne von Artikel 22 Absatz 1 Nummer 2 werden innerhalb einer Frist von drei Monaten, gerechnet ab dem Versanddatum des Beschlusses, eingereicht.“

Art. 10 – Artikel 79 §1 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.
2. Nummer 2 wird aufgehoben.

Abschnitt 4 – Soziales

Art. 11 – Artikel 8 Absatz 2 Nummer 4 des Dekrets vom 5. Mai 2014 zur Anerkennung und Förderung von sozialen Treffpunkten wird wie folgt ersetzt:

„4. mindestens über eine halbe Vollzeitäquivalentstelle als Koordinator verfügen, der den in Artikel 7 §2 erwähnten Kriterien genügt;“

Art. 12 – Artikel 11 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 11 – Zuschuss

§1 – Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung einem anerkannten sozialen Treffpunkt für die im vorliegenden Dekret festgelegten Dienstleistungen und unter den im vorliegenden Artikel festgelegten Bedingungen einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 85.000 Euro für Personal- und Funktionskosten. Dieser Zuschuss wird jährlich um 1,25 % indexiert.

Der in Absatz 1 erwähnte Zuschuss wird im Verhältnis zum Zeitraum der Anerkennung ausgezahlt. Stellt ein anerkannter sozialer Treffpunkt seine Tätigkeit definitiv ein oder wird ihm die Anerkennung gemäß Artikel 10 Absatz 2 entzogen, erstattet er den Zuschuss im Verhältnis zu den nicht geleisteten Tagen zurück.

Zum Erhalt des in Absatz 1 erwähnten Zuschusses entspricht die Besoldung des Personals eines anerkannten sozialen Treffpunkts den von der Regierung festgelegten Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Der in Absatz 1 erwähnte Zuschuss wird nur dann gewährt, wenn sich die Gemeinden oder die öffentlichen Sozialhilfezentren, die für die betroffenen Wirkungsbereiche zuständig sind, vertraglich verpflichten, dem anerkannten sozialen Treffpunkt zusätzlich einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 10 % der in Absatz 1 erwähnten Zuschusssumme zu gewähren.

§2 – In Abweichung von Artikel 104 §1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden 70 % des jährlichen Zuschusses im Januar und 30 % im Juli ausgezahlt, und zwar jeweils vor dem 22. des Monats.“

Art. 13 – Artikel 13 §2 Absatz 2 des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt wird wie folgt ersetzt:

„Die Anerkennung wird für einen unbestimmten Zeitraum erteilt.“

Art. 14 – Artikel 23 §4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„§4 – Das Referenzzentrum ist für das Sekretariat des Beirats zuständig.“

Art. 15 – In Artikel 37 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird folgender §6 eingefügt:

„§6 – Die zum 31. Juli 2025 gemäß Artikel 13 erteilte Anerkennung einer Einrichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Referenzzentrum gilt für einen unbestimmten Zeitraum.“

Abschnitt 5 – Dienststelle für selbstbestimmtes Leben

Art. 16 – Artikel 11 §1 Absatz 1 Nummern 2 und 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, werden aufgehoben.

Art. 17 – Artikel 31 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 31 – Einsetzung

§1 – Die Regierung setzt zur Gewährleistung des Informationsaustausches und der Netzwerkarbeit zwischen den beteiligten Dienstleistern mindestens zwei Dienstleisterkonferenzen ein, wovon jeweils eine Dienstleisterkonferenz aus den in Kapitel 3 Abschnitt 2 bzw. Abschnitt 3 festgelegten Aufgabenbereichen.

§2 – Die Dienstleisterkonferenzen setzen sich aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen:

1. den gemäß den Artikeln 12 und 13 anerkannten Dienstleistern;
2. anderen Dienstleistern, die therapeutische Angebote, einrichtungsgebundene Wohn- und Beschäftigungsformen, Unterstützungs- und Entlastungsangebote, Angebote im Bereich der Selbsthilfe, Selbstbestimmung, Bewusstseinsbildung, Freizeit und Bildung oder spezialisierte Angebote im Bereich der Personenbeförderung anbieten und deren Dienstleistungen vorwiegend von den Nutznießern in Anspruch genommen werden.

Den Dienstleisterkonferenzen gehören mit beratender Stimme an:

1. ein von der Regierung bestimmter Vertreter des Dienstes;
2. ein Vertreter der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Regierung bestellt die Mitglieder der Dienstleisterkonferenzen und für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied.

Die in Absatz 1 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen in den Dienstleisterkonferenzen vertretenen Dienstleister bestellt.

Die Dienstleister sind Mitglied mindestens einer solchen Dienstleisterkonferenz.

§3 – Die Regierung bestimmt das Verfahren zur Einsetzung, die Funktionsweise und die Aufgaben der Dienstleisterkonferenzen.“

Abschnitt 6 – Jugendhilfe und Jugendschutz

Art. 18 – In Artikel 1 Nummer 5 des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz wird die Wortfolge „sowie Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien sowie Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 19 – Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Wort „Bereitschaftspflegefamilie“ durch die Wortfolge „Pflegefamilie oder Fachpflegefamilie“ ersetzt.
2. Nummer 2 wird aufgehoben.
3. Folgende Nummer 9.1 wird eingefügt:
„9.1 Fachpflegefamilie: die gemäß Artikel 104.3 anerkannte natürliche Person, die selbstständig im Rahmen einer Bereitschaftspflege oder Langzeitpflege nicht verwandte Kinder und Jugendliche betreut;“
4. Folgende Nummer 9.2 wird eingefügt:
„9.2 Fachpflegschaft: die stationäre Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme, die die Bereitschaftspflege und die Langzeitpflege durch eine Fachpflegefamilie umfasst;“
5. In Nummer 25 wird das Wort „Langzeitpflegefamilie“ durch die Wortfolge „Pflegefamilie oder Fachpflegefamilie“ ersetzt.
6. Nummer 26 wird aufgehoben.
7. In Nummer 28 wird zwischen das Wort „Teilzeitpflege“ und das Wort „umfasst“ die Wortfolge „in einer Pflegefamilie“ eingefügt.

8. Nummer 29 wird wie folgt ersetzt:
„Pflegefamilie: die gemäß Artikel 94 anerkannte natürliche Person, die mit einer Bereitschafts-, Langzeit- oder Teilzeitpflege beauftragt werden kann;“
9. In Nummer 32 wird das Wort „Teilzeitpflegefamilie“ durch das Wort „Pflegefamilie“ ersetzt.
10. Nummer 33 wird aufgehoben.

Art. 20 – In Artikel 10 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „einer Teilzeitpflegefamilie“ durch die Wortfolge „einer Pflegefamilie im Rahmen einer Teilzeitpflege“ und die Wortfolge „der Teilzeitpflegefamilie“ durch die Wortfolge „der Pflegefamilie“ ersetzt.

Art. 21 – In Artikel 11 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „einer Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie“ durch die Wortfolge „einer Pflegefamilie im Rahmen einer Bereitschafts- oder Langzeitpflege oder in einer Fachpflegefamilie“ und die Wortfolge „der Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie“ durch die Wortfolge „der Pflegefamilie oder Fachpflegefamilie“ ersetzt.

Art. 22 – In Artikel 12 §2 Nummer 5 desselben Dekrets wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 23 – In Artikel 17 §1 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets wird das Wort „ein“ durch die Wortfolge „mindestens ein“ ersetzt.

Art. 24 – In Artikel 22 Nummer 4 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 25 – In Artikel 23 Nummer 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 26 – Artikel 24 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Pflegschaft“ durch die Wortfolge „Pflegschaft und der Fachpflegschaft“ ersetzt.
2. In dem einleitenden Satz wird zwischen das Wort „Pflegschaft“ und das Wort „umfassen“ die Wortfolge „und der Fachpflegschaft“ eingefügt.
3. In Nummer 1 wird zwischen das Wort „Pflegschaften“ und das Wort „im“ die Wortfolge „und Fachpflegschaften“ eingefügt.
4. In Nummer 2 wird zwischen das Wort „Pflegefamilienkandidaten“ und das Semikolon die Wortfolge „und der Fachpflegefamilienkandidaten“ eingefügt.
5. In Nummer 3 wird zwischen das Wort „Pflegefamilienkandidaten“ und das Semikolon die Wortfolge „und der Fachpflegefamilienkandidaten“ eingefügt.
6. In Nummer 4 wird zwischen das Wort „Pflegefamilien“ und das Wort „im“ die Wortfolge „oder Fachpflegefamilien“ eingefügt.
7. In Nummer 6 wird zwischen das Wort „Pflegefamilien“ und das Wort „sowie“ die Wortfolge „und Fachpflegefamilien“ und zwischen das Wort „Pflegschaft“ und das Semikolon die Wortfolge „oder der Fachpflegschaft“ eingefügt.
8. In Nummer 7 wird zwischen das Wort „Pflegefamilien“ und das Semikolon die Wortfolge „und Fachpflegefamilien“ eingefügt.
9. In Nummer 8 wird zwischen das Wort „Pflegefamilie“ und den Punkt die Wortfolge „oder Fachpflegefamilie“ eingefügt.

Art. 27 – In Artikel 27 Nummer 4 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 28 – In Artikel 29 §1 desselben Dekrets wird folgender Absatz 5 eingefügt:
„Der Fachbereich kann Jugendhilfeanbieter sowie Dienstleister mit der Einschätzung beauftragen.“

Art. 29 – Artikel 31 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 30 – Artikel 38 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. In §1 wird folgende Nummer 6 eingefügt:
„6. wenn vor weniger als einem Jahr eine Jugendhilfemaßnahme für ein Kind beendet wurde und erneut eine Jugendhilfemaßnahme für dasselbe Kind notwendig erscheint.“
3. In §3 wird die Angabe „3, 4 und 5“ durch die Angabe „3-6“ und die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 31 – Artikel 40 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.
2. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 32 – Artikel 41 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.
2. In §1 Absatz 3 wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 33 – Artikel 48 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen das Wort „Pflegefamilie“ und das Wort „abändern“ die Wortfolge „oder Fachpflegefamilie“ eingefügt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „oder der Pflegefamilie“ durch die Wortfolge „, der Pflegefamilie oder der Fachpflegefamilie“ ersetzt.

Art. 34 – In Artikel 51 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 35 – In Artikel 54 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 36 – In Artikel 57 §8 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Sie dürfen nicht“ durch die Wortfolge „Ohne das Einverständnis der Parteien dürfen sie nicht“ ersetzt.

Art. 37 – Artikel 58 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:
„§1 – Der Prokurator des Königs prüft, ob ein Projekt durchführbar und angebracht ist.

Besteht begründeter Tatverdacht, kann der Prokurator des Königs dem tatverdächtigen Jugendlichen vorschlagen, ein Projekt vorzulegen.

Schlägt der Prokurator des Königs kein Projekt vor, begründet er diese Entscheidung spezifisch und teilt sie dem tatverdächtigen Jugendlichen mit. Außer in den in Artikel 49 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. April 1965 erwähnten Fällen führt das Fehlen einer solchen Begründung dazu, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht unrechtmäßig mit der Sache befasst wird.

Schlägt der Prokurator des Königs ein Projekt vor, teilt er dem tatverdächtigen Jugendlichen schriftlich mit, dass er eine Bedenkzeit von 15 Arbeitstagen ab Erhalt des Projektvorschlags hat, um diesen anzunehmen oder abzulehnen.“

2. §2 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Wendet sich der tatverdächtige Jugendliche nicht innerhalb von acht Arbeitstagen nach Erhalt der in §1 Absatz 4 erwähnten schriftlichen Mitteilung an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihm auf, um ihn erneut auf die Möglichkeit hinzuweisen, dem Prokurator des Königs ein Projekt vorzulegen.“

3. In §2 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Nimmt der tatverdächtige Jugendliche den Projektvorschlag nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Erhalt der in §1 Absatz 4 erwähnten schriftlichen Mitteilung an, setzt der Fachbereich den Prokurator des Königs darüber in Kenntnis. Der Prokurator des Königs kann den Jugendrichter oder das Jugendgericht gemäß Artikel 63 mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.“

Art. 38 – Artikel 66 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.
2. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 39 – In Artikel 67 §1 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.

Art. 40 – Artikel 68 §2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ und das Wort „tatverdächtigen“ durch das Wort „straffälligen“ ersetzt.

Art. 41 – In Artikel 69 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 42 – Artikel 70 §3 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Nummer 2.1 wird eingefügt:
„2.1 einen in Artikel 79 erwähnten Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Einhaltung der Auflage, bestimmte Personen oder Orte während einer bestimmten Dauer zu meiden;“
2. Folgende Nummer 2.2 wird eingefügt:
„2.2 einen in Artikel 79 erwähnten Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Einhaltung der Auflage, an einem oder mehreren Ausbildungs- oder Sensibilisierungsmodulen teilzunehmen, die sich auf das Verhalten des tatverdächtigen Jugendlichen beziehen;“
3. In Nummer 3 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 43 – In der Überschrift von Artikel 72 desselben Dekrets wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 44 – In der Überschrift von Kapitel 5 Abschnitt 3 Unterabschnitt 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 45 – Artikel 73 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.
2. In §1 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 46 – Artikel 74 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.
2. In Absatz 1 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.
3. In Absatz 2 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.
4. In Absatz 3 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.
5. In Absatz 4 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 47 – Artikel 75 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einzigen Absatz, der zu Absatz 1 wird, wird die Angabe „Artikel 50“ durch die Angabe „Artikel 50 §1“ ersetzt.
2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:
„Zu diesem Zweck richtet der Jugendliche einen schriftlichen Antrag an den Fachbereich, in dem er die Gründe und die Dauer der beantragten Verlängerung aufführt.“
3. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:
„Der Verlängerungsantrag wird spätestens einen Monat vor dem Alter von 18 Jahren eingereicht oder, insofern die Jugendschutzmaßnahme über das 18. Lebensjahr hinaus angeordnet wurde, einen Monat vor Ende dieser Jugendschutzmaßnahme.“
4. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:
„Die Regierung legt das weitere Verfahren des Verlängerungsantrags fest.“

Art. 48 – Artikel 76 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §7 Absatz 2 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.
2. In §8 Absatz 2 wird die Wortfolge „Sie dürfen nicht“ durch die Wortfolge „Ohne das Einverständnis der Parteien dürfen sie nicht“ ersetzt.

Art. 49 – In Artikel 77 §7 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 50 – Artikel 82 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Nummer 3 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.
2. In §2 Nummer 4 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.
3. In §5 Nummer 4 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.
4. In §5 Nummer 5 wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 51 – In Artikel 85 desselben Dekrets wird zwischen das Wort „Pflegefamilien“ und den Punkt die Wortfolge „und Fachpflegefamilien“ eingefügt.

Art. 52 – Artikel 88 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz eingefügt:
„Die Regierung legt fest, unter welchen Bedingungen eine Anerkennung ganz oder teilweise gleichgestellt werden kann.“
2. In §2 Absatz 1 wird zwischen die Angabe „Nummer 1“ und das Wort „eine“ die Wortfolge „oder Artikel 104.2 Absatz 1 Nummer 1“ eingefügt.

Art. 53 – In Artikel 89 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekrets wird das Wort „Inspektions-treffen“ durch das Wort „Qualitätsdialog“ und das Wort „Dieses“ durch das Wort „Dieser“ ersetzt.

Art. 54 – In Artikel 96 §2 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens betreut die Pflegefamilie keine neuen Pflegekinder.“

Art. 55 – In Artikel 98 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Langzeitpflegefamilie, die eine Pflegschaft übernimmt“ durch die Wortfolge „Pflegefamilie, die eine Langzeitpflege übernimmt“ ersetzt.

Art. 56 – In Artikel 99 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Eine Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie betreut“ durch die Wortfolge „Im Rahmen einer Bereitschafts- oder Langzeitpflege betreut eine Pflegefamilie“ ersetzt.

Art. 57 – In Artikel 104 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Die Regierung legt das Verfahren zur Gleichstellung der Vorbereitung und die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Verweigerung der Gleichstellung der Vorbereitung fest.“

Art. 58 – In Kapitel 6 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 2.1, der die Artikel 104.1 bis 104.9 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 2.1 – Anerkennung von Fachpflegefamilien“

Art. 59 – In Kapitel 6 Abschnitt 2.1 desselben Dekrets wird folgender Unterabschnitt 1, der den Artikel 104.1 umfasst, eingefügt:

„Unterabschnitt 1 – Anwendungsbereich“

Art. 60 – In Kapitel 6 Abschnitt 2.1 Unterabschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 104.1 eingefügt:

„Art. 104.1 – Spezifischer Anwendungsbereich

Dieser Abschnitt ist anwendbar auf die Anerkennung von Fachpflegefamilien.“

Art. 61 – In Kapitel 6 Abschnitt 2.1 desselben Dekrets wird folgender Unterabschnitt 2, der die Artikel 104.2 bis 104.8 umfasst, eingefügt:

„Unterabschnitt 2 – Anerkennungsbedingungen und Anerkennungsverfahren“

Art. 62 – In Kapitel 6 Abschnitt 2.1 Unterabschnitt 2 wird folgender Artikel 104.2 eingefügt:

„Art. 104.2 – Anerkennungsbedingungen

Jede natürliche Person, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets eine Fachpflegschaft übernimmt, muss vor Aufnahme der Tätigkeit von der Regierung als Fachpflegefamilie anerkannt sein und mindestens folgende Bedingungen erfüllen:

1. eine qualifizierte natürliche Person sein, die den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht;
2. keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches haben, der ihr u. a. die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt. Liegt der Wohnsitz dieser Person im Ausland, weist sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das ihr die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder der Betreuung von Minderjährigen ermöglicht;
3. die Mitglieder der Fachpflegefamilie, die dem Haushalt angehören, haben keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches, der ihnen u. a. die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie

- ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das ihnen die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder der Betreuung von Minderjährigen ermöglicht;
4. die von der Regierung festgelegten Bedingungen in Bezug auf die Infrastruktur erfüllen;
 5. keine berufliche oder außerberufliche Aktivität ausüben, die nicht mit der Fachpflegschaft zu vereinbaren ist oder die sie von der Betreuung der Kinder oder Jugendlichen abhalten könnte;
 6. einer Sozialversicherungskasse angeschlossen sein;
 7. eine Haftpflichtversicherung für die Betreuung der Kinder und Jugendlichen abgeschlossen haben;
 8. die Mitglieder der Fachpflegefamilie, die dem Haushalt angehören, sind frei von Suchtproblemen oder Krankheiten, die die Integrität des Kindes oder Jugendlichen ernsthaft gefährden könnten;
 9. die hygienischen Voraussetzungen für die Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen sind gegeben;
 10. die Integrität des Kindes und dessen nationale und internationale Grundrechte sowie die in den Artikeln 4 und 6 erwähnten Rechte und Ansprüche des Kindes, des Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten achten;
 11. den in den Artikeln 7 und 8 erwähnten Zielen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes folgen;
 12. die Aufsicht der Regierung in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse akzeptieren.

Die Regierung legt die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Mindestanforderungen und die in Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Bedingungen in Bezug auf die Infrastruktur fest.“

Art. 63 – In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 104.3 eingefügt:
„Art. 104.3 – Anerkennungsverfahren

§1 – Für den Erhalt der Anerkennung als Fachpflegefamilien schließen die natürlichen Personen die in Artikel 103 erwähnte Pflegschaftsvorbereitung ab.

Die Fachpflegefamilienkandidaten können für eine oder mehrere der folgenden Formen der Fachpflegschaft anerkannt werden:

1. Bereitschaftspflege;
2. Langzeitpflege.

§2 – Die Anerkennung wird für eine Dauer von sechs Jahren erteilt und ist erneuerbar.

Die Anerkennung kann keiner anderen natürlichen Personen übertragen werden.

§3 – Die Fachpflegefamilien stellen einen Antrag auf Erneuerung der Anerkennung spätestens einen Monat, bevor die Anerkennung abgelaufen ist.

§4 – Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Anerkennung;
2. die Verfahren zur Abänderung der Anerkennung;
3. die Verfahren zur Erneuerung der Anerkennung;
4. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Verweigerung der Anerkennung, einer Verweigerung der Abänderung der Anerkennung oder einer Verweigerung der Erneuerung der Anerkennung.“

Art. 64 – In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 104.4 eingefügt:
„Art. 104.4 – Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Fachpflegefamilien die in Artikel 104.2 erwähnten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, sowie folgende weitere Verpflichtungen ein:

1. sie gewährleisten die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Fachbereich;
2. sie übermitteln dem Fachbereich auf Anfrage alle erforderlichen Auskünfte;
3. sie übermitteln dem Fachbereich, dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht fristgerecht oder auf Anfrage die erforderlichen Berichte und Informationen;
4. unbeschadet der Informationspflicht gegenüber dem Fachbereich, dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht geben sie vertrauliche Informationen über den Werdegang des Pflegekindes und seine Familienverhältnisse, auch nach Beendigung der Fachpflegschaft, nicht an andere Personen weiter;
5. sie nehmen mindestens einmal jährlich an einem Qualitätsdialog mit dem Fachbereich teil. Dieser kann bei Bedarf vor Ort stattfinden;
6. sie gestatten den Mitarbeitern des Fachbereichs die Durchführung von Hausbesuchen;
7. sie gewährleisten den Kontakt der Kinder und Jugendlichen mit ihren Erziehungsberechtigten unter Berücksichtigung der Auflagen und Bedingungen des Fachbereichs, des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts;
8. sie verpflichten sich zu einer respektvollen Haltung gegenüber den Erziehungsberechtigten und grenzen sich gegenüber ihrer Rolle ab;
9. sie nehmen an fachbezogenen Fortbildungen und Supervisionen teil und nehmen fachliche Beratungen und Begleitungen in Anspruch;
10. sie schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Mitarbeiter des Fachbereichs sich jederzeit mit dem Pflegekind in Verbindung setzen können.

Die Regierung kann die in Absatz 1 erwähnten Verpflichtungen präzisieren und weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Fachpflegschaft beitragen können.“

Art. 65 – In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 104.5 eingefügt:
„Art. 104.5 – Aussetzung und Entzug der Anerkennung

Artikel 96 ist auf die Fachpflegefamilien entsprechend anwendbar.“

Art. 66 – In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 104.6 eingefügt:
„Art. 104.6 – Beendigung der Fachpflegschaft

Artikel 97 ist auf die Fachpflegefamilien entsprechend anwendbar.“

Art. 67 – In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 104.7 eingefügt:
„Art. 104. 7 – Pflegeelternausweis

Artikel 98 ist auf die Fachpflegefamilien entsprechend anwendbar.“

Art. 68 – In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 104.8 eingefügt:
„Art. 104.8 – Aufnahmekapazität

Eine Fachpflegefamilie besitzt eine Aufnahmekapazität von mindestens drei und höchsten sechs Plätzen.

In Abweichung von Absatz 1 können nach einer positiven Stellungnahme des Fachbereichs mehr als sechs Pflegekinder aufgenommen werden.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten festlegen.“

Art. 69 – In Kapitel 6 Abschnitt 2.1 desselben Dekrets wird folgender Unterabschnitt 3, der den Artikel 104.9 umfasst, eingefügt:
„Unterabschnitt 3 – Pflegschaftsvorbereitung“

Art. 70 – In Kapitel 6 Abschnitt 2.1 Unterabschnitt 3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 104.9 eingefügt:
„Art. 104.9 – Pflegschaftsvorbereitung

Um sich für die Pflegschaftsvorbereitung einschreiben zu können, erfüllen die Fachpflegefamilienkandidaten die in Artikel 104.2 erwähnten Anerkennungsbedingungen. Der Fachbereich überprüft die Erfüllung der Anerkennungsbedingungen.

Die Regierung legt die Liste der Dokumente fest, die für die Einschreibung zur Teilnahme an der Pflegschaftsvorbereitung vorzulegen sind.

Die Artikel 100, 101, 103 und 104 sind auf die Fachpflegefamilien entsprechend anwendbar.“

Art. 71 – In Kapitel 6 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 4, der den Artikel 106.1 umfasst, eingefügt:
„Abschnitt 4 – Örtlich und zeitlich begrenzte Projekte“

Art. 72 – In Kapitel 6 Abschnitt 4 desselben Dekrets wird folgender Artikel 106.1 eingefügt:
„Art. 106.1 – Finanzierung von örtlich und zeitlich begrenzten Projekten

Unter Einhaltung der im vorliegenden Dekret aufgeführten Vorgaben kann der nicht abgedeckten Nachfrage im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes im Rahmen von örtlich und zeitlich begrenzten Projekten nachgekommen werden.

Die Aufgabenbeschreibung und die Finanzierung dieser Projekte werden in einer eigenen Konvention zwischen dem Projektträger und der Regierung geregelt. Die Konvention wird für einen Zeitraum von einem Jahr abgeschlossen und ist einmalig verlängerbar.“

Art. 73 – In der Überschrift von Kapitel 7 Abschnitt 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Pflegschaftsgeld“ durch die Wortfolge „, Pflegschaftsgeld und Entschädigungen“ ersetzt.

Art. 74 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 109.1 eingefügt:
„Art. 109.1 – Entschädigungen im Rahmen der Fachpflegschaft

Personen, die in Ausführung des vorliegenden Dekrets eine Fachpflegschaft übernehmen, erhalten folgende Entschädigungen:

1. eine pauschale Entschädigung pro Tag und pro Pflegekind zur Deckung der Betreuungskosten der Pflegekinder. Diese Entschädigung wird materielle Aufwendung genannt;
2. eine pauschale Entschädigung pro Tag und pro Pflegekind zur Vergütung der Fachleistung;
3. eine pauschale Entschädigung pro Tag zur Deckung des Einkommensausfalls im Falle einer Nichtbelegung der gemäß Artikel 104.8 Absatz 1 bereitgestellten Mindestanzahl an Plätzen. Diese Entschädigung ist auf einen Platz begrenzt.

Die Regierung legt die Höhe, die Gewährungsbedingungen und die Auszahlungsmodalitäten der in Absatz 1 aufgeführten Entschädigungen fest.“

Art. 75 – Artikel 112 §1 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Erziehungsberechtigte, deren Kind im Rahmen des vorliegenden Dekrets durch den Fachbereich, einen Jugendhilfeanbieter, einen Dienstleister, eine Pflegefamilie oder eine Fachpflegefamilie ambulant oder teilstationär behandelt, betreut oder begleitet wird, können eine Finanzierung der Sonderauslagen für dieses Kind beantragen.“

Art. 76 – Artikel 113 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „Pflegefamilien und Fachpflegefamilien“ ersetzt.
2. In Absatz 1 wird die Wortfolge „und teilstationären“ gestrichen und zwischen das Wort „Pflegefamilien“ und das Wort „eine“ die Wortfolge „und Fachpflegefamilien“ eingefügt.

Art. 77 – In Artikel 115 §1 Absatz 5 desselben Dekrets wird das Wort „dieses“ durch die Wortfolge „ein anonymisiertes“ ersetzt.

Art. 78 – Artikel 119 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Absatz 1 wird aufgehoben.
2. In §1 Absatz 2 wird die Wortfolge „der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht,“ gestrichen, die Wortfolge „und der“ durch die Wortfolge „, die Fachpflegefamilien, der“ ersetzt und zwischen das Wort „Mediator“ und das Wort „dürfen“ die Wortfolge „sowie die Inspektoren und externen Sachverständigen“ eingefügt.
3. In §1 Absatz 3 wird die Angabe „Absatz 2“ durch die Angabe „Absatz 1“ ersetzt.
4. Im einleitenden Satz von §2 wird die Wortfolge „der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht,“ gestrichen und die Wortfolge „und die Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, die Pflegefamilien, die Fachpflegefamilien sowie die Inspektoren und externen Sachverständigen“ ersetzt.
5. In §2 Nummer 1 wird die Wortfolge „Artikeln 21, 22 und 23 sowie Kapitel 6“ durch die Wortfolge „Artikeln 22, 23, 24, Kapitel 6 sowie Kapitel 7“ ersetzt.
6. §2 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:
„2. die Jugendhilfeanbieter, die Jugendschutzanbieter, die Dienstleister, die Pflegefamilien und die Fachpflegefamilien für die Erfüllung der in den Artikeln 28 Absatz 3, 29 §1 Absatz 5, 31, 40 und 66 erwähnten Aufgaben;“
7. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:
„3. die Inspektoren und externen Sachverständigen für die Erfüllung der in Artikel 123.1 erwähnten Aufgaben.“

Art. 79 – Artikel 120 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht,“ gestrichen und die Wortfolge „und die Pflegefamilien“ durch die Wortfolge „, die Pflegefamilien und die Fachpflegefamilien“ ersetzt.
2. In §1 wird folgender Absatz 3 eingefügt:
„Die in Absatz 1 erwähnten Verantwortlichen können dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter und dem Jugendgericht die dort aufgeführten Daten für die Erfüllung der in Kapitel 4 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2, Kapitel 4 Abschnitt 3 und Kapitel 5 erwähnten Aufgaben übermitteln.“
3. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter Einhaltung der in Artikel 86 aufgeführten Bedingungen“ durch die Wortfolge „und der Auszahlung der Gehälter der Personalmitglieder“ ersetzt.
4. Folgender §2.1 wird eingefügt:
„§2.1 – Die Regierung kann gemäß Artikel 119 folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:
1. in Bezug auf die anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter und deren Personalmitglieder:
a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
b) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
c) Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
d) Daten zu den Sprachkenntnissen;

- e) gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister.
- 2. in Bezug auf die Pflegefamilien und Fachpflegefamilien:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
 - c) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
 - d) Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
 - e) Daten zu den Sprachkenntnissen;
 - f) Daten zur Familiensituation;
 - g) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
 - h) Daten zur Freizeitbeschäftigung;
 - i) Daten zu den Fähigkeiten und Interessen;
 - j) medizinische und psychologische Daten;
 - k) Daten zum Wohnort;
 - l) besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
 - m) gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister;
 - n) Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit.
- 3. in Bezug auf die Mitglieder der Pflegefamilie oder der Fachpflegefamilie, die dem Haushalt angehören:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
 - c) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
 - d) Daten zum Arbeitsverhältnis;
 - e) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
 - f) medizinische und psychologische Daten;
 - g) besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
 - h) gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister;
 - i) Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Erteilung, der Aussetzung und des Entzugs von Anerkennungen gemäß Kapitel 6 sowie der Kontrolle der Zuschussbedingungen gemäß Artikel 108 verarbeitet werden."

5. Folgender §2.2 wird eingefügt:

„§2.2 – Die gemäß Artikel 123.1 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können gemäß Artikel 119 folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten:

- 1. in Bezug auf die Kinder, Jugendlichen und ihre Erziehungsberechtigten sowie die jungen Erwachsenen:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
 - c) Daten zu den Sprachkenntnissen;
 - d) Daten zur Familiensituation;
 - e) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
 - f) Daten zur Freizeitbeschäftigung;
 - g) Daten zu den Fähigkeiten und Interessen;
 - h) medizinische und psychologische Daten;
 - i) besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
 - j) gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung;
 - k) Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit.
- 2. in Bezug auf die anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter und deren Personalmitglieder:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
 - c) Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
 - d) Daten zu den Sprachkenntnissen;
 - e) gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister.
3. in Bezug auf die Pflegefamilien und Fachpflegefamilien:
- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
 - c) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
 - d) Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
 - e) Daten zu den Sprachkenntnissen;
 - f) Daten zur Familiensituation;
 - g) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
 - h) Daten zur Freizeitbeschäftigung;
 - i) Daten zu den Fähigkeiten und Interessen;
 - j) medizinische und psychologische Daten;
 - k) Daten zum Wohnort;
 - l) besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
 - m) gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister;
 - n) Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit.
4. in Bezug auf die Mitglieder der Pflegefamilie oder der Fachpflegefamilie, die dem Haushalt angehören:
- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
 - c) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
 - d) Daten zum Arbeitsverhältnis;
 - e) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
 - f) medizinische und psychologische Daten;
 - g) besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
 - h) gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister;
 - i) Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für den Zweck der Inspektion und Kontrolle gemäß Artikel 123.1 verarbeitet werden.“

6. In §4 wird das Wort „kann“ durch das Wort „präzisiert“ ersetzt und das Wort „präzisieren“ gestrichen.

Art. 80 – In Artikel 122 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Angabe „Artikel 120 §2 Absatz 1“ durch die Angabe „Artikel 120 §2 Absatz 1, §2.1 Absatz 1 und §2.2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 81 – In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel 10.1, das den Artikel 123.1 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL 10.1 – KONTROLLBESTIMMUNGEN“

Art. 82 – In Kapitel 10.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 123.1 eingefügt:
„Art. 123.1 – Kontrolle und Inspektion

§1 – Die anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, Pflegefamilien sowie Fachpflegefamilien unterliegen der Aufsicht der von der Regierung bestellten Inspektoren. Die Inspektoren können die Unterstützung von Vertretern der öffentlichen Gewalt für die Ausübung ihres Auftrags beantragen.

Die mit der Aufsicht beauftragten Inspektoren dürfen Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse eingehalten werden. Sie können:

1. Personen über Tatsachen befragen, deren Kenntnis für die Ausübung der Überwachung nützlich ist;
2. sich an Ort und Stelle die durch das vorliegende Dekret und seine Ausführungserlasse vorgeschriebenen Bücher und Unterlagen vorlegen lassen und Abschriften oder Auszüge davon anfertigen;
3. in alle Bücher und Unterlagen, die sich auf die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten und/oder bezuschussten Betreuungsformen beziehen, Einsicht nehmen;
4. alle Räume der anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, die nicht als Wohnung dienen, jederzeit einsehen. Diese Untersuchungen und Kontrollen dürfen ohne vorherige Anmeldung und ohne Begleitung eines Vertreters des anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieters vorgenommen werden. In diesem Fall erhält der Vertreter des anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieters anschließend eine unmittelbare Rückmeldung;
5. alle Räume der anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, die als Wohnung dienen, sowie die Wohnungen der Pflegefamilien und Fachpflegefamilien mit vorheriger Anmeldung, mit dem Einverständnis aller betroffenen volljährigen Bewohner, einsehen. Den Bewohnern wird das Recht eingeräumt, dabei anwesend zu sein;
6. in Ausübung ihres Amtes den Beistand der lokalen oder föderalen Polizei beantragen.

§2 – Die Regierung kann externe Sachverständige unter der Aufsicht der Inspektoren mit der Untersuchung und Begutachtung von anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern, Pflegefamilien sowie Fachpflegefamilien beauftragen. In diesem Fall unterstützen die beauftragten Sachverständigen die Inspektoren bei der Ausübung ihrer in §1 erwähnten Befugnisse.

§3 – Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.“

Art. 83 – Artikel 124 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird zwischen das Wort „Pflegschaft“ und das Wort „übernimmt“ die Wortfolge „oder eine Fachpflegschaft“ eingefügt und die Wortfolge „oder Artikel 94“ durch die Wortfolge „, Artikel 94 oder Artikel 104.3“ ersetzt.
2. Folgender §3 wird eingefügt:
„§3 – Wer die Arbeit der in Artikel 123.1 erwähnten Inspektoren behindert, wird mit einem Bußgeld von 26 bis 124 Euro belegt.“

Art. 84 – In Artikel 170 desselben Dekrets wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

Art. 85 – In Artikel 172 desselben Dekrets wird die Wortfolge „zum Grunde“ durch die Wortfolge „zur Sache“ ersetzt.

KAPITEL 2 – KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 – Kultur

Art. 86 – Artikel 16 Absatz 5 des Dekrets vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Angabe „100“ wird durch die Angabe „80“ ersetzt.
2. Folgender Satz 3 wird eingefügt:
 „Zur Auszahlung des Restbetrags sind nach der Veröffentlichung die für den Zuschuss erforderlichen Unterlagen bei der Regierung einzureichen.“

Art. 87 – In Artikel 65 §1 Absatz 1 Nummer 7 des Programmdekrets 2013 vom 25. Februar 2013, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird die Wortfolge „im Jahr 2023“ durch die Wortfolge „ab dem Jahr 2023“ ersetzt.

Art. 88 – Artikel 21 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Angabe „100“ durch die Angabe „80“ ersetzt.
2. Im einleitenden Satz von Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Wortfolge „Die für die Förderung erforderlichen Unterlagen sind“ durch die Wortfolge „Zur Auszahlung des Restbetrags sind die für die Förderung erforderlichen Unterlagen“ ersetzt.

Art. 89 – In Artikel 38.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Der Antragsteller verfügt über 24 Monate ab Erteilung Gewährung des Stipendiums, um sein Projekt zu veröffentlichen. Die Regierung kann diese Frist auf schriftliche Anfrage hin einmalig um bis zu zwölf Monate verlängern. Wird die Frist zur Veröffentlichung nicht eingehalten, fordert die Regierung das Stipendium zurück.“

Art. 90 – In Anhang 2 desselben Dekrets werden in der Tabelle „Zuschuss für Jubiläen von Amateurkunstvereinigungen und Folklorevereinigungen – mit Ausnahme der Karnevalsvereinigungen“ folgende Zeilen eingefügt:

„225 Jahre:	2.250 Euro
250 Jahre:	2.500 Euro
275 Jahre:	2.750 Euro
300 Jahre:	3.000 Euro“

Art. 91 – Artikel 9 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Februar 2023 zur Förderung der außerschulischen kulturellen Bildung wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.
2. Nummer 4 wird aufgehoben.

Art. 92 – Artikel 12 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 93 – Artikel 31 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.
2. Nummer 3 wird aufgehoben.

Art. 94 – Artikel 39 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:
 „§1 – In Abweichung der Artikel 17 §2 Absatz 2 und 18 §2 Absatz 2 werden für die Ermittlung des Mittelwerts der Angebote im Hinblick auf den ersten einheitlichen Förderzeitraum im Sinne von Artikel 11 §2 und §3 berücksichtigt:
 1. für die Anträge, die 2023 eingereicht werden: ausschließlich die Kalenderjahre 2019 und 2022;
 2. für die Anträge, die 2024 eingereicht werden: ausschließlich die Kalenderjahre 2022 und 2023.“
2. In §2 Absatz 2 wird zwischen die Wortfolgen „Förderzeitraum werden“ und „die in den Artikeln“ die Wortfolge „, sofern es sich um in den Jahren 2023, 2024 und 2025 eingereichte Anträge handelt,“ eingefügt.

Abschnitt 2 – Jugend

Art. 95 – In Artikel 4 Absatz 3 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit, ersetzt durch das Dekret vom 23. November 2015 und abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird die Wortfolge „der von den Trägern der Offenen Jugendarbeit zu erstellenden Sozialraumanalyse“ durch die Wortfolge „die Erkenntnisse, die sich aus der Arbeit der Träger der Offenen Jugendarbeit und Mobilen Jugendarbeit ergeben,“ ersetzt.

Art. 96 – Artikel 5 §1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird zwischen das Wort „stellen“ und das Semikolon die Wortfolge „, und diese öffentlich bewerben“ eingefügt.
2. Nummer 13, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt ersetzt:
„13. bei Bedarf auf Nachfrage der Regierung und mindestens einmal pro Förderzeitraum eine Bilanz und Ergebnisrechnung des vorigen Geschäftsjahres vorweisen.“
3. Nummer 14 wird aufgehoben.

Art. 97 – In Artikel 6 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird folgender §3 eingefügt:

„§3 – Nach Prüfung der Erfüllung der Förderbedingungen kann die Regierung geförderten Jugendeinrichtungen sowie dem Jugendrat einen Zuschuss für Jubiläumsfeierlichkeiten gewähren.

Die Regierung legt fest, welche Jubiläumsfeierlichkeiten gefördert werden können.

Der Antrag wird mindestens einen Monat vor Beginn der Jubiläumsfeierlichkeiten bei der Regierung eingereicht. Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Nachweis, der die Dauer des Bestehens der Jugendeinrichtung belegt;
2. eine Beschreibung des Projekts, die Auskunft über Inhalt, Dauer, Zielpublikum und Werbung in Bezug auf die Jubiläumsfeierlichkeiten gibt.

Die Höhe des Zuschusses wird gemäß dem Anhang festgelegt.

Zur Auszahlung des Zuschusses für Jubiläumsfeierlichkeiten sind die für die Förderung erforderlichen Unterlagen innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Jubiläumsfeierlichkeiten bei der Regierung einzureichen. Dazu gehören:

1. ein Abschlussbericht;
2. eine Aufstellung der bezuschussbaren Ausgaben und die dazugehörigen Belege.

Nach Ablauf dieser Frist ist keine Zuschussauszahlung mehr möglich.“

Art. 98 – In Artikel 8 Nummer 4 desselben Dekrets wird das Wort „Wirksamkeitsdialog“ durch das Wort „Jahresgespräch“ ersetzt.

Art. 99 – Artikel 9 Absatz 2 Nummer 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

- „2. die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 5 §2 genannten Schwerpunkte im Rahmen des allgemeinen Angebots der Jugendorganisationen für ihre jeweilige Zielgruppe während des Förderzeitraums;“

Art. 100 – Artikel 11 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Wirksamkeitsdialog“ durch das Wort „Jahresgespräch“ ersetzt.
2. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird das Wort „Wirksamkeitsdialog“ durch das Wort „Jahresgespräch“ ersetzt.

3. Absatz 1 Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

„1. die Umsetzung des Förderantrags durch die Erläuterung der Aktivitäten des vorangegangenen Kalenderjahrs;“

4. In Absatz 2 wird das Wort „Wirksamkeitsdialogs“ durch das Wort „Jahresgesprächs“ ersetzt.

Art. 101 – Artikel 17 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

„1. die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 5 §2 genannten Schwerpunkte, die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 16 genannten Zielsetzung, die Beschreibung der Umsetzung der aus dem Jugendbericht resultierenden spezifischen Ziele und Methoden und die Beteiligung des Jugendinformationszentrums zur Umsetzung des Strategieplans während des Förderzeitraums;“

Art. 102 – Artikel 20 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Die Regierung führt zur Begleitung und Auswertung des Leistungsauftrags ein Jahresgespräch durch. An dem Jahresgespräch nehmen mindestens die Geschäftsführung des Jugendinformationszentrums, ein Vertreter des Verwaltungsrats des Jugendinformationszentrums, ein Vertreter des durch die Regierung beauftragten Dienstes sowie ein Vertreter der Regierung teil. Jede Gemeinde kann zudem einen Vertreter in das Jahresgespräch entsenden.

Der durch die Regierung beauftragte Dienst erstellt ein Protokoll, das Auskunft über die Umsetzung des Leistungsvertrags gibt. Das Protokoll wird den Teilnehmern des Jahresgesprächs übermittelt.“

2. Im einleitenden Satz von §2 Absatz 1 wird das Wort „Begleitausschuss“ durch das Wort „Jahresgespräch“ ersetzt.

3. In §2 Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge „vorangegangenen und des laufenden Kalenderjahrs sowie die im nächsten Jahr anstehenden Schwerpunkte, Projekte und Aktivitäten“ durch die Wortfolge „vorangegangenen Kalenderjahrs“ ersetzt.

4. §2 Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 103 – In Artikel 22 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird in Satz 2 zwischen die Wörter „Sie“ und „geht“ die Wortfolge „erfasst systematisch die physischen, sozialen und digitalen Lebensräume junger Menschen und“ eingefügt.

Art. 104 – Artikel 23 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird aufgehoben.

Art. 105 – Artikel 26 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

„1. die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 5 §2 genannten Schwerpunkte, die Beschreibung der Umsetzung der in Artikel 22 genannten Zielsetzung, die Beschreibung der Umsetzung der aus dem Jugendbericht resultierenden spezifischen Ziele und Methoden und die Beteiligung des Trägers der Offenen Jugendarbeit zur Umsetzung des Strategieplans während des Förderzeitraums;“

Art. 106 – Artikel 27 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Angabe „23,“ gestrichen.

2. §2 Absatz 1 Nummer 1, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

- „1. die durchgeführten Aktivitäten zur Umsetzung der im Förderantrag beschriebenen Ziele;“
3. §2 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird aufgehoben.“

Art. 107 – Artikel 29 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird die Wortfolge „Sozialraumanalysen und“ gestrichen.
2. Nummer 9 wird aufgehoben.

Art. 108 – In Artikel 30 §1 Absatz 5 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird die Wortfolge „die sich aus der Sozialraumanalyse der Offenen Jugendarbeit der entsprechenden Gemeinde“ durch die Wortfolge „die sich aus der Arbeit der Träger der Offenen Jugendarbeit“ ersetzt.

Art. 109 – In Artikel 30.1 §2 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird die Wortfolge „den regelmäßig vorgenommenen Sozialraumanalysen“ durch die Wortfolge „der regelmäßigen Erfassung der Lebensbereiche der Jugendlichen in der täglichen Arbeit der Träger der Offenen Jugendarbeit“ ersetzt.

Art. 110 – Artikel 31 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 31 – Einzureichende Dokumente

Folgende Dokumente legt das Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft jährlich der Regierung bis zum 30. Juni vor:

1. einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über die Umsetzung der im Geschäftsführungsvertrag aufgeführten Aufgaben zum vorherigen Jahr;
2. ein Weiterbildungsprogramm.“

Art. 111 – Artikel 45 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird zwischen das Wort „gewähren“ und den Doppelpunkt die Wortfolge „, insofern die Aus- und Weiterbildung im direkten Zusammenhang mit der ausgeübten Tätigkeit in der Jugendeinrichtung steht“ eingefügt.
2. In Nummer 2 wird die Wortfolge „ehrenamtlicher Jugendleiter“ durch die Wortfolge „ehrenamtliches Mitglied in einer geförderten Jugendeinrichtung“ ersetzt.

Art. 112 – Folgender Anhang wird in dasselbe Dekret eingefügt:

„ANHANG

Zuschuss für Jubiläen von geförderten Jugendeinrichtungen und vom Jugendrat

25 Jahre:	250 Euro
50 Jahre:	500 Euro
75 Jahre:	750 Euro
100 Jahre:	1.000 Euro
125 Jahre:	1.250 Euro
150 Jahre:	1.500 Euro
175 Jahre:	1.750 Euro
200 Jahre:	2.000 Euro“

Abschnitt 3 – Sport

Art. 113 – Artikel 8 Absatz 3 des Sportdekrets vom 19. April 2004, wieder eingeführt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird aufgehoben.
2. In Nummer 6 wird zwischen die Wörter „Organisation“ und „des“ die Wortfolge „und die Verwaltung“ eingefügt.
3. In Nummer 8 wird zwischen die Wörter „Zusammenarbeit“ und „und“ die Wortfolge „, die Durchführung von Projekten“ eingefügt.
4. In Nummer 8.1., eingefügt durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird zwischen die Wörter „die“ und „Durchführung“ die Wortfolge „jährliche und flächendeckende“ eingefügt.
5. Folgende Nummer 8.2. wird eingefügt:
 „8.2 die jährliche Erstellung und Umsetzung eines außerschulischen Schulsportprogramms für alle von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Förderschulen nach den von der Regierung festgelegten Leitlinien und im Einklang mit den im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aktuell geltenden Rahmenplänen für den Sport in den Primar- und Sekundarschulen;“

Art. 114 – Artikel 9 Absatz 1 Nummer 8 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 22. Juni 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge „eine Aufgabe“ durch die Wortfolge „zwei Aufgaben“ ersetzt.
2. In Buchstabe c) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
3. Folgende Buchstaben d) bis f) werden eingefügt:
 „d) sich aktiv für die Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der Aktivitäten und im Bereich der Vorstände seiner Vereine und des Verbandes einsetzen;
 e) inklusive Angebote schaffen, wenn eine entsprechende Nachfrage besteht;
 f) sich aktiv mit dem Thema der Prävention von interpersoneller Gewalt im Sport beschäftigen.“

Art. 115 – Artikel 10 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt ersetzt:
 „Durch ein leistungsorientiertes Fördertraining ergänzt der Dachverband das Training in den Heimatvereinen der dort eingeschriebenen Sportler.“
2. In §1 Absatz 1 wird folgender Satz 3 eingefügt:
 „Die Regierung legt das maximal förderbare Volumen des sportartspezifischen Fördertrainings für den Sportler fest.“
3. §1 Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.
4. In §1 wird folgender Absatz 3 eingefügt:
 „Diese Dienstleistungen beinhalten:
 1. die Beratung potenzieller Kader Athleten während der Antragstellung und die Betreuung von zuerkannten Kader Athleten in den Bereichen Sportmedizin, sportartspezifisches und sportartübergreifendes Training, Leistungsdiagnostik, Ernährungsberatung und Sportpsychologie;
 2. die Beratung der Sportfachverbände beim Aufbau eines Sportförderkonzeptes gemäß Artikel 16;
 3. das Verfassen des Sportförderkonzeptes in Zusammenarbeit mit den beantragenden Sportfachverbänden und Vereinen ohne Sportfachverband, die ein Sportförderkonzept für ihre Sportart erarbeiten möchten;
 4. die Umsetzung des Sportförderkonzeptes und der Empfehlungen einer alle zwei Jahre stattfindenden externen Evaluation des Sportförderkonzeptes.“
4. §2 Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt ersetzt:
 „Die Regierung kann auf schriftliche Anfrage die Altersgrenze auf 23 Jahre erhöhen.“

Art. 116 – Artikel 16 §2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird das Wort „einreichen“ durch die Wortfolge „beim Dachverband anmelden“ ersetzt.
2. Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:
„1. der Sportfachverband verfügt über ein Talentsichtungskonzept;“
3. In Absatz 1 Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
4. In Absatz 1 wird folgende Nummer 4 eingefügt:
„4. bei der Sportart handelt es sich um eine olympische oder paralympische Sportart oder eine vom internationalen Verband für die World Games (IWGA) anerkannte Sportart.“
5. In Absatz 3 wird zwischen die Wörter „das“ und „eingereichte“ die Wortfolge „durch den Dachverband“ eingefügt.
6. Folgender Absatz 6 wird eingefügt:
„Alle zwei Jahre lässt die Regierung das genehmigte Sportförderkonzept von externen Fachexperten evaluieren.“

Art. 117 – Artikel 22 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2014 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „nach positivem Gutachten des Dachverbandes“ gestrichen und die Wortfolge „eine der Sportarten ausüben, die die Regierung festlegt“ durch die Wortfolge „eine olympische oder paralympische Sportart oder eine vom internationalen Verband für die World Games (IWGA) anerkannte Sportart ausüben“ ersetzt.
2. In §1 Absatz 2 wird die Wortfolge „nach positivem Gutachten des Dachverbandes“ gestrichen, die Wortfolge „eine der Sportarten ausüben, die die Regierung festlegt“ durch die Wortfolge „eine olympische oder paralympische Sportart oder eine vom internationalen Verband für die World Games (IWGA) anerkannte Sportart ausüben“ ersetzt und zwischen die Wörter „Statut“ und „eines“ die Wortfolge „eines Nachwuchs-Kader,“ eingefügt.
3. In §1 wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz eingefügt:
„Können die Leistungskriterien zum Erhalt eines Statuts nicht jährlich erfüllt werden, kann das Statut auch für einen Zeitraum von zwei Kalenderjahren gewährt werden.“
4. §1 Absatz 3 Nummer 1, der zu §1 Absatz 4 Nummer 1 wird, wird wie folgt ersetzt:
„1. die Gewährung einer einmaligen individuellen finanziellen Förderung für den zuerkannten Förderzeitraum;“
5. In §1 Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, wird die Wortfolge „nach vorherigem Gutachten des Dachverbandes“ gestrichen.
6. In §1 Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, wird im einleitenden Satz die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt und das Wort „jährlich“ gestrichen.
7. Der einleitende Satz von §3 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:
„Die Regierung prüft die vollständig und fristgerecht eingereichten Anträge unter Berücksichtigung:“
8. In §3 Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge „auf Grundlage eines durch die Regierung festgelegten Kriterienkatalogs.“ durch die Wortfolge „basierend auf den Leistungskriterien für Nachwuchs-, C-, B-, und A-Kader Athleten, wobei die Modalitäten der Festlegung dieser Leistungskriterien und ihrer Veröffentlichung von der Regierung festgelegt werden;“ ersetzt.
9. In §3 Absatz 1 wird folgende Nummer 3 eingefügt:
„3. der durch die Regierung festgelegten Sportarten und Alterskategorien.“
10. §3 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:
„Bei Bedarf legt die Regierung die vollständig und fristgerecht eingereichten Anträge dem Dachverband zwecks Erstellung eines Gutachtens vor.“
11. In §3 Absatz 3 wird das Wort „Gutachtens“ durch die Wortfolge „vollständigen Antrags“ ersetzt.

Art. 118 – In Artikel 22.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2014 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „nach positivem Gutachten des Dachverbandes“ gestrichen.

Art. 119 – In Artikel 22.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „nach positivem Gutachten des Dachverbandes“ gestrichen und zwischen das Wort „gewähren“ und den Punkt die Wortfolge „mit einem Maximum von 1.000 Euro“ eingefügt.

Art. 120 – Artikel 23 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1, ersetzt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt ersetzt:
„Die Regierung kann Sportvereinen, die über mindestens eine Mannschaft in der höchsten nationalen Spielklasse in einer Sportdisziplin verfügen und an einem nationalen ganzjährigen oder saisonalen Meisterschaftsbetrieb von einem anerkannten nationalen Sportfachverband teilnehmen und eine aktive Jugendarbeit betreiben, eine zusätzliche finanzielle Förderung gewähren.“
2. Absatz 2, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird wie folgt ersetzt:
„Die Höhe der Förderung der Vereine orientiert sich an der Anzahl Trainingsstunden und der Qualifikation der Trainer der Mannschaften in der in Absatz 1 erwähnten Sportdisziplin über einen Zeitraum von höchstens zehn Monaten.“

Art. 121 – In Artikel 31 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 15. Dezember 2008, 24. Februar 2014 und 2. März 2015, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Die in den Artikeln 24 und 24.1 erwähnten Zuschüsse können in begründeten Ausnahmefällen auch nach der in Absatz 3 erwähnten Frist genehmigt werden. Eine schriftliche Begründung zur verspäteten Einreichung ist in diesem Fall dem Antrag beizufügen.“

Art. 122 – In Artikel 14 des Dekrets vom 20. November 2006 über das Statut der Sport-schützen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird folgender Absatz 5 eingefügt:

„In Abweichung der Artikel 5 Absatz 1, 8 Absatz 2 und 9 Absatz 2 wird die Gültigkeit der für das Jahr 2024 erteilten provisorischen und endgültigen Lizenzen um ein halbes Jahr verlängert, auch wenn die in den Artikeln 6, 7, 9 Absatz 1 und 10 aufgeführten Bestimmungen während des Jahres 2024 nicht eingehalten wurden.“

Abschnitt 4 – Medien

Art. 123 – Artikel 1 Absatz 2 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:
„7. Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz).“

Art. 124 – Artikel 4 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 61.2 wird zu Nummer 61.1.
2. Nummer 61.3 wird zu Nummer 61.2.
3. Folgende Nummer 61.3 wird eingefügt:
„61.3. Verordnung (EU) 2024/1083: Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz);“

Art. 125 – Artikel 101 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 2 wird zwischen Satz 1 und Satz 2, der zu Satz 3 wird, folgender Satz eingefügt:
„Die Geschäftsordnung präzisiert und regelt Fälle, in denen der Präsident bestimmte Funktionen und Tätigkeiten an ein Mitglied der Geschäftsstelle delegieren kann.“
2. In §2 Absatz 3 werden die Sätze 2 und 3 wie folgt ersetzt:
„Das Personal unterliegt der Aufsicht und der Verantwortung des Medienrats. Es ist in einer Geschäftsstelle organisiert und bereitet die Entscheidungen des Medienrats vor. Das Personal holt weder Weisungen an anderer Stelle ein noch nimmt es solche entgegen.“
3. §5 Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 126 – Artikel 112 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
„Der Medienrat veröffentlicht auf seiner Website Leitlinien zum Datenschutz.“
2. §3 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:
„Im Rahmen seiner Zuständigkeiten ist der Medienrat ebenfalls eine zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Verordnungen (EU) 2022/1925 und (EU) 2024/1083.“

Art. 127 – In Artikel 138 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird die Wortfolge „Verordnungen (EU) 2022/1925 und (EU) 2022/2065“ durch die Wortfolge „Verordnung (EU) 2022/2065“ ersetzt und die Wortfolge „Artikel 112 §3“ durch die Wortfolge „Artikel 112 §3 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 128 – In Artikel 140 §1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Absatz 6 eingefügt:

„Der Medienrat kann den Auditor zu Verfahren anhören, an deren Untersuchung dieser direkt oder indirekt teilgenommen hat.“

Abschnitt 5 – Erwachsenenbildung

Art. 129 – Artikel 8 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Februar 2013 und vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender §4.1 wird eingefügt:
„§4.1 – In Abweichung von §§3 und 4 entscheidet die Regierung über die Genehmigung der fristgerecht eingereichten Gesamtkonzepte, die im Vorjahr gemäß Artikel 14 Absatz 4 für den verbleibenden Genehmigungszeitraum wegen der nicht Erfüllung der Bestimmungen des Dekrets aufgehoben wurden.

Die Regierung kann die Genehmigung unter Auflagen erteilen.“

2. §5 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:
„Während des Genehmigungszeitraums der Gesamtkonzepte werden folgende Gesamtkonzepte der Regierung im Vorfeld ihrer Abänderung mit einer ausführlichen Begründung zur Genehmigung unterbreitet:
 1. die inhaltlich abgeänderten Gesamtkonzepte der geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung;
 2. die abgeänderten Gesamtkonzepte der geförderten und fusionierenden Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Das in §§3 und 4 angeführte Verfahren findet in den in Absatz 2 angeführten Fällen keine Anwendung.

Die Regierung kann die Genehmigung unter Auflagen erteilen.“

Art. 130 – Artikel 10 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird zwischen das Wort „addiert“ und das Wort „und“ die Wortfolge „, insofern diese die in Artikel 7 erwähnten Förderkriterien erfüllen,“ eingefügt.
2. Zwischen Absatz 7 und Absatz 8, der zu Absatz 9 wird, wird folgender Absatz eingefügt: „Das Anrecht auf die in den Absätzen 3 und 4 erwähnten Zusatzbeträge für Fusionen beginnt am 1. Januar des Kalenderjahres, das dem Kalenderjahr der Fusion der Einrichtungen der Erwachsenenbildung folgt. Findet die Fusion am 1. Januar eines Kalenderjahres statt, beginnt das Anrecht im selben Kalenderjahr.“

Art. 131 – Artikel 10.1 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird aufgehoben.

Art. 132 – In Artikel 12 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird die Angabe „und 10“ durch die Angabe „und 11“ ersetzt.

Art. 133 – Artikel 14 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Unterlagen, die außerhalb der Frist eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt.“
2. In Absatz 3 wird die Wortfolge „die Möglichkeit zur Stellungnahme“ durch die Wortfolge „nach Auswertung der in Absatz 1 nachgereichten Unterlagen die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme“ ersetzt.“
3. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:
„Die Regierung befindet anschließend über die Einstellung der Förderung und die damit verbundene Aufhebung des genehmigten Gesamtkonzeptes für den verbleibenden Genehmigungszeitraum.“

Art. 134 – In Artikel 15 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Februar 2013 und vom 2. März 2015, werden zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, folgende Absätze eingefügt:

„Erfüllt die Einrichtung der Erwachsenenbildung die Mindestanforderungen des Artikels 7 Absatz 1 Nummer 3 nicht, wird der bereits gemäß Artikel 10 gezahlte jährliche pauschale Zuschuss für den entsprechenden Zweijahreszeitraum proportional im Verhältnis zu den nicht durchgeführten Weiterbildungseinheiten zurückgefordert.“

Führt die Einrichtung der Erwachsenenbildung im Jahr der Feststellung der Nichterfüllung der Mindestanforderungen des Artikels 7 Absatz 1 Nummer 3 nicht mindestens 104 Weiterbildungseinheiten für die Bürgerinnen und Bürger durch, wovon sich mindestens 80 Einheiten an Erwachsene richten und mindestens 20 Einheiten im Norden und 20 Einheiten im Süden des deutschen Sprachgebiets stattfinden, wird der bereits gemäß Artikel 10 gezahlte jährliche pauschale Zuschuss für das Jahr der Feststellung proportional im Verhältnis zu den nicht durchgeführten Weiterbildungseinheiten zurückgefordert.“

Art. 135 – In Kapitel III desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird folgender Artikel 18.2 eingefügt:

„Art. 18.2 – In Abweichung von Artikel 7.1 Absatz 1 und Artikel 8 §5 Absatz 1 umfasst der Zeitraum für die Förderung einer Einrichtung der Erwachsenenbildung, die über ein genehmigtes Gesamtkonzept ab dem 1. Januar 2022 verfügt, sechs Jahre.“

KAPITEL 3 – AUSBILDUNG UND UNTERRICHTSWESEN

Art. 136 – In das Programmdekret 1997 vom 20. Mai 1997, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgendes Kapitel I.1, das die Artikel 9.1 bis 9.14 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL I.1 – GEWÄHRUNG VON STELLEN- ODER STUNDENKAPITAL FÜR BESONDERE ZWECKE IM UNTERRICHTSWESEN“

Art. 137 – In das Kapitel I.1 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 1, der die Artikel 9.1 bis 9.6 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 1 – Antragstellung und Gewährung von Stellen- oder Stundenkapital für besondere Zwecke“

Art. 138 – In den Abschnitt 1 desselben Kapitels wird folgender Artikel 9.1 eingefügt:

„Art. 9.1 – Anwendungsbereich

Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die Unterrichtseinrichtungen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert werden, sowie deren Träger.“

Art. 139 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.2 eingefügt:

„Art. 9.2 – Verwendungszwecke des Stellen- oder Stundenkapitals

Das Stellen- oder Stundenkapital für besondere Zwecke kann den Trägern oder den Unterrichtseinrichtungen auf schriftlichen Antrag, der bei der Regierung einzureichen ist, für eine bestimmte Dauer gewährt werden. Das Stellen- oder Stundenkapital kann ausschließlich für folgende Zwecke und Projekte eingesetzt werden:

1. Einzelbegleitung von Vorschülern, Schülern oder Vorschüler- bzw. Schülergruppen mit psychischen, medizinischen oder sozial-emotionalen Auffälligkeiten,
2. Förderung der Inklusion im Kindergarten,
3. Förderung der Inklusion in der Primarschule,
4. Förderung der Hochbegabung,
5. Förderung von Fremdsprachenprojekten und mobilen Sprachkursen,
6. Organisation von Hausaufgabenbetreuung,
7. Organisation von Stützkursen,
8. Erziehungs-, Koordinations- und Verwaltungsaufgaben,
9. Förderpädagogik,
10. Projekte vom Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zur Förderung der gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen,
11. vom Träger entschiedene Umstrukturierungen, die langfristig zu einer Einsparung von Stellen- bzw. Stundenkapital führen,
12. durch die Regierung in Auftrag gegebene Pilotprojekte,
13. Projekte des Teilzeit-Kunstunterrichts,
14. Projekte der Autonomen Hochschule,
15. IT-Projekte,
16. pädagogische Projekte,
17. Stundenkapitalerhöhung aus außergewöhnlichen Gründen.

Die Regierung kann den Schulträgern oder Unterrichtseinrichtungen ohne Antragstellung Stellen- oder Stundenkapital für die in Absatz 1 angeführten Zwecke zur Verfügung stellen, um Pilotprojekte durchzuführen, die im Auftrag der Regierung erfolgen.“

Art. 140 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.3 eingefügt:

„Art. 9.3 – Verwendungsdauer des Stellen- oder Stundenkapitals

Das Stellen- oder Stundenkapital für besondere Zwecke kann für eine maximale Dauer von drei Schuljahren pro Antrag gewährt werden.

In Abweichung von Absatz 1 wird das Stunden- oder Stellenkapital, das für den in Artikel 9.2 Absatz 1 Nummer 1 angeführten Fall bereit gestellt werden kann, für das laufende oder für das dem Antrag folgende Schuljahr gewährt.“

Art. 141 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.4 eingefügt:
 „Art. 9.4 – Antragstellung

§1 – Der Schulträger oder der Leiter der Unterrichtseinrichtung reicht bei der Regierung einen gemäß §2 vollständig ausgefüllten Antrag auf Gewährung von Stellen- oder Stundenkapital für die in Artikel 9.2 Absatz 1 angeführten Zwecke ein. Hierzu nutzt der Antragsteller das von der Regierung zur Verfügung gestellte Antragsformular. Ein Antrag, der nicht formgerecht eingereicht wird, wird von Amts wegen abgelehnt.

Der Antrag wird bis zum 1. März des Schuljahres eingereicht, das dem Schuljahr vorangeht, in dem das Stellen- oder Stundenkapital verwendet werden soll. Ein Antrag, der nicht fristgerecht eingereicht wird, wird von Amts wegen abgelehnt.

In Abweichung von Absatz 2 kann ein Antrag für den in Artikel 9.2 Absatz 1 Nummer 1 angeführten Fall zu jedem Zeitpunkt während des Schuljahres eingereicht werden.

§2 – Der in §1 angeführte Antrag beinhaltet folgende Angaben:

1. Name und Adresse des Trägers oder der Unterrichtseinrichtung,
2. Name und Vorname des Antragstellers,
3. Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Antragstellers,
4. beantragter Stunden- oder Stellenumfang,
5. beantragter Zeitraum der zur Verfügungstellung des Stunden- oder Stellenkapitals,
6. Titel des Projekts bzw. der Unterstützungsmaßnahme, für das die Stunden oder Stellen beantragt werden,
7. inhaltliche Beschreibung des Projekts bzw. der Unterstützungsmaßnahme,
8. Angaben dazu, ob und in welcher Form das beantragte Projekt bzw. die Unterstützungsmaßnahme gegebenenfalls bereits im vorherigen Schuljahr unterstützt wurde,
9. Beginn des Projekts bzw. der Unterstützungsmaßnahme,
10. voraussichtliches Ende des Projekts bzw. der Unterstützungsmaßnahme,
11. Aufbau und Ablauf des Projekts bzw. der Unterstützungsmaßnahme,
12. angestrebte Resultate im Rahmen des Projekts bzw. der Unterstützungsmaßnahme,
13. geplante Evaluation des Projekts bzw. der Unterstützungsmaßnahme,
14. im Fall von Artikel 9.2 Absatz 1 Nummer 1: die in Absatz 2 angeführten Angaben,
15. Unterschrift des Antragstellers.

Betrifft der Antrag den in Artikel 9.2 Absatz 1 Nummer 1 angeführten Fall werden unbeschadet von Absatz 1 folgende Angaben im Antrag vermerkt:

1. Name, Vorname und Geburtsdatum des Vorschülers bzw. Schülers;
2. Klasse, die während des Zeitraums, für den die Stunden oder Stellen beantragt werden, vom Vorschüler bzw. Schüler besucht werden soll;
3. Angaben zum schulischen Kontext:
 - a) bereits ergriffene Maßnahmen in Bezug auf den Besuch des Kindergartens bzw. der Schule des Vorschülers bzw. Schülers;
 - b) Anzahl Tage pro Woche, an denen der Vorschüler den Kindergarten bzw. der Schüler die Schule besucht;
 - c) Besuch einer Sprachlernklasse, einschließlich der Dauer des Besuchs der Sprachlernklasse;
 - d) Sprachniveau des Vorschülers bzw. Schülers in Bezug auf die Unterrichtssprache;
 - e) Vorliegen eines sonderpädagogischen Förderbedarfs mit Angabe des Datums des Gutachtens zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs;
 - f) Maßnahmen zum Nachteilsausgleich oder Notenschutz.“

Art. 142 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.5 eingefügt:
„Art 9.5 – Entscheidung der Regierung

Die Regierung entscheidet über die Gewährung oder die Ablehnung des Antrags auf Stellen- oder Stundenkapital für besondere Zwecke im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und teilt die mit Gründen versehene Entscheidung schriftlich mit.

Die Gewährung des Antrags enthält insbesondere folgende Angaben:

1. den Umfang der gewährten Stunden oder Stellen,
2. die Dauer des genehmigten Stellen- oder Stundenkapitals, gegebenenfalls mit Start- und Enddatum,
3. eventuelle Bedingungen, die an die Verwendung des Stellen- oder Stundenkapitals geknüpft sind,
4. eine Projektnummer.

Die Regierung trifft die Entscheidung bis zum 30. Juni, wenn der Antrag gemäß Artikel 9.4 §1 Absatz 2 eingereicht wurde, und innerhalb einer Frist von 60 Tagen, wenn der Antrag gemäß Artikel 9.4 §1 Absatz 3 eingereicht wurde.

In Abweichung von Artikel 9.4 §1 Absatz 2 kann die Regierung über einen Antrag entscheiden, der nach dem 1. März eingereicht wurde, wenn der Antragsteller außergewöhnliche bzw. unvorhersehbare Gründe oder Ereignisse, die der Nichteinhaltung der Antragsfrist zugrunde liegen, geltend machen kann. Die Regierung entscheidet über die Annehmbarkeit des Antrags und teilt ihre Entscheidung über die Gewährung oder Ablehnung des Antrags in innerhalb einer Frist von vier Monaten mit.“

Art. 143 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.6 eingefügt:
„Art. 9.6 – Besetzung des Stellen- oder Stundenkapitals

Kein Personalmitglied darf in Stunden, die in Anwendung des vorliegenden Kapitels gewährt werden, auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn oder auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnet bzw. eingestellt oder definitiv ernannt bzw. eingestellt werden.“

Art. 144 – In das Kapitel I.1 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 2, der die Artikel 9.7 bis 9.14 umfasst, eingefügt:
„Abschnitt 2 – Vertraulichkeit und Datenschutz“

Art. 145 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.7 eingefügt:
„Art. 9.7 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen ist jeder, der in gleich welcher Eigenschaft an der Anwendung des vorliegenden Dekrets, an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihm in Ausübung seiner Aufgaben anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 146 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.8 eingefügt:
„Art. 9.8 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 9.9 ist die Regierung für die Verarbeitung der in Artikel 9.10 angeführten personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) verantwortlich.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Die Regierung weist in diesem Zusammenhang ihre Mitarbeiter und externen Berater auf ihre Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.“

Art. 147 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.9 eingefügt:

„Art. 9.9 – Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt.“

Art. 148 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.10 eingefügt:

„Art. 9.10 – Datenkategorien

§1 – Die Regierung kann alle in Artikel 9.8 angeführten angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien für Vorschüler oder Schüler mit psychischen, medizinischen oder sozial-emotionalen Auffälligkeiten und Unterstützungsbedarfen sowie für hochbegabte Schüler erheben und verarbeiten:

1. folgende Daten in Bezug auf den Vorschüler bzw. Schüler:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) Daten zum Geburtsdatum;
- c) Daten zum Schulbesuch und zur schulischen Ausbildung;
- d) Daten zur Gesundheit und Entwicklung, insbesondere Fördermaßnahmen im Bildungsbereich, intellektuelle Möglichkeiten und Sprachentwicklung.

2. folgende Daten in Bezug auf den Antragsteller:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben.

§2 – Der Träger bzw. der Leiter der Unterrichtseinrichtung kann alle in Artikel 9.8 angeführten angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien für Vorschüler oder Schüler mit psychischen, medizinischen oder sozial-emotionalen Auffälligkeiten und Unterstützungsbedarfen sowie für hochbegabte Schüler erheben und verarbeiten:

1. folgende Daten in Bezug auf den Vorschüler bzw. Schüler:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) Daten zum Geburtsdatum;
- c) Daten zum Schulbesuch und zur schulischen Ausbildung;
- d) Daten zur Gesundheit und Entwicklung, insbesondere Fördermaßnahmen im Bildungsbereich, intellektuelle Möglichkeiten und Sprachentwicklung.

2. folgende Daten in Bezug auf den Antragsteller:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben.

§3 – Die in §1 Nummer 2 und §2 Nummer 2 angeführten Daten werden für die in Artikel 9.2 angeführten Zwecke verwendet.

Die in §1 Nummer 1 und §2 Nummer 1 angeführten Daten werden für den in Artikel 9.2 Absatz 1 Nummer 1 angeführten Zweck verwendet.“

Art. 149 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.11 eingefügt:

„Art. 9.11 – Zusammenarbeit

Die Regierung arbeitet mit den Unterrichtseinrichtungen zusammen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt sind. Zu diesem Zweck tauschen die Unterrichtseinrichtungen die in Artikel 9.8 angeführten Daten über die Schüler aus, wenn die Übermittlung der Informationen im Interesse des Schülers erforderlich ist und die übermittelten Informationen angemessen, sachdienlich und verhältnismäßig sind.“

Art. 150 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.12 eingefügt:
„Art. 9.12 – Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Die Regierung greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung ihrer Aufgaben auf anonyme Daten zurück.

Können anhand der in Absatz 1 angeführten anonymen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt die Regierung in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymen Daten die Erstellung der in Absatz 1 angeführten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.“

Art. 151 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.13 eingefügt:
„Art. 9.13 – Dauer der Datenverarbeitung

Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, werden die Daten ab der Entscheidung der Regierung während zehn Jahren verarbeitet und aufbewahrt.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf der in Absatz 1 angeführten Frist vernichtet.“

Art. 152 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 9.14 eingefügt:
„Art. 9.14 – Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegenden Abschnitt vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls nötige Sicherheitsmaßnahmen fest.“

Art. 153 – In Artikel 93.70 Absatz 8 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird zwischen Satz 2 und Satz 3, der zu Satz 4 wird, folgender Satz eingefügt:
„Hierzu nutzt er ein von der Regierung festgelegtes Antragsformular, das folgende Angaben beinhaltet:

1. Identität und Kontaktdaten des Schülers:
 - a) Nachname und Vorname;
 - b) Wohnsitz: Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort;
 - c) Geburtsdatum;
 - d) Muttersprache;
2. Angaben zum schulischen Kontext:
 - a) Schule;
 - b) Schulebene;
 - c) besuchte Klasse und Schuljahr;
 - d) Datum der Ersteinschreibung;
 - e) Dauer der Beschulung als erstankommender Schüler;
 - f) Vorliegen von sonderpädagogischem Förderbedarf;
 - g) Ausbildung und Statut des Lehrers;
3. Gründe für die Beantragung einer Verlängerung des Statuts als erstankommender Schülerin Ausnahmefällen:
 - a) Vorliegen von gesundheitlichen Einschränkungen;
 - b) Anzahl Abwesenheiten des Schülers;
 - c) Sprachniveau des Schülers;
 - d) Sonstiges;
4. Angefragte Verlängerung des Statuts als erstankommender Schüler.“

Art. 154 – In das Kapitel VIII *inquies* desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird folgender Abschnitt 6, der die Artikel 93.81.1 bis 93.81.8 umfasst, eingefügt:
„Abschnitt 6 – Datenschutz“

Art. 155 – In Kapitel VIII *inquies* Abschnitt 6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.81.1 eingefügt:

„Art. 93.81.1 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen ist jeder, der in gleich welcher Eigenschaft an der Anwendung des vorliegenden Kapitels mitwirkt, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihm in Ausübung seines Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 156 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.81.2 eingefügt:

„Art. 93.81.2 – Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Beschulung von erstankommenden Schülern

Unbeschadet des Artikels 93.81.3 ist die Regierung für die Verarbeitung der in Artikel 93.81.4 angeführten personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich.

Die Regierung erhebt und verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben, insbesondere was die in den Artikeln 93.69, 93.70 und 93.71 des vorliegenden Dekrets angeführten Aufgaben betrifft. Die Regierung darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Die Regierung weist in diesem Zusammenhang ihre Mitarbeiter und externen Berater auf ihre Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.“

Art. 157 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.81.3 eingefügt:

„Art. 93.81.3 – Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt.“

Art. 158 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.81.4 eingefügt:

„Art. 93.81.4 – Datenkategorien

§1 – Der Schulleiter bzw. im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen der Schulträger kann alle gemäß Artikel 93.81.2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien erheben und verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Schülers:
 - a) Nachname und Vorname;
 - b) Wohnsitz: Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort;
2. Daten zum Geburtsdatum des Schülers;
3. Daten zur Identität und Kontaktangaben der Erziehungsberechtigten des Schülers:
 - a) Nachname und Vorname;
 - b) Wohnsitz: Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort;
4. Daten zum Schulbesuch und zu den Abwesenheiten des Schülers;
5. Daten zu den Sprachkenntnissen des Schülers;
6. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Schülers;

- a) Vorliegen von sonderpädagogischem Förderbedarf;
- b) Nachteilsausgleich aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und Notenschutz aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen;

7. Daten zur Ausbildung und zum Statut des Lehrers.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Erst- oder Neueinschreibung als erstankommender Schüler im Kindergarten gemäß Artikel 93.69 §1 Absätze 1-3;
2. Antrag auf Erst- oder Neueinschreibung als erstankommender Schüler in der Regelprimarschule und Gewährung von Stellenkapital für die Organisation von Sprachlernkursen oder -klassen gemäß Artikel 93.70 Absätze 1-3;
3. Antrag an die Schulinspektion in Fragen der Einschreibung oder des Zeitpunkts der definitiven Eingliederung in die Regelprimarschule gemäß Artikel 93.70 Absatz 7;
4. Antrag auf Einschreibung als erstankommender Schüler in der Regelsekundarschule gemäß Artikel 93.71 Absatz 1;
5. Testung des Sprachstands des Schülers gemäß Artikel 93.69 §1 Absatz 4 und Artikel 93.70 Absatz 4.6.

§2 – Die Regierung kann alle gemäß Artikel 93.81.2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Schülers:
 - a) Nachname und Vorname;
 - b) Wohnsitz: Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort;
2. Daten zum Geburtsdatum des Schülers;
3. Daten zur Identität und Kontaktangaben der Erziehungsberechtigten des Schülers:
 - a) Nachname und Vorname;
 - b) Wohnsitz: Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort;
4. Daten zum Schulbesuch und zu den Abwesenheiten des Schülers;
5. Daten zu den Sprachkenntnissen des Schülers;
6. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Schülers:
 - a) Vorliegen von sonderpädagogischem Förderbedarf;
 - b) Nachteilsausgleich aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und Notenschutz aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen;
7. Daten zur Ausbildung und zum Statut des Lehrers.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Erst- oder Neueinschreibung als erstankommender Schüler im Kindergarten gemäß Artikel 93.69 §1 Absätze 1-3;
2. Genehmigung oder Ablehnung des Antrags auf Erst- oder Neueinschreibung als erstankommender Schüler in der Regelprimarschule gemäß Artikel 93.70 Absatz 6;
3. Einschreibung als erstankommender Schüler in der Regelsekundarschule gemäß Artikel 93.71 Absatz 1;
4. Gewährung von Stellenkapital für die Organisation von Sprachlernkursen oder -klassen gemäß Artikel 93.70 Absatz 3 und Artikel 93.71 Absatz 4.

§3 – Die in Artikel 93.70 Absatz 7 angeführte Schulinspektion kann alle gemäß Artikel 93.81.2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Schülers:
 - a) Nachname und Vorname;
 - b) Wohnsitz: Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort;
2. Daten zum Geburtsdatum des Schülers;

3. Daten zur Identität und Kontaktangaben der Erziehungsberechtigten des Schülers:
 - a) Nachname und Vorname;
 - b) Wohnsitz: Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort;
4. Daten zum Schulbesuch und zu den Abwesenheiten des Schülers;
5. Daten zu den Sprachkenntnissen des Schülers;
6. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Schülers:
 - a) Vorliegen von sonderpädagogischem Förderbedarf;
 - b) Nachteilsausgleich aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und Notenschutz aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen;
7. Daten zur Ausbildung und zum Statut des Lehrers.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Erstellen eines Gutachtens zwecks Entscheidung der Regierung über die Genehmigung oder Ablehnung des Antrags auf Erst- oder Neueinschreibung als erstankommender Schüler in der Regelprimarschule gemäß Artikel 93.70 Absatz 6;
2. Entscheidung in Fragen der Einschreibung oder des Zeitpunkts der definitiven Eingliederung in die Regelprimarschule gemäß Artikel 93.70 Absatz 7.

§4 – Der in Artikel 93.74 angeführte schulinterne Begleitrat kann alle gemäß Artikel 93.81.2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Schülers:
 - a) Nachname und Vorname;
 - b) Wohnsitz: Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort;
2. Daten zum Geburtsdatum des Schülers;
3. Daten zur Identität und Kontaktangaben der Erziehungsberechtigten des Schülers:
 - a) Nachname und Vorname;
 - b) Wohnsitz: Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort;
4. Daten zum Schulbesuch und zu den Abwesenheiten des Schülers;
5. Daten zu den Sprachkenntnissen des Schülers;
6. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Schülers:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Vorliegen von sonderpädagogischem Förderbedarf;
 - c) Nachteilsausgleich aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und Notenschutz aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen;
7. Daten zur Ausbildung und zum Statut des Lehrers.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zu folgenden Zwecken verarbeitet werden:

1. Antrag auf Verlängerung des Aufenthalts in einer Sprachlernklasse bei der Regierung gemäß Artikel 93.70 Absatz 8 und Artikel 93.72 §1 Absatz 1;
2. Entscheidung über eine Verlängerung des Aufenthalts in einer Sprachlernklasse gemäß Artikel 93.71 Absatz 3;
3. Beratung über den weiteren schulischen Werdegang des erstankommenden Schülers gemäß Artikel 93.71 Absatz 5;
4. Entscheidung über die definitive Eingliederung der Regelsekundarschüler in ein Studienjahr und eine Studienrichtung gemäß Artikel 93.71 Absatz 5 und Artikel 93.72 §2 Absatz 2;
5. Entscheidung über die Zulassung der in den Artikeln 93.69 und 93.70 angeführten Regelgrundschüler zu einem bestimmten Schuljahr der Regelgrundschule gemäß Artikel 93.72 §1 Absatz 1;
6. Empfehlung über Nachteilsausgleichsmaßnahmen aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache für die erstankommenden Schüler in der Regelgrundschule gemäß Artikel 93.72 §1 Absatz 1;

7. Erstellen eines Gutachtens zur Eingliederung eines erstankommenden Sekundarschülers, der eine Sprachlernklasse besucht, in den Unterricht einer Regelsekundarschule und Empfehlungen zur weiteren Förderung sowie zu Nachteilsausgleichsmaßnahmen aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache gemäß Artikel 93.72 §2 Absatz 1.

Art. 159 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.81.5 eingefügt:

„Art. 93.81.5 – Zusammenarbeit

Die Regierung arbeitet mit den Regelschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie dem in Artikel 93.74 genannten Begleitrat zusammen, die an der Beschulung von erstankommenden Schülern beteiligt sind. Zu diesem Zweck tauschen die genannten Einrichtungen die in Artikel 93.81.4 angeführten Daten über die erstankommenden Schüler aus, wenn die Übermittlung der Informationen im Interesse des Schülers erforderlich ist und die übermittelten Informationen angemessen, sachdienlich und verhältnismäßig sind.“

Art. 160 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.81.6 eingefügt:

„Art. 93.81.6 – Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Die Regierung greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung ihrer Aufgaben im Rahmen des vorliegenden Kapitels bevorzugt auf anonyme Daten zurück.

Diese dienen zum einen zur Ermittlung des finanziellen Bedarfs und zum anderen der Gestaltung allgemeiner Unterrichtspolitik.

Können anhand der in Absatz 1 angeführten anonymen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt die Regierung in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 angeführten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.“

Art. 161 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.81.7 eingefügt:

„Art. 93.81.7 – Dauer der Datenverarbeitung

Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Ordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, werden die Daten ab Datum der Einschreibung des Schülers während zehn Jahren verarbeitet und aufbewahrt.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf der in Absatz 1 angeführten Frist vernichtet.“

Art. 162 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.81.8 eingefügt:

„Art. 93.81.8 – Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegenden Abschnitt vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls nötige Sicherheitsmaßnahmen fest.“

KAPITEL 4 – ÜBERTRAGENE REGIONALANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 – Beschäftigung

Art. 163 – In das Dekret vom 26. Juni 2000 zur Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 27. April 2009, wird folgendes Kapitel I, dem die Artikel 1-3 zugeordnet werden, eingefügt:

„KAPITEL I – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN“

Art. 164 – In Artikel 12 §3 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler wird die Wortfolge „im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Bedingungen jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht bei der Regierung einzureichen. Der Tätigkeitsbericht umfasst insbesondere anonymisierte Daten zu folgenden Bereichen:“ durch die Wortfolge „auf Nachfrage der Regierung anonymisierte Daten zu folgenden Bereichen einzureichen:“ ersetzt.

Art. 165 – Die Überschrift des Kapitels VI desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
„KAPITEL VI – RUNDTISCHGESPRÄCHE FÜR VERMITTLUNG UND LEIHARBEITSVERMITTLUNG“

Art. 166 – Artikel 16 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung organisiert in regelmäßigen Abständen Rundtischgespräche mit Leiharbeitsvermittlern, dem Dienst und Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.“

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „des Arbeitskreises für Vermittlung und Leiharbeitsvermittlung“ durch die Wortfolge „der Rundtischgespräche“ ersetzt.

3. Die Absätze 3 und 4 werden wie folgt ersetzt:

„Die Regierung lädt die Teilnehmer der Rundtischgespräche unter Berücksichtigung der Besprechungsthemen ein.

Die Regierung kann weitere Modalitäten zur Organisation der Rundtischgespräche festlegen.“

Art. 167 – In Artikel 55 Absatz 1 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird die Wortfolge „Unbeschadet der Anwendung von Artikel 56 unterliegen“ gestrichen und die Wortfolge „für diese Arbeitnehmer“ durch die Wortfolge „unterliegen für diese Arbeitnehmer“ ersetzt.

Art. 168 – Artikel 56 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 169 – Artikel 4 §1 Absatz 1 Nummer 9 des Dekrets vom 27. März 2023 über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik, abgeändert durch das Dekret vom 22. Mai 2023 und durch das Dekret vom 29. Januar 2024, wird wie folgt ersetzt:

„9. Dekret vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung;“

Art. 170 – In Artikel 3 Nummer 23 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, wird die Wortfolge „, der von der Regierung bestimmte Dienst, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist,“ gestrichen.

Art. 171 – Artikel 4 §4 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. zu einem von der Regierung festgelegten Zeitpunkt alle anderen nichtbeschäftigten Personen, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen:

- a) Sie beziehen ein von der Regierung festgelegtes belgisches Ersatzeinkommen.
- b) Sie haben das 18. Lebensjahr vollendet und haben das gesetzliche Pensionsalter nicht erreicht.
- c) Sie stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.“

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 172 – In Artikel 21 §1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, wird die Wortfolge „, der von der Regierung bestimmte Dienst, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist,“ gestrichen.

Art. 173 – Artikel 32 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „und der von der Regierung bestimmte Dienst, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist, erarbeiten gemeinsam“ durch das Wort „erarbeitet“ ersetzt.
2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:
„Der Dienst erstellt zudem mindestens alle fünf Jahre eine Bewertung seiner bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung.“

Art. 174 – In Artikel 35 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe c) desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolge „ein Praktikum“ und das Wort „geleistet“ die Wortfolge „in Anwendung des vorliegenden Kapitels“ eingefügt.

Art. 175 – In Artikel 37 §2 desselben Dekrets werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:
„Unbeschadet §4 Nummer 2 wird das Praktikum in einem fortlaufenden Zeitraum absolviert.“

In Abweichung von Absatz 3 kann die gemäß den Absätzen 1 und 2 und §4 Nummer 2 festgelegte Dauer des Praktikums innerhalb eines Zeitraums von maximal neun Monaten geleistet werden, wenn es sich bei dem Praktikanten um eine der in Artikel 33 Absatz 2 oder in Artikel 3 Nummer 24 erwähnten Personen handelt.“

Art. 176 – In Artikel 38 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „die dem Praktikumsvertrag beigelegt wird“ durch die Wortfolge „die Bestandteil des Praktikumsvertrags ist“ ersetzt.

Art. 177 – In Artikel 42 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „für die effektiv geleisteten Praktikumstage“ gestrichen.

Art. 178 – In Artikel 43 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „für die effektiv geleisteten Praktikumstage“ gestrichen.

Art. 179 – In Artikel 7 des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Die Regierung kann Bestimmungen zur Gewährung und Verwaltung von Beihilfen und Beschäftigungs- oder Ausbildungsanreizen festlegen.“

Art. 180 – In Artikel 9 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Die Regierung kann“ durch die Wortfolge „Sofern diese im vorliegenden Kapitel nicht besonders geregelt sind, kann die Regierung“ ersetzt.

Art. 181 – Artikel 5 Absatz 2 des Dekrets vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft wird wie folgt ersetzt:

„Die in Absatz 1 Nummer 6 vorgesehene Vorgabe gilt nicht für Antragsteller, die seit weniger als drei Jahren über ihre Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb verfügen.“

Art. 182 – Artikel 20 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b) desselben Dekrets wird aufgehoben.

Abschnitt 2 – Bestattungen und Grabstätten

Art. 183 – Artikel 29 §4 des Dekrets vom 14. Februar 2011 über Bestattungen und Grabstätten wird aufgehoben.

Abschnitt 3 – Tourismus

Art. 184 – Artikel 4 Absatz 2 Nummer 2 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus wird wie folgt ersetzt:

„2. das Marketing und Management der Naturerlebnisregion Ostbelgien nach innen und nach außen;“

Art. 185 – Artikel 7 §2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 12. Dezember 2019 und vom 15. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 Buchstabe b) wird das Wort „Markenkontaktpunkt“ durch die Wortfolge „Haus für Tourismus“ und die Wortfolge „mehrere Gemeinden“ durch die Wortfolge „die Naturerlebnisregion Ostbelgien“ ersetzt.
2. In Nummer 1 Buchstabe f) wird zwischen das Wort „sowie“ und das Wort „während“ die Wortfolge „an 17 Sonntagen“ eingefügt und die Wortfolge „auch sonntags und“ durch das Wort „oder“ ersetzt.
3. In Nummer 2 Buchstabe c) wird die Wortfolge „in den Sommerferien auch sonntags und“ durch die Wortfolge „an 13 Sonntagen während der in Belgien geltenden Schulferien oder“ ersetzt und der Satz 2 aufgehoben.
4. In Nummer 3 Buchstabe c) wird die Wortfolge „in den Sommerferien auch sonntags und“ durch die Wortfolge „an 10 Sonntagen während der in Belgien geltenden Schulferien oder“ ersetzt.

Art. 186 – Artikel 22 §1 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird aufgehoben.

Abschnitt 4 – Raumordnung und Städtebau

Art. 187 – Artikel D.I.12.1 §2 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:
„7. Einnahmen, die als Bearbeitungsgebühren beim Einreichen einer Beschwerde gemäß Art. D.IV.63 §4 erhoben werden.“

Art. 188 – In Artikel D.II.57.2 Absatz 2 desselben Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird die Angabe „Artikel D.68“ durch die Angabe „Artikel D.65“ ersetzt.

Art. 189 – In Artikel D.II.57.4 §5 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird die Angabe „Artikel D.64 und D.68“ durch die Angabe „Artikel D.65“ ersetzt.

Art. 190 – In Artikel D.IV.34 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete vom 12. Dezember 2019 und vom 21. November 2022, wird die Angabe „Artikel D.68“ durch die Angabe „Artikel D.65“ ersetzt.

Art. 191 – Artikel D.IV.42 §5 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2021 und abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt ersetzt:

„§5 – Der Versand der Zustimmung der zuständigen Behörde oder ihrer Anfrage an den Antragsteller bewirkt die Aussetzung der in den Artikeln D.IV.46, D.IV.47 und D.IV.48 genannten Fristen um höchstens 180 Tage. Eine Kopie der Zustimmung oder der Anfrage wird je nach Fall der Regierung oder dem Gemeindegremium übermittelt.

Spätestens 180 Tage nach dem in Absatz 1 genannten Versand der Zustimmung oder auf Anfrage übermittelt der Antragsteller die Änderungsunterlagen und einen entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie der zuständigen Behörde. Es werden so viele Ausfertigungen dieser Unterlagen übermittelt wie die des ursprünglichen Antrags.

Bei fristgerechter Einsendung oder Hinterlegung der in Absatz 2 genannten Unterlagen wird das Verfahren gemäß den in Artikel D.IV.33 erwähnten Modalitäten wieder aufgenommen. Die neuen Entscheidungsfristen auf der Grundlage der Änderungsunterlagen und des Nachtrags zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie werden gemäß Artikel D.IV.46 Absatz 1 oder D.IV.48 Absatz 1 festgelegt.

Bei fehlender Einsendung oder Hinterlegung der in Absatz 2 genannten Unterlagen innerhalb einer Frist von 180 Tagen wird die Aussetzung der in den Artikeln D.IV.46, D.IV.47 und D.IV.48 genannten Fristen beendet und das Verfahren wird gemäß der ursprünglichen Frist fortgeführt.“

Art. 192 – In Artikel D.IV.63 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, werden folgende §§4 und 5 eingefügt:

„§4 – Zur Einreichung der Beschwerde wird eine Bearbeitungsgebühr erhoben. Die Regierung legt die Höhe der Bearbeitungsgebühr sowie die Modalitäten der Entrichtung fest.

Die Zahlung der Geldsumme erfolgt zugunsten des in Artikel D.I.12.1 erwähnten Fonds für Nachhaltigkeit.

§5 – Bei Strafe der Unzulässigkeit muss die Beschwerde den Beweis der Zahlung der Bearbeitungsgebühr, die in §4 vorgesehen ist, enthalten.“

Art. 193 – In Artikel D.IV.109.8 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird die Angabe „Artikel D.68“ durch die Angabe „Artikel D.65“ ersetzt.

Art. 194 – In Artikel D.VII.13 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „unter Berücksichtigung von Artikel D.66 des Buches I des Umweltgesetzbuches“ durch die Wortfolge „unter Berücksichtigung von Artikel D.62 §2 und der relevanten Auswahlkriterien gemäß Anhang III des Buches I des Umweltgesetzbuches“ ersetzt.

Art. 195 – Artikel D.VII.18 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022 und abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. §3 Absatz 4 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

„1. entweder an die Gemeinde, wenn der Verstoß auf Veranlassung der Gemeinde durch die in Artikel D.VII.3 Nummer 1 genannten Gerichtspolizeioffiziere und feststellenden Bediensteten oder durch die in Artikel D.VII.3 Nummer 2 genannten Beamten und technischen Bediensteten festgestellt wurde;“

2. §4 Absatz 3 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

- „1. entweder an die Gemeinde, wenn der Verstoß auf Veranlassung der Gemeinde durch die in Artikel D.VII.3 Nummer 1 genannten Gerichtspolizeioffiziere und feststellenden Bediensteten oder durch die in Artikel D.VII.3 Nummer 2 genannten Beamten und technischen Bediensteten festgestellt wurde;“

Art. 196 – In Artikel D.VIII.1 Nummer 4 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete vom 24. Mai 2018 und 21. November 2022, wird die Angabe „Artikeln D.64 §2 und D.68 §2 und §3“ durch die Angabe „Artikeln D.64 und D.65“ ersetzt.

Art. 197 – In Artikel D.VIII.31 §2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete vom 24. Mai 2018 und 21. November 2022, wird die Angabe „Artikels D.64 §2“ durch die Angabe „Artikels D.64“ ersetzt.

KAPITEL 5 – FINANZEN UND HAUSHALT

Art. 198 – Artikel 5 §2 des Dekrets vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. In Nummer 5, eingefügt durch das Dekret vom 3. Februar 2003, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
3. In Nummer 6, eingefügt durch das Dekret vom 25. April 2016, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
4. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

„7. Rückzahlung von bis zum 31. Dezember 2023 gezahlten Elternkautionen bei im Bereich der Kinderbetreuung tätigen juristischen Personen, deren Aktivitäten durch das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung übernommen wurden und die im Jahr 2024 ein Konkursgeständnis abgelegt haben, insofern die Forderungen form- und fristgerecht im Zentralen Insolvenzregister angemeldet und angenommen wurden und nicht durch die Konkursmasse gedeckt werden.“

Art. 199 – Artikel 11 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 23. November 1992, wird wie folgt wieder eingefügt:

„Art. 11 – Zum Erhalt der in Artikel 5 §2 Nummer 7 erwähnten Zahlung reichen die betroffenen Insolvenzgläubiger der im Bereich der Kinderbetreuung tätigen juristischen Person innerhalb von 90 Tagen ab Erhalt der Mitteilung des Konkursverwalters, dass sie nicht zu den bevorrechtigten Gläubigern gehören, oder spätestens innerhalb von 90 Tagen ab Veröffentlichung des Urteils zum Abschluss des Konkursverfahrens im Belgischen Staatsblatt einen entsprechenden Antrag bei der Regierung ein.“

Art. 200 – In Artikel 105 Absatz 3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird zwischen das Wort „Zuschusses“ und die Wortfolge „per Nachtrag“ die Wortfolge „oder eine einmalige einjährige Verlängerung“ eingefügt.

KAPITEL 6 – ENTEIGNUNGEN

Art. 201 – Artikel 1 Nummer 7 des Dekrets der Wallonischen Region vom 22. November 2018 über das Enteignungsverfahren wird aufgehoben.

Art. 202 – In Artikel 10 Nummer 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. März 2021, wird die Wortfolge „und den Beamten für Handelsniederlassungen, wenn er die zuständige Behörde für die Ausstellung der Genehmigung ist, oder wenn er kraft des Dekrets vom 5. Februar 2015 über die Handelsniederlassungen zwangsweise um die Abgabe einer Stellungnahme ersucht werden muss“ aufgehoben.

Art. 203 – Artikel 11 Absatz 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. März 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Im Rahmen ihrer Stellungnahmen äußert sich die Regierung, insoweit der Aspekt Raumordnung und Städtebau betroffen ist, ausschließlich auf der Grundlage der in der Akte enthaltenen Angaben.

KAPITEL 7 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 204 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2025 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 23, Artikel 78 Nummer 5, Artikel 79 Nummern 3 und 4, Artikel 87, Artikel 94 und Artikel 175, die mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft treten;
2. Artikel 129, Artikel 133 und Artikel 134, die mit Wirkung vom 1. Oktober 2024 in Kraft treten;
3. Artikel 153-162, die am Tag der Verabschiedung des vorliegenden Dekrets in Kraft treten;
5. Artikel 8, der am 15. Juli 2025 in Kraft tritt;
6. Artikel 167 und 168, der am 1. September 2025 in Kraft treten;
7. Artikel 115 Nummer 2, der am 1. Januar 2026 in Kraft tritt.

F. CREMER
S. PAUELS
E. JADIN

VOORSTEL VAN PROGRAMMADECREET 2024 (I)

ingediend door

de heer Freddy CREMER, mevrouw Stephanie PAUELS en mevrouw Evelyn JADIN

INHOUD

Het programmadecreet bevat wijzigingen op de volgende gebieden:

- Persoonsgebonden aangelegenheden
- Culturele aangelegenheden
- Opleiding en Onderwijs
- Werkgelegenheid
- Begraafplaatsen en lijkbezorging
- Toerisme
- Ruimtelijke ordening en stedenbouw
- Huisvesting

- Financiën en Begroting

- Diversen

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	4
Voorstel van decreet	57

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Samen met het voorstel van programmadecreet 2024 (II) gepubliceerd in document 38 (2024-2025) nr. 1, vervangt dit voorstel van programmadecreet 2024 (I) het vorige voorstel van programmadecreet gepubliceerd in document 29 (2024-2025) nr. 1 en de desbetreffende wijzigingsvoorstellen gepubliceerd in document 29 (2024-2025) nr. 2. Deze opsplitsing werd gemaakt om een onderscheid te maken tussen de bepalingen die dringend moeten worden aangenomen voor het einde van het kalenderjaar 2024 (zie document 38 (2024-2025) nr. 1) en de andere bepalingen (zie dit voorstel van programmadecreet I). Indien nodig kan de parlementaire procedure voor de bespreking van en stemming over de voorstellen dienovereenkomstig worden gedifferentieerd. In het kader van deze opsplitsing werd de inhoud niet gewijzigd.

Zoals de afgelopen jaren gebruikelijk is geworden, worden de twee bovengenoemde voorstellen voor programmadecreten via de parlementaire fracties bij het parlement ingediend, in tegenstelling tot het decreet houdende maatregelen inzake onderwijs, dat door de Regering wordt ingediend.

Aangezien dit voorstel van programmadecreet bepalingen bevat voor de verschillende bevoegdheidsdomeinen van de Duitstalige Gemeenschap, wordt voor het overige verwezen naar de bespreking van de artikelen.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Door een recente wijziging van de federale wet op de gezondheidszorgberoepen en de bijbehorende uitvoeringsbepalingen is de lijst van personen die gemachtigd zijn om vaccinaties toe te dienen, uitgebreid. Naast artsen mogen nu ook verpleegkundigen vaccineren. Als gevolg hiervan mogen verpleegkundigen vaccinaties uitvoeren zonder doktersvoorschrift en zonder medisch toezicht. Gelet op die wetswijziging is het noodzakelijk om onze eigen wettelijke basis op het gebied van vaccinatiestrategie te preciseren.

Artikel 2 en 3

Tijdens de COVID-19 pandemie kregen zorgverleners of personen die gemachtigd waren om te vaccineren regelmatig de vraag van personen die in het Duitse taalgebied woonden om hun in het

buitenland ontvangen vaccinaties te registreren via Vaccinnet als de persoon in kwestie een bewijs van vaccinatie kon voorleggen op basis van een overeenkomstig buitenlands certificaat. Dit gaf deze personen onder andere de mogelijkheid om een digitaal EU COVID certificaat van de Belgische overheid te ontvangen.

In het bestel- en registratiesysteem van de Duitstalige Gemeenschap, waarin vaccinaties kunnen worden geregistreerd, is een gelijkaardige regeling nodig voor andere vaccinaties die buiten het Belgische grondgebied worden toegediend. Zo moeten personen die in het Duitse taalgebied wonen en een vaccinatie buiten het Belgische grondgebied hebben gekregen, voortaan kunnen vragen dat hun vaccinatie wordt geregistreerd in het bestel- en registratiesysteem bedoeld in artikel 10.1.3 van het decreet betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie van 1 juni 2004, na voorlegging van de nodige bewijsstukken aan een zorgverstrekker of een erkend vaccinator. Dit kan verschillende voordelen hebben voor deze mensen, in het bijzonder kan het de kwaliteit van hun gezondheidszorg verbeteren, aangezien de zorgverleners die hen behandelen meer informatie zullen hebben door het digitale gezondheidsdossier in te vullen.

Dit artikel heeft dus tot doel artikel 10.1.7 van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie uit te breiden zodat personen die in het buitenland gevaccineerd zijn, deze vaccinatie desgewenst kunnen registreren in het bestel- en registratiesysteem van de Duitstalige Gemeenschap. Deze mogelijkheid bestaat voor alle vaccinaties en niet enkel voor de vaccinaties die in het vaccinatieschema zijn voorzien. Voorwaarde is dat de persoon dit aanvraagt bij een erkende vaccinator of dienstverlener en met een relevant document kan bewijzen dat de vaccinatie effectief werd uitgevoerd.

Het artikel beschrijft welke gegevens voor dit doel mogen worden verwerkt en voor welke doeleinden deze verwerking mag plaatsvinden.

Vanwege de mogelijkheid om in het buitenland toegediende vaccinaties te registreren, moet in artikel 10.1.9 worden gespecificeerd hoelang de uit de registratie voortvloeiende gegevens mogen worden bewaard.

Advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit

De Gegevensbeschermingsautoriteit, die deze bepalingen op 18 oktober 2024 in haar advies nr. 99/2024 heeft herzien, had geen bezwaren tegen de voorgestelde aanpak. Zij raadde alleen aan om 3° in het nieuwe artikel 10.1.7, § 1.1, tweede lid, te schrappen, namelijk de verwijzing naar bevoegde vaccinatoren in het buitenland, en in 2° te specificeren dat het gaat om de bevoegde vaccinator in het buitenland. Hierbij moet echter worden opgemerkt dat, in tegenstelling tot wat de gegevensbeschermingsautoriteit vermoedt, dit geen onnodige herhaling is. De basisgedachte van dit artikel is dat een persoon zich in het buitenland laat vaccineren door een bevoegde vaccinator (nr. 3) en vervolgens een bevoegde vaccinator in de Duitstalige Gemeenschap (nr. 2) vraagt om deze vaccinatie te registreren. De verwijzing naar twee verschillende bevoegde vaccinatoren is daarom

gerechtvaardigd en de door de Gegevensbeschermingsautoriteit gevraagde wijziging wordt niet aangebracht.

Voorts herhaalt de Gegevensbeschermingsautoriteit dat niet mag worden verwezen naar de Regering als verantwoordelijke voor de verwerking van de gegevens, maar dat moet worden verwezen naar haar hoofdadministratie, het Ministerie. Uit artikel 69 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 betreffende de hervorming van de instellingen, die krachtens artikel 51 van de wet van 31 december 1983 betreffende de institutionele hervormingen voor de Duitstalige Gemeenschap van toepassing is op de Duitstalige Gemeenschap, volgt echter dat indien de decreetgever een bevoegdheid wil toekennen aan de uitvoerende macht van de Gemeenschap, met of zonder regelgevende aard, deze bevoegdheid enkel kan worden toegekend aan de Regering als dusdanig.

Artikel 4

De bijlage bij het besluit van de Regering van 26 februari 1997 over de erkenningsvoorwaarden voor woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden bepaalt in hoofdstuk 6, punt 2, dat de kamers van de bewoners een minimale effectieve oppervlakte van 15 m² moeten hebben, de doucheruimte in de kamers niet meegerekend. Voor bestaande goedgekeurde kamers werd een vrijstelling verleend om de gegeven kamergrootte te behouden tot 1 januari 2015, tenzij de kamers vóór deze datum worden verbouwd.

Het decreet van 13 december 2018 verwijst voor de planningsvergunning naar de infrastructuureisen, die zijn gepreciseerd in het besluit van 1997. Alle kamers moeten momenteel een minimale oppervlakte van 15 m² hebben. Op dit moment zijn er tijdens bouwinspecties na renovaties in woonzorgcentra voor ouderen enkele kamers geïdentificeerd die niet voldoen aan de vereiste 15 m².

Dit artikel tot wijziging van het decreet van 13 december 2018 geeft de Regering de mogelijkheid om bestaande situaties met betrekking tot onvoldoende ruimte in individuele bewonerskamers of individuele serviceflats met een exploitatievergunning voor onbepaalde tijd te regulariseren door een overeenkomstige vrijstelling voor kamerruimte te verlenen. Dit kan alleen in het geval van verbouwingsmaatregelen en nadat is bewezen dat er om infrastructurele redenen geen realistische mogelijkheid is om de kamergrootte aan te passen. Bovendien moet voor deze kamers een exploitatievergunning worden aangevraagd voordat ze worden verbouwd. Er kan geen uitzondering worden gemaakt voor nieuwe gebouwen of uitbreidingen.

Artikel 5

De Adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen wordt uitgebreid met twee personen om ervoor te zorgen dat de organisatie en procedures van bepaalde adviescommissies (ouderen, gezondheid en mensen met een beperking) gelijk zijn.

Voorheen was de vertegenwoordiger van de Regering aanwezig als gemachtigd vertegenwoordiger en nam de vertegenwoordiger van het departement het secretariaat waar. In de praktijk zal de nieuwe regeling dus niets veranderen; de deelname en de rol van beide vertegenwoordigers worden alleen formeel vastgelegd.

Artikel 6

Er is momenteel geen mogelijkheid om gegevens anoniem te verzamelen. Het is echter zinvol om een dergelijke bepaling in te voeren die de administratie in staat stelt om de gebruikmaking van het zorgbudget voor ouderen in de verschillende gemeenten van het Duitse taalgebied te onderzoeken. De statistische registratie van de gegevensverzameling van het percentage "ontvangers met een sociale toeslag" geeft een overzicht van de situatie van ouderen met een gering inkomen. Voor dit doel worden geen persoonlijke gegevens gebruikt.

Artikel 7

Artikel 58 van het decreet betreffende het zorgbudget voor ouderen voorziet in de vaststelling van een overgangsbedrag om ervoor te zorgen dat alle ouderen die in december 2022 recht hadden op de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden (THAB) ten minste hetzelfde bedrag blijven ontvangen. Om dit bedrag te ontvangen, hoefde aan geen enkele andere voorwaarde te worden voldaan, zelfs niet aan de voorwaarden van artikel 4 van het decreet betreffende het zorgbudget voor ouderen, die de personele werkingssfeer beperkt tot ouderen die onder het Belgische verzekeringsstelsel vallen. Het Europese socialezekerheidsstelsel bepaalt echter dat mensen recht hebben op uitkeringen in het land waar ze verzekerd zijn. Er is vastgesteld dat er onder de ontvangers van de voormalige THAB mensen zijn die voornamelijk in het buitenland sociaal verzekerd zijn en daarom daar recht hebben op uitkeringen. In het belang van een eenvormige aanpak voor ontvangers van het zorgbudget en in overeenstemming met de Europese wetgeving, moeten beide procedures eenvormig worden gemaakt. Personen die hun voornaamste sociale verzekering in het buitenland hebben, moeten hun recht op zorgbudget in hun land van verzekering krijgen. De uitkering aan die personen eindigt dus uiterlijk op 1 januari 2025, maar wordt niet teruggevorderd voor de reeds betaalde periode.

Dezelfde procedure geldt voor personen die een uitkering ontvangen als gevolg van invaliditeit, een arbeidsongeval of een erkende beroepsziekte. In de vorige wetgeving was al bepaald dat de THAB met dit bedrag werd verlaagd. Helaas had de FOD Sociale Zekerheid geen gegevensuitwisseling met de relevante autoriteiten en was daarom afhankelijk van de verklaringen van de ouderen. De Duitstalige Gemeenschap heeft echter een dergelijke gegevensuitwisseling. Om gelijkheid ten aanzien van de huidige ontvangers van het zorgbudget te waarborgen, moet artikel 10, tweede lid, ook vanaf 1 januari 2025 van toepassing zijn op voormalige THAB-ontvangers.

Artikel 8

In de Duitstalige Gemeenschap zijn er een groot aantal adviescommissies voor het brede themaveld "gezins- en sociaal beleid", die dezelfde thema's behandelen als de adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken. Dit zijn onder andere de adviescommissie voor kinderopvang, de adviescommissie voor gezondheid en de adviescommissie voor de ondersteuning van ouders.

Als gevolg hiervan werd het voor de adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken de afgelopen jaren steeds moeilijker om onderwerpen te vinden waarover hij zich kon positioneren in de vorm van adviezen, standpunten en aanbevelingen. Het is ook vrijwel onmogelijk om een duidelijke opdracht voor de adviesraad te formuleren, omdat thematische grenzen steeds vager worden en de mandaten in verschillende adviescommissies steeds vaker in handen zijn van dezelfde organisaties en vertegenwoordigers. Dit betekent dat de taken van de adviesraad al worden uitgevoerd door andere adviescommissies en dat de adviesraad een geringe meerwaarde voor het beleid en voor de bevolking heeft. Dit blijkt ook uit het geringe aantal leden dat bij elke vergadering van de adviesraad aanwezig is en het geringe aantal activiteiten van de adviesraad.

Daartegenover staat een relatief hoge administratieve rompslomp voor de Regering en de administratie, alsook financiële uitgaven in de vorm van presentiegelden en reiskostenvergoedingen.

Om de twee hierboven vermelde redenen moet de adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken aan het einde van zijn huidige mandaat in juli 2025 worden opgeheven en moet het overeenkomstige decreet worden opgeheven.

Artikel 9

De dienst voor zelfbeschikkend leven neemt beslissingen over de graad van beperking van kinderen met toepassing van artikel 22 van het decreet betreffende de gezinsbijslagen en met toepassing van het besluit van de Regering van 23 december 2021 tot vaststelling van beperkingen bij kinderen met het oog op de uitbetaling van de bijslag voor kinderen met een beperking. De beslissingen van de dienst voor zelfbeschikkend leven over de vaststelling van een beperking moeten los worden gezien van de beslissingen van de administratie over de toekenning en terugvordering van gezinsbijslagen. De vaststelling van een beperking is geen toekenning van het recht en leidt ook niet automatisch tot een toekenning, het is slechts een voorwaarde hiervoor. Bijgevolg is het geen beslissing die aanleiding kan geven tot een mogelijke aanspraak op gezinsbijslagen in de zin van artikel 75 van het decreet. De daar voorziene verjaringstermijn is dus niet van toepassing.

Overeenkomstig artikel 580, 8°, onder b), van het Gerechtelijk Wetboek is de arbeidsrechtbank echter bevoegd voor alle geschillen met betrekking tot dit decreet. De arbeidsrechtbank is dus inderdaad bevoegd voor dergelijke beslissingen, aangezien dit een aspect is dat verband houdt met het decreet betreffende de gezinsbijslagen.

Met betrekking tot verjaringstermijnen betekent dit dat bij gebrek aan een specifieke termijn, de principes van het "oude Burgerlijk Wetboek" van toepassing zijn. De termijn van 60 dagen voor de Raad van State is dus niet van toepassing, aangezien de procedure moet worden ingeleid voor de arbeidsrechtbank en de procedurele bepalingen voor beroepen tot nietigverklaring in de gecoördineerde wet op de Raad van State niet van toepassing zijn. Overeenkomstig artikel 2262bis van het oude Burgerlijk Wetboek geldt een verjaringstermijn van tien jaar voor persoonlijke vorderingen.

Aangezien een verjaringstermijn van tien jaar onevenredig lang lijkt, met name gezien het feit dat vorderingen inzake gezinsbijslagen slechts gedurende drie jaar kunnen worden ingesteld, moet worden voorzien in een bezwaartermijn van drie maanden op basis van artikel 23, eerste lid, van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het handvest van de sociaal verzekerde.

Artikel 10

De Raad voor Gezinsbijslagen heeft de Regering benaderd en vindt het zinvol de samenstelling te wijzigen, zonder ze echter af te schaffen.

Artikel 11

De administratie heeft niet de middelen om in de praktijk te controleren of de sociale trefpunten aan de erkenningsvoorwaarde betreffende de openingsuren voldoen. Door verschillende externe omstandigheden is het voor de sociale trefpunten soms niet mogelijk om de openingsuren ononderbroken te garanderen. De erkenningsvoorwaarde is te strikt en de schrapping biedt sociale trefpunten meer flexibiliteit. In plaats daarvan is bepaald dat het sociaal trefpunt een halve voltijdse functie als coördinator moet hebben om erkend te blijven.

Artikel 12

De huidige subsidievorm van de effectieve personeelskosten bundelt veel personeel en tijd van de administratie en de sociale ontmoetingsplaatsen voor berekening en facturering. Om de bureaucratie te verminderen, moet de voorkeur worden gegeven aan een forfaitaire subsidie die zowel de personeelskosten als de werkingskosten omvat. Dit maakt het ook gemakkelijker voor sociale trefpunten om hun kosten niet meer zo gedetailleerd te hoeven bewijzen. Een ander voordeel voor de sociale trefpunten is dat ze vrij de personeelskosten en werkingskosten vrij kunnen bepalen.

Artikel 13

Overeenkomstig artikel 13, § 2, tweede lid, van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit, wordt de erkenning van het referentiecentrum voor integratie

en migratie om de zes jaar toegekend en kan ze worden verlengd. Het referentiecentrum is onmisbaar en doet belangrijk werk om integratie en samenleven in diversiteit te bevorderen. Erkenning voor onbepaalde tijd leidt tot een aanzienlijke vermindering van het administratieve werk voor zowel de administratie als het referentiecentrum. Het biedt de organisatie ook planningszekerheid en toekomstperspectieven. De adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit werd tot nu toe begeleid door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. Aangezien de adviescommissie een door het maatschappelijk middenveld gedragen orgaan is dat ook eigen initiatieven neemt en projecten uitvoert, vereenvoudigt de begeleiding door het referentiecentrum het functioneren van de adviescommissie.

Artikel 14

De adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit werd tot nu toe begeleid door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. Aangezien de adviescommissie een door het maatschappelijk middenveld gedragen orgaan is dat ook eigen initiatieven neemt en projecten uitvoert, vereenvoudigt de begeleiding door het referentiecentrum het functioneren van de adviescommissie.

Artikel 15

Zie toelichting bij de wijziging van artikel 13, § 2, tweede lid, van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit.

Artikel 16

In het belang van de "bemiddeling door één instantie" wordt de administratieve eenheid Tewerkstelling van de dienst voor beschikkend leven per 1 september 2024 overgeheveld naar de Dienst voor arbeidsbemiddeling. Ze wordt geïntegreerd in het departement Arbeidsbemiddeling en Socio-professionele Integratie en wordt daar de administratieve eenheid Inclusieve tewerkstelling.

Die administratieve eenheid is momenteel verantwoordelijk voor de begeleiding in het kader van de professionele integratie en voor de toekenning van opleidings- en tewerkstellingssteun van de dienst voor zelfbeschikkend leven. Deze steun heeft betrekking op de opleiding in een onderneming, de tewerkstelling in een onderneming en de opleidingsstage. Aangezien het beheer van deze maatregelen in de toekomst zal worden uitgevoerd door de dienst voor arbeidsbemiddeling als gevolg van de overheveling van de administratieve eenheid, kunnen de taken uit het decreet van 13 december 2016 worden geschrapt.

Artikel 17

In de loop van de omvorming van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven tot een dienst met afzonderlijk beheer, werden de conferenties van dienstverrichters onafhankelijke organen die rechtstreeks door de Regering worden opgericht. Vroeger werden de leden aangewezen door de raad van bestuur van de Dienst voor zelfbeschikkend leven. De samenstelling van de conferenties van dienstverrichters zal in de toekomst bij decreet worden vastgelegd. Om de communicatie tussen de dienstverrichters en de Regering te bevorderen, zal in de toekomst een vertegenwoordiger van de Regering met raadgevende stem naar de conferenties van dienstverrichters worden gestuurd, naast de vertegenwoordiging van de dienst voor zelfbeschikkend leven, die de conferenties van dienstverrichters logistiek ondersteunt.

Artikelen 18 tot 21

De domeinen van jeugdbijstand en jeugdbescherming worden steeds meer geconfronteerd met uitdagingen, zoals het (tijdig) vinden van aangepaste residentiële opvangplaatsen voor kinderen en jongeren die gespecialiseerde en uitgebreide zorg nodig hebben omwille van bijzonder complexe profielen. Kinderen en jongeren die kortdurende intramurale zorg nodig hebben als onderdeel van een crisisinterventie zijn ook afhankelijk van deze plaatsen. Tegelijkertijd moeten kinderen en jongeren zo dicht mogelijk bij hun leefomgeving worden ondersteund en opgevangen.

Er moeten dus nieuwe diensten komen om de actiemogelijkheden in het Duitse taalgebied uit te breiden. Dit moet voorkomen dat kinderen en jongeren die hulp het hardst nodig hebben door de mazen van het net vallen.

Het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming (hierna "decreet" genoemd) schept de wettelijke basis om de jeugdbijstand en jeugdbescherming in de Duitstalige Gemeenschap op een behoeftegerichte en doelgerichte manier vorm te geven ten voordele van kinderen, jongeren en hun families alsook jongvolwassenen.

Dit voorstel van programmadecreet legt de basis voor de erkenning van een nieuwe vorm van pleegzorg, gespecialiseerde pleegzorg genoemd.

De invoering van gespecialiseerde pleegzorg maakt het noodzakelijk om verschillende artikelen van het decreet aan te passen. Aangezien gespecialiseerde pleegzorg verschilt van traditionele pleegzorg, moet in het hele decreet een onderscheid worden gemaakt tussen de termen pleegzorg en pleeggezinnen enerzijds en gespecialiseerde pleegzorg en gespecialiseerde pleeggezinnen anderzijds.

Artikel 3 van hetzelfde decreet (definities) wordt in dezelfde geest gewijzigd. Met deze wijziging wordt de nieuwe definitie van "gespecialiseerd pleeggezin" ingevoerd. Ook worden de definities van "pleeggezin voor crisispleegzorg", "pleeggezin voor langdurige pleegzorg" en "pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg" geschrapt om te zorgen voor een consistente terminologie in het hele decreet.

Artikel 22

In dit artikel wordt de term "zum Grunde" vervangen door de term "zur Sache". Deze wijziging is nodig om de terminologie van het decreet in overeenstemming te brengen met de terminologie die is gedefinieerd door de Commissie voor de Duitse Rechtsterminologie van de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 23

Artikel 17, § 1, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet wordt gewijzigd in die zin dat het departement Jeugdbijstand vertegenwoordigd kan worden door meerdere leden in de stuurgroep. Het is de bedoeling dat de verschillende bevoegdheidsdomeinen - consensuele en gerechtelijke jeugdbijstand en jeugdbescherming - worden vertegenwoordigd door personen met de relevante expertise. Dit is bedoeld om efficiënte en doelgerichte preventie te bevorderen.

Artikel 24 tot 27

Zie de toelichting bij de wijziging van de artikelen 1, 3, 10 en 11 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming (invoering van de gespecialiseerde pleegzorg).

Artikel 28

Om de verwerking van binnenkomende vragen in het kader van consensuele jeugdbijstand te optimaliseren, werkt het departement Jeugdbijstand steeds meer samen met externe dienstverleners. Na een eerste beoordeling door het departement Jeugdbijstand en na overleg met de personen die het ouderlijk gezag uitoefenen en, indien nodig, de kinderen, kunnen deze dienstverleners nieuwe vragen nader beoordelen of van verder advies voorzien. Dit leidt tot een snellere en efficiëntere verwerking van binnenkomende vragen. De wijziging van artikel 29, §1 van het decreet consolideert de rechtsgrondslag daarvoor.

Artikel 29

Zie de toelichting bij de wijziging van de artikelen 1, 3, 10 en 11 van het decreet van 13 november 2023 (invoering van de gespecialiseerde pleegzorg).

Artikel 30

Artikel 38 van het decreet bepaalt in welke gevallen de jeugdrechter of de jeugdrechtbank gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen moet bevelen of bekrachtigen.

De mogelijkheid voor de Procureur des Konings om zich rechtstreeks tot de jeugdrechter of de jeugdrechtbank te wenden wanneer een jeugdbijstandsmaatregel voor een kind minder dan een jaar geleden werd beëindigd en een nieuwe maatregel voor hetzelfde kind noodzakelijk blijkt, was reeds voorzien in het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming.

Deze mogelijkheid werd echter niet meer expliciet vermeld in het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming. Na overleg met de gerechtelijke overheden zal deze fout worden rechtgezet door de wijziging van artikel 38.

Bovendien vervangt artikel 38 de term "zum Grunde" door de term "zur Sache" (zie bespreking van artikel 22).

Artikel 31 tot 35

Zie de toelichting bij de wijziging van de artikelen 1, 3, 10 en 11 van het decreet van 13 november 2023 (invoering van de gespecialiseerde pleegzorg).

Artikel 36

De artikelen 57, § 8, en 76, § 8, van het decreet bepalen dat documenten en mededelingen die tijdens de bemiddeling tot stand zijn gekomen, niet mogen worden gebruikt in strafrechtelijke, burgerlijke, administratieve of arbitrageprocedures of in enige andere geschillenbeslechtingsprocedure en niet als bewijs mogen worden aanvaard, zelfs niet in de vorm van een buitengerechtelijke bekentenis. Er wordt een uitzondering gemaakt voor documenten of mededelingen die met instemming van de partijen aan de gerechtelijke autoriteiten worden verstrekt.

De toestemming van de partijen heeft betrekking op zowel de doorgifte als het gebruik van de informatie. Aangezien dit echter niet duidelijk blijkt uit de huidige formulering van het lid, worden artikel 57, § 8, tweede lid, en artikel 76, § 8, tweede lid, van het decreet door dit artikel verduidelijkt door in de tweede zin uitdrukkelijk te verwijzen naar de toestemming van de partijen.

Artikel 37

Artikel 58 verplicht de Procureur des Konings om de minderjarige die van een strafbaar feit wordt verdacht, bij het begin van de procedure te informeren over de mogelijkheid om een project in te dienen. Het doel van deze maatregel is de minderjarige de kans te geven verantwoordelijkheid te nemen voor zijn daden door zelf een herstellende, passende en nuttige oplossing uit te werken.

In dringende gevallen, met name wanneer het openbaar ministerie zich tot de jeugdrechter wil wenden voor voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen, maakt de huidige termijn van artikel 58 het praktisch onmogelijk om snel, direct en passend op te treden.

Het kan bijvoorbeeld gebeuren dat jongeren worden gearresteerd die net een diefstal hebben gepleegd, iemand hebben geslagen of drugs hebben verkocht aan minderjarigen. In deze gevallen is een project niet noodzakelijk een passend en effectief antwoord op het gedrag van de jongere. Onmiddellijke doorverwijzing naar de jeugdrechter met voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen (IPPJ, begeleiding, ...) kan zinvoller zijn. Als echter moet worden gewacht op de huidige verplichte termijn van 15 dagen, is een dergelijke doorverwijzing praktisch onmogelijk.

Artikel 58 wordt door het huidige artikel gewijzigd om het openbaar ministerie door middel van een passende motivering toe te staan af te wijken van de verplichting om informatie over het project te verstrekken.

De procedure wordt afgestemd op de procedure van artikel 57. De Procureur des Konings is verplicht om bij aanvang van de procedure na te gaan of een project haalbaar en geschikt is. Daarna kan de Procureur des Konings voorstellen dat de jongere die verdacht wordt van het strafbare feit een project indient als er een redelijk vermoeden bestaat. Als de Procureur des Konings geen project voorstelt, moet hij deze beslissing motiveren. Hij kan de zaak dan doorverwijzen naar de jeugdrechter of de jeugdbrechtbank voor jeugdbeschermingsmaatregelen zonder een nieuwe termijn af te wachten.

Als de Procureur des Konings een project voorstelt, geldt een termijn van 15 werkdagen waarbinnen de jongere het voorstel kan accepteren of afwijzen.

Artikelen 38 en 39

Zie de toelichting bij de wijziging van de artikelen 1, 3, 10 en 11 van het decreet van 13 november 2023 (invoering van de gespecialiseerde pleegzorg).

Artikelen 40 en 41

Zie de toelichting bij de wijziging van artikel 12 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming (terminologische correctie).

Artikel 42

In artikel 70 worden de maatregelen opgesomd die de jeugdrechter in de voorbereidende fase kan bevelen of voorstellen. De beperking van de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen in vergelijking met de jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde wordt verklaard door het doel van voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen, namelijk opvangen of onderzoek doen en niet straffen.

Deze wijziging voegt daar nog twee maatregelen aan toe. De jongere moet toestemming krijgen om in zijn gewone leefomgeving te blijven op voorwaarde dat hij deelneemt aan een of meer opleidings- of bewustmakingsmodules in verband met zijn gedrag of dat hij bepaalde personen of plaatsen gedurende een bepaalde periode vermijdt.

Deze maatregelen mogen alleen worden bevolen ten behoeve van het onderzoek. Ze zijn alleen toegestaan zolang het vermoeden van onschuld geldt. Zij dienen om de persoonlijkheid van de jongere te leren kennen en een passende maatregel ten gronde te bevelen. Daarom zijn deze voorwaarden niet opgesomd in artikel 70, § 3, eerste lid, 2°, onder verwijzing naar de voorwaarden in artikel 79 (maatregelen ten gronde), maar worden zij afzonderlijk opgesomd.

Bovendien wordt in artikel 70 de term "zum Grunde" vervangen door de term "zur Sache" (zie bespreking van artikel 22).

Artikel 43 tot 46

Zie de toelichting bij de wijziging van artikel 12 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming (terminologische correctie).

Artikel 47

Overeenkomstig artikel 74, derde en vierde lid, van het decreet kunnen jeugdbeschermingsmaatregelen worden verlengd tot de leeftijd van 21 jaar.

Artikel 75 van het decreet bepaalt dat jongeren die voor hun 18e door het departement begeleid werden in het kader van de jeugdbescherming, de mogelijkheid hebben om deze begeleiding te verlengen tot de maximumleeftijd van 21 jaar.

In het kader van die verlenging kunnen lopende maatregelen in consensus worden verlengd en kunnen nieuwe maatregelen worden afgesproken met de jongvolwassene.

Voor de aanvraagprocedure wordt verwezen naar artikel 50 e.v. waarin de verlengingsprocedure in het kader van de jeugdbijstand is geregeld. Daarin staat dat de aanvraag voor verlenging moet worden ingediend uiterlijk een maand voordat het kind 18 jaar wordt.

Deze termijn is echter niet verenigbaar met jeugdbeschermingsmaatregelen die worden bevolen na de leeftijd van 18 jaar.

Om deze jongvolwassenen in de gelegenheid te stellen een verlenging van hun begeleiding aan te vragen, wordt artikel 75 gewijzigd om in een speciale termijn te voorzien.

Artikel 48 tot 50

Zie de toelichting bij de wijziging van artikel 12 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming (terminologische correctie).

Artikel 51

Zie de toelichting bij de wijziging van de artikelen 1, 3, 10 en 11 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming (invoering van de gespecialiseerde pleegzorg).

Artikel 52

Artikel 88 regelt de gelijkstelling van de erkenning van een jeugdhulp- en jeugdbeschermingsaanbieder die is verleend in een andere lidstaat of een toetredingsland van de Europese Unie. § 1, derde lid, van dit artikel machtigt de Regering om de gelijkstellingsprocedure voor erkenning en de beroepsmogelijkheden bij weigering van gelijkstelling vast te stellen.

Er is echter niet voorzien in de mogelijkheid voor de Regering om de gelijkstellingsvoorwaarden te bepalen. Aangezien het niet de bedoeling is dat buitenlandse erkenningen automatisch gelijkgesteld worden, maar dat eerst wordt nagegaan of deze erkenningen ook voldoen aan de erkenningsvoorwaarden die van toepassing zijn in de Duitstalige Gemeenschap, wordt het artikel zo gewijzigd dat de Regering de gelijkstellingsvoorwaarden kan bepalen.

Artikel 53

Het voorstel van programmadecreet legt de basis voor de controle en inspectie van erkende jeugdhulp- en jeugdbeschermingsaanbieders, pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen. Deze controle, die wordt uitgevoerd door speciaal daartoe aangestelde inspecteurs, mag echter niet worden gelijkgesteld met de in artikel 89, eerste lid, 5°, vermelde inspectiebijeenkomsten met het departement. In deze context controleert het departement alleen of nog steeds aan de voorwaarden voor erkenning en de verplichtingen tot handhaving van de erkenning wordt voldaan.

Om misverstanden te voorkomen en omdat deze bijeenkomsten de vorm aannemen van een dialoog tussen de dienst en de erkende aanbieder van jeugdhulp of jeugdbescherming en gericht zijn op de verbetering van de kwaliteit van de diensten, wordt in artikel 89, eerste lid, 5°, van het decreet het woord "inspectiebijeenkomst" vervangen door het woord "kwaliteitsdialoog".

Artikel 58

Artikel 96 regelt de procedure voor schorsing en intrekking van de erkenning als pleeggezin, die van toepassing is als niet langer wordt voldaan aan een of meer verplichtingen waarop de erkenning is gebaseerd. De Regering bepaalt de procedure op basis van paragraaf 2. Op basis van paragraaf 3 kan het departement of de gerechtelijke autoriteiten de pleegzorg beëindigen tijdens de schorsings- of intrekkingprocedure. Deze maatregel dient om pleegkinderen te beschermen tegen de gevolgen van het niet-nakomen van de verplichtingen.

Om de pleegkinderen te beschermen, moet ook worden bepaald dat het pleeggezin geen nieuwe pleegkinderen mag opnemen tijdens de periode van opschorting van de erkennings- of intrekkingprocedure. Artikel 96, § 2, wordt dienovereenkomstig aangevuld.

Artikelen 55 en 56

Zie de toelichting bij de wijziging van de artikelen 1, 3, 10 en 11 van het decreet van 13 november 2023 (invoering van de gespecialiseerde pleegzorg).

Artikel 57

Het is de bedoeling om niet alleen de voorwaarden voor het gelijkstellen van een andere vorm van voorbereiding op de pleegzorg of voorbereiding op een andere vorm van opvang van kinderen met voorbereiding op de pleegzorg te bepalen, maar ook de relevante procedure. Deze materiële fout wordt aldus rechtgezet.

Artikel 58

Dit artikel voegt een nieuwe afdeling 2.1 toe aan hoofdstuk 6 van het decreet. Deze afdeling bevat de artikelen 104.1 tot 104.9, waarin het kader voor de erkenning van gespecialiseerde pleeggezinnen is vastgelegd.

Gespecialiseerde pleeggezinnen zijn gezinnen, paren of individuen die op grond van hun opleidingskwalificaties en persoonlijke geschiktheid in staat zijn om kinderen en jongeren met hoge

pedagogische zorgbehoeften een betrouwbare leefomgeving te bieden in hun eigen woonruimte. Ze hebben speciale pedagogische vaardigheden en ervaring in de omgang met kinderen en jongeren met bijzondere ontwikkelingsstoornissen en/of psychosociale moeilijkheden.

Artikelen 59 en 60

Met deze artikelen wordt een nieuwe onderafdeling 1, bestaande uit artikel 104.1, ingevoegd in hoofdstuk 6, afdeling 2.1, van het decreet. Artikel 104.1 bepaalt de specifieke werkingssfeer van hoofdstuk 6, afdeling 2.1. Deze afdeling is van toepassing op de erkenning van gespecialiseerde pleeggezinnen.

Artikel 61

Met dit artikel wordt een nieuwe onderafdeling 2, bestaande uit de artikelen 104.2 tot 104.8, ingevoegd in hoofdstuk 6, afdeling 2.1, van het decreet. Onderafdeling 2 heeft betrekking op de erkenningsvoorwaarden en de erkenningsprocedure voor gespecialiseerde pleeggezinnen.

Artikel 62

Dit artikel voegt een nieuw artikel 104.2 toe aan het decreet.

Elke natuurlijke persoon die op grond van het decreet gespecialiseerde pleegzorg op zich neemt, moet daartoe door de Regering erkend zijn. Artikel 104.2 bevat dus de raamvoorwaarden voor de erkenning van gespecialiseerde pleeggezinnen. Deze hebben met name betrekking op kwalificatie, reputatie, arbeidsrechtelijke status, leefomgeving en infrastructuur.

De Regering is gemachtigd om de minimale kwalificatievereisten en de voorwaarden met betrekking tot infrastructuur te bepalen.

Artikel 63

Dit artikel voegt een nieuw artikel 104.3 toe aan het decreet. Dit artikel regelt de erkenningsprocedure voor gespecialiseerde pleeggezinnen.

Overeenkomstig paragraaf 1 moeten natuurlijke personen de voorbereiding op het pleegzorg hebben voltooid. Kandidaten voor een gespecialiseerd pleeggezin kunnen erkend worden voor crisiszorg of voor langdurige zorgpleegzorg of voor beide vormen van gespecialiseerde pleegzorg tegelijkertijd.

De erkenning is beperkt tot zes jaar in overeenstemming met paragraaf 2. Ze is niet overdraagbaar en kan worden verlengd.

Paragraaf 3 bepaalt dat een gespecialiseerd pleeggezin ten minste één maand voor het verstrijken van de erkenning een aanvraag tot hernieuwing van de erkenning moet indienen. Deze termijn is bedoeld om te voorkomen dat een lopende gespecialiseerde pleegzorg wordt beëindigd omdat de erkenning van het gespecialiseerde pleeggezin is verlopen.

Ten slotte voorziet paragraaf 4 in bepaalde machtigingen voor de Regering om het artikel uit te voeren.

Artikel 64

Dit artikel voegt een nieuw artikel 104.4 toe aan het decreet.

Dit artikel beschrijft de verplichtingen waaraan gespecialiseerde pleeggezinnen naast de erkenningsvoorwaarden van artikel 104.2 moeten voldoen om hun erkenning te behouden. Deze zijn essentieel voor het welslagen van gespecialiseerde pleegzorgrelaties en optimale professionele ondersteuning en opvang voor het pleegkind.

De Regering wordt gemachtigd om verdere verplichtingen voor het behoud van de erkenning vast te stellen.

Artikel 65

Dit artikel voegt een nieuw artikel 104.5 toe aan het decreet.

Dit artikel verwijst naar de in artikel 96 vastgestelde procedure voor schorsing en intrekking van de erkenning, die van toepassing is wanneer niet langer wordt voldaan aan een of meer van de verplichtingen waarop de erkenning is gebaseerd.

Artikel 66

Dit artikel voegt een nieuw artikel 104.6 toe aan het decreet.

Dit artikel verwijst naar artikel 97. Het intrekken of vervallen van de erkenning heeft de beëindiging van alle gespecialiseerde pleegzorg van het desbetreffende gespecialiseerde pleeggezin tot gevolg,

onverminderd de vrijwillige beëindiging van de gespecialiseerde pleegzorg door het gespecialiseerde pleeggezin. De Regering stelt de desbetreffende procedures vast.

Artikel 67

Dit artikel voegt een nieuw artikel 104.7 toe aan het decreet.

Dit artikel verwijst naar artikel 98. Net als pleeggezinnen krijgen ook gespecialiseerde pleeggezinnen in het kader van langdurige zorg een pleegouderkaart om hun bijzondere status en die van het pleegkind te kunnen bewijzen aan andere instanties en bij verblijf in het buitenland. De pleegouderkaart is een document dat een samenvatting geeft van de pleegzorgrelatie, de rechtsgrond, de beslissende instantie, de duur van de erkenning en de toewijzing van de pleegkinderen aan de pleegouders.

Artikel 68

Dit artikel voegt een nieuw artikel 104.8 toe aan het decreet. Dit artikel bepaalt de minimale en maximale opvangcapaciteit van gespecialiseerde pleeggezinnen. Een gespecialiseerd pleeggezin moet minimaal drie en maximaal zes pleegkinderen tegelijk kunnen opvangen.

De maximale opnamecapaciteit is bedoeld om een "succesvolle" pleegzorgrelatie en optimale begeleiding en opvang voor de pleegkinderen te garanderen, omdat het risico bestaat dat de gespecialiseerde pleegouders niet genoeg tijd hebben om hun taken ten opzichte van elk individueel kind naar behoren te vervullen als er meer dan zes pleegkinderen zijn.

De minimale opvangcapaciteit van drie plaatsen is gebaseerd op de deskundigheid van het pleeggezin. Door hun kwalificaties hebben gespecialiseerde pleegouders speciale professionele kennis en pedagogische vaardigheden die gebruikt kunnen worden om voor meerdere kinderen te zorgen. Bovendien maakt deze opvangsleutel gespecialiseerde pleegzorg financieel haalbaar als zelfstandige activiteit. Tegelijkertijd draagt een minimumcapaciteit van drie plaatsen bij aan het creëren van nieuwe opvangplaatsen, wat overeenkomt met de huidige vraag in de jeugdzorg.

Het tweede lid van dit artikel voorziet in de mogelijkheid om af te wijken van de maximale opvangcapaciteit als het departement na een situatieanalyse een positief advies uitbrengt. Dit is bedoeld om flexibel te kunnen inspelen op individuele situaties.

Artikel 69

Dit artikel voegt een nieuwe onderafdeling 3 toe aan hoofdstuk 6, afdeling 2.1 van het decreet. Deze onderafdeling bevat artikel 104.9, waarin het kader voor de voorbereiding op de pleegzorg van gespecialiseerde pleeggezinnen is vastgelegd.

Artikel 70

Dit artikel voegt een nieuw artikel 104.9 toe aan het decreet. Dit artikel bepaalt dat het departement nagaat of de kandidaat-gespecialiseerde pleegzorggezinnen die zich wensen in te schrijven voor de voorbereiding, voldoen aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 104.2.

De Regering is gemachtigd om de lijst van documenten vast te stellen die kandidaat-gespecialiseerde pleeggezinnen moeten indienen om zich voor de voorbereiding in te schrijven.

De artikelen 100 (informatiegesprek), 101 (vragenlijst), 103 (voorbereiding op pleegzorg) en 104 (gelijkstelling van een voorbereiding) zijn ook van toepassing op de voorbereiding van kandidaat-gespecialiseerde pleeggezinnen.

Artikel 71

Dit artikel voegt een nieuwe afdeling 4 toe aan hoofdstuk 6 van het decreet. Deze afdeling bevat artikel 104.9, dat het kader voor de financiering van plaatselijke en in de tijd beperkte projecten vastlegt.

Artikel 72

Dit artikel voegt een nieuw artikel 104.9 toe aan het decreet.

Het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming schept de wettelijke basis om de jeugdbijstand en jeugdbescherming in de Duitstalige Gemeenschap behoefte- en doelgericht te structureren ten voordele van kinderen, jongeren en hun families alsook jongvolwassenen. Deze wijziging streeft deze doelstelling na en schept tevens de raamvoorwaarden om niet alleen de voorzienbare uitdagingen van de toekomst aan te gaan, maar ook flexibel te kunnen reageren op nieuwe, nog onbekende uitdagingen met op de behoeften afgestemde maatregelen op het gebied van jeugdbijstand en jeugdbescherming.

In die zin stelt het nieuwe artikel 104.9 de Regering in staat om plaatselijke en in de tijd beperkte projecten in het kader van een conventie te ondersteunen als het gaat om een aanbod aan jeugdbijstand of jeugdbescherming die in een bewezen behoefte voorziet.

Artikelen 73 en 74

Deze bepalingen voegen een nieuw artikel 109.1 toe aan het decreet en wijzigen het opschrift van afdeling 1 van hoofdstuk 7.

Dit artikel regelt de financiering van gespecialiseerde pleeggezinnen. Zo kunnen gespecialiseerde pleeggezinnen drie soorten vergoedingen ontvangen:

1. materiële kosten: Gespecialiseerde pleeggezinnen ontvangen een forfaitaire vergoeding per dag en per pleegkind om de kosten voor de opvang van de pleegkinderen te dekken, analoog aan de pleegzorgvergoeding. Het bedrag van de materiële kosten moet worden afgestemd op het bedrag van de pleegzorgvergoeding voor pleeggezinnen die voor drie of meer pleegkinderen tegelijk zorgen.
2. vergoeding voor het gespecialiseerde aspect van de pleegzorg: De vergoeding is bedoeld als erkenning voor de professionele pedagogische diensten van de gespecialiseerde pleegouders. Het moet ook dienen als een financiële stimulans om professionals met bijzondere deskundigheid, hoge motivatie en veerkracht aan te trekken om als gespecialiseerd pleeggezin te werken.
3. compensatie voor het aanbieden van een opvangplaats: Overeenkomstig artikel 104.8, verbinden gespecialiseerde pleeggezinnen zich ertoe een minimumaantal plaatsen te garanderen. Indien het minimumaantal plaatsen tijdelijk niet wordt ingevuld, bijvoorbeeld omdat een kind terugkeert naar zijn gezin van herkomst, kan het gespecialiseerde pleeggezin een compensatie krijgen voor het verlies aan inkomsten en voor het ter beschikking stellen van een opvangplaats. Deze compensatie is beperkt tot één plaats.

Artikel 75

Het is niet de bedoeling dat de personen belast met de opvoeding financiering van bijzondere onkosten in het kader van jeugdbeschermingsmaatregelen kunnen aanvragen. De financiering van hun bijzondere onkosten moet ook alleen mogelijk zijn in het geval van ambulante en semi-residentiële maatregelen. Artikel 112, § 1, eerste lid, wordt dienovereenkomstig aangepast.

Artikel 76

Zie de toelichting bij de wijziging van de artikelen 1, 3, 10 en 11 van het decreet van 13 november 2023 (invoering van de gespecialiseerde pleegzorg).

Bovendien is het niet de bedoeling dat aanbieders, dienstverrichters of pleeggezinnen aanvullende financiering van uitgaven in het kader van semi-residentiële maatregelen kunnen aanvragen. Artikel 113 wordt dienovereenkomstig aangepast.

Artikel 77

Om redenen van beroepsgeheim en vertrouwelijkheid mogen de namen van personen die een klacht hebben ingediend niet zichtbaar zijn in het register dat door de Regering kan worden geraadpleegd. Artikel 115, § 1, vijfde lid, wordt dienovereenkomstig aangepast.

Artikel 78

Deze bepaling wijzigt artikel 119 van het decreet zodat de inspecteurs, externe deskundigen en gespecialiseerde pleeggezinnen die bij dit voorstel van programmadecreet worden ingevoerd, persoonsgegevens kunnen verwerken bij de uitoefening van hun decretale opdracht. De inspecteurs, externe deskundigen en gespecialiseerde pleeggezinnen zijn elk verantwoordelijk voor de gegevens die zij verzamelen en verwerken in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit

Aangezien de gegevensbeschermingsbepalingen van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming, die noodzakelijk zijn voor de goede uitvoering van de nieuwe en gewijzigde bepalingen, worden aangepast, werd een advies aangevraagd bij de Gegevensbeschermingsautoriteit. Dat advies is gegeven op 13 september 2024 en draagt het nr. 85/2024.

Artikel 119, § 1, eerste lid, van het decreet bepaalt dat het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens plaatsvindt in overeenstemming met de toepasselijke wetgeving op het gebied van gegevensbescherming. In dit verband merkt de Gegevensbeschermingsautoriteit in haar advies (punten 23 en 24) op dat de AVG een rechtstreeks toepasselijke supranationale norm is en dat het niet alleen onnodig is om de toepassing ervan in een decreet vast te leggen, maar dat dit ook kan leiden tot twijfels over de juridische aard van de toepasselijke bepalingen en de datum van hun inwerkingtreding. Deze bepaling wordt derhalve geschrapt.

De Gegevensbeschermingsautoriteit merkt in haar advies (punten 11 tot en met 13) op dat de Duitstalige Gemeenschap niet bevoegd is om verplichtingen inzake gegevensbescherming op te leggen aan de Procureur des Konings, de jeugdrechter en de jeugdrechtbank. Daarom moeten deze autoriteiten worden weggelaten uit de artikelen 119 en 120 van het decreet en moet een bepaling over de doorgifte van gegevens worden toegevoegd, waarin de verantwoordelijke voor de verwerking moet worden aangewezen voor de doorgifte van de in artikel 120 genoemde categorieën gegevens aan de gerechtelijke autoriteiten en voor de eveneens in dat artikel genoemde doeleinden.

De overeenkomstige wijzigingen werden aangebracht in de artikelen 119 en 120 van het decreet.

De Gegevensbeschermingsautoriteit merkt in haar advies (punten 14 tot 16) op dat het op grond van artikel 6, lid 2, van de AVG is toegestaan dat een gezin dat als pleeggezin wil worden erkend, persoonsgegevens doorgeeft aan de bevoegde autoriteit en dat de bevoegde autoriteit bepaalde gegevens doorgeeft aan het pleeggezin voor de uitvoering van haar opdracht. De Gegevensbeschermingsautoriteit merkt echter op dat de persoonsgegevens die door pleeggezinnen worden verwerkt, vallen onder de verwerkingsuitzondering van artikel 2, lid 2, onder c), van de Algemene Verordening Gegevensbescherming (verwerking van persoonsgegevens door natuurlijke personen ten behoeve van de uitoefening van uitsluitend persoonlijke of gezinsgerelateerde activiteiten). Bijgevolg dient de gegevensverwerking door pleeggezinnen of gespecialiseerde pleeggezinnen niet in het decreet te worden geregeld.

De verwerking van persoonsgegevens door pleeggezinnen of gespecialiseerde pleeggezinnen die door de Duitstalige Gemeenschap zijn erkend, valt echter niet onder de uitzondering voor verwerking overeenkomstig artikel 2.2.c van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, aangezien deze gegevensverwerking niet uitsluitend voor privé- of gezinsactiviteiten wordt uitgevoerd.

De uitzondering in artikel 2.2.c van de Algemene Verordening Gegevensbescherming heeft betrekking op zuiver privéactiviteiten. Persoonlijke activiteiten omvatten alle activiteiten die de eigen zelfontplooiing en vrijheidsuitoefening dienen of die tot de privésfeer kunnen worden gerekend. Gezinsactiviteiten omvatten het onderhouden van gezinsrelaties en gezinscohesie. Zodra echter persoonsgegevens worden verwerkt in een context die verder gaat dan de louter privésfeer, wordt de Algemene Verordening Gegevensbescherming volledig van toepassing.

Door de Duitstalige Gemeenschap erkende pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen handelen binnen een publiek kader. De pleeggezinnen vervullen dus een sociale en wettelijke taak in opdracht van de openbare sector. Ze zijn onderworpen aan bepaalde plichten en eisen van de Duitstalige Gemeenschap, zoals het rapporteren over de vooruitgang van het pleegkind of het doorgeven van informatie aan het departement. Deze activiteiten hebben een officieel karakter en gaan verder dan een louter private of familiale activiteit.

Aangezien de verwerking van persoonsgegevens van pleegkinderen, zoals gezondheidsgegevens, school- of opleidingsgegevens of gegevens over de sociale situatie, rechtstreeks verband houdt met de uitvoering van een publieke en wettelijk geregelde opdracht, kunnen deze activiteiten niet langer als louter privé worden beschouwd. De gegevensverwerking dient niet alleen het privé-gezinsleven, maar ook de goede zorg voor en bescherming van de integriteit, rechten en belangen van de pleegkinderen in het kader van een door de overheid gecontroleerde pleegzorgrelatie.

De verwerking van persoonsgegevens van pleegkinderen door erkende pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen valt daarom niet onder de uitzondering van artikel 2.2.c van de

Algemene Verordening Gegevensbescherming, maar is onderworpen aan de algemene gegevensbeschermingsbepalingen van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

In de artikelen 119 en 120 wijst het decreet de Regering aan als verwerkingsverantwoordelijke voor de verwerking van persoonsgegevens in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. In dit verband merkt de Gegevensbeschermingsautoriteit in haar advies (punten 21 tot 23) op dat het begrip verwerkingsverantwoordelijke in de zin van de artikelen 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming is gebaseerd op een feitelijk en functioneel karakter. Concreet betekent dit dat een dienst of directoraat-generaal van de administratie of een minister de verwerkingsverantwoordelijke kan zijn. Als echter de Regering van de Duitstalige Gemeenschap wordt aangewezen als verwerkingsverantwoordelijke, dan moet in de toelichting bij het betreffende artikel worden vermeld dat het inderdaad de Regering is waarbij de betrokkenen hun rechten moeten uitoefenen en dat het inderdaad de Regering is die de facto verantwoordelijk is voor de verwerking van de betrokken gegevenscategorieën. Anders moet er een verwerkingsverantwoordelijke worden aangewezen die beter aansluit bij de concrete realiteit.

De aanwijzing van de Regering als verwerkingsverantwoordelijke vloeit voort uit artikel 69 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 betreffende de hervorming van de instellingen. Dit geldt voor de Duitstalige Gemeenschap op basis van artikel 51 van de wet van 31 december 1983 betreffende de institutionele hervormingen voor de Duitstalige Gemeenschap. Hieruit volgt dat wanneer de decreetgever bevoegdheden wil toekennen aan de uitvoerende macht van de Gemeenschap, al dan niet met het karakter van een decreet, deze machtiging enkel aan de Regering als dusdanig kan worden verleend.

In de bepaling onder 5° van dit artikel wordt ook een onjuiste verwijzing rechtgezet. Door de terugwerkende inwerkingtreding wordt zo een bestaande feitelijke situatie geregulariseerd.

Artikel 79

Zelfs als hij de te verzamelen en te verwerken gegevens niet in detail beschrijft, moet de decreetgever ten minste de gegevenscategorieën vermelden die de voor de verwerking verantwoordelijken zullen verwerken in het kader van het decreet. Dit is bedoeld om een transparante en voorspelbare basis voor deze gegevenscategorieën te creëren. De decreetgever moet ook de categorieën van personen specificeren waarop deze verwerkingen betrekking hebben en de doeleinden die met deze verwerkingen worden nagestreefd.

Artikel 120 van het decreet wordt aangepast om de categorieën van gegevens te specificeren die zullen worden verwerkt door de inspecteurs, externe deskundigen en gespecialiseerde pleeggezinnen die door dit voorstel van programmadecreet worden ingevoerd in het kader van de uitvoering van hun decretale opdracht. Deze wijziging preciseert ook de categorieën van personen op wie deze verwerkingen betrekking hebben en de doeleinden die met deze verwerkingen worden nagestreefd.

Daarnaast worden met deze wijziging materiële fouten gecorrigeerd door de categorieën gegevens te verduidelijken die de Regering mag verwerken. Ook wordt verduidelijkt op welke categorieën personen deze verwerkingen betrekking hebben en welke doeleinden met deze verwerkingen worden nagestreefd. Door de terugwerkende inwerkingtreding wordt een bestaande feitelijke situatie geregulariseerd.

Met betrekking tot de gegevenscategorieën die in het decreet worden genoemd, heeft de Gegevensbeschermingsautoriteit erop gewezen dat een opsomming in de vorm van een lijst niet voldoende voldoet aan het vereiste van voorzienbaarheid.

Naast een restrictievere formulering in het decreet moeten de gegevenscategorieën worden toegelicht en van voorbeelden worden voorzien in de bespreking van het artikel.

Daarom worden de gegevenscategorieën hieronder nader toegelicht:

- a) Identiteits- en contactgegevens: Deze categorie omvat informatie die een persoon uniek identificeert en contactgegevens voor communicatie met die persoon. Voorbeelden: Voor- en achternaam, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, geslacht, burgerlijke staat, adres, telefoonnummer, e-mailadres.
- b) Gegevens over de samenstelling van het huishouden: deze gegevens hebben betrekking op informatie over de personen die samen in een huishouden wonen en hun relaties tot elkaar. Voorbeelden: Aantal leden van het huishouden, naam en leeftijd van gezinsleden, informatie over verwantschapsrelaties (bv. ouders, kinderen, partners), aantal kinderen.
- c) Gegevens over diploma's en opleiding: Deze categorie omvat informatie over iemands onderwijsachtergrond en behaalde kwalificaties. Voorbeelden: schooldiploma (bijv. hoger of lager secundair onderwijs), beroepsopleiding, universitair diploma of diploma hoger onderwijs, bezochte scholen, universiteiten of opleidingsinstituten, behaalde graden, diploma's of certificaten, verdere beroepsopleiding.
- d) Gegevens over de arbeidsrelatie en het salaris: deze gegevens omvatten informatie over de beroepssituatie, arbeidsvoorwaarden en inkomen. Voorbeelden: werkgever, arbeidsovereenkomsten, arbeidsverhouding (bijv. in loondienst, zelfstandig), functietitel, werktijden, salaris.
- e) Gegevens over de talenkennis: Deze categorie omvat informatie over de taalvaardigheden van een persoon. Voorbeelden: Gesproken talen, niveau van taalkennis (bijv. beginner, gevorderd, moedertaalspreker), taalcertificaten (bijv. TOEFL, DELF).
- f) Gegevens over de gezinssituatie: Gegevens over de gezinssituatie hebben betrekking op de gezinssituatie en persoonlijke relaties in de gezinsomgeving. Voorbeelden: burgerlijke staat (gehuwd, ongehuwd, gescheiden, weduwe/weduwnaar), aantal kinderen, voogdij, pleegzorgrelaties, informatie over echtscheidingen of scheidingen.
- g) Gegevens over de sociale en financiële situatie: Deze categorie omvat informatie over de sociale status en financiële situatie van een persoon. Voorbeelden: inkomen (anders dan salaris), bezittingen (bijv. eigendom van onroerend goed), aanspraken op maatschappelijke steun, schulden, leningen, onderhoudsbetalingen, werkloosheid, ontvangst van sociale uitkeringen.

h) Gegevens over de vrijetijdsactiviteiten: Dit is informatie over de hobby's, activiteiten en interesses van een persoon in zijn vrije tijd. Voorbeelden: sport die wordt beoefend, lidmaatschappen van clubs, culturele activiteiten (bijv. muziekinstrumenten bespelen, naar het theater gaan), vrijwilligerswerk.

i) Gegevens over de vaardigheden en interesses: Deze gegevens omvatten kennis, vaardigheden en specifieke interesses die een persoon bezit. Voorbeelden: technische vaardigheden (bijv. programmeren, handvaardigheden), sociale vaardigheden (bijv. in teamverband kunnen werken), interesses met betrekking tot professionele of persoonlijke ontwikkeling, artistieke vaardigheden (bijv. schilderen, zingen).

j) Medische en psychologische gegevens: Deze categorie omvat gevoelige informatie over de fysieke en mentale gezondheid van een persoon. Voorbeelden: medische geschiedenis, huidige ziekten, diagnoses, medische rapporten, psychologische rapporten, medicatie, handicaps, allergieën, psychiatrische behandelingen.

k) Gegevens over de verblijfplaats: Deze gegevens hebben betrekking op de huidige en, indien van toepassing, vorige verblijfplaats van een persoon. Voorbeelden: adres, land van verblijf, huur, eigendom van onroerend goed, eerdere verblijfplaatsen, tijdelijke woonadressen (bijv. tijdens studie of verblijf in het buitenland).

l) Bijzonder gevoelige gegevens, zoals bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming: deze categorie gegevens omvat bijzondere persoonsgegevens waarvan de verwerking bijzondere bescherming vereist. Voorbeelden: gegevens over etnische afkomst, politieke opvattingen, gegevens over seksleven of seksuele geaardheid. Volgens de uitzonderlijke gevallen opgesomd in artikel 9.2 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming wordt de verwerking van gevoelige gegevens in de zin van artikel 9.1 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming uitgevoerd in het kader van de uitvoering van een wettelijke taak en voor doeleinden van essentieel algemeen belang.

m) Justitiële gegevens, zoals bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming: Deze gegevens hebben betrekking op strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten of daarmee verband houdende veiligheidsmaatregelen. Voorbeelden: eerdere veroordelingen, lopende gerechtelijke procedures, strafbladen, gerechtelijke sancties, informatie over strafbare feiten of gerechtelijke maatregelen.

n) Gegevens over de levensbeschouwing of religieuze overtuiging: Deze categorie omvat informatie over de religieuze of levensbeschouwelijke overtuiging van een persoon. Voorbeelden: religieuze gezindheid (bijv. christendom, islam, hindoeïsme), atheïstische of agnostische overtuigingen, informatie over spirituele oriëntatie, lidmaatschap van religieuze gemeenschappen of sekten.

Medische en psychologische gegevens, bijzonder gevoelige gegevens en gegevens over de levensbeschouwing of religieuze overtuiging van het kind, de jongere, de jongvolwassene en de personen belast met hun opvoeding kunnen worden verzameld om jeugdbijstands- en jeugdbeschermingsmaatregelen te nemen die het best passen bij de situatie, de speciale behoeften, het welzijn en de moeilijkheden van de betrokkenen.

Medische en psychologische gegevens en gegevens over het seksuele leven of de seksuele geaardheid van het kind, de jongere of de jongvolwassene mogen worden verwerkt in het kader van de analyse van de specifieke behoeften, het welzijn of de relatieproblemen van de betrokkene.

Gegevens over het seksuele leven of de seksuele geaardheid van het kind, de jongere of de jongvolwassene worden rechtstreeks bij de betrokken persoon verzameld en alleen verwerkt als dit relevant is in het kader van de behoeften van het kind, de jongere of de jongvolwassene.

In haar advies (punt 19) merkt de Gegevensbeschermingsautoriteit op dat de categorie van personen op wie de gegevensverwerking betrekking heeft, "leden van het pleeggezin of het gespecialiseerde pleeggezin", niet voldoende is gedefinieerd.

Met "leden van het pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin" worden alle personen bedoeld die permanent in het huishouden van de erkende pleegouders of gespecialiseerde pleegouders wonen en actief deelnemen aan het dagelijkse leven en dus aan de opvang van het pleegkind. Dit omvat meestal:

- biologische/geadopteerde kinderen van pleegouders: kinderen van de pleegouders die in hetzelfde huishouden wonen en geïntegreerd zijn in het gezinsleven. Deze kinderen hebben vaak direct contact met het pleegkind en beïnvloeden het gezinsleven en de interacties binnen het huishouden.
- Andere familieleden of leden van het huishouden: Dit kunnen bijvoorbeeld grootouders, tantes, ooms of volwassen broers en zussen zijn die in hetzelfde huishouden wonen en ook actief deelnemen aan het gezinsleven.

Deze definitie van leden van het pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin verwijst dus naar alle personen die actief vorm geven aan het dagelijkse leven in het huishouden van het pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin en daar regelmatig contact hebben met het pleegkind.

De verwerking van gegevens over de levensbeschouwelijke opvattingen of religieuze gezindheid van het pleeggezin of het gespecialiseerde pleeggezin en zijn leden is noodzakelijk om de integriteit van het pleegkind te waarborgen. Het zorgt ervoor dat het kind of de jongere wordt verzorgd in een omgeving die zijn religieuze en culturele behoeften respecteert en bevordert. Dit helpt om potentiële conflicten te voorkomen, de identiteit van het kind of de jongere te beschermen en de compatibiliteit tussen de waarden van het gezin en de behoeften van het kind of de jongere te controleren.

Het niet verstrekken van bepaalde gegevens die nodig zijn om erkend te worden als pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin kan verschillende gevolgen hebben, afhankelijk van het type en het belang van de gegevens. De gevolgen hangen af van hoe belangrijk de ontbrekende informatie is voor de beoordeling van de geschiktheid van het pleeggezin of het gespecialiseerde pleeggezin. Het is belangrijk om een onderscheid te maken tussen veiligheidsrelevante en andere, minder kritieke informatie. Hier volgen enkele mogelijke gevolgen, afhankelijk van het soort ontbrekende gegevens:

1. veiligheidsrelevante gegevens (bijvoorbeeld ontbrekende informatie uit het strafregister): Deze gegevens zijn van essentieel belang omdat ze rechtstreeks van invloed zijn op de geschiktheid van het pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin wat betreft de integriteit en veiligheid van het pleegkind. Als deze veiligheidsrelevante gegevens niet worden verstrekt, wordt de erkenning als pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin geweigerd of wordt een schorsings- of intrekingsprocedure van de

erkenning gestart, omdat de Duitstalige Gemeenschap moet garanderen dat het pleegkind in een veilige omgeving wordt geplaatst.

2. belangrijke persoonlijke gegevens (bv. gezinssituatie, huishouden, religieuze/levensbeschouwelijke overtuigingen): Deze informatie is ook belangrijk, vooral om ervoor te zorgen dat het pleeggezin of het gespecialiseerde pleeggezin aansluit bij de behoeften van het kind en een stabiele en ondersteunende omgeving kan bieden. Het niet verstrekken van dergelijke belangrijke persoonlijke informatie kan leiden tot vertraging in de erkenningsprocedure, omdat deze informatie nodig is om de geschiktheid van het gezin te beoordelen. Niet-erkenning is ook mogelijk als er onvoldoende of onjuiste informatie wordt verstrekt, wat een negatieve invloed kan hebben op de relatie met het pleegkind. Als het gezin wordt erkend, kan dit er ook toe leiden dat geen pleegkinderen bij het gezin worden geplaatst als het gezin op bepaalde gebieden niet compatibel is (bijv. religieuze overtuigingen).

3. niet-kritische gegevens (bv. hobby's of vrijetijdsbesteding): Deze informatie is meestal secundair en heeft geen directe invloed op de geschiktheid van het pleeggezin in termen van veiligheid of essentiële vereisten. Het kan echter nuttig zijn om een harmonieuze relatie tussen het pleeggezin of het gespecialiseerde pleeggezin en het pleegkind te bevorderen. Als dergelijke niet-kritische gegevens niet worden gedeeld, heeft dit meestal geen ernstige gevolgen, behalve dat de belangen van het pleegkind en het pleeggezin minder goed op elkaar kunnen worden afgestemd. Dit kan er ook toe leiden dat geen kinderen bij het erkende pleeggezin of gespecialiseerde pleeggezin worden geplaatst.

Bovendien moet artikel 120, § 4, van het decreet zo gewijzigd worden dat de Regering de gegevenscategorieën opgesomd in de paragrafen 1 tot 3 "moet" (en niet "kan") specificeren. Deze wijziging is doorgevoerd.

Artikel 80

Dit artikel wijzigt artikel 122 van het decreet om de duur te bepalen van de verwerkbaarheid van de gegevens die worden verzameld met toepassing van artikel 120. Deze gegevens worden niet langer dan tien jaar na de datum van verzameling bewaard in een vorm die het mogelijk maakt de betrokkenen te identificeren.

Artikel 81

Hierdoor wordt een nieuw hoofdstuk 10.1 aan het decreet toegevoegd. Dit hoofdstuk bevat artikel 123.1, dat het kader aangeeft voor de controlebepalingen van het decreet en het uitvoeringsbesluit.

Artikel 82

Dit artikel voegt een nieuw artikel 123.1 toe aan het decreet.

Artikel 123.1 bevat de bepalingen voor de controle en inspectie van de erkende aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen om de kinderen, jongeren, jongvolwassenen en de gezinnen waartoe ze behoren, een veilige en de best mogelijke opvang en begeleiding te waarborgen.

Dit houdt in dat de in artikel 123.1 vermelde inspecteurs indien nodig de hulp van vertegenwoordigers van het openbaar gezag kunnen inroepen. De inspecteurs moeten zelf alle onderzoeken, controles, enquêtes en verzoeken om informatie kunnen uitvoeren die zij nodig achten om ervoor te zorgen dat de begunstigden worden begeleid en bijgestaan overeenkomstig de in het decreet vastgestelde voorwaarden.

Deze controle omvat ook de toegang tot de woonvertrekken van bepaalde personen. De reden hiervoor is dat sommige residentiële jeugdbijstands- en jeugdbeschermingsmaatregelen plaatsvinden in ruimten die ook de woning zijn van de opgevangen kinderen, jongeren en jongvolwassenen of van de pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen.

Artikel 15 van de Belgische Grondwet en artikel 8 van het Europees Verdrag voor de Rechten van de Mens (EVRM) voorzien in dit opzicht in een bijzondere bescherming van de woning van personen, zelfs als daar een beroepsactiviteit wordt uitgeoefend (zie ook het Niemitz-arrest van het Europees Hof voor de Rechten van de Mens (EHRM) van 16 december 1992).

Om in overeenstemming te zijn met de Belgische Grondwet en het Europees Verdrag voor de Rechten van de Mens (EVRM), mogen inspecteurs een ruimte die ook als woning dient alleen inspecteren als alle meerderjarige personen die er wonen hun toestemming hebben gegeven. Als deze toestemming niet is gegeven, mag een huiszoeking alleen worden uitgevoerd op bevel van een onderzoeksrechter in overeenstemming met de bepalingen van het Wetboek van Strafvordering.

De controle omvat ook de voorlegging en inzage van de boeken en bescheiden die door het decreet en zijn uitvoeringsbesluiten worden vereist of die betrekking hebben op de door de Duitstalige Gemeenschap erkende en/of gesubsidieerde vormen van opvang.

Deze controle wordt uitgevoerd met toepassing van artikel 12, eerste lid, van de wet van 16 mei 2003 houdende algemene bepalingen inzake de begrotingen, de controle van de subsidies en de rekeningen van de gemeenschappen en gewesten en houdende organisatie van de controle door het Rekenhof. Dit wordt uitdrukkelijk bepaald in artikel 123.1, § 3.

De inspecteurs zijn personeelsleden van het Ministerie die door de Regering bij name zijn aangesteld voor deze opdrachten. In die hoedanigheid zijn zij gebonden door de bepalingen van artikel 6 van het koninklijk besluit van 22 december 2000 tot bepaling van de algemene beginselen die van toepassing zijn op het personeel van de diensten van de Gemeenschaps- en Gewestregeringen en van het College van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en van de Franse Gemeenschapscommissie,

alsook op de van hen afhankelijke publiekrechtelijke rechtspersonen, van het Administratief en Bezoldigingsreglement voor het Overheidspersoneel. Dit bepaalt onder meer uitdrukkelijk dat het ambtenaren verboden is "feiten bekend te maken die verband houden met [...] de rechten en vrijheden van de burgers en in het bijzonder het recht op eerbiediging van het privéleven [...]". Niet-naleving van deze verplichting kan disciplinaire gevolgen hebben. Er is dus een statutaire garantie.

Tot slot kan de Regering naast de inspecteurs ook externe deskundigen aanstellen met dezelfde bevoegdheden (bijvoorbeeld een boekhouder of auditor of een schimmeldeskundige). Deze deskundigen handelen onder toezicht van de inspecteurs en helpen hen voornamelijk bij het uitvoeren van hun taken en het uitoefenen van hun bevoegdheden.

Artikel 83

Zie de toelichting bij de wijziging van de artikelen 1, 3, 10 en 11 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming (invoering van de gespecialiseerde pleegzorg).

Dit artikel voegt ook een paragraaf 3 toe aan artikel 124 van het decreet. Die paragraaf beschrijft de sancties die kunnen worden opgelegd als iemand het werk van de inspecteurs, vermeld in artikel 123.1, belemmert.

Artikelen 84 en 85

Zie de toelichting bij de wijziging van artikel 12 van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming (terminologische correctie).

Artikel 86

Deze bepaling bevat een opsomming van de subsidies voor cultureel-erfgoedpublicaties. Deze bepaling heeft betrekking op de betaling van subsidies voor publicaties op het gebied van cultureel erfgoed. Het doel van deze wijziging is om de afhandeling van de subsidie te verbeteren en tijdrovende verzoeken om bewijsstukken te voorkomen. Een 80/20-regeling wordt in de regel ook toegepast op Europese subsidies. Aan de ene kant stelt de voorgestelde regeling de projectaanbieder in staat om het grootste deel van de projectkosten te dragen en aan de andere kant heeft de projectaanbieder een extra motivatie om de overeenkomstige bewijsstukken onmiddellijk na het einde van het project in te dienen. Bedoeling is dat artikel 16 van het decreet van 7 mei 2007 over de bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties wordt gewijzigd naar analogie met artikel 21 van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 87

In de raamovereenkomst voor de socio-culturele sector 2019-2024 had de Regering besloten om de aanvullende subsidies voor de sociaal-culturele sector te verhogen met 70.000 euro per jaar, met een maximum totaalbedrag van 350.000 euro, om ze aan te passen aan de barema's in de socio-culturele sector. Dit is de afgelopen jaren gebeurd. Aangezien de bedragen voorlopig niet meer stijgen, is een aanpassing nodig.

Artikel 88

Deze bepaling heeft betrekking op de betaling van subsidies voor bijzondere cultuurprojecten, beurzen en literatuurpublicaties in het cultuurondersteuningsdecreet. Het doel van deze wijziging is om de afhandeling van de subsidie te verbeteren en tijdrovende verzoeken om bewijsstukken te voorkomen. Een 80/20-regeling wordt in de regel ook toegepast op Europese subsidies. Tot 2016 gold voor projectgelden de volgende decretale regel: 50% van de ondersteuning als voorschot, de resterende 50% na controle van de bewijsstukken. Dit bleek echter niet haalbaar voor de aanvragers, aangezien veel projectaanbieders zelf geen geld konden voorschieten. Aan de ene kant stelt de voorgestelde regeling de projectaanbieder in staat om het grootste deel van de projectkosten te dragen en aan de andere kant heeft de projectaanbieder een extra motivatie om de overeenkomstige bewijsstukken onmiddellijk na het einde van het project in te dienen.

Artikel 89

Er bestaat tot nu toe geen wettelijke basis voor het terugvorderen van subsidies als met een beurs ondersteunde projecten niet worden gerealiseerd. Naar analogie met de subsidies voor literatuurpublicaties wordt deze termijn ook ingevoerd voor beurzen. Dit draagt ook bij tot administratieve vereenvoudiging, aangezien de administratie nu concrete datums heeft waarop de projecten moeten zijn voltooid en niet regelmatig hoeft na te vragen of en wanneer het met een beurs ondersteund project zal plaatsvinden, soms jarenlang.

Artikel 90

In bijlage 2 van het cultuurondersteuningsdecreet is de tabel met de subsidies voor jubilea van amateurkunstverenigingen en folkloristische verenigingen (met uitzondering van carnavalsverenigingen) aangevuld, omdat we al aanvragen hebben ontvangen van verenigingen die 225 jaar bestaan.

Artikel 91 en 92

Om de bureaucratie te verminderen en de administratie te vereenvoudigen, is het beter de creatieve ateliers en de gespecialiseerde creatieve ateliers in het decreet van 27 februari 2023 ter ondersteuning van de buitenschoolse culturele vorming niet te verplichten om een analyse van hun sterke en zwakke punten uit te voeren.

Artikel 93

Tot nu toe moeten aanbieders van creatieve ateliers drie maanden na afloop van de vakantieateliers een gedetailleerd overzicht indienen van alle uitgaven en inkomsten van de creatieve vakantieateliers. Aangezien het om een forfaitair voorschot gaat, wordt de bepaling onder 3° in artikel 31 opgeheven. Dat is ook in het belang van het verminderen van de bureaucratie en het vereenvoudigen van de administratie.

Artikel 94

Voor de eerste aanvraag voor classificatie als creatief atelier of gespecialiseerd creatief atelier wordt de gemiddelde waarde van de drie jaren voorafgaand aan het jaar van de aanvraag in aanmerking genomen. Het jaar 2021 wordt buiten beschouwing gelaten vanwege de coronacrisis. Aanvragers die hun aanvraag uiterlijk op 30 juni 2024 hebben ingediend, worden ingedeeld op basis van de jaren 2022 en 2023.

Aangezien het jaar 2022 niet volledig normaal kon verlopen door de coronacrisis en de naweeën van de crisis gepaard gingen met een verminderd aanbod en deelnemersaantal, worden de criteria voor de classificaties in 2024 en 2025 met 10% verlaagd.

Artikel 95

Aangezien de aanbieder van open jeugdwerk niet langer verplicht is de sociaal-ruimtelijke analyse in te dienen, worden in artikel 4, derde lid, van het decreet ter ondersteuning van het jeugdwerk de woorden "de sociaal-ruimtelijke analyse die de aanbieders van open jeugdwerk moeten opstellen" vervangen door de woorden "de bevindingen die voortvloeien uit het werk van de aanbieders van open jeugdwerk en mobiel jeugdwerk", omdat dit een lopende werkmethode is die de sociaal-ruimtelijke analyse vervangt.

Artikel 96

De verenigingen ANIKOS en AGV329 hebben gevraagd om de verplichting om bewijs te leveren om

activiteiten en rapportage aan het Ministerie te rechtvaardigen, te verminderen als onderdeel van de vermindering van bureaucratie om de administratieve rompslomp voor jeugdvoorzieningen te verkleinen. Artikel 5, § 1, 13°, wordt aangepast om aan dit verzoek te voldoen, aangezien de ondersteunde jeugdvoorzieningen niet langer een retrospectief én prospectief financieel plan moeten indienen. In plaats daarvan kan het Ministerie de documenten indien nodig in de centrale databank van de ondernemingen controleren, voor zover die een dubbele boekhouding voeren en deze informatie dus moeten bekendmaken. In het geval van een vzw met een vereenvoudigde boekhouding kan dit desgewenst worden aangevraagd bij de vzw. De financiële situatie van elke organisatie moet minstens één keer per ondersteuningsperiode worden beoordeeld.

Artikel 97

Door de wijziging van artikel 6 krijgt de ondersteuning van jubileumvieringen in de jeugdsector een decretale basis. Deze aanpassing van het decreet is bedoeld om de werkwijze in overeenstemming te brengen met het cultuurondersteuningsdecreet.

Artikel 98

De verplichting voor jeugdorganisaties om een jaarprogramma in te dienen, d.w.z. een vooruitblik voor het komende jaar, wordt opgeheven. In plaats daarvan worden activiteiten alleen achteraf gerapporteerd als onderdeel van de effectiviteitsdialogen. In het kader van deze aanpassing moeten de effectiviteitsdialogen van de jeugdorganisaties ook worden omgedoopt tot "jaargesprekken", zoals in artikel 8, 4°, aangezien die benaming beter aansluit bij de doelstelling.

Artikel 99

De verplichting voor jeugdorganisaties om een jaarprogramma in te dienen, d.w.z. een vooruitblik voor het komende jaar, wordt opgeheven. In plaats daarvan worden activiteiten alleen achteraf gerapporteerd als onderdeel van de effectiviteitsdialogen. Daardoor valt ook de verplichting weg om een jaarprogramma voor het eerste jaar van de ondersteuningsperiode in te dienen in het kader van de ondersteuningsaanvragen. Artikel 9, tweede lid, 2°, wordt dienovereenkomstig aangepast.

Artikel 100

De effectiviteitsdialogen van de jeugdorganisaties worden omgedoopt tot jaargesprekken, omdat die benaming beter aansluit bij de doelstelling. Artikel 11 van het decreet wordt dienovereenkomstig gewijzigd.

Artikel 101

De verplichting voor de jongereninformatie om een jaarprogramma in te dienen, d.w.z. een vooruitblik voor het komende jaar, wordt opgeheven. In plaats daarvan worden activiteiten alleen achteraf gerapporteerd in het kader van de jaargesprekken (tot hier toe in het kader van de begeleidingscomités). De jongereninformatie dient geen activiteitenverslag meer in, maar brengt verslag uit over haar activiteiten tijdens het jaargesprek Artikel 17, tweede lid, 1°, wordt dienovereenkomstig aangepast.

Artikel 102

Om de administratie te vereenvoudigen en het extra administratieve werk als gevolg van het rouleren van de gemeenten te verminderen, wordt voorgesteld om de halfjaarlijkse begeleidingscomités bij de jongereninformatie te vervangen door een jaargesprek, net zoals bij de jeugdorganisaties. Artikel 20 van het decreet wordt dienovereenkomstig gewijzigd. Aan dat gesprek kunnen ook jeugdschepenen van alle gemeenten deelnemen, om het contact met de gemeenten te versterken.

Artikelen 103 en 104

Aangezien de aanbieder van open jeugdwerk niet langer verplicht is om de sociaal-ruimtelijke analyse in te dienen, wordt deze als dagelijkse werkwijze opgenomen in artikel 22 betreffende de doelstellingen van open jeugdwerk en wordt de beschrijving van open jeugdwerk aangepast. Artikel 23, dat aanbieders van open jeugdwerk ertoe verplichtte een jaarprogramma in te dienen, wordt opgeheven.

Artikel 105

De verplichting voor de aanbieders van open jeugdwerk om een jaarprogramma in te dienen, d.w.z. een vooruitblik voor het komende jaar, wordt opgeheven. In plaats daarvan worden activiteiten alleen achteraf gerapporteerd in het kader van de activiteitenverslagen. Daardoor valt de verplichting weg om een jaarprogramma voor het eerste jaar van de ondersteuningsperiode in te dienen in het kader van de ondersteuningsaanvragen. Artikel 26, tweede lid, wordt dienovereenkomstig aangepast.

Artikel 106

De verplichting voor de aanbieders van open jeugdwerk om een jaarprogramma in te dienen, d.w.z. een vooruitblik voor het komende jaar, wordt opgeheven. In plaats daarvan worden activiteiten alleen achteraf gerapporteerd in het kader van de activiteitenverslagen. Artikel 27 van het decreet wordt dienovereenkomstig aangepast.

Artikel 107

Aangezien de aanbieder van open jeugdwerk niet langer verplicht is om de sociaal-ruimtelijke analyse in te dienen, vervalt de verplichting van het Jeugdbureau om de jeugdvoorzieningen bij het opstellen van de sociaal-ruimtelijke analyse te begeleiden.

De verplichting voor het Jeugdbureau om een jaarprogramma in te dienen, d.w.z. een jaarlijkse vooruitblik voor het komende jaar, wordt opgeheven. Het activiteitenverslag van de aanbieders van open jeugdwerk en van het Jeugdbureau is een vergelijkbaar sturingsinstrument, zodat de activiteiten van de ondersteunde jeugdvoorzieningen achteraf kunnen worden beoordeeld. Artikel 29 van het decreet wordt dienovereenkomstig aangepast.

Artikel 108

Aangezien de aanbieder van open jeugdwerk niet langer verplicht wordt om de sociaal-ruimtelijke analyse in te dienen, worden de woorden "de sociaal-ruimtelijke analyse van het open jeugdwerk van de betrokken gemeente" vervangen door de woorden "het werk van de aanbieder van open jeugdwerk".

Artikel 109

Aangezien de aanbieder van open jeugdwerk niet langer verplicht wordt om de sociaal-ruimtelijke analyse in te dienen, worden de woorden "de regelmatige sociaal-ruimtelijke analyses" vervangen door de woorden "de regelmatige registratie van de levensgebieden van de jongeren tijdens het dagelijkse werk van de aanbieders van open jeugdwerk". Daardoor worden de bewoordingen aangepast aan de bewoordingen van artikel 22.

Artikel 110

Ook het Jeugdbureau moet worden vrijgesteld van de verplichting om een begroting in te dienen. Het Ministerie ontvangt de inlichtingen over de begrotingssituatie van het Jeugdbureau in het kader van de vergaderingen van de raad van bestuur. De verplichting voor het Jeugdbureau om een jaarprogramma in te dienen, d.w.z. een vooruitblik voor het komende jaar, wordt ook opgeheven. In plaats daarvan wordt over de activiteiten van het open jeugdwerk alleen nog retrospectief gerapporteerd via een activiteitenverslag. Het indienen van een activiteitenverslag is al vastgelegd in het beheerscontract met het Jeugdbureau. Met deze aanpassing wordt deze vereiste ook opgenomen in het decreet. Artikel 31 van het decreet wordt dienovereenkomstig gewijzigd.

Artikel 111

De subsidiëring van de deelname aan opleidingen en voortgezette opleidingen wordt uitgebreid naar alle vrijwilligers in een ondersteunde jeugdvoorziening door de wijziging van artikel 45 van het decreet. Die maatregel draagt bij aan de versterking en erkenning van vrijwilligerswerk en vergroot de waardering voor verschillende profielen die actief zijn in het jeugdwerk en niet beperkt zijn tot actieve jeugdleiders.

Artikel 112

De invoeging van de bijlage gaat samen met de aanpassing van artikel 6 over de ondersteuning van jubileumvieringen in de jeugdsector. Deze aanpassing van het decreet is bedoeld om de werkwijze aan te passen aan het cultuurondersteuningsdecreet.

Artikel 113

In artikel 8, 1°, van het Sportdecreet staat dat de Koepelorganisatie voor de Sport in de Duitstalige Gemeenschap advies opstelt over alle voorontwerpen van decreet en van reglementair besluit; dat wordt opgeheven en vormt een maatregel om de bureaucratie te verminderen en de administratie te vereenvoudigen. Zo kan de koepelorganisatie zich concentreren op haar kerntaken. In de bepaling onder 2° blijft staan dat ze advies opstelt op verzoek van de Regering of op eigen initiatief.

Als verantwoordelijke instantie is het de taak van de koepelorganisatie om het sportondersteuningscentrum niet alleen te concipiëren en te organiseren, maar ook, zoals ingevoegd in artikel 8, 6°, te beheren ten opzichte van de sportfederaties. De subpunten na de streepjes zijn bedoeld om te preciseren welke taken de koepelorganisatie heeft als instantie die verantwoordelijk is voor het sportondersteuningscentrum en om te verduidelijken welke rol de koepelorganisatie en de sportfederaties hebben.

Artikel 8, 8°, wordt aangevuld met de uitvoering van projecten als onderdeel van de taken van de koepelorganisatie, zodat voor nieuwe projecten niet regelmatig aanvullende aanvragen worden ingediend en middelen worden aangevraagd.

Bedoeling is dat de koepelorganisatie vanaf het schooljaar 2023-2024 jaarlijks de motorische vaardigheden van zoveel mogelijk leerlingen in de Duitstalige Gemeenschap in een bepaalde leeftijdsgroep evalueert in de vorm van een talentherkenning en hen vervolgens een sportieve oriëntatiemogelijkheid aanbiedt. Dat heeft nog niet plaatsgevonden. De toevoeging "jaarlijks in alle scholen" in artikel 8, 8.1°, is bedoeld om dat nu te garanderen.

Vanaf 1 januari 2025 neemt de koepelorganisatie de planning, organisatie en uitvoering van de

activiteiten van het buitenschoolse schoolsportprogramma over van het Departement Sport, Media en Toerisme van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. De toevoeging in artikel 8, 8.2°, is bedoeld om die taak te definiëren en vast te leggen.

Artikel 114

Tot nu toe was de vervulling van een van de drie taken op de gebieden van artikel 9, eerste lid, 8°, a) tot c), verplicht voor de sportfederaties. Bedoeling is dat, door de toevoeging van drie extra onderwerpen in de bepalingen d) tot f), ook de lokale sportfederaties zich in de toekomst sterker met die onderwerpen bezighouden. Die onderwerpen zijn opgenomen in het nieuwe werkplan van de EU inzake sport en moeten ook op nationaal niveau worden bevorderd/uitgevoerd door de respectieve regeringen van de lidstaten.

Artikel 115

Artikel 10, § 1, eerste lid, wordt aangepast, aangezien de ondersteuningstraining een aanvulling vormt op de training die de sportbeoefenaars krijgen in de verenigingen waarvan ze lid zijn. Na de ervaringen van de afgelopen jaren moet worden verduidelijkt wat wordt bedoeld met "aanvulling". De aanvullende ondersteuningstraining mag slechts tot op zekere hoogte worden ondersteund of gesubsidieerd. Op middellange en lange termijn is de organisatie van de aanvullende ondersteuningstraining, zoals die nu plaatsvindt, moeilijk te financieren. Het volume van de aanvullende training moet in een "gezonde" verhouding staan tot de training in de vereniging waar de sportbeoefenaar lid van is. Voorgesteld wordt om het maximale, in aanmerking komende aanvullende volume aan sporttakspecifieke ondersteuningstraining te regelen door middel van een besluit of een omzendbrief. Dat kan in samenwerking met de koepelorganisatie en de sportfederaties.

In artikel 10, § 1, tweede lid, wordt de tweede zin opgeheven en wordt de inhoud ervan opgenomen in het nieuwe derde lid, 1°. De lijst wordt aangevuld met "prestatiediagnostiek", omdat dit niet onder de term sportgeneeskunde valt, maar een elementair onderdeel is voor het optimaliseren van prestaties.

Bedoeling is om in § 1, derde lid, te preciseren welke taken de koepelorganisatie heeft als instantie die verantwoordelijk is voor het sportondersteuningscentrum en om te verduidelijken welke rol de koepelorganisatie en de sportfederaties hebben.

Ook artikel 10, § 2, tweede lid, wordt aangepast. Op verzoek van de koepelorganisatie wordt de leeftijdsgrens verhoogd van 21 naar 23 jaar, zodat sporters tot 23 jaar (tegen betaling) gebruik kunnen maken van het aanbod.

Artikel 116

Artikel 116 heeft tot doel het criterium van een minimumaantal van 299 leden op te heffen. Oorspronkelijk werd de mogelijkheid om een sportondersteuningsconcept in te dienen, gecreëerd voor verenigingen met een bepaald aantal sporters, die ook een bepaalde omvang en middelen hebben om een sportondersteuningsconcept te creëren. De wijziging is bedoeld om die mogelijkheid nu ook te creëren voor kleinere sportfederaties als die een talentherkenningsconcept hebben. Ook kleinere federaties kunnen genoeg getalenteerde sporters hebben en in staat zijn om die taak op zich te nemen.

Door de wijzigingen in artikel 22, volgens welke de kaderstatus alleen nog kan worden toegekend aan sporters die een Olympische of Paralympische sport of een door de International World Games Association (IWGA) erkende sport uitoefenen, moeten ook de sporttakken worden beperkt waarvoor een sportondersteuningsconcept kan worden ingediend en waarvoor er een ondersteuningsafdeling in het sportondersteuningscentrum kan zijn.

Artikel 117

Een advies van de Koepelorganisatie voor de Sport over de aanvraag op basis waarvan een sporter de status van sporter van een jongtalentkader, C-kader, B-kader of A-kader kan krijgen, is niet vereist. In de regel worden sporters en sportfederaties bij het indienen van een aanvraag geadviseerd door de koepelorganisatie. Die adviserende activiteit is een van de kerntaken van de koepelorganisatie. Dat is ongunstig als de koepelorganisatie eerst optreedt als adviseur en vervolgens de aanvraag beoordeelt. De aanvraag wordt beoordeeld door het bevoegde departement van het Ministerie op basis van gepubliceerde criteria.

De criteria voor het A-kader en het B-kader worden overgenomen van de sportadministratie van de Franse Gemeenschap (ADEPS). Dat is ook vastgelegd in een sectorale overeenkomst en in een werkprogramma tussen de twee gemeenschappen. De criteria voor het C-kader en het jongtalentkader worden opgesteld door de sportfederaties, in samenwerking met de koepelorganisatie.

Deze maatregel helpt ook om de bureaucratie te verminderen en de goedkeuringsprocedures van de Regering te vereenvoudigen en maakt de werkuren van de medewerkers van de koepelorganisatie vrij, zodat ze zich op andere kerntaken kunnen richten.

De vermelding van de sporttakken die erkend zijn door de IWGA wordt verklaard door het feit dat kaderstatussen in de toekomst enkel nog zullen worden toegekend in officieel erkende sporten. In sommige gevallen is het niet mogelijk om objectieve prestatiecriteria vast te stellen in niet-erkende sporten. De prestatiecriteria worden opgesteld door niet-erkende federaties en zijn niet in balans met de prestatiecriteria in de erkende sporten. De significante waarde van de sportieve prestatie, zoals gedefinieerd in artikel 22, § 3, eerste lid, 2°, is in dat geval niet gegeven.

Het vaste bedrag waarover sporters van een A-kader en B-kader vrij kunnen beschikken, wordt slechts eenmaal betaald, ook als een status in uitzonderlijke gevallen slechts om de twee jaar kan worden toegekend omdat de competitie om aan de criteria te voldoen niet jaarlijks plaatsvindt.

Een advies van de Koepelorganisatie voor de Sport over de criteria volgens dewelke een sporter de status van sporter van een A-kader of B-kader kan verkrijgen, is niet vereist, aangezien de criteria worden opgesteld in nauw overleg met de Franse Gemeenschap en het Belgisch Olympisch en Interfederaal Comité (BOIK). De sportfederaties en de Koepelorganisatie voor de Sport blijven verantwoordelijk voor het opstellen van criteria voor de sporters van een C-kader en jongtalentkader.

De beoordeling van de koepelorganisatie is ook weggelaten in artikel 22, § 3, 1°, omdat de koepelorganisatie in de regel advies verleent aan de sporters en sportfederaties die een aanvraag willen indienen. Die adviserende activiteit is een van de kerntaken van de koepelorganisatie. Aanvragen worden beoordeeld door het bevoegde departement in het Ministerie. Het departement stuurt de lijst met goedgekeurde kaderaanvragen op eenvoudig verzoek naar de koepelorganisatie.

Die maatregel helpt in hoge mate om de bureaucratie te verminderen en de goedkeuringsprocedures van de Regering te vereenvoudigen en maakt tijd vrij bij de medewerkers van de koepelorganisatie, die zich dan op andere belangrijke kerntaken kunnen richten.

Artikel 118

Het advies van de koepelorganisatie is niet nodig voor het behandelen van de aanvragen en helpt de bureaucratie te verminderen en de goedkeuringsprocedures van de Regering te vereenvoudigen. Het zal ook werkuren vrijmaken voor de werknemers van de koepelorganisatie.

Artikel 119

Het advies van de koepelorganisatie is niet nodig voor het behandelen van de aanvragen en helpt de bureaucratie te verminderen en de goedkeuringsprocedures van de Regering te vereenvoudigen. Het zal ook werkuren vrijmaken voor de werknemers van de koepelorganisatie. De maximale subsidie wordt beperkt tot 1.000 euro.

Artikel 120

Het advies van de koepelorganisatie is niet nodig voor het behandelen van de aanvragen en helpt de bureaucratie te verminderen en de goedkeuringsprocedures van de Regering te vereenvoudigen. De precisering "nationale"klasse is nodig vanwege misinterpretaties in de afgelopen jaren. Het moeten ook teams zijn die aantoonbaar deelnemen aan een kampioenschap gedurende het hele jaar of een

seizoen. Die kampioenschappen moeten worden georganiseerd door een erkende nationale sportfederatie.

Tot nu toe zijn alleen de trainingen van de jeugdploegen meegenomen in de berekening. In de toekomst worden alle ploegen van de vereniging in deze sport meegenomen in de berekening.

Artikel 121

Het komt af en toe voor dat sporters zich pas meer dan een maand voor aanvang van een wedstrijd kwalificeren voor een wedstrijd of worden genomineerd voor deelname aan een wedstrijd genoemd in artikel 24 en 24.1. De toevoeging in artikel 31 is bedoeld om de mogelijkheid te creëren om ook deze aanvragen te accepteren en deelname te subsidiëren.

Artikel 122

De wijziging van het besluit gaat gepaard met een wijziging van het besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters. Er is onder andere een uitbreiding van de wapencategorieën gepland naar het voorbeeld van de Franse Gemeenschap.

De werkzaamheden voor de uitvoering van het besluit van de Regering van 5 september 2024 konden echter niet worden voltooid in 2024. De schietsportlicenties voor een groot deel van de schutters in de twee schietsportfederaties vervallen echter eind december 2024. Om de schietsportfederaties in staat te stellen vanaf 1 juli 2025 ongeveer 1.200 vergunningen opnieuw af te geven, wordt voorgesteld om de geldigheid van de bestaande schietsportvergunningen bij programmadecreet met een half jaar te verlengen. Dit stelt de sportfederaties in staat om de administratie van de licenties te organiseren met een nieuwe digitale oplossing en vereenvoudigt zo de uitvoering van het besluit voor de sportschutters, de aangesloten verenigingen en de twee schietsportfederaties.

Artikel 123

Artikel 1 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen (mediadecreet 2021) moet worden aangevuld met Verordening (EU) 2024/1083 van 11 april 2024 tot vaststelling van een gemeenschappelijk kader voor mediadiensten in de interne markt en tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU (Europese Media Freedom Act), aangezien dit programmadecreet strekt tot gedeeltelijke uitvoering of toepassing van die verordening.

Artikel 124

Artikel 4 (definities) van het mediadecreet 2021 bevat een materiële fout, die moet worden gecorrigeerd. De nummering van het artikel moet worden aangepast, aangezien het artikel weliswaar een bepaling onder 61° ("verordening (EU) 2015/2120") en een bepaling onder 61.2° ("verordening (EU) 2022/1925") en 61.3° ("verordening (EU) 2022/2065") bevat, maar geen bepaling onder 61.1°. Voor de betere leesbaarheid wordt ook een definitie gegeven van de Verordening (EU) 2024/1083 van het Europees Parlement en de Raad van 11 april 2024 tot vaststelling van een gemeenschappelijk kader voor mediadiensten op de interne markt en tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU (Europese verordening mediavrijheid).

Artikel 125

Artikel 101 van het mediadecreet 2021 regelt institutionele kwesties. Enerzijds wordt bepaald dat de Mediaraad wordt geleid door een voorzitter en gespecialiseerd personeel heeft. Anderzijds wordt bepaald dat de Mediaraad een of meer auditeurs aanstelt onder zijn leden en/of personeel voor een periode van een jaar. Er is dus geen auditoraat meer als onafhankelijk orgaan van de Mediaraad (naast de beslissingskamer, de advieskamer en het bureau), zoals nog wel voorzien en georganiseerd door de artikelen 86, § 2, en 116.2 van het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen (Mediadecreet 2005) (zie ook PDG, Doc. 123 (2020-2021) Nr. 1, blz. 10 en 32).

Wat de voorzitter betreft, moet een rechtsgrondslag worden gecreëerd op basis waarvan de voorzitter op grond van het in artikel 101, § 1, tweede lid, bedoelde huishoudelijk reglement bepaalde activiteiten (bijvoorbeeld de ondertekening van bepaalde dossiers) kan delegeren aan personeelsleden en in het bijzonder aan het hoofd van de dienst. Er moet dus worden voorzien in de dienst zelf.

Wat het werk van de auditeur betreft, is het belangrijk om een strikte scheiding te waarborgen tussen het onderzoek en de behandeling van het dossier enerzijds en de beslissing anderzijds ("structurele onpartijdigheid") (PDG, Doc. 123 (2020-2021) nr. 1, blz. 32). Zo bepaalt artikel 101, § 3, tweede lid, van het Mediadecreet 2021 dat de auditeurs niet deelnemen aan de beslissing van de Mediaraad over een zaak waarin zij het onderzoek hebben gevoerd (zie ook artikel 140, § 1). De efficiëntie van procedures en besluitvorming vereist echter dat de Mediaraad de auditeur over de zaak kan horen voordat hij een beslissing neemt. In die context is de huidige formulering van artikel 101, § 5, tweede lid, van het Mediadecreet 2021 ("Een auditeur mag geen vergaderingen bijwonen waarin zaken besproken worden, waarvan hij het onderzoek verricht heeft of waaraan hij rechtstreeks of onrechtstreeks deelgenomen heeft.") op zijn minst dubbelzinnig en moet deze worden geschrapt. Zo kan uit de rechtsleer het volgende worden afgeleid: "Vreemd genoeg bepaalt het decreet ook dat een auditeur die 'direct of indirect' heeft deelgenomen aan een onderzoek niet mag 'deelnemen' aan een vergadering waarin dat onderzoek wordt besproken. Het zou echter logisch zijn geweest om hem toe te staan zijn mening te geven aan de leden van de Mediaraad en hem enkel te verbieden deel te nemen aan de beraadslagingen" (O. HERMANNNS, "Des vicissitudes d'une réforme : la mise à jour du droit des services de médias audiovisuels", *R.D.T.I.*, nr. 84/2021, 50 - vrije vertaling).

Bovendien is de mogelijkheid voor de Mediaraad om de auditeur te horen uitdrukkelijk voorzien in

artikel 140 van het Mediadecreet 2021, dat de procedure bij overtredingen regelt.

Artikel 126

Om rekening te houden met het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit nr. 33/2024 van 12 april 2024, legt artikel 112, § 2, van het Mediadecreet de Mediaraad de verplichting op om richtsnoeren inzake gegevensbescherming op te stellen die betrekking hebben op zijn verschillende activiteiten.

Daarnaast heeft artikel 112, § 3, tweede lid, betrekking op de toepassing van Verordening (EU) 2022/1925 van 14 september 2022 betreffende betwistbare en eerlijke markten in de digitale sector en tot wijziging van de Richtlijnen (EU) 2019/1937 en (EU) 2020/1828 (Wet digitale markten). Volgens deze verordening is de Europese Commissie het enige uitvoerend orgaan van de verordening. De Mediaraad blijft de bevoegde autoriteit om de Europese Commissie bij te staan bij de handhaving, maar is niet langer alleen verantwoordelijk voor de handhaving in de Duitstalige Gemeenschap (zie ook de wijziging van artikel 138). De formulering van artikel 112, § 3, tweede lid, moet dus worden aangepast.

De Mediaraad zal ook de bevoegde autoriteit zijn in het kader van Verordening (EU) 2024/1083 van 11 april 2024 tot vaststelling van een gemeenschappelijk kader voor mediadiensten op de interne markt en tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU (Europese verordening mediavrijheid). Aangezien individuele artikelen van deze verordening al vanaf 8 februari 2025 van toepassing zullen zijn, is het essentieel om de Mediaraad nu al aan te wijzen als toezichthoudende autoriteit om de rechtszekerheid te waarborgen. Tegelijkertijd wordt een afzonderlijk wijzigingsdecreet voorbereid om rekening te houden met de afzonderlijke bepalingen van de Europese verordening mediavrijheid. In tegenstelling tot de toepasselijkheid van verordening (EU) 2022/2065 is de vraag naar de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap voor de betrokken diensten niet aan de orde, onder meer omdat de autoriteiten van richtlijn 2010/13/EU (richtlijn audiovisuele mediadiensten) bevoegd zijn op grond van artikel 8 van de Europese verordening mediavrijheid.

Artikel 127

Overeenkomstig artikel 112, § 3, tweede lid, van het Mediadecreet 2021 is de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap de bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap voor de toepassing van Verordening (EU) 2022/1925 "Wet digitale markten". Niettemin moeten de verwijzingen naar Verordening (EU) 2022/1925 in artikel 138 betreffende sancties in geval van niet-naleving van de bepalingen van titel 2 "Uitzendingen in mediadiensten" worden geschrapt, aangezien de Europese Commissie krachtens deze verordening de enige uitvoerende instantie is en bijgevolg de enige instantie die in dit kader sancties kan opleggen.

Artikel 128

Zoals vermeld in verband met artikel 101 van het Mediadecreet 2021, moet artikel 140 voorzien in de mogelijkheid dat de auditeur door de Mediaraad wordt geraadpleegd over zijn beslissing over een procedure, maar zonder te mogen deelnemen aan de eigenlijke beslissing.

(...)

Artikel 198 en 199

Deze artikelen creëren de decretale basis voor de terugbetaling van ouderwaarborgen via het Fonds voor Diensten van de Duitstalige Gemeenschap, onder bepaalde voorwaarden, en maken zo deel uit van een groot aantal maatregelen ten gunste van personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen die ingevoerd werden in het kader van de hervorming van de kinderopvang.

Artikel 200

Momenteel is het zo dat beheerscontracten ter goedkeuring aan het Parlement worden voorgelegd voordat ze worden ondertekend. Het programmadecreet 2015 voorzag al in een eerste administratieve vereenvoudiging in de omgang met beheerscontracten. Aangezien het om verschillende redenen nodig kan zijn om de contracten tijdens de looptijd te wijzigen door middel van aanvullingen, en deze aanvullingen dezelfde complexe administratieve procedure moeten doorlopen als het beheerscontract zelf, is overeengekomen dat de goedkeuringsprocedure kan worden afgeschaft om redenen van administratieve vereenvoudiging. Deze uitzondering had voorheen betrekking op aanvullingen die het subsidiebedrag aanpassen, aangezien begrotingsaanpassingen sowieso door het Parlement moeten worden goedgekeurd. Vaak is het echter ook nodig om een beperkte aanpassing te doen aan de inhoud van het beheerscontract in termen van voorwaarden, taken of duur, analoog aan de aanpassing van de subsidie. Daarom wordt voorgesteld om het in 2015 overeengekomen principe uit te breiden tot aanvullingen met een maximale duur van één jaar.

(...)

Artikel 204

Dit artikel bepaalt de datum van inwerkingtreding van een aantal artikelen.

Freddy CREMER

Stephanie PAUELS

Evelyn JADIN

VOORSTEL VAN PROGRAMMADECREET 2024 (I)

HOOFDSTUK 1 – PERSOONSGEBONDEN AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1 – Gezondheid

Artikel 1 – In artikel 10.1.1 van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, wordt de bepaling onder 2° vervangen als volgt:

"2° vaccinator: een gezondheidszorgberoepsbeoefenaar:

- a) die met toepassing van de federale wetgeving gemachtigd is om vaccins toe te dienen en
- b) die een vaccin toedient dat op basis van het vaccinatieschema wordt aanbevolen en gratis wordt toegediend of, naargelang van het geval, waarvan de aankoop gesubsidieerd wordt;"

Art. 2 – In artikel 10.1.7 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, wordt een paragraaf 1.1 ingevoegd, luidende:

"§ 1.1 – Personen die hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben en gevaccineerd zijn buiten het Belgische grondgebied, kunnen bij een dienstverrichter of vaccinator een aanvraag indienen om die vaccinatie te registreren in het bestel- en registratiesysteem bepaald in artikel 10.1.3, indien de persoon in kwestie de vaccinatie bewijst op basis van een overeenkomstig buitenlands certificaat.

Voor de registratie van een in het buitenland toegediend vaccin kunnen de volgende persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën worden verwerkt:

- 1° de in § 1, eerste lid, 1°, vermelde gegevens over de gevaccineerde persoon;
- 2° de in § 1, eerste lid, 2°, vermelde gegevens over de vaccinator die de vaccinatie in het bestel- en registratiesysteem registreert;
- 3° volgende identiteitsgegevens van de persoon die het vaccin heeft toegediend:

a) naam en voornaam;
b) de vermelding dat het gaat om een vaccinator in het buitenland;
4° indien beschikbaar, de in § 1, eerste lid, 3°, vermelde gegevens over het toegediende vaccin;
5° datum en plaats van toediening van elke vaccindosis;
6° gegevens over het vaccinatieschema van de gevaccineerde persoon, per ziekte waartegen hij werd gevaccineerd.

De gegevenscategorieën vermeld in het tweede lid kunnen voor de registratie van toegediende vaccins worden verwerkt voor de volgende doeleinden:

1° beheer van het vaccinatieschema voor elke te vaccineren of gevaccineerde persoon;
2° ondersteuning, inlichting en bewustmaking van personen in verband met de toegediende vaccins en de vaccinaties die in voorkomend geval nog nodig zijn;
3° vermijding van incompatibele vaccinaties;
4° traceerbaarheid van de vaccinatie;
5° bepaling van de vaccinatiegraad van de bevolking tegen de ziekte in kwestie na anonimisering van de gegevens of – als anonimisering de bepaling van de vaccinatiegraad niet mogelijk zou maken – ten minste na pseudonimisering van de gegevens.

De vaccinatoren en dienstverrichters kunnen de gegevens vermeld in het tweede lid verwerken voor de doeleinden vermeld in het derde lid."

Art. 3 – In artikel 10.1.9, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, worden de woorden "artikel 10.1.7, § 1" vervangen door de woorden "artikel 10.1.7, § 1 en § 1.1".

Afdeling 2 – Ouderen

Art. 4 – In artikel 32, § 2, van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg wordt het derde lid vervangen als volgt:

"De Regering kan:

1° afwijkingen van de door haar vastgelegde voorwaarden toestaan inzake de normen en maatregelen vermeld in § 1, eerste lid, 2°;
2° uitzonderingen op de verplichting om aan de voorwaarden vermeld in het tweede lid te voldoen, bepalen."

Art. 5 – In artikel 72, § 1, van hetzelfde decreet wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"De volgende leden van de adviescommissie hebben een raadgevende functie:

1° een vertegenwoordiger van de Regering;
2° een vertegenwoordiger van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 6 – Artikel 45 van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Onverminderd het eerste lid verwerkt de Regering de volgende geanonimiseerde gegevens om statistieken op te stellen over het zorgbudget:

1. het aantal rechthebbenden, opgesplitst naar geslacht en gemeente waar de rechthebbende zijn woonplaats heeft;
2. aantal en percentage van personen die recht hebben op het basiszorgbudget en tegelijk recht hebben op de sociale bijslag, in verhouding tot alle rechthebbenden per zorgbudgetcategorie."

Art. 7 – In artikel 58 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° Het eerste tot vijfde lid wordt § 1, eerste lid tot vijfde lid;

2° Het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

"§ 2 – Paragraaf 1 is niet van toepassing op ouderen die overeenkomstig artikel 4 buiten het toepassingsgebied van dit decreet vallen.

Artikel 10, tweede lid, is van toepassing op ouderen die het overeenkomstig paragraaf 1 berekende bedrag ontvangen.

Voor de toepassing van het eerste en het tweede lid gelden de bedragen die een oudere tot en met 1 januari 2025 op grond van paragraaf 1 heeft ontvangen, als verworven en die bedragen worden niet teruggevorderd."

Afdeling 3 – Gezin

Art. 8 – Het decreet van 17 november 2008 betreffende de oprichting van een adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken, gewijzigd bij de decreten van 22 februari 2016, 7 november 2016 en 11 december 2018, wordt opgeheven.

Art. 9 – In hoofdstuk 6, afdeling 3, van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt een artikel 76.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 76.1 – *Verjaringstermijn voor beslissingen inzake vaststelling van een beperking*

Rechtsvorderingen tegen beslissingen inzake vaststelling van een beperking in de zin van artikel 22, eerste lid, 2°, worden ingesteld binnen een termijn van drie maanden, te rekenen vanaf de datum van verzending van de beslissing."

Art. 10 – In artikel 79, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° wordt de puntkomma vervangen door een punt;

2° de bepaling onder 2° wordt opgeheven.

Afdeling 4 – Sociale aangelegenheden

Art. 11 – In artikel 8, tweede lid, van het decreet van 5 mei 2014 tot erkenning en ondersteuning van sociale trefpunten wordt de bepaling onder 4° vervangen als volgt:

"4. minstens beschikken over een halve VTE-betrekking van coördinator die aan de criteria vermeld in artikel 7, § 2, voldoet;"

Art. 12 – Artikel 11 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, wordt vervangen als volgt:

"Art. 11 – *Subsidie*

§ 1 – Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de voorwaarden bepaald in dit artikel kent de Regering jaarlijks 85.000 euro subsidie voor personeels- en werkingskosten toe aan een erkend sociaal trefpunt voor de dienstverrichtingen bepaald in dit decreet. Die subsidie wordt jaarlijks met 1,25% geïndexeerd.

De subsidie vermeld in het eerste lid wordt in verhouding tot de erkenningsperiode uitbetaald. Als een erkend sociaal trefpunt zijn activiteit definitief stopzet of als de erkenning van een erkend sociaal trefpunt overeenkomstig artikel 10, tweede lid, wordt ingetrokken, betaalt het erkend sociaal trefpunt de subsidie terug in verhouding tot het aantal niet-gewerkte dagen.

Voor het ontvangen van de subsidie vermeld in het eerste lid stemt de personeelsbezoldiging van een erkend sociaal trefpunt overeen met de door de Regering vastgestelde berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

De subsidie vermeld in het eerste lid wordt alleen toegekend als de voor de betrokken werkingsgebieden bevoegde gemeenten of openbare centra voor maatschappelijk welzijn zich contractueel ertoe verplichten het erkende sociaal trefpunt aanvullend een jaarlijkse subsidie toe te kennen ten belope van 10% van het subsidiebedrag vermeld in het eerste lid.

§ 2 – In afwijking van artikel 104, § 1, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap wordt 70% van de jaarlijkse subsidie in januari en 30% in juli uitbetaald, telkens vóór de 22e van de maand."

Art. 13 – In artikel 13, § 2, van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit wordt het tweede lid vervangen als volgt:

"De erkenning wordt voor onbepaalde duur toegekend."

Art. 14 – In artikel 23 van hetzelfde decreet wordt paragraaf 4 vervangen als volgt:

"§ 4 – Het referentiecentrum is bevoegd voor het secretariaat van de adviescommissie."

Art. 15 – Artikel 37 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, wordt aangevuld met een paragraaf 6, luidende:

"§ 6 – De op 31 juli 2025 overeenkomstig artikel 13 toegekende erkenning van een instelling van de Duitstalige Gemeenschap als referentiecentrum geldt voor onbepaalde duur."

Afdeling 5 – Dienst voor zelfbeschikkend leven

Art. 16 – In artikel 11, § 1, eerste lid, van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven, gewijzigd bij het decreet van 13 november 2023, worden de bepalingen onder 2° en 3° opgeheven.

Art. 17 – Artikel 31 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 13 november 2023, wordt vervangen als volgt:

"Art. 31 – Oprichting

§ 1 – De Regering richt minstens twee conferenties van dienstverrichters op om informatie uit te wisselen en te netwerken tussen de betrokken dienstverrichters, waaronder één conferentie van dienstverrichters betrokken bij de taken bepaald in hoofdstuk 3, afdeling 2 en één conferentie van dienstverrichters betrokken bij de taken bepaald in hoofdstuk 3, afdeling 3.

§ 2 – De conferenties van dienstverrichters zijn samengesteld uit de volgende stemgerechtigde leden:

1° de overeenkomstig de artikelen 12 en 13 erkende dienstverrichters;

2° andere dienstverrichters die therapeutisch aanbod, instellingsgebonden woon- en werkvormen, ondersteuningsaanbod, aanbod om belasting te verminderen, aanbod op het gebied van zelfhulp, zelfbeschikking, bewustwording, vrije tijd en vorming of gespecialiseerd aanbod op het gebied van personenvervoer aanbieden en van wie de diensten vooral door de gebruikers worden benut.

Hebben raadgevende stem in de conferenties van dienstverrichters:

1° een door de Regering aangewezen vertegenwoordiger van de dienst;

2° een vertegenwoordiger van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

De Regering wijst de leden van de conferenties van dienstverrichters aan en wijst voor elk van hen een plaatsvervangend lid aan.

De leden vermeld in het eerste lid worden aangewezen op de voordracht van de betreffende dienstverrichters die in de conferenties van dienstverrichters vertegenwoordigd zijn.

De dienstverrichters zijn lid van minstens één van die conferenties.

§ 3 – De Regering bepaalt de procedure voor de oprichting van de conferenties van dienstverrichters en bepaalt de werkwijze en de taken van die conferenties."

Afdeling 6 – Jeugdbijstand en jeugdbescherming

Art. 18 – In artikel 1, 5°, van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 19 – In artikel 3 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° wordt het woord "pleeggezin voor crisispleegzorg" vervangen door de woorden "pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin";

2° de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

3° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 9.1°, luidende:

"9.1° gespecialiseerd pleeggezin: de overeenkomstig artikel 104.3 erkende natuurlijke persoon die zelfstandig in het kader van crisispleegzorg of langdurige pleegzorg niet-verwante kinderen en jongeren opvangt;"

4° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 9.2°, luidende:

"9.2° gespecialiseerde pleegzorg: de residentiële jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel die de crisispleegzorg en de langdurige pleegzorg door een gespecialiseerd pleeggezin omvat;"

5° in de bepaling onder 25° worden de woorden "pleeggezin voor langdurige pleegzorg" vervangen door de woorden "pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin";

6° de bepaling onder 26° wordt opgeheven;

7° in de bepaling onder 28° worden de woorden "ondersteunende pleegzorg" vervangen door de woorden "ondersteunende pleegzorg in een pleeggezin";

8° de bepaling onder 29° wordt vervangen als volgt:

"pleeggezin: de overeenkomstig artikel 94 erkende natuurlijke persoon die opdracht kan krijgen crisispleegzorg, langdurige pleegzorg of ondersteunende pleegzorg te verlenen;"

9° in de bepaling onder 32° wordt het woord "pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg" vervangen door het woord "pleeggezin";

10° de bepaling onder 33° wordt opgeheven.

Art. 20 – In artikel 10, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "een pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg" vervangen door de woorden "een pleeggezin in het kader van ondersteunende pleegzorg" en worden de woorden "het pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg" vervangen door de woorden "het pleeggezin".

Art. 21 – In artikel 11, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "een pleeggezin voor crisispleegzorg of langdurige pleegzorg" vervangen door de woorden "een pleeggezin in het kader van ondersteunende pleegzorg of langdurige pleegzorg of in een gespecialiseerd pleeggezin" en worden

de woorden "het pleeggezin dat crisispleegzorg of langdurige pleegzorg biedt" vervangen door de woorden "het pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin".

Art. 22 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 23 – In artikel 17, § 1, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet wordt het woord "een" vervangen door de woorden "minstens een".

Art. 24 – In artikel 22, 4°, van hetzelfde decreet worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 25 – In artikel 23, 2°, van hetzelfde decreet worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 26 – In artikel 24 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift worden de woorden "de pleegzorg" vervangen door de woorden "de pleegzorg en de gespecialiseerde pleegzorg";

2° in de inleidende zin worden de woorden "de pleegzorg" vervangen door de woorden "de pleegzorg en de gespecialiseerde pleegzorg";

3° in de bepaling onder 1° wordt het woord "pleegzorg" vervangen door de woorden "pleegzorg en gespecialiseerde pleegzorg";

4° in de bepaling onder 2° wordt het woord "kandidaat-pleeggezinnen" vervangen door de woorden "kandidaat-pleeggezinnen en kandidaat-gespecialiseerde pleeggezinnen";

5° in de bepaling onder 3° wordt het woord "kandidaat-pleeggezinnen" vervangen door de woorden "kandidaat-pleeggezinnen en kandidaat-gespecialiseerde pleeggezinnen";

6° in de bepaling onder 4° wordt het woord "pleeggezinnen" vervangen door de woorden "pleeggezinnen of gespecialiseerde pleeggezinnen";

7° in de bepaling onder 6° wordt het woord "pleeggezinnen" vervangen door de woorden "pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen" en wordt het woord "pleegzorgperiode" vervangen door de woorden "periode van pleegzorg of gespecialiseerde pleegzorg";

8° in de bepaling onder 7° wordt het woord "pleeggezinnen" vervangen door de woorden "pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen";

9° in de bepaling onder 8° wordt het woord "pleeggezin" vervangen door de woorden "pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin".

Art. 27 – In artikel 27, 4°, van hetzelfde decreet worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 28 – In artikel 29 van hetzelfde decreet wordt paragraaf 1 aangevuld met een vijfde lid, luidende:

"Het departement kan de inschatting opdragen aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters."

Art. 29 – In artikel 31 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen";

2° in het tweede lid worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 30 – In artikel 38 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, 5°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° paragraaf 1 wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° indien minder dan een jaar geleden een jeugdbijstandsmaatregel voor een kind werd beëindigd en opnieuw een jeugdbijstandsmaatregel voor hetzelfde kind noodzakelijk lijkt."

3° in paragraaf 3 worden de woorden "3°, 4° en 5°," vervangen door de woorden "en 3° tot 6°,".

Art. 31 – In artikel 40 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen";

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 32 – In artikel 41 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen";

2° in § 1, derde lid, worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 33 – In artikel 48 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "pleeggezin" vervangen door de woorden "pleeggezin of gespecialiseerd pleeggezin";

2° in het tweede lid worden de woorden "of het pleeggezin" vervangen door de woorden ", het pleeggezin of het gespecialiseerd pleeggezin".

Art. 34 – In artikel 51, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 35 – In artikel 54, eerste lid, 3°, van hetzelfde decreet worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 36 – In artikel 57, § 8, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "Ze mogen niet" vervangen door de woorden "Zonder toestemming van de partijen mogen ze niet".

Art. 37 – In artikel 58 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

"§ 1 – De procureur des Konings gaat na of een project haalbaar en passend is.

Als er een gegronde reden tot verdenking bestaat, kan de procureur des Konings aan de verdachte jongere voorstellen om een project in te dienen.

Als de procureur des Konings niet voorstelt om een project in te dienen, motiveert hij die beslissing met specifieke redenen en deelt hij die beslissing mee aan de verdachte jongere. Behalve in de gevallen vermeld in artikel 49, tweede lid, van de wet van 8 april 1965 heeft het ontbreken van een dergelijke motivering tot gevolg dat de zaak ten onrechte aanhangig wordt gemaakt bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

Als de procureur des Konings voorstelt om een project in te dienen, deelt hij de verdachte jongere schriftelijk mee dat hij vijftien werkdagen bedenktijd heeft om dat voorstel tot indiening van een project aan te nemen of af te wijzen, te rekenen vanaf de ontvangst ervan."

2° § 2, derde lid, wordt vervangen als volgt:

"Indien de verdachte jongere geen contact opneemt met het departement binnen acht werkdagen na ontvangst van de schriftelijke mededeling vermeld in paragraaf 1, vierde lid, neemt het departement schriftelijk contact met hem op om hem nogmaals erop te wijzen dat hij een project kan indienen bij de procureur des Konings."

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"Indien de verdachte jongere het voorstel tot indiening van een project niet binnen vijftien werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke mededeling vermeld in § 1, vierde lid, aanneemt, deelt het departement dat mee aan de procureur des Konings. Overeenkomstig artikel 63 kan de procureur des Konings de zaak aanhangig maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank met het oog op jeugdbeschermingsmaatregelen.

Art. 38 – In artikel 66 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen";

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 39 – In artikel 67, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 40 – In artikel 68, § 2, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° in het tweede lid wordt het woord "verdachte" vervangen door het woord "delinquente".

Art. 41 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 42 – In artikel 70, § 3, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° er wordt een bepaling onder 2.1° ingevoegd, luidende:

"2.1° een verblijf in de gewone leefomgeving als vermeld in artikel 79 mits bepaalde personen of plaatsen gedurende een bepaalde periode worden vermeden;"

2° er wordt een bepaling onder 2.2° ingevoegd, luidende:

"2.2° een verblijf in de gewone leefomgeving als vermeld in artikel 79 mits aan een of meer opleidings- of bewustmakingsmodulen over het gedrag van de verdachte jongere wordt deelgenomen;"

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 43 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 44 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 45 – In artikel 73 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 46 – In artikel 74 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

4° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

5° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 47 – In artikel 75 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het enige lid, dat het eerste lid wordt, worden de woorden "artikel 50" vervangen door de woorden "artikel 50, § 1,";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Daartoe richt de jongere een schriftelijke aanvraag aan het departement, met vermelding van de redenen en de duur van de aangevraagde verlenging."

3° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"De aanvraag tot verlenging wordt uiterlijk een maand vóór de leeftijd van achttien jaar ingediend of, voor zover de bevolen jeugdbeschermingsmaatregel tot na de leeftijd van achttien jaar reikt, een maand vóór het einde van die jeugdbeschermingsmaatregel."

4° het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"De Regering bepaalt de verdere procedure voor de aanvraag tot verlenging."

Art. 48 – In artikel 76 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° in § 8, tweede lid, worden de woorden "Ze mogen niet" vervangen door de woorden "Zonder toestemming van de partijen mogen ze niet".

Art. 49 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 50 – In artikel 82 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

4° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 51 – In artikel 85 van hetzelfde decreet wordt het woord "pleeggezinnen" vervangen door de woorden "pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 52 – In artikel 88 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"De Regering bepaalt onder welke voorwaarden een erkenning geheel of gedeeltelijk kan worden gelijkgesteld."

2° in § 2, eerste lid, wordt het woord "1°," vervangen door de woorden "1°, of artikel 104.2, eerste lid, 1°,".

Art. 53 – In artikel 89, eerste lid, 5°, van hetzelfde decreet wordt het woord "inspectiebijeenkomst" vervangen door het woord "kwaliteitsdialoog".

Art. 54 – In artikel 96, § 2, van hetzelfde decreet wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure vangt het pleeggezin geen nieuwe pleegkinderen op."

Art. 55 – In artikel 98, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "pleeggezin voor langdurige pleegzorg dat aan pleegzorg doet" vervangen door de woorden "pleeggezin dat aan langdurige pleegzorg doet".

Art. 56 – In artikel 99, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "Een pleeggezin dat crisispleegzorg of langdurige pleegzorg biedt, vangt" vervangen door de woorden "In het kader van crisispleegzorg of langdurige pleegzorg vangt een pleeggezin".

Art. 57 – Artikel 104 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De Regering bepaalt de procedure voor de gelijkstelling van de voorbereiding en de beroepsmogelijkheden in geval van een weigering van de gelijkstelling van de voorbereiding."

Art. 58 – In hoofdstuk 6 van hetzelfde decreet wordt een afdeling 2.1 ingevoegd die de artikelen 104.1 tot 104.9 bevat, luidende:

"Afdeling 2.1 – Erkenning van gespecialiseerde pleeggezinnen"

Art. 59 – In hoofdstuk 6, afdeling 2.1, van hetzelfde decreet wordt een onderafdeling 1 ingevoegd die artikel 104.1 bevat, luidende:

"Onderafdeling 1 – Toepassingsgebied"

Art. 60 – In hoofdstuk 6, afdeling 2.1, onderafdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 104.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 104.1 – Specifiek toepassingsgebied"

Deze afdeling is van toepassing op de erkenning van gespecialiseerde pleeggezinnen."

Art. 61 – In hoofdstuk 6, afdeling 2.1, van hetzelfde decreet wordt een onderafdeling 2 ingevoegd die de artikelen 104.2 tot 104.8 bevat, luidende:

"Onderafdeling 2 – Erkenningsvoorwaarden en erkenningsprocedure"

Art. 62 – In hoofdstuk 6, afdeling 2.1, onderafdeling 2, van hetzelfde decreet wordt een artikel 104.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 104.2 – Erkenningsvoorwaarden"

Alle natuurlijke personen die in het kader van dit decreet aan gespecialiseerde pleegzorg doen, moeten, voordat ze van start gaan, door de Regering erkend zijn als gespecialiseerd pleeggezin en moeten minstens aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° een gekwalificeerde natuurlijke persoon zijn die voldoet aan de door de Regering vastgelegde minimumeisen;

2° geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering hebben die hen onder meer verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kinderscherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kinderscherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt;

3° de leden van het gespecialiseerde pleeggezin die tot het gezin behoren, hebben geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering die hen onder meer verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kinderscherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kinderscherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt;

4° voldoen aan de door de Regering vastgelegde voorwaarden inzake infrastructuur;

5° geen professionele of niet-professionele activiteit uitoefenen die onverenigbaar is met gespecialiseerde pleegzorg of die hen van de begeleiding van de kinderen of jongeren zou kunnen afhouden;

6° aangesloten zijn bij een sociaal verzekeringsfonds;

7° een aansprakelijkheidsverzekering hebben voor de begeleiding van de kinderen en jongeren;

8° de gezinsleden van het gespecialiseerde pleeggezin hebben geen verslavingsproblemen of ziekten die de integriteit van het kind of de jongere ernstig in gevaar kunnen brengen;

9° het kind of de jongere kan in hygiënische omstandigheden worden opgenomen;

10° de integriteit van het kind en zijn nationale en internationale fundamentele rechten, alsook de in de artikelen 4 en 6 vermelde rechten van het kind, de jongere en de personen belast met de opvoeding eerbiedigen;

11° de in de artikelen 7 en 8 vermelde doeleinden van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming nastreven;

12° aanvaarden dat de Regering toezicht uitoefent op de toepassing van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan.

De Regering bepaalt de minimumeisen vermeld in het eerste lid, 1°, en de voorwaarden inzake infrastructuur vermeld in het eerste lid, 4°."

Art. 63 – In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 104.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 104.3 – Erkenningsprocedure

§ 1 – De natuurlijke personen die erkend willen worden, voltooien de voorbereiding op de pleegzorg, vermeld in artikel 103.

De kandidaat-gespecialiseerde pleeggezinnen kunnen worden erkend voor een of meer van de volgende vormen van gespecialiseerde pleegzorg:

1° crisisleegzorg;

2° langdurige pleegzorg.

§ 2 – De erkenning wordt verleend voor een periode van zes jaar en kan worden verlengd.

De erkenning kan niet worden overgedragen aan een andere natuurlijke persoon.

§ 3 – Uiterlijk één maand voordat de erkenning verstrijkt, dienen de gespecialiseerde pleeggezinnen een aanvraag tot verlenging van de erkenning in.

§ 4 – De Regering bepaalt:

1° de erkenningsprocedures;

2° de procedures om de erkenning te wijzigen;

3° de procedures om de erkenning te verlengen;

4° de mogelijkheden om beroep in te stellen in geval van weigering van de erkenning, weigering van de wijziging van de erkenning of weigering van de hernieuwing van de erkenning."

Art. 64 – In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 104.4. ingevoegd, luidende:

Art. 104.4 – Verplichtingen voor het behoud van de erkenning

Voor het behoud van de erkenning komen de gespecialiseerde pleeggezinnen de in artikel 104.2 vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen, alsook de volgende verdere verplichtingen na:

1° zorgen voor een constructieve samenwerking met het departement;

2° het departement op verzoek alle nodige inlichtingen bezorgen;

3° het departement, de procureur des Konings en de jeugdrechter of de jeugdrechtbank binnen de gestelde termijn of op verzoek de nodige verslagen en inlichtingen bezorgen;

4° geen vertrouwelijke informatie over de ontwikkeling en de gezinssituatie van het pleegkind doorgeven aan anderen, ook niet na beëindiging van de gespecialiseerde pleegzorg, onverminderd de informatieplicht ten aanzien van het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank;

5° minstens eenmaal per jaar deelnemen aan een kwaliteitsdialoog met het departement. Die kan zo nodig ter plaatse plaatsvinden;

6° de medewerkers van het departement toestaan om huisbezoeken af te leggen;

7° zorgen voor het contact van de kinderen en jongeren met de personen belast met hun opvoeding, met inachtneming van de voorwaarden van het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank;

8° zich verplichten tot een respectvolle houding ten aanzien van de personen belast met de opvoeding en de grenzen van elkaars rol respecteren;

9° deelnemen aan vakspecifieke bijscholingen en supervisies en deelnemen aan vakkundige adviesverleningen en begeleidingen;

10° ervoor zorgen dat de medewerkers van het departement te allen tijde contact kunnen opnemen met het pleegkind.

De Regering kan de verplichtingen vermeld in het eerste lid preciseren en verdere verplichtingen voor het behoud van de erkenning vastleggen, voor zover die de kwaliteit van de gespecialiseerde pleegzorg kunnen verbeteren."

Art. 65 – In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 104.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 104.5 – Schorsing en intrekking van de erkenning

Artikel 96 is mutatis mutandis van toepassing op de gespecialiseerde pleeggezinnen."

Art. 66 – In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 104.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 104.6 – Beëindiging van de gespecialiseerde pleegzorg

Artikel 97 is mutatis mutandis van toepassing op de gespecialiseerde pleeggezinnen."

Art. 67 – In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 104.7 ingevoegd, luidende:

"Art. 104.7 – Pleegouderkaart

Artikel 98 is mutatis mutandis van toepassing op de gespecialiseerde pleeggezinnen."

Art. 68 – In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 104.8 ingevoegd, luidende:

"Art. 104.8 – Opvangcapaciteit

Een gespecialiseerd pleeggezin heeft een opvangcapaciteit van minstens drie en hoogstens zes opvangplaatsen.

In afwijking van het eerste lid kunnen, na een positief advies van het departement, meer dan zes pleegkinderen tegelijk worden opgevangen.

De Regering kan de nadere regels bepalen."

Art. 69 – In hoofdstuk 6, afdeling 2.1, van hetzelfde decreet wordt een onderafdeling 3 ingevoegd die artikel 104.9 bevat, luidende:

"Onderafdeling 3 – Voorbereiding op de pleegzorg"

Art. 70 – In hoofdstuk 6, afdeling 2.1, onderafdeling 3, van hetzelfde decreet wordt een artikel 104.9 ingevoegd, luidende:

"Art. 104.9 – Voorbereiding op de pleegzorg

Kandidaat-gespecialiseerde pleeggezinnen kunnen zich inschrijven voor de voorbereiding op de pleegzorg, als ze voldoen aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 104.2. Het departement gaat na of aan de erkenningsvoorwaarden is voldaan.

De Regering bepaalt de lijst van de documenten die moeten worden voorgelegd om zich als deelnemer in te schrijven voor de voorbereiding op de pleegzorg.

De artikelen 100, 101, 103 en 104 zijn mutatis mutandis van toepassing op de gespecialiseerde pleeggezinnen."

Art. 71 – In hoofdstuk 6 van hetzelfde decreet wordt een afdeling 4 ingevoegd die artikel 106.1 bevat, luidende:

"Afdeling 4 – Plaatselijke en in de tijd beperkte projecten"

Art. 72 – In hoofdstuk 6, afdeling 4, van hetzelfde decreet wordt een artikel 106.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 106.1 – Financiering van plaatselijke en in de tijd beperkte projecten"

Met inachtneming van de in dit decreet vermelde voorschriften kan aan de niet-gedekte vraag naar jeugdbijstand of jeugdbescherming worden voldaan in het kader van plaatselijke en in de tijd beperkte projecten.

De taakbeschrijving en de financiering van die projecten worden geregeld in een eigen overeenkomst tussen de projectaanbieders en de Regering. De overeenkomst wordt gesloten voor een periode van een jaar en kan eenmaal worden verlengd."

Art. 73 – In het opschrift van hoofdstuk 7, afdeling 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "en pleegzorgvergoeding" vervangen door de woorden ", pleegzorgvergoeding en vergoedingen".

Art. 74 – In dezelfde afdeling wordt een artikel 109.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 109.1 – *Vergoedingen in het kader van de gespecialiseerde pleegzorg*"

Personen die ter uitvoering van dit decreet aan gespecialiseerde pleegzorg doen, krijgen de volgende vergoedingen:

1° een forfaitaire vergoeding per dag en per pleegkind om de kosten voor de opvang van de pleegkinderen te dekken. Die vergoeding wordt materiële vergoeding genoemd;

2° een forfaitaire vergoeding per dag en per pleegkind om het gespecialiseerde aspect van de pleegzorg te vergoeden;

3° een forfaitaire vergoeding per dag om het inkomensverlies te dekken als het minimumaantal plaatsen dat overeenkomstig artikel 104.8, eerste lid, ter beschikking wordt gesteld, niet helemaal bezet is. Die vergoeding is beperkt tot één plaats.

De Regering bepaalt het bedrag, de toekenningsvoorwaarden en de nadere regels voor de uitbetaling van de vergoedingen vermeld in het eerste lid."

Art. 75 – In artikel 112, § 1, van hetzelfde decreet wordt het eerste lid vervangen als volgt:

"Personen belast met de opvoeding van een kind dat in het kader van dit decreet ambulant of semi-residentieel behandeld, opgevangen of begeleid wordt door het departement, een aanbieder van jeugdbijstand, een dienstverrichter, een pleeggezin of een gespecialiseerd pleeggezin, kunnen een financiering voor de bijzondere onkosten van dat kind aanvragen."

Art. 76 – In artikel 113 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift worden de woorden "en pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen";

2° in het eerste lid worden de woorden "en semi-residentiële" opgeheven en wordt het woord "pleeggezinnen" vervangen door de woorden "pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen".

Art. 77 – In artikel 115, § 1, vijfde lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "dat" vervangen door de woorden "een geanonimiseerd".

Art. 78 – In artikel 119 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, eerste lid, wordt opgeheven;

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank," opgeheven en worden de woorden "de pleeggezinnen en de bemiddelaar" vervangen door de woorden "de pleeggezinnen, de gespecialiseerde pleeggezinnen, de bemiddelaar, alsook de inspecteurs en externe deskundigen";

3° in § 1, derde lid, worden de woorden "tweede lid" vervangen door de woorden "eerste lid";

4° in de inleidende zin van paragraaf 2 worden de woorden "de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank," opgeheven en worden de woorden "en de pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", de pleeggezinnen, de gespecialiseerde pleeggezinnen, alsook de inspecteurs en externe deskundigen";

5° in § 2, 1°, worden de woorden "vermeld in de artikelen 21, 22 en 23, alsook vermeld in hoofdstuk 6" vervangen door de woorden "vermeld in de artikelen 22, 23, 24, hoofdstuk 6 en hoofdstuk 7";

6° § 2, 2°, wordt vervangen als volgt:

"2° de aanbieders van jeugdbijstand, de aanbieders van jeugdbescherming, de dienstverrichters, de pleeggezinnen en de gespecialiseerde pleeggezinnen voor de vervulling van de taken vermeld in artikel 28, derde lid, artikel 29, § 1, vijfde lid, alsook in de artikelen 31, 40 en 66";

7° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° de inspecteurs en externe deskundigen voor het vervullen van de taken vermeld in artikel 123.1."

Art. 79 – In artikel 120 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van § 1, eerste lid, worden de woorden "de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank," opgeheven en worden de woorden "en de pleeggezinnen" vervangen door de woorden ", de pleeggezinnen en de gespecialiseerde pleeggezinnen";

2° paragraaf 1 wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"De verantwoordelijken vermeld in het eerste lid kunnen de daarin vermelde gegevens aan de procureur des Konings, de jeugdrechter en de jeugdrechtbank bezorgen voor de vervulling van de taken vermeld in hoofdstuk 4, afdeling 2, onderafdeling 2, hoofdstuk 4, afdeling 3, en hoofdstuk 5."

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "die verband houden met de aanvragen om met inachtneming van de voorwaarden vermeld in artikel 86 door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap te worden erkend" vervangen door de woorden "van de erkenningsaanvragen en voor de uitbetaling van het salaris van de personeelsleden";

4° er wordt een paragraaf 2.1 ingevoegd, luidende:

"§ 2.1 – De Regering kan de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken overeenkomstig artikel 119:

1° met betrekking tot de erkende aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming en hun personeelsleden:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) gegevens inzake einddiploma en opleiding;

c) gegevens over de arbeidsverhouding en het salaris;

d) gegevens over de talenkennis;

e) gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister;

2° met betrekking tot de pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) gegevens over de samenstelling van het gezin;

c) gegevens over het einddiploma en de opleiding;

d) gegevens over de arbeidsverhouding en het salaris;

e) gegevens over de talenkennis;

f) gegevens over de gezinssituatie;

g) gegevens over de sociale en financiële situatie;

- h) gegevens over de vrijetijdsbesteding;
 - i) gegevens over de bekwaamheden en interesses;
 - j) medische en psychologische gegevens;
 - k) gegevens over de woonplaats;
 - l) gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
 - m) gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister;
 - n) gegevens inzake levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging;
- 3° met betrekking tot de leden van het pleeggezin of het gespecialiseerde pleeggezin die tot het gezin behoren:
- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
 - b) gegevens over de samenstelling van het gezin;
 - c) gegevens over het einddiploma en de opleiding;
 - d) gegevens over de arbeidsverhouding;
 - e) gegevens over de sociale en financiële situatie;
 - f) medische en psychologische gegevens;
 - g) gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
 - h) gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister;
 - i) gegevens inzake levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging.

De gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid kunnen worden verwerkt voor de doeleinden van de toekenning, de schorsing en de intrekking van erkenningen overeenkomstig hoofdstuk 6, alsook de controle van de subsidiëeringsvoorwaarden overeenkomstig artikel 108."

5° er wordt een § 2.2 ingevoegd, luidende:

"§ 2.2 – De inspecteurs en externe deskundigen die overeenkomstig artikel 123.1 zijn aangewezen, kunnen overeenkomstig artikel 119 de volgende categorieën persoonsgegevens verwerken:

1° met betrekking tot de kinderen, jongeren en de personen belast met hun opvoeding, alsook de jongvolwassenen:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) gegevens inzake einddiploma en opleiding;
- c) gegevens over de talenkennis;
- d) gegevens over de gezinssituatie;
- e) gegevens over de sociale en financiële situatie;
- f) gegevens over de vrijetijdsbesteding;
- g) gegevens over de bekwaamheden en interesses;
- h) medische en psychologische gegevens;
- i) gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- j) gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;

k) gegevens inzake levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging;

2° met betrekking tot de erkende aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming en hun personeelsleden:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) gegevens inzake einddiploma en opleiding;
- c) gegevens over de arbeidsverhouding en het salaris;
- d) gegevens over de talenkennis;
- e) gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister;

3° met betrekking tot de pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- c) gegevens over het einddiploma en de opleiding;

- d) gegevens over de arbeidsverhouding en het salaris;
 - e) gegevens over de talenkennis;
 - f) gegevens over de gezinssituatie;
 - g) gegevens over de sociale en financiële situatie;
 - h) gegevens over de vrijetijdsbesteding;
 - i) gegevens over de bekwaamheden en interesses;
 - j) medische en psychologische gegevens;
 - k) gegevens over de woonplaats;
 - l) gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
 - m) gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister;
 - n) gegevens inzake levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging;
- 4° met betrekking tot de leden van het pleeggezin of het gespecialiseerde pleeggezin die tot het gezin behoren:
- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
 - b) gegevens over de samenstelling van het gezin;
 - c) gegevens over het einddiploma en de opleiding;
 - d) gegevens over de arbeidsverhouding;
 - e) gegevens over de sociale en financiële situatie;
 - f) medische en psychologische gegevens;
 - g) gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
 - h) gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister;
 - i) gegevens inzake levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging.

De in het eerste lid vermelde gegevenscategorieën kunnen worden verwerkt voor het doeleinde van de inspectie en controle overeenkomstig artikel 123.1."

6° in paragraaf 4 wordt het woord "kan" vervangen door het woord "preciseert" en wordt het woord "preciseren" opgeheven.

Art. 80 – In artikel 122, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "artikel 120, § 2, eerste lid" vervangen door de woorden "artikel 120, § 2, eerste lid, § 2.1, eerste lid, en § 2.2, eerste lid".

Art. 81 – In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk 10.1 ingevoegd dat artikel 123.1 bevat, luidende:

"Hoofdstuk 10.1 – Controlebepalingen"

Art. 82 – In hoofdstuk 10.1 van hetzelfde decreet wordt een artikel 123.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 123.1 – Controle en inspectie"

§ 1 – De erkende aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen vallen onder het toezicht van de inspecteurs die door de Regering worden aangewezen. Met het oog op de uitoefening van hun opdracht kunnen de inspecteurs zich laten bijstaan door vertegenwoordigers van het openbaar gezag.

De met het toezicht belaste inspecteurs mogen onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich te vergewissen dat de bepalingen van dit decreet en van de uitvoeringsbesluiten ervan nageleefd worden. Ze kunnen:

1° personen ondervragen over feiten waarvan de bekendheid nuttig is voor de uitoefening van het toezicht;

2° zich ter plaatse de boeken en bescheiden voorgeschreven bij dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan laten overleggen en afschriften of uittreksels daarvan maken;

3° inzage nemen in alle boeken en bescheiden die betrekking hebben op de vormen van opvang die door de Duitstalige Gemeenschap erkend en/of gesubsidieerd worden;

4° alle ruimten van de erkende aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming die niet als woning dienen te allen tijde inspecteren. Die onderzoeken en controles mogen worden uitgevoerd zonder voorafgaande aanmelding en zonder begeleiding van een vertegenwoordiger van de erkende aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming. In dat geval krijgt de vertegenwoordiger van de erkende aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming in aansluiting daarop onmiddellijk feedback;

5° alle, als woning dienende ruimten van de erkende aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, alsook de woningen van de pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen met voorafgaande aanmelding en met toestemming van alle betrokken meerderjarige bewoners inspecteren. De bewoners hebben het recht daarbij aanwezig te zijn;

6° in de uitoefening van hun ambt een beroep doen op de hulp van de lokale of federale politie.

§ 2 – De Regering kan externe deskundigen, onder toezicht van de inspecteurs, belasten met het onderzoek en de beoordeling van erkende aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, pleeggezinnen en gespecialiseerde pleeggezinnen. In dat geval ondersteunen de met een opdracht belaste deskundigen de inspecteurs bij het uitoefenen van hun bevoegdheden vermeld in paragraaf 1.

§ 3 – De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof."

Art. 83 – In artikel 124 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "pleegzorg" vervangen door de woorden "pleegzorg of gespecialiseerde pleegzorg" en worden de woorden "of artikel 94" vervangen door de woorden ", artikel 94 of artikel 104.3";

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

"§ 3 – Wie het werk van de inspecteurs vermeld in artikel 123.1 belemmert, wordt gestraft met een geldboete van 26 euro tot 124 euro."

Art. 84 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 85 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

HOOFDSTUK 2 – CULTURELE AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1 – Cultuur

Art. 86 – In artikel 16, vijfde lid, van het decreet van 7 mei 2007 over de bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het getal "100" wordt vervangen door het getal "80";

2° het artikel wordt aangevuld met een derde zin, luidende:

"Het saldo wordt alleen uitbetaald als, na de publicatie, de voor de subsidie noodzakelijke documenten bij de Regering worden ingediend."

Art. 87 – In artikel 65, § 1, eerste lid, 7°, van het programmadecreet 2013 van 25 februari 2013, ingevoegd bij het decreet van 15 december 2022, worden de woorden "in 2013" vervangen door de woorden "vanaf 2023".

Art. 88 – In artikel 21 van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016 en gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt het getal "100" vervangen door het getal "80";

2° in de inleidende zin van het tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de woorden "De voor de ondersteuning noodzakelijke documenten worden" vervangen door de woorden "Met het oog op de uitbetaling van het saldo worden de voor de ondersteuning noodzakelijke documenten".

Art. 89 – Artikel 38.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De aanvrager heeft 24 maanden de tijd, te rekenen vanaf de toekenning van de beurs, om zijn project te publiceren. Op schriftelijk verzoek kan de Regering die termijn één keer met maximaal twaalf maanden verlengen. Als die publicatietermijn niet wordt nagekomen, vordert de Regering de beurs terug."

Art. 90 – In bijlage 2 van hetzelfde decreet wordt de tabel "Subsidie voor jubileumvieringen van amateurkunstverenigingen en folkloreverenigingen – met uitzondering van de carnavalsverenigingen" aangevuld met de volgende regels:

"225 jaar:	2.250 euro
250 jaar:	2.500 euro
275 jaar:	2.750 euro
300 jaar:	3.000 euro"

Art. 91 – In artikel 9, tweede lid, van het decreet van 27 februari 2023 ter ondersteuning van de buitenschoolse culturele vorming worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. in de bepaling onder 3° wordt de komma punt vervangen door een punt;
2. de bepaling onder 4° wordt opgeheven.

Art. 92 – Artikel 12 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 93 – In artikel 31 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. in de bepaling onder 2° wordt de komma punt vervangen door een punt;
2. de bepaling onder 3° wordt opgeheven.

Art. 94 – In artikel 39 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

"§ 1 – In afwijking van artikel 17, § 2, tweede lid, en artikel 18, § 2, tweede lid, worden uitsluitend de volgende kalenderjaren in aanmerking genomen voor de berekening van het gemiddelde aantal activiteiten met het oog op de eerste uniforme ondersteuningsperiode in de zin van artikel 11, § 2 en § 3:

1° voor de aanvragen ingediend in 2023: uitsluitend de kalenderjaren 2019 en 2022;

2° voor de aanvragen ingediend in 2024: uitsluitend de kalenderjaren 2022 en 2023."

2° in paragraaf 2 wordt het tweede lid aangevuld als volgt: ", voor zover het gaat om aanvragen die zijn ingediend in de jaren 2023, 2024 en 2025".

Afdeling 2 – Jeugd

Art. 95 – In artikel 4, derde lid, van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk, vervangen bij het decreet van 23 november 2015 en gewijzigd bij het decreet van 14 december 2021, worden de woorden "de sociaal-ruimtelijke analyse die de aanbieders van open jeugdwerk moeten opstellen" vervangen door de woorden "de bevindingen die voortvloeien uit het

werk van de aanbieders van open jeugdwerk en mobiel jeugdwerk".

Art. 96 – In artikel 5, § 1, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 6° wordt aangevuld met de woorden "en algemene bekendheid daaraan geven";

2° de bepaling onder 13°, gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, wordt vervangen als volgt:

"13° zo nodig, op verzoek van de Regering en minstens eenmaal per ondersteuningsperiode een balans en resultatenrekening van het vorige boekjaar overleggen."

3° de bepaling onder 14° wordt opgeheven.

Art. 97 – Artikel 6 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017, wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

"Nadat is nagegaan dat de ondersteuningsvoorwaarden vervuld zijn, kan de Regering een subsidie voor jubileumvieringen toekennen aan ondersteunde jeugdvoorzieningen, alsook aan de Jeugdraad.

De Regering bepaalt welke jubileumvieringen ondersteund kunnen worden.

De aanvraag wordt minstens een maand voor het begin van de jubileumvieringen bij de Regering ingediend. Bij de aanvraag moeten de volgende documenten worden gevoegd:

1° een bewijs waaruit blijkt hoelang de jeugdvoorziening al bestaat;

2° een beschrijving van het project die informatie bevat over de inhoud, de duur, de doelgroep en de bekendmaking van de jubileumvieringen.

Het bedrag van de subsidie wordt bepaald overeenkomstig de bijlage.

De subsidie voor jubileumvieringen wordt alleen uitbetaald als de voor de ondersteuning noodzakelijke documenten binnen drie maanden na het einde van de jubileumvieringen bij de Regering zijn ingediend. Daartoe behoren:

1° een eindverslag;

2° een overzicht van de subsidiabele uitgaven en de daarbij horende bewijzen.

Na afloop van die termijn kunnen geen subsidies meer worden uitbetaald."

Art. 98 – In artikel 8, 4°, van hetzelfde decreet wordt het woord "effectiviteitsdialoog" vervangen door het woord "jaargesprek".

Art. 99 – In artikel 9 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, wordt in het tweede lid de bepaling onder 2° vervangen als volgt:

"2° de beschrijving hoe de in artikel 5, § 2, genoemde prioriteiten zijn uitgevoerd in het kader van het algemene aanbod van de jeugdorganisaties voor hun respectieve doelgroep tijdens de ondersteuningsperiode;"

Art. 100 – In artikel 11 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift wordt het woord "effectiviteitsdialoog" vervangen door het woord "jaargesprek";

2° in de inleidende zin van het eerste lid wordt het woord "effectiviteitsdialoog" vervangen door het woord "jaargesprek";

3° in het eerste lid wordt de bepaling onder 1°, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, vervangen als volgt:

"1° de uitvoering van de ondersteuningsaanvraag door de activiteiten van het voorgaande kalenderjaar toe te lichten;"

4° in het tweede lid wordt het woord "effectiviteitsdialoog" vervangen door het woord "jaargesprek".

Art. 101 – In artikel 17 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, wordt in het tweede lid de bepaling onder 1° vervangen als volgt:

"1° de beschrijving hoe de prioriteiten vermeld in artikel 5, § 2, zijn uitgevoerd, de beschrijving hoe de doelstelling vermeld in artikel 16 is uitgevoerd, de beschrijving hoe de specifieke doelstellingen en methoden die voortvloeien uit het jeugdverslag zijn uitgevoerd en hoe het informatiecentrum voor jongeren bij de uitvoering van het strategisch plan werd betrokken tijdens de ondersteuningsperiode;"

Art. 102 – In artikel 20 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

"§ 1 – De Regering voert een jaargesprek voor de begeleiding en de evaluatie van de prestatieovereenkomst. Aan het jaargesprek nemen minstens de volgende personen deel: het dagelijks bestuur van het informatiecentrum voor jongeren, een vertegenwoordiger van de raad van bestuur van het informatiecentrum voor jongeren, een vertegenwoordiger van de door de Regering aangewezen dienst en een vertegenwoordiger van de Regering. Voorts kan elke gemeente een vertegenwoordiger naar het jaargesprek afvaardigen.

De door de Regering aangewezen dienst maakt notulen op; die notulen bevatten inlichtingen over de uitvoering van de prestatieovereenkomst. De notulen worden aan de deelnemers van het jaargesprek bezorgd."

2° in de inleidende zin van § 2, eerste lid, wordt het woord "begeleidingscomité" vervangen door het woord "jaargesprek";

3° in § 2, eerste lid, 1°, worden de woorden "voorgaande en het lopende kalenderjaar, alsmede de prioriteiten, projecten en activiteiten voor het komende jaar" vervangen door de woorden "voorgaande kalenderjaar";

4° § 2, tweede lid, wordt opgeheven.

Art. 103 – In artikel 22 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 14 december 2021, worden in de tweede zin de woorden "registreert systematisch de fysieke, sociale en digitale leefruimten van jonge mensen en" ingevoegd tussen de woorden "jeugdwerk" en het woord "gaat".

Art. 104 – Artikel 23 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, wordt opgeheven.

Art. 105 – In artikel 26 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, wordt in het tweede lid de bepaling onder 1° vervangen als volgt:

"1° de beschrijving hoe de prioriteiten vermeld in artikel 5, § 2, zijn uitgevoerd, de beschrijving hoe de doelstelling vermeld in artikel 22 is uitgevoerd, de beschrijving hoe de specifieke doelstellingen en methoden die voortvloeien uit het jeugdverslag zijn uitgevoerd en hoe de aanbieder van open jeugdwerk bij de uitvoering van het strategisch plan werd betrokken tijdens de ondersteuningsperiode;"

Art. 106 – In artikel 27 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "23," opgeheven;

2° in § 2, eerste lid, wordt de bepaling onder 1°, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2022, vervangen als volgt:

"1° welke activiteiten er zijn doorgevoerd om de doelstellingen die in de ondersteuningsaanvraag worden beschreven, uit te voeren;"

2° in paragraaf 2 wordt het tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 15 december 2022, opgeheven.

Art. 107 – In artikel 29, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 2°, gewijzigd bij het decreet van 14 december 2021, worden de woorden "sociaal-ruimtelijke analyses en" opgeheven;

2° de bepaling onder 9° wordt opgeheven.

Art. 108 – In artikel 30, § 1, vijfde lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, worden de woorden "de sociaal-ruimtelijke analyse van het open jeugdwerk van de betrokken gemeente" vervangen door de woorden "het werk van de aanbieder van open jeugdwerk".

Art. 109 – In artikel 30.1, § 2, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 14 december 2021, worden de woorden "de regelmatige sociaal-ruimtelijke analyses" vervangen door de woorden "de regelmatige registratie van de levensgebieden van de jongeren tijdens het dagelijkse werk van de aanbieders van open jeugdwerk".

Art. 110 – Artikel 31 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 31 – In te dienen documenten

Het Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap dient jaarlijks uiterlijk op 30 juni de volgende documenten in bij de Regering:

1° een uitvoerig activiteitenverslag over de in het beheerscontract vermelde taken die in het voorgaande jaar werden uitgevoerd;

2° een programma van de voortgezette opleidingen."

Art. 111 – In artikel 45, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de inleidende zin wordt aangevuld met de woorden ", voor zover de opleiding en voortgezette opleiding rechtstreeks samenhangt met de in de jeugdvoorziening uitgeoefende activiteit"

2° in de bepaling onder 2° worden de woorden "vrijwillige jeugdleider" vervangen door de woorden "lid dat als vrijwilliger optreedt in een ondersteunde jeugdvoorziening".

Art. 112 – Bij hetzelfde decreet wordt de volgende tabel gevoegd:

"BIJLAGE

Subsidie voor jubileumvieringen van ondersteunde jeugdvoorzieningen en van de Jeugdraad

25 jaar:	250 euro
50 jaar:	500 euro
75 jaar:	750 euro
100 jaar:	1.000 euro
125 jaar:	1.250 euro
150 jaar:	1.500 euro
175 jaar:	1.750 euro
200 jaar:	2.000 euro"

Afdeling 3 – Sport

Art. 113 – In artikel 8, derde lid, van het Sportdecreet van 19 april 2004, hersteld bij het decreet van 22 juni 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1° wordt opgeheven;

2° in de bepaling onder 6° wordt het woord "organiseren" vervangen door de woorden "organiseren en beheren";

3° in de bepaling onder 8° worden de woorden "de samenwerking" vervangen door de woorden "de samenwerking, de uitvoering van projecten";

4° in de bepaling onder 8.1°, ingevoegd bij het decreet van 14 december 2023, wordt het woord "projecten" vervangen door de woorden "jaarlijks in alle scholen projecten";

5° er wordt een bepaling onder 8.2° ingevoegd, luidende:

"8.2° elk jaar een buitenschools schoolsportprogramma voorbereiden en uitvoeren voor alle gewone of gespecialiseerde scholen die door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd worden, volgens de door de Regering vastgelegde richtsnoeren en in overeenstemming met de huidige, in het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap geldende referentiekaders voor sport in de basisscholen en secundaire scholen."

Art. 114 – In artikel 9, eerste lid, 8°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 22 juni 2020 en gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "één taak" vervangen door de woorden "twee taken";

2° in de bepaling onder c) wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma; punt;

3° de bepaling onder 8° wordt aangevuld met de bepalingen onder d) tot f), luidende:

"d) zich actief inzetten voor gendergelijkheid binnen de activiteiten en in de besturen van haar verenigingen en de federatie;

e) inclusief aanbod creëren als daar vraag naar is;

f) actief aandacht besteden aan preventie van interpersoonlijk geweld in de sport."

Art. 115 – In artikel 10 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 22 juni 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt de tweede zin vervangen als volgt:

"Via een prestatiegerichtte ondersteuningstraining biedt de koepelorganisatie een aanvulling op de training die de sportbeoefenaars krijgen in de verenigingen waar ze lid van zijn."

2° § 1, eerste lid, wordt aangevuld met een derde zin, luidende:

"De Regering bepaalt het maximale in aanmerking komende volume aan sporttakspecifieke ondersteuningstraining voor de sportbeoefenaar."

3° in § 1, tweede lid, wordt de tweede zin opgeheven;

4° paragraaf 1 wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Die omvatten:

1° het adviseren van potentiële kadersporters tijdens de aanvraag en het begeleiden van bestaande kadersporters op het gebied van sportgeneeskunde, sporttakspecifieke en sporttakoverschrijdende training, prestatiediagnostiek, voedingsadvies en sportpsychologie;

2° het adviseren van de sportfederaties bij het uitwerken van een sportondersteuningsconcept overeenkomstig artikel 16;

3° het opstellen van het sportondersteuningsconcept in samenwerking met de aanvragende sportfederaties en verenigingen zonder sportfederatie die een sportondersteuningsconcept voor hun sporttak willen uitwerken;

4° het uitvoeren van het sportondersteuningsconcept en van de aanbevelingen van een externe evaluatie van het sportondersteuningsconcept die om de twee jaar plaatsvindt."

4° in § 2, tweede lid, wordt de derde zin vervangen als volgt:

"De Regering kan de leeftijdsgrens op schriftelijk verzoek optrekken tot 23 jaar."

Art. 116 – In artikel 16, § 2, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 22 juni 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het eerste lid wordt het woord "indienen" vervangen door de woorden "bij de koepelorganisatie aanmelden";

2° in het eerste lid wordt de bepaling onder 1° vervangen als volgt:

"1° de sportfederatie heeft een talentontdekkingsconcept;"

3° in het eerste lid, 3°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

4° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° bij de sporttak gaat het om een olympische of paralympische sporttak of een sporttak die erkend wordt door de International World Games Association (IWGA)."

5° in het derde lid worden de woorden "het ingediende" vervangen door de woorden "het door de koepelorganisatie ingediende";

6° het artikel wordt aangevuld met een zesde lid, luidende:

"Om de twee jaar laat de Regering het goedgekeurde sportondersteuningsconcept evalueren door externe deskundigen."

Art. 117 – In artikel 22 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 24 februari 2014 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "Op gunstig advies van de koepelorganisatie kan de Regering" vervangen door de woorden "De Regering kan" en worden de woorden "één van de sporttakken beoefenen die de Regering vastlegt" vervangen door de woorden "een olympische of paralympische sporttak of een door de International World Games Association (IWGA) erkende sporttak beoefenen";

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "Op gunstig advies van de koepelorganisatie kan de Regering" vervangen door de woorden "De Regering kan", worden de woorden "een sporttak beoefenen die de Regering vastlegt" vervangen door de woorden "een olympische of paralympische sporttak of een door de International World Games Association (IWGA) erkende sporttak beoefenen" en worden de woorden "sporter van een" vervangen door de woorden "sporter van een jongtalentkader,";

3° in paragraaf 1 wordt tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"Als de prestatiecriteria voor het krijgen van een status niet elk jaar kunnen worden vervuld, kan de status ook worden toegekend voor een periode van twee kalenderjaren."

4° § 1, derde lid, 1°, dat § 1, vierde lid, 1°, wordt, wordt vervangen als volgt:

"1° de toekenning van een eenmalige, individuele financiële ondersteuning voor de toegekende ondersteuningsperiode;"

5° in § 1 worden in het vierde lid, dat het vijfde lid wordt, de woorden "Op voorafgaand advies van de koepelorganisatie bepaalt de Regering" vervangen door de woorden "De Regering bepaalt";

6° in § 1 wordt in de inleidende zin van het vijfde lid, dat het zesde lid wordt, het woord "jaarlijkse" opgeheven en worden de woorden "derde lid" vervangen door de woorden "vierde lid";

7° de inleidende zin van § 3, eerste lid, wordt vervangen als volgt:

"De Regering onderzoekt de volledig en tijdig ingediende aanvragen en houdt daarbij rekening met:"

8° in § 3, eerste lid, 2°, worden de woorden "een door de Regering vastgestelde lijst van criteria." vervangen door de woorden "de prestatiecriteria voor sporters van een jongtalentkader, C-kader, B-kader en A-kader, waarbij de Regering de nadere regels voor het vastleggen en bekendmaken van die prestatiecriteria bepaalt;"

9° in paragraaf 3 wordt het eerste lid aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende:

"3° de door de Regering vastgelegde sporttakken en leeftijdscategorieën."

10° § 3, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"Zo nodig legt de Regering de volledig en tijdig ingediende aanvragen ter advies voor aan de koepelorganisatie."

11° in § 3, derde lid, worden de woorden "het advies" vervangen door de woorden "de volledige aanvraag".

Art. 118 – In artikel 22.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2014 en gewijzigd bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden "Op het gunstig advies van de

koepelorganisatie kan de Regering" vervangen door de woorden "De Regering kan".

Art. 119 – In artikel 22.2 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015 en gewijzigd bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden "Op gunstig advies van de koepelorganisatie kan de Regering" vervangen door de woorden "De Regering kan" en voorts wordt artikel 22.2 aangevuld met de woorden ", met een maximum van 1.000 euro".

Art. 120 – In artikel 23 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid, vervangen bij het decreet van 22 juni 2020, wordt vervangen als volgt:

"De Regering kan een aanvullende financiële ondersteuning toekennen aan sportverenigingen die over minstens één ploeg in de hoogste nationale klasse in een sportdiscipline beschikken, deelnemen aan een nationaal kampioenschap van een erkende nationale sportfederatie dat het hele jaar door of gedurende een seizoen plaatsvindt, en actief aan jeugdwerk doen."

2° het tweede lid, vervangen bij het decreet van 24 februari 2014, wordt vervangen als volgt:

"Het bedrag van de ondersteuning van de verenigingen wordt afgestemd op het aantal trainingsuren en de kwalificatie van de trainers van de ploegen in de in het eerste lid vermelde sportdiscipline gedurende een periode van ten hoogste tien maanden."

Art. 121 – Artikel 31 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 15 december 2008, 24 februari 2014 en 2 maart 2015, wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"In gemotiveerde uitzonderlijke gevallen kunnen de toelagen en subsidies vermeld in de artikelen 24 en 24.1 ook na de termijn vermeld in het derde lid worden goedgekeurd. In dat geval moet een schriftelijke motivering voor de te late indiening bij de aanvraag worden gevoegd."

Art. 122 – Artikel 14 van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende:

"In afwijking van artikel 5, eerste lid, artikel 8, tweede lid, en artikel 9, tweede lid, wordt de geldigheidsduur van de tijdelijke en definitieve licenties die voor het jaar 2024 werden uitgereikt, met een jaar verlengd, ook als in het jaar 2024 niet werd voldaan aan de voorwaarden gesteld in de artikelen 6, 7, 9, eerste lid, en 10."

Afdeling 4 – Media

Art. 123 – In artikel 1, tweede lid, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen, vervangen bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. in de bepaling onder 6° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;
2. het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 7°, luidende:

"7° Verordening (EU) 2024/1083 van het Europees Parlement en de Raad van 11 april 2024 tot vaststelling van een gemeenschappelijk kader voor mediadiensten op de interne markt en tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU (Europese verordening mediavrijheid)."

Art. 124 – In artikel 4 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° de bepaling onder 61.2° wordt de bepaling onder 61.1°;
- 2° de bepaling onder 61.3° wordt de bepaling onder 61.2°;
- 3° er wordt een bepaling onder 61.3° ingevoegd, luidende:

"61.3° Verordening (EU) 2024/1083: Verordening (EU) 2024/1083 van het Europees Parlement en de Raad van 11 april 2024 tot vaststelling van een gemeenschappelijk kader voor mediadiensten op de interne markt en tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU (Europese verordening mediavrijheid);"

Art. 125 – In artikel 101 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, tweede lid, wordt tussen de eerste zin en de tweede zin, die de derde zin wordt, een zin ingevoegd, luidende:

"Het huishoudelijk reglement preciseert en regelt in welke gevallen de voorzitter bepaalde functies en activiteiten kan delegeren aan een lid van de dienst.";

2° in § 2, derde lid, wordt de tweede vervangen als volgt:

"Het personeel valt onder het toezicht en de verantwoordelijkheid van de Mediaraad. Het is georganiseerd in een dienst en bereidt de beslissingen van de Mediaraad voor. ";

3° in paragraaf 5 wordt het tweede lid opgeheven.

Art. 126 – In artikel 112 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De Mediaraad publiceert een privacybeleid op zijn website."

2° § 3, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"In het kader van zijn bevoegdheden is de Mediaraad eveneens een bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap voor Verordening (EU) 2022/1925 en Verordening (EU) 2024/1083."

Art. 127 – In artikel 138, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023 worden de woorden "Verordening (EU) 2022/1925 en Verordening (EU) 2022/2065" vervangen door de woorden "Verordening (EU) 2022/2065" en worden de woorden "artikel 112; § 3" vervangen door de woorden "artikel 112, § 3, eerste lid".

Art. 128 – In artikel 140 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt paragraaf 1 aangevuld met een zesde lid, luidende:

"De Mediaraad kan de auditeur horen over procedures waarin hij direct of indirect deelgenomen heeft aan het onderzoek."

(...)

HOOFDSTUK 5 – FINANCIËN EN BEGROTING

Art. 198 – In artikel 5, § 2, van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van Begrotingsfondsen worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 4° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

2° in de bepaling onder 5, ingevoegd bij het decreet van 3 februari 2003, wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

3° in de bepaling onder 6°, ingevoegd bij het decreet van 25 april 2016, wordt de punt aan het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

4° de paragraaf wordt aangevuld met een bepaling onder 7°, luidende:

"7° de terugbetaling van uiterlijk op 31 december 2023 betaalde ouderwaarborgen bij rechtspersonen met een activiteit op het gebied van de kinderopvang waarvan de activiteiten werden overgenomen door het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap en die in het jaar 2024 het faillissement hebben aangevraagd, voor zover de vorderingen overeenkomstig de voorschriften en binnen de gestelde termijn aangemeld en opgenomen zijn in het Centraal Register Solvabiliteit en niet gedekt worden door de failliete boedel."

Art. 199 – Artikel 11 van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 23 november 1992, wordt hersteld als volgt:

"Art. 11 – Om de betaling vermeld in artikel 5, § 2, 7°, te verkrijgen, dienen de betrokken schuldeisers van de gefailleerde rechtspersoon met een activiteit op het gebied van de kinderopvang daartoe uiterlijk 90 dagen na ontvangst van de kennisgeving van de curator dat ze niet tot de bevoorrechte schuldenaars behoren, of uiterlijk 90 dagen na de publicatie van het vonnis van faillietverklaring in het Belgisch Staatsblad een aanvraag in bij de Regering."

Art. 200 – In artikel 105, derde lid, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015, worden de woorden "wanneer die wijzigingen het bedrag van de subsidie via een addendum bij het beheerscontract aanpassen" vervangen door de woorden "waarbij via een addendum bij het beheerscontract het bedrag van de subsidie wordt aangepast of de looptijd eenmalig voor een jaar wordt verlengd".

(...)

HOOFDSTUK 7 – SLOTBEPALINGEN

Art. 204 – Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2025, met uitzondering van:

1° artikel 23, artikel 78, 5°, artikel 79, 3° en 4°, artikel 87, artikel 94 en artikel 175, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2024;

2° artikel 129, artikel 133 en artikel 134, die uitwerking hebben met ingang van 1 oktober 2024;

3° de artikelen 153 tot 162, die in werking treden op de dag waarop dit decreet wordt aangenomen;

4° artikel 8, dat in werking treedt op 15 juli 2025;

6° de artikelen 167 en 168, die in werking treden op 1 september 2025;

7° artikel 115, 2°, dat in werking treedt op 1 januari 2026.

Freddy CREMER

Stephanie PAUELS

Evelyn JADIN

PROPOSITION DE DÉCRET-PROGRAMME 2024 (I)

SOU MIS PAR :

Monsieur F. CREMER, Madame S. PAUELS et Madame E. JADIN

TABLE DES MATIÈRES

La proposition de décret relatif au programme comprend des amendements dans les domaines suivants :

- Affaires personnelles
- Affaires culturelles
- Formation et enseignement
- Emploi
- Funérailles et sépultures
- Tourisme
- Aménagement du territoire et urbanisme
- Logement
- Finances et budget
- Divers

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles.....	4
Proposition de décret	49

EXPOSÉ DES MOTIFS**EXPLICATIONS GÉNÉRALES**

Avec la proposition de décret-programme 2024 (II) publiée dans le document 38 (2024-2025) n° 1, la présente proposition de décret-programme 2024 (I) remplace l'ancienne proposition de décret-programme publiée dans le document 29 (2024-2025) n° 1, ainsi que les propositions d'amendement y relatives publiées dans le document 29 (2024-2025) n° 2. Ce fractionnement a été effectué afin de pouvoir distinguer les dispositions qui doivent être adoptées d'urgence avant la fin de l'année civile 2024 (voir document 38 (2024-2025) n° 1) des autres dispositions (voir la présente proposition de décret-programme I). Si nécessaire, la procédure parlementaire de discussion et de vote des propositions peut ainsi être différenciée en conséquence. Aucune adaptation du contenu n'a été effectuée dans le cadre de ce fractionnement.

Comme c'est devenu une pratique courante ces dernières années, les deux propositions de décret-programme susmentionnées sont déposées au Parlement par l'intermédiaire des groupes politiques, contrairement au décret collectif dans le domaine de l'enseignement, qui est déposé par le Gouvernement.

Comme la présente proposition de décret-programme contient des dispositions dans les différents domaines de compétence de la Communauté germanophone, elle est renvoyée pour le reste au commentaire des différents articles.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

(...)

Article 129

En cas de modification du contenu du concept global approuvé par le Gouvernement ou de modification des concepts globaux des établissements de formation pour adultes qui fusionnent dans un concept global pendant le reste de la période d'approbation, l'établissement de formation pour adultes doit demander l'approbation préalable du Gouvernement. L'avis motivé préalable du jury d'experts n'est pas sollicité dans les cas décrits ci-dessus, ni dans le cas de la soumission d'un nouveau concept global par un établissement de formation pour adultes qui a vu son concept global approuvé annulé l'année dernière.

Article 130

L'addition des subventions forfaitaires annuelles en vigueur des établissements de formation pour adultes ne peut se faire que si ces organismes remplissent les critères d'éligibilité. Le droit aux montants supplémentaires pour les fusions débute le 1^{er} janvier d'une année civile. Aucun montant proportionnel n'est versé.

Article 131

L'obligation de soumettre les unités de formation continue planifiées, qui servait à alimenter la base de données de la formation continue devenue obsolète, est supprimée. Les moteurs de recherche ont évolué sur le plan technique et les établissements subventionnés de formation pour adultes ainsi que le Conseil pour la formation des adultes disposent désormais de leurs propres sites Internet.

Article 132

Suite à la renumérotation des alinéas de l'article 10 du décret du 17 novembre 2008 relatif à la promotion des établissements de formation pour adultes, la référence à l'article 12 du même décret doit être adaptée.

Article 133

La forme de la prise de position possible après l'évaluation des documents transmis ultérieurement dans les délais est définie. Les documents qui, par exemple, ont été soumis pour la première fois au moment de la prise de position écrite et qui n'ont pas déjà été soumis dans le délai d'un mois prévu, ne seront pas pris en compte dans la prise de décision du Gouvernement. Le Gouvernement décide de l'arrêt de la promotion et de l'annulation simultanée du concept global approuvé encore en vigueur.

Article 134

Les récupérations proportionnelles sont précisées. Si, par exemple, il est constaté en 2024 que les exigences minimales de formation continue de deux ans n'ont pas été remplies pour 2022-2023, les subventions forfaitaires annuelles 2022 et 2023 déjà versées seront récupérées au prorata des unités de formation continue 2022 et 2023 non réalisées. Conformément à la procédure prévue à l'article 14, il se pourrait que l'arrêt de la promotion et l'annulation du concept global approuvée restante puissent avoir lieu au plus tôt en 2025. Dans ce cas, l'établissement de formation pour adultes doit réaliser en 2024 la moitié des exigences minimales de formation continue sur deux ans (au moins 104 unités de formation continue pour les citoyennes et les citoyens, dont au moins 80 unités s'adressent aux adultes et au moins 20 unités sont organisées dans le nord et 20 unités dans le sud de la Communauté germanophone), faute de quoi la subvention forfaitaire annuelle 2024 déjà versée sera récupérée au prorata des unités de formation continue 2024 non réalisées.

Article 135

Les concepts globaux 2022-2025 sont prolongés de deux ans afin de créer le délai nécessaire à une révision complète du système de promotion des établissements de formation pour adultes.

Article 136

Un point central de la stratégie de formation visant à mettre en œuvre la Vision de l'éducation 2040, et notamment la réforme du financement des écoles qu'elle met en avant, est l'allocation des ressources en fonction des besoins. L'objectif est d'accroître l'égalité des chances dans le système éducatif des Cantons de l'Est et de réduire les inégalités liées à l'origine sociale ou économique des élèves. Pour cela, les ressources disponibles doivent être réparties plus équitablement. Afin de compenser les inégalités entre les écoles ordinaires et de veiller à ce que tous les élèves, indépendamment de leur origine ou de leur milieu social, aient les mêmes chances de bénéficier d'un enseignement de qualité, un indice social sera introduit, qui s'accompagnera, outre la couverture de base, d'une allocation de ressources supplémentaires aux écoles accueillant un pourcentage élevé d'apprenants socio-économiquement défavorisés.

Sur le chemin de cette nouvelle et plus juste allocation des ressources, l'introduction d'un capital périodes ou emplois temporaire doit garantir que les besoins ciblés dans les écoles puissent déjà être suffisamment couverts. Cette mesure doit donc être considérée comme une solution structurelle transitoire, limitée dans sa durée et son ampleur, jusqu'à ce que de nouveaux mécanismes de financement interviennent.

Actuellement, les établissements d'enseignement obtiennent le capital emplois ou périodes supplémentaires nécessaires au soutien individuel des élèves ayant besoin de soutien et à la réalisation de nombreux projets, par exemple dans le cadre de l'inclusion et de la promotion des langues étrangères, par le biais de recrutements APE ou de missions spéciales.

Pour le membre du personnel occupant un poste APE, cette gestion est désavantageuse du point de vue du droit du service, car les heures APE relèvent du droit du travail général et les personnes ne peuvent pas bénéficier de tous les avantages administratifs de l'enseignement, y compris de toutes les formes de congé. Bien qu'il soit possible de cumuler des jours de service dans la fonction concernée, dans la mesure où le membre du personnel dispose du titre requis ou jugé suffisant, un contrat APE reste un désavantage pour le membre du personnel.

Les membres du personnel déjà nommés ou engagés à titre temporaire ou définitif pour une durée indéterminée et qui accomplissent une mission dans l'intérêt de l'enseignement - dite mission spéciale - afin d'occuper ces heures supplémentaires ne cumulent pas de jours de service supplémentaires dans leur fonction d'origine pendant la durée de cette occupation d'heures.

En outre, la gestion des contrats APE et des missions spéciales implique une charge administrative importante, tant pour les écoles que pour les pouvoirs organisateurs et l'administration de l'enseignement, ce qui inclut, dans le cadre des contrats APE, la coopération avec l'Office de l'emploi.

En raison d'une répartition plus ciblée des ressources dans l'attente d'un nouveau système de financement des écoles, en raison de statuts APE défavorables et pour des raisons de réduction de la bureaucratie, il est proposé de supprimer les contrats APE et de créer un capital emplois ou périodes à des fins particulières.

Il s'agit d'heures temporaires pendant lesquelles un membre du personnel ne peut pas être désigné ou engagé pour une durée indéterminée dès le début de son service ou pour une durée temporaire indéterminée. Les heures ne peuvent pas être validées pour une nomination ou un recrutement définitif.

Il est proposé que le Gouvernement puisse octroyer aux pouvoirs organisateurs ou aux établissements d'enseignement un capital emplois ou périodes qui sera utilisé pour les objectifs et projets particuliers suivants :

- Accompagnement individuel d'élèves ou de groupes d'élèves présentant des particularités psychiques, médicales ou socio-émotionnelles,
- Promotion de l'inclusion dans les écoles maternelles,
- Promotion de l'inclusion dans l'enseignement primaire,
- Promotion de la surdouance,
- Promotion de projets de langues étrangères et de cours de langues mobiles,
- Organisation de l'aide aux devoirs,
- Organisation de cours de soutien,
- Missions d'éducation, de coordination et d'administration,
- Pédagogie de soutien,
- Projets de Kaleido visant à promouvoir le développement sain des enfants et des jeunes,
- Restructurations décidées par le pouvoir organisateur, qui entraînent à long terme une économie de capital emplois ou périodes,
- Projets pilotes pour le compte du Gouvernement,
- Projets d'enseignement artistique à temps partiel,
- Projets de la Haute École Autonome,
- Projets informatiques,
- Projets pédagogiques,
- Augmentation du capital périodes pour des raisons exceptionnelles.

Comme pour l'attribution des heures APE, qui sont partiellement occupées par des membres du personnel sous la forme d'une mission spéciale, les pouvoirs organisateurs ou les chefs d'établissement sont invités à soumettre au Gouvernement un formulaire de demande accompagné d'une description plus précise du projet avant le 1^{er} mars de l'année scolaire qui précède l'utilisation du capital emplois ou périodes. Après évaluation par le personnel de l'administration de l'enseignement disposant de l'expertise nécessaire sur le sujet concerné, le Gouvernement prend une décision d'acceptation ou de refus de la demande. Le Gouvernement peut toutefois attribuer, sans demande préalable, un capital emplois ou périodes à des fins spécifiques pour la mise en œuvre de projets pilotes réalisés pour le compte du Gouvernement.

Les demandes qui ne sont pas présentées dans les formes et délais requis ou qui ne sont pas conformes aux utilisations prévues par décret sont rejetées d'office. Toutefois, les demandes d'accompagnement individuel d'élèves ou de groupes d'élèves présentant des particularités psychologiques, médicales ou socio-émotionnelles peuvent être introduites tout au long de l'année scolaire. Les demandes introduites après le 1^{er} mars ne peuvent être traitées que si le demandeur peut faire valoir des raisons ou des événements exceptionnels ou imprévisibles à l'origine du non-respect de la date limite de dépôt des demandes. Le Gouvernement décide de l'acceptabilité de la demande.

Afin de permettre aux directions des établissements de s'organiser en temps réel et de planifier ainsi l'affectation des postes pour le début de l'année scolaire suivante, celles-ci sont informées de la décision d'octroi des postes ou des heures au plus tard le 30 juin de l'année scolaire précédente, dans la mesure où le délai du 1^{er} mars a été respecté. Les décisions relatives aux demandes introduites après le 1^{er} mars pour l'année scolaire suivante sont communiquées aux demandeurs dans un délai raisonnable. Les demandes d'accompagnement individuel d'élèves présentant des particularités psychologiques, médicales ou socio-émotionnelles, introduites au cours de l'année scolaire, sont évaluées et font l'objet d'une décision dans un délai de 60 jours. La durée de l'évaluation et de la décision est fixée à 60 jours, car il est parfois nécessaire de rencontrer personnellement l'élève concerné, d'avoir un aperçu de la vie scolaire et d'analyser les ressources déjà mises à disposition à des fins similaires pour obtenir un avis éclairé.

Les décisions sont motivées conformément à la loi du 29 juillet 1991 relative à la motivation expresse des actes administratifs. Elles sont motivées et communiquées par écrit au demandeur. L'acceptation d'une demande contient au moins les informations suivantes :

- la durée du capital emplois ou périodes autorisé, avec les dates de début et de fin, le cas échéant,
- le volume des heures ou des postes accordés,
- les éventuelles conditions liées à l'utilisation du capital emplois ou périodes,
- un numéro de projet.

Une réponse positive à une demande peut être validée pour une durée maximale de trois ans. L'acceptation de l'accompagnement individuel d'élèves présentant des particularités psychiques, médicales ou socio-émotionnelles concerne l'année scolaire en cours ou l'année scolaire suivant la demande.

Le Gouvernement prend les décisions relatives à l'octroi d'un capital emplois ou périodes supplémentaire à des fins particulières, dans le cadre des ressources budgétaires dont il dispose.

Avis de l'Autorité chargée de la protection des données

Dans son avis n° 87/2024 du 13 septembre 2024, l'Autorité chargée de la protection des données formule les observations suivantes :

1° L'article relatif aux catégories de données devrait être reformulé afin d'identifier clairement les élèves concernés, à savoir les élèves présentant des particularités psychologiques, médicales ou socio-émotionnelles, ainsi que les élèves surdoués.

2° Le Gouvernement et les pouvoirs organisateurs devraient recevoir et traiter les données relatives aux élèves sous une forme anonymisée ou pseudonymisée, lorsque cela est suffisant pour l'examen des demandes.

3° La désignation du Gouvernement en tant que responsable du traitement devrait être supprimée et remplacée par la désignation du ministère ou d'un service précis.

4° L'exposé des motifs de l'avant-projet devrait contenir des informations quant aux stratégies d'anonymisation susceptibles d'être envisagées.

L'article relatif aux catégories de données a été précisé conformément à l'avis rendu.

La recommandation relative à la forme pseudonymisée ou anonymisée des données pour l'évaluation des demandes individuelles ne peut pas être suivie. Les demandes de soutien formulées dans les demandes pour les élèves en âge préscolaire ou les élèves présentant des particularités et des besoins de soutien psychiques, médicaux ou socio-émotionnels, ainsi que pour les élèves surdoués, ne peuvent pas être évaluées de manière anonyme. Afin d'offrir un soutien adapté en termes de ressources humaines, qui tienne compte à la fois des besoins spécifiques de l'élève en âge préscolaire ou de l'élève et des qualifications nécessaires du personnel de soutien, le personnel spécialisé d'évaluation de l'administration de l'enseignement entre en contact avec l'établissement scolaire et l'élève en âge préscolaire ou l'élève, est parfois en contact avec les tuteurs légaux et consulte les rapports d'évaluation des besoins éducatifs particuliers. Il est également nécessaire d'évaluer les mesures de soutien et donc de vérifier qu'elles continuent à répondre aux besoins réels. Cela n'est possible que si des informations personnelles sur l'élève en âge préscolaire ou l'élève sont disponibles et peuvent être traitées. En outre, il n'est actuellement pas possible de préciser la stratégie d'anonymisation à l'issue de la période de conservation de dix ans. Les informations étant consignées numériquement dans un outil en ligne, il convient de développer une procédure appropriée à cet effet.

La recommandation relative à la suppression du Gouvernement en tant que responsable du traitement n'est pas suivie sur la base de l'article 51 de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone. Il résulte en effet de l'article 69 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réforme institutionnelles, applicable à la Communauté germanophone en vertu de l'article 51 de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, que si le législateur décretaal entend conférer à l'exécutif communautaire un pouvoir quelconque, à caractère réglementaire ou non, cette compétence ne peut être accordée qu'au Gouvernement en tant que tel.

Article 137

Cette disposition insère une section 1^{re} dans le chapitre I.1, qui régit la demande et l'octroi d'un capital emplois ou périodes à des fins particulières.

Article 138

Cette disposition insère l'article 9.1 dans la section 1^{re} et définit le champ d'application du chapitre I.1.

Article 139

Cette disposition insère l'article 9.2 dans la section 1^{re} et énumère les objectifs ou projets pour lesquels le capital emplois ou périodes peut être demandé. Le Gouvernement peut soutenir ses propres initiatives de projets pilotes à l'aide d'un capital périodes et emplois à des fins spécifiques.

Article 140

Cette disposition insère l'article 9.3 dans la section 1^{re} et fixe la durée d'utilisation du capital emplois ou périodes.

Article 141

Cette disposition insère l'article 9.4 dans la section 1^{re} et précise les modalités de dépôt des demandes. Cela implique l'utilisation d'un modèle de formulaire mis à disposition par le Gouvernement et le respect du délai de soumission fixé au 1^{er} mars de l'année scolaire précédente. Les demandes d'accompagnement individuel d'élèves présentant des particularités psychiques, médicales ou socio-émotionnelles peuvent être introduites tout au long de l'année scolaire.

Article 142

Cette disposition insère l'article 9.5 dans la section 1^{re} et fixe un cadre à la décision du Gouvernement, en précisant les informations à communiquer au demandeur sur la décision prise et les délais dans lesquels elles le sont.

Article 143

Cette disposition insère l'article 9.6 dans la section 1^{re} et précise que les occupants de postes ne peuvent être désignés ou engagés dans ces heures temporaires à des fins spécifiques pour une durée indéterminée dès le début du service ou pour une durée temporaire indéterminée et ne peuvent être nommés ou engagés définitivement.

Article 144

Cette disposition insère une section 2 dans le chapitre I.1, qui régit la confidentialité et la protection des données.

Article 145

Cette disposition insère l'article 9.7 dans la section 2 et établit la confidentialité des informations confiées aux personnes concernées dans l'exercice de leurs fonctions.

Article 146

Cette disposition insère l'article 9.8 dans la section 2 et permet au Gouvernement de traiter les données à caractère personnel qu'il reçoit en exécution des missions fixées par la proposition de décret en question. Il est précisé qu'en ce qui concerne le traitement des données à caractère personnel, le Gouvernement est le responsable du traitement au sens du Règlement général sur la protection des données.

Article 147

Cette disposition insère l'article 9.9 dans la section 2 et précise que le traitement des données concernant la santé est effectué sous la responsabilité d'un professionnel de la santé.

Article 148

Cette disposition insère l'article 9.10 dans la section 2 et définit les catégories de données. Il s'agit d'établir une base transparente et prévisible pour ces catégories de données. L'article énumère également les finalités pour lesquelles les données sont utilisées.

Article 149

Cette disposition insère l'article 9.11 dans la section 2 et régit la coopération et l'échange de données entre les établissements d'enseignement et le Gouvernement.

Article 150

Cette disposition insère l'article 9.12 dans la section 2 et stipule que le Gouvernement peut recourir à des données anonymisées ou, le cas échéant, pseudonymisées dans le cadre de cette proposition de décret à des fins d'analyses et de statistiques.

Article 151

Cette disposition insère l'article 9.13 dans la section 2 et réglemente la durée du traitement des données collectées.

Article 152

Cette disposition insère l'article 9.14 dans la section 2 et prévoit que le Gouvernement détermine, le cas échéant, les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel.

Article 153

Les articles 93.70, alinéa 8, et 93.72, § 1^{er}, du décret du 31 août 1998 relatif à la mission des pouvoirs organisateurs et du personnel scolaire relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires ont créé un conseil d'intégration dans les écoles primaires ordinaires qui scolarisent les élèves primo-arrivants. Au sein de ce conseil d'intégration interne, la suite du parcours scolaire des élèves arrivant pour la première fois est discutée. Dans des cas exceptionnels, le conseil d'intégration interne peut demander au Gouvernement une prolongation d'un an maximum du séjour dans une classe d'apprentissage linguistique.

Dans un souci de simplification administrative, les demandes de prolongation seront introduites à l'aide d'un formulaire. Le formulaire de demande à définir par le Gouvernement comprendra les informations suivantes :

1° Identité et coordonnées de l'élève :

- a) nom de famille et prénom ;
- b) lieu de résidence : rue, numéro, code postal et localité ;
- c) date de naissance ;
- d) langue maternelle ;

2° Informations sur le contexte scolaire :

- a) école ;
- b) niveau d'enseignement ;
- c) classe fréquentée et année scolaire ;
- d) date de la première inscription ;
- e) durée de la scolarisation en tant qu'élève primo-arrivant ;
- f) existence de besoins éducatifs particuliers ;
- g) formation et statut de l'enseignant ;

3° Raisons motivant une demande de prolongation du statut d'élève primo-arrivant dans des cas exceptionnels :

- a) existence de restrictions liées à la santé ;
- b) nombre d'absences de l'élève ;
- c) niveau de langue de l'élève ;
- d) autres ;

4° Demande de prolongation du statut d'élève primo-arrivant. »

En outre, une section sur la protection des données dans le cadre de la scolarisation des élèves primo-arrivants est ajoutée. Il contient des dispositions relatives à la confidentialité, au traitement des données à caractère personnel et des données relatives concernant la santé, aux catégories de données, à la coopération, à l'utilisation des données à des fins d'analyses et de statistiques, à la durée du traitement et aux mesures de sécurité.

Concrètement, la présente disposition ajoute une phrase à l'article 93.70, alinéa 8, qui stipule que les demandes de prolongation de séjour dans une classe d'apprentissage linguistique doivent être introduites au moyen d'un formulaire. Il définit également les informations contenues dans ce formulaire.

Avis de l'Autorité chargée de la protection des données

Après réception de l'avis de l'autorité chargée de la protection des données n° 86/2024 du 13 septembre 2024, les dispositions ont été adaptées comme suit :

- Les données relatives à l'identité et aux coordonnées de la personne investie de l'autorité parentale de l'élève ont été précisées.
- L'indication du lieu de naissance de l'élève a été supprimée.
- La recommandation de ne pas désigner le Gouvernement comme responsable du traitement des données n'est pas suivie. Il résulte en effet de l'article 69 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, applicable à la Communauté germanophone en vertu de l'article 51 de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, que si le législateur décrétal entend conférer à l'exécutif communautaire un pouvoir quelconque, à caractère réglementaire ou non, cette compétence ne peut être accordée qu'au Gouvernement en tant que tel.
- La recommandation d'utiliser des données pseudonymisées à des fins de statistiques n'est pas suivie pour des raisons pratiques.

Article 154

Cette disposition insère une nouvelle section 6 sur la protection des données dans le chapitre VIIIquinquies du décret.

Article 155

Cette disposition insère dans le décret un nouvel article 93.81.1 qui consacre la confidentialité des informations confiées aux personnes participant à la scolarisation des élèves primo-arrivants dans l'exercice de leur mission.

Article 156

Cette disposition insère un nouvel article 93.81.2 dans le décret qui permet au Gouvernement de traiter les données à caractère personnel qu'il reçoit en exécution des missions fixées par cette proposition de décret. Ce nouvel article précise qu'en ce qui concerne le traitement des données à caractère personnel, le Gouvernement est le responsable du traitement au sens du Règlement général sur la protection des données.

Article 157

Cette disposition insère un nouvel article 93.81.3 dans le décret, qui établit sous la responsabilité de qui le traitement des données concernant la santé est effectué.

Article 158

Cette disposition insère un nouvel article 93.81.4 dans le décret, qui définit les catégories de données qui seront désormais traitées dans le cadre de la scolarisation des élèves primo-arrivants. L'article énumère également les finalités pour lesquelles les données sont utilisées.

Article 159

Cette disposition insère un nouvel article 93.81.5 dans le décret qui stipule que le Gouvernement coopère avec les écoles ordinaires de la Communauté germanophone ainsi qu'avec le conseil d'intégration qui participent à la scolarisation des élèves primo-arrivants et que des données sont échangées avec ces institutions si la transmission des informations est nécessaire dans l'intérêt de l'élève et si les informations transmises sont adéquates, pertinentes et proportionnées.

Article 160

Cette disposition insère un nouvel article 93.81.6 dans le décret, qui stipule que le Gouvernement peut recourir à des données anonymisées ou, le cas échéant, pseudonymisées pour l'établissement d'analyses et de statistiques.

Article 161

Cette disposition insère un nouvel article 93.81.7 dans le décret, qui régit la durée du traitement des données collectées.

Article 162

Cette disposition insère un nouvel article 93.81.8 dans le décret, qui prévoit que le Gouvernement établit, le cas échéant, les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel.

Article 163

Il s'agit d'une correction technique du décret organique sur le Conseil économique et social de la Communauté germanophone.

Article 164

Actuellement, les unités d'établissement des agences de travail intérimaire dans la Communauté germanophone sont tenues de remettre un rapport d'activité annuel. Toutefois, ce rapport n'a guère de valeur statistique, car la qualité des données est insuffisante. L'une des explications réside dans l'organisation des agences de travail intérimaire. Les unités d'établissement ne sont guère en mesure de tirer leurs propres statistiques fiables. De plus, le travail intérimaire est devenu très numérique et décentralisé. En outre, les évaluations de la Fédération de l'intérim sont beaucoup plus intéressantes pour l'analyse du marché du travail que les chiffres des agences individuelles, difficiles à consolider.

Une analyse pertinente du travail intérimaire dans la Communauté germanophone devrait donc s'orienter de manière flexible vers les chiffres solides et disponibles. Un rapport d'activité annuel génère beaucoup de travail, mais n'apporte pas de valeur ajoutée à l'analyse. Au lieu de cela, la base de la collecte de données anonymisées doit rester dans le décret, mais celle-ci ne doit plus être liée à un rapport d'activité annuel rigide.

Articles 165 et 166

La désignation et le renouvellement d'une plate-forme pour le placement et le placement d'intérimaires sont des tâches administratives lourdes. La plate-forme ne prenant pas de décision et étant avant tout un lieu d'échange, le cadre formel réglementé par décret et arrêté ne se justifie pas.

En outre, l'expérience des dernières années a montré que les échanges étaient toujours particulièrement fructueux lorsque, d'une part, les agences de travail intérimaire résidentes étaient elles-mêmes conviées et que, d'autre part, le moment de la rencontre était choisi en fonction des questions d'actualité. En revanche, les réunions convoquées en priorité pour répondre aux obligations décrétales ont parfois manqué de sujets de discussion suffisamment intéressants.

Une table ronde informelle continue à remplir l'objectif recherché de la plate-forme, mais offre plus de flexibilité et entraîne moins de charges administratives.

Articles 167 et 168

La réforme du capital emplois à des fins spécifiques dans l'enseignement (voir commentaires des articles 136-152) rend inutile la disposition transitoire du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, qui permettait toujours de subventionner l'APE dans l'enseignement. Elle peut donc être supprimée à partir de l'année scolaire suivante. L'article 167 n'apporte que des corrections techniques rendues nécessaires par cet amendement.

Article 169

Cet article remplace la référence juridique au décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone par la référence au décret du 13 novembre 2023, le premier ayant été abrogé par le second. En outre, ce dernier sera soumis au contrôle des inspecteurs sociaux de la Communauté germanophone.

Article 170

L'unité qui exerçait le travail de placement au sein de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée est désormais rattachée à l'Office de l'emploi sur le plan organisationnel (voir commentaire de l'article 16). Il n'est donc plus nécessaire de maintenir le service en tant que service de placement avec les obligations qui en découlent.

Article 171

La volonté du législateur décréteur était de pouvoir utiliser de manière différenciée l'obligation d'inscription pour les bénéficiaires de revenus de remplacement autres que le revenu d'intégration et les allocations de chômage, en cas de besoin. Toutefois, la formulation actuelle oblige le Gouvernement à préciser dans le décret ce qui est considéré comme un revenu de remplacement. La formulation adaptée transforme cette disposition en une possibilité. Cela correspond à l'idée initiale de cet alinéa.

Le point 3 n'entrera en vigueur que lorsque le Gouvernement aura déterminé quels revenus de remplacement sont considérés comme tels au sens de ce décret et précisé la date d'entrée en vigueur.

À l'heure actuelle, l'inscription n'est donc obligatoire que pour les candidats et les bénéficiaires d'allocations de chômage et pour les bénéficiaires de l'aide sociale.

Articles 172 et 173

Voir les explications relatives à la modification de l'article 3 du décret du 22 mai 2023 (rattachement de l'unité compétente au sein de l'Office de l'emploi).

Article 174

L'objectif de cette disposition est d'éviter la succession de stages organisés dans le cadre de ce chapitre chez un même employeur. Si la personne a déjà effectué un stage dans le cadre d'une autre mesure au cours des deux années précédentes, cela ne constitue pas un critère d'exclusion. C'est la raison pour laquelle cet amendement le précise.

Article 175

La durée maximale du stage est de trois mois. Pour les demandeurs d'emploi, le stage se déroule sur une période continue. C'était également le cas lors des anciens stages organisés par l'Office de l'emploi (stage d'immersion en milieu professionnel) et par le service (orientation en entreprise).

Pour les nouveaux groupes cibles du stage, il peut être plus difficile d'effectuer le stage sur une période continue. Ces nouveaux groupes cibles sont, d'une part, les élèves, les étudiants, les salariés qui ne sont pas accompagnés dans le cadre du placement axé sur les besoins et, d'autre part, les personnes qui travaillent mais qui sont accompagnées dans le cadre du placement axé sur les besoins, car elles sont menacées de chômage.

Ces groupes cibles ne peuvent effectuer leur stage que pendant les vacances scolaires ou en dehors des heures de travail. Il n'est donc pas toujours possible d'effectuer la durée de stage souhaitée au cours d'une période continue. Le présent amendement permet à ces nouveaux groupes cibles d'effectuer la durée de stage fixée dans un délai de neuf mois.

Article 176

Dans la pratique, la convention d'objectifs du contrat de stage n'est pas un document séparé. La convention d'objectifs fait partie intégrante du contrat de stage. C'est ce que précise cet article.

Articles 177 et 178

Les jours donnant droit à une indemnité sont précisés par arrêté. Ceux-ci ne correspondent pas toujours aux « jours de stage effectivement prestés ». Les absences de moins de deux semaines pour cause de maladie sont indemnisées, même si elles n'ont pas été « effectivement prestées ».

Article 179

À l'heure actuelle, certaines aides à la formation sont réglementées par arrêté, sans disposer d'un décret spécifique distinct. On peut notamment citer l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation des travailleurs dans les entreprises et l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi.

L'habilitation à insérer par cet article crée une base juridique plus solide pour les arrêtés dans le domaine des aides et des incitations à l'emploi ou à la formation. Néanmoins, les bases de nouvelles mesures d'envergure devraient être fixées par décret.

En effet, la délégation prévue à l'article 9 du décret et les missions prévues à l'article 7, alinéa 1^{er}, du décret, ne sont pas suffisantes dans la mesure où elles permettent de formuler des conditions-cadres pour la gestion et l'octroi des aides existantes, mais pas pour l'octroi proprement dit de nouvelles aides. Pour cette raison, une autorisation séparée est nécessaire.

Article 180

L'article 9 du décret du 13 novembre 2023 contient une délégation générale au Gouvernement afin de préciser davantage les missions du service en matière de politique de l'emploi. La disposition précédente insère désormais une délégation distincte dans le décret. Afin de préserver la cohérence de ces délégations, il est désormais prévu de pouvoir recourir à la délégation visée à l'article 9 du décret chaque fois qu'il n'existe pas de délégation spécifique.

Article 181

L'adaptation du décret effectuée à cet endroit sert à clarifier les choses. Il s'agit d'accorder aux entreprises qui introduisent une demande d'agrément en tant qu'entreprise d'insertion sociale une phase de transition après l'agrément de trois ans afin de satisfaire à la condition d'agrément visée au point 6. Dans le texte d'origine, on aurait pu comprendre que cette exigence aurait dû être remplie après trois ans d'activité - éventuellement aussi avant l'agrément.

Article 182

Dans son avis n° 45/2024 du 17 mai 2024, l'Autorité chargée de la protection des données indique qu'il n'existe pas de justification suffisante pour demander et traiter le numéro d'identification et le numéro de registre national visés à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la sécurité sociale en ce qui concerne l'accompagnateur. En conséquence, le point b) de l'alinéa 1^{er}, 2°, est supprimé.

Article 183

L'article 29 du décret du 14 février 2011 sur les funérailles et les sépultures prévoit que les cendres des corps incinérés soient recueillies dans des urnes qui sont, dans l'enceinte du cimetière, inhumées dans une tombe ou placées dans un columbarium.

Le § 2 permet de disperser, d'inhumer ou de conserver les cendres à un endroit autre que le cimetière. Le § 3 stipule qu'une partie symbolique des cendres est confiée à un parent direct ou au conjoint pour être conservée.

Le § 4 exclut toutefois ces possibilités pour les cendres de fœtus.

Certaines communes de la Communauté germanophone se sont adressées ensemble au Gouvernement de la Communauté germanophone afin d'entamer la levée de cette restriction pour les cendres de fœtus. En effet, les bureaux d'état civil sont souvent confrontés à l'inhumation de fœtus et ne peuvent offrir aux parents de ces enfants nés sans vie d'autre possibilité que de les conserver au cimetière. De leur point de vue, les parents de fœtus décédés sont ainsi traités différemment des parents d'enfants en bas âge et d'adultes décédés. D'autre part, cette restriction est obsolète dans la mesure où un citoyen n'a pas forcément de lien avec un cimetière ou une religion.

Pour ces raisons, l'article 29, § 4, du décret sur les funérailles et les sépultures doit être abrogé.

Article 184

La stratégie touristique 2040 prévoit une amélioration de la communication et de la mise en réseau au sein des acteurs du tourisme dans la destination de la Belgique de l'Est. Cette stratégie confère à l'agence le rôle de gestionnaire du tourisme, ce qui nécessite une adaptation de l'article 4, alinéa 2, 2°, du décret visant à promouvoir le tourisme.

Article 185

La notion de « point de contact commercial de la Belgique de l'Est, région permettant de vivre de la nature » est trompeuse, car elle suggère qu'il s'agit d'un bâtiment qui propose avant tout les produits de marque de la région de la Belgique de l'Est et qui s'occupe moins du conseil touristique aux visiteurs de Belgique et de l'étranger. Dans les noms des points d'information de niveau 1, c'est donc surtout l'aspect touristique qui doit être mis en avant. En outre, l'ensemble de la région « Belgique de l'Est » doit être couverte, c'est-à-dire les neuf communes de la Communauté germanophone et les deux communes de Waimes et Malmedy. Pour ces raisons, l'article 7, § 2, 1°, b), du décret visant à promouvoir le tourisme est adapté.

En outre, le point f) de l'article 7, § 2, 1°, est adapté afin de permettre des heures d'ouverture flexibles pour les exploitants de la Maison du tourisme, en fonction des besoins de l'affluence. Dans ce contexte, il est de la responsabilité de l'exploitant de veiller à ce que les clients soient informés de la manière la plus complète possible.

Le nombre de dimanches a été calculé comme suit :

La catégorie 1 doit ouvrir 1/3 des dimanches d'une année civile.

La catégorie 2 doit ouvrir 1/4 des dimanches d'une année civile.

La catégorie 3 doit ouvrir 1/5 des dimanches d'une année civile.

Ces dimanches devraient être placés pendant les périodes de forte affluence, d'où la condition de les placer pendant les vacances scolaires belges ou les dimanches où se déroulent des événements importants au niveau local.

La phrase « Les jours de forte affluence, au moins un membre du personnel qualifié répondant aux conditions mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, est présent » doit être supprimée afin que les maisons du tourisme et les points d'information touristique puissent également travailler avec des étudiants le week-end pour pouvoir garantir les heures d'ouverture. Toutefois, ces étudiants ne remplissent pas nécessairement les conditions du § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, puisqu'ils ne participent pas à des formations continues.

Article 186

Le secteur du tourisme dans la Belgique de l'Est doit continuer à se professionnaliser et l'accueil des visiteurs doit être optimisé. C'est la raison pour laquelle une approche globale est recherchée dans la gestion de la destination, qui contribue de manière déterminante à la mise en réseau des acteurs du tourisme dans la Belgique de l'Est. La mise en réseau et la coopération au sein de la destination ainsi que vers l'extérieur doivent être développées de manière ciblée afin d'obtenir un positionnement touristique clair et une commercialisation rigoureuse pour la Belgique de l'Est. Les visiteurs doivent percevoir la Belgique de l'Est comme un espace de vie diversifié. Il s'agit ici de continuer à renforcer le marketing homogène de la destination Belgique de l'Est.

L'article 22, § 1^{er}, alinéa 3 est abrogé afin que le nombre de points d'information touristique de catégorie 1 ne soit pas limité à deux à l'avenir, étant donné que les points d'information touristique de

catégorie 1 contribuent de manière déterminante aux objectifs précités en raison des exigences qui leur sont imposées.

Article 187

Cet article doit être lu conjointement avec l'article 192, qui modifie l'article D.IV.63 du Code wallon du Développement Territorial. L'utilisation des frais de traitement pour financer un fonds pour la durabilité souligne l'engagement de la Communauté germanophone à contribuer activement à la résolution des défis mondiaux tels que le changement climatique, la protection des ressources et la justice sociale. Les objectifs de développement durable (Sustainable Development Goals) sont des objectifs politiques des Nations Unies qui sont également suivis par la Communauté germanophone. Le fonds finance des mesures visant à promouvoir la durabilité dans le sens de la préservation écologique et paysagère, de la restauration et de la valorisation du territoire dans la Communauté germanophone, y compris des mesures de protection du climat, des espèces et des habitats et de l'approvisionnement de la collectivité par des énergies renouvelables.

En alimentant le fonds, un lien est donc établi entre les processus administratifs et la promotion de projets écologiques et sociaux.

Le fait de verser ces financements au fonds montre que le paiement n'a pas seulement un but bureaucratique, mais qu'il profite également à la collectivité.

Articles 188 à 190

Plusieurs modifications de la partie décrétable du Code du Développement Territorial se limitent à l'adaptation de références à la législation environnementale. La législation environnementale de la Région wallonne a été modifiée par différents décrets, y compris la modification de la numérotation de certains articles. Les références sont mises à jour par les modifications prévues ici. Sont concernés les articles D.II.57.2, D.II.57.4, D.IV.34, D.IV.109.8, D.VII.13, D.VIII.1 et D.VIII.31 du Code.

Article 191

La modification de l'article D.IV.42 § 5 du Code permet de clôturer les dossiers à une date certaine et prévisible. Il en résulte une plus grande sécurité de planification, tant pour les demandeurs que pour les communes et l'administration.

Article 192

Cet article doit être lu conjointement avec l'article 187 qui modifie l'article D.I.12.1, § 2, du Code wallon du Développement Territorial (CoDT). Les frais de traitement ne sont pas seulement un moyen de couvrir les coûts, mais aussi un outil de gestion des comportements. Ils jouent aussi un rôle moteur. Les frais permettent d'éviter un nombre excessif de demandes adressées sans grand sérieux. Les frais encouragent les plaignants potentiels à agir de manière responsable.

Les frais de traitement d'une plainte donnent ainsi la priorité aux demandes importantes et protègent les ressources de différentes natures.

Toutefois, pour que ces frais soient acceptés, il est essentiel que leur montant soit raisonnable. C'est la raison pour laquelle le Gouvernement fixe dans la partie réglementaire du CoDT le montant des frais de traitement ainsi que les modalités de leur paiement. Le montant de la somme s'oriente vers les sommes perçues en Région wallonne lors des procédures de recours des permis globaux. Les jetons de présence des membres externes de la commission de recours entrent également en ligne de compte pour déterminer le montant de cette somme. Le montant estimé des frais pour un recours

reste inférieur aux coûts réels engendrés par les jetons de présence et les autres frais administratifs liés à la procédure de recours.

Articles 193 et 194

Voir le commentaire relatif à la modification de l'article D.II.57.2 du Code wallon du Développement Territorial.

Article 195

Le paiement du montant de la transaction devrait revenir à la commune, soit lorsqu'elle fait constater l'infraction par les fonctionnaires et agents techniques communaux désignés par le conseil communal, soit lorsqu'elle charge les fonctionnaires et agents chargés de l'administration et de la police des routes et chemins de le faire. Cependant, si la mise en place du procès-verbal est effectuée par le Gouvernement par l'intermédiaire des fonctionnaires et agents chargés de l'administration et de la police des routes et des chemins, le paiement du montant de la transaction devrait être versé au Fonds pour la durabilité de la Communauté germanophone.

Articles 196 et 197

Voir le commentaire relatif à la modification de l'article D.II.57.2 du Code wallon du Développement Territorial.

(...)

Articles 201 à 203

Par un décret du 13 décembre 2023, la Région wallonne a abrogé le décret du 5 février 2015 relatif aux implantations commerciales. Celui-ci prévoyait jusqu'à présent que, dans les cas où un permis était nécessaire pour certaines implantations commerciales, le fonctionnaire dit des implantations commerciales du Service public de Wallonie devait intervenir. L'abrogation dudit décret au 1^{er} août 2024 a supprimé ce fonctionnaire des implantations commerciales. En conséquence, la Région wallonne a supprimé dans toutes ses bases légales les références antérieures à ce fonctionnaire, y compris dans le décret du 22 novembre 2018 relatif à la procédure d'expropriation.

Dans la mesure où ce décret a été « repris » par la Communauté germanophone depuis le transfert de l'exercice de cette compétence au 1^{er} janvier 2020, il convient également de supprimer les références au fonctionnaire des implantations commerciales.

Article 204

Cet article fixe la date d'entrée en vigueur des différentes dispositions.

PROPOSITION DE DÉCRET-PROGRAMME 2024 (I)

(...)

CHAPITRE 2 - AFFAIRES CULTURELLES

(...)

Section 5 - Formation pour adultes

Art. 129 - L'article 8 du décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes, modifié par les décrets du 25 février 2013 et du 11 décembre 2018, est modifié comme suit :

1° Le § 4.1 suivant est inséré :

« § 4.1 - Par dérogation aux §§ 3 et 4, le Gouvernement décide de l'approbation des concepts globaux déposés dans les délais et qui ont été annulés l'année précédente, conformément à l'article 14, alinéa 4, pour la période d'approbation restante, en raison du non-respect des dispositions du décret.

Le Gouvernement peut accorder l'autorisation sous conditions. »

2° Le § 5, alinéa 2, est remplacé comme suit :

« Pendant la période d'approbation des concepts globaux, les concepts globaux suivants sont soumis à l'approbation du Gouvernement avant d'être modifiés, accompagnés d'une justification détaillée :

1° les concepts globaux, dont le contenu a été modifié, des établissements de formation pour adultes subventionnés ;

2° les projets globaux modifiés des établissements de formation pour adultes subventionnés et en cours de fusion.

La procédure visée aux §§ 3 et 4 ne s'applique pas dans les cas visés à l'alinéa 2.

Le Gouvernement peut accorder l'autorisation sous conditions. »

Art. 130 - L'article 10 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, est modifié comme suit :

1° À l'alinéa 3, les mots « pour autant qu'ils remplissent les critères d'éligibilité visés à l'article 7 », sont insérés entre le mot « additionné » et « et ».

2° L'alinéa suivant est inséré entre l'alinéa 7 et l'alinéa 8, qui devient l'alinéa 9 :

« Le droit aux montants supplémentaires pour les fusions mentionnées aux alinéas 3 et 4 prend cours le 1^{er} janvier de l'année civile suivant l'année civile de la fusion des établissements de formation pour adultes. Si la fusion a lieu le 1^{er} janvier d'une année civile, le droit débute la même année civile. »

Art. 131 - L'article 10.1, alinéa 1^{er}, 1° du même décret, inséré par le décret du 11 décembre 2018, est abrogé.

Art. 132 - À l'article 12, alinéa 1^{er} du même décret, modifié par le décret du 15 décembre 2022, les mots « et 10 » sont remplacés par les mots « et 11 ».

Art. 133 - L'article 14 du même décret est modifié comme suit :

1° À l'alinéa 1^{er}, la phrase est insérée comme suit :

« Les documents soumis hors délai ne seront pas pris en compte. »

2° À l'alinéa 3, les mots « la possibilité de présenter des observations » sont remplacés par les mots « la possibilité de présenter des observations écrites, après évaluation des documents fournis ultérieurement conformément à l'alinéa 1^{er}. »

3° L'alinéa 4 est inséré comme suit :

« Le Gouvernement décide ensuite de l'arrêt de la promotion et de l'annulation du concept global approuvé pour la période d'autorisation restante en découlant. »

Art. 134 - À l'article 15 du même décret, modifié par les décrets du 25 février 2013 et du 2 mars 2015, sont insérés comme suit entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 4, les alinéas :

« Si l'établissement de formation pour adultes ne remplit pas les conditions minimales visées à l'article 7, alinéa 1^{er}, 3°, la subvention forfaitaire annuelle déjà versée conformément à l'article 10 est récupérée pour la période de deux ans correspondante, proportionnellement aux unités de formation continue non réalisées.

Si, au cours de l'année du constat du non-respect des conditions minimales visées à l'article 7, alinéa 1^{er}, 3°, l'établissement de formation pour adultes n'organise pas au moins 104 unités de formation continue pour les citoyennes et les citoyens, dont au moins 80 unités s'adressent aux adultes et au moins 20 unités ont lieu dans le nord et 20 unités dans le sud de la Communauté germanophone, la subvention forfaitaire annuelle déjà versée en vertu de l'article 10 est récupérée pour l'année du constat, proportionnellement aux unités de formation continue non réalisées. »

Art. 135 - Au chapitre III du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2022, il est inséré un article 18.2 ainsi rédigé :

« Art. 18.2 - Par dérogation à l'article 7.1, alinéa 1^{er}, et à l'article 8, § 5, alinéa 1^{er}, la période de subventionnement d'un établissement de formation pour adultes disposant d'un projet global approuvé à partir du 1^{er} janvier 2022 est de six ans. »

CHAPITRE 3 - FORMATION ET ENSEIGNEMENT

Art. 136 - Dans le décret-programme 1997 du 20 mai 1997, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, est inséré le chapitre I.1 suivant, qui comprend les articles 9.1 à 9.14 :

« CHAPITRE I.1 - OCTROI D'UN CAPITAL EMPLOIS OU PÉRIODES À DES FINS SPÉCIFIQUES DANS L'ENSEIGNEMENT »

Art. 137 - Au chapitre I.1 du même décret, la section 1, comprenant les articles 9.1 à 9.6, est insérée comme suit :

« Section 1 - Demande et octroi d'un capital emplois ou périodes à des fins particulières »

Art. 138 - Dans la section 1 du même chapitre, l'article 9.1 est inséré comme suit :

« Art. 9.1 - *Champ d'application*

Le présent chapitre s'applique aux établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone ainsi qu'à leurs pouvoirs organisateurs. »

Art. 139 - Dans la même section, l'article 9.2 est inséré comme suit :

« Art. 9.2 - *Utilisations du capital emplois ou périodes*

Le capital emplois ou périodes à des fins spécifiques peut être octroyé aux pouvoirs organisateurs ou aux établissements d'enseignement pour une durée déterminée, sur demande écrite introduite auprès du Gouvernement. Le capital emplois ou périodes peut être utilisé exclusivement pour les objectifs et projets suivants :

- 1° Accompagnement individuel d'élèves en âge préscolaire, d'élèves ou de groupes d'élèves de maternelle ou d'élèves présentant des particularités psychiques, médicales ou socio-émotionnelles,
- 2° Promotion de l'inclusion dans les écoles maternelles,
- 3° Promotion de l'inclusion dans l'enseignement primaire,
- 4° Promotion de la surdouance,
- 5° Promotion de projets de langues étrangères et de cours de langues mobiles,
- 6° Organisation d'une aide aux devoirs,
- 7° Organisation de cours de soutien,
- 8° Tâches d'éducation, de coordination et d'administration,
- 9° Pédagogie de soutien,
- 10° Projets du Centre pour le développement sain des enfants et des jeunes visant à promouvoir le développement sain des enfants et des jeunes,
- 11° Restructurations décidées par le pouvoir organisateur, qui entraînent à long terme des économies de capital emploi ou périodes,
- 12° Projets pilotes commandés par le Gouvernement,
- 13° Projets d'enseignement artistique à temps partiel,
- 14° Projets de la Haute École Autonome,
- 15° Projets informatiques,
- 16° Projets pédagogiques,
- 17° Augmentation du capital périodes pour des raisons exceptionnelles.

Le Gouvernement peut mettre à la disposition des pouvoirs organisateurs ou des établissements d'enseignement, sans qu'ils en fassent la demande, un capital emplois ou périodes aux fins visées à l'alinéa 1^{er}, en vue de la réalisation de projets pilotes menés à la demande du Gouvernement. »

Art. 140 - Dans la même section, l'article 9.3 est inséré comme suit :

« Art. 9.3 - *Durée d'utilisation du capital emplois ou périodes*

Le capital emplois ou périodes à des fins spécifiques peut être octroyé pour une durée maximale de trois années scolaires par demande.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le capital périodes ou emplois qui peut être mis à disposition pour le cas visé à l'article 9.2, alinéa 1^{er}, 1°, est accordé pour l'année scolaire en cours ou pour l'année scolaire suivant la demande. »

Art. 141 - Dans la même section, l'article 9.4 est inséré comme suit :

« Art. 9.4 - *Dépôt de la demande*

§ 1^{er} - Le pouvoir organisateur ou le chef d'établissement d'enseignement introduit auprès du Gouvernement une demande, dûment complétée conformément au § 2, en vue de l'octroi d'un capital emplois ou périodes aux fins visées à l'article 9.2, alinéa 1^{er}. Pour ce faire, le demandeur utilise le formulaire de demande mis à disposition par le Gouvernement. Une demande qui n'est pas présentée en bonne et due forme est rejetée d'office.

La demande est introduite avant le 1^{er} mars de l'année scolaire qui précède celle au cours de laquelle le capital emplois ou périodes doit être utilisé. Une demande qui n'est pas déposée dans les délais est rejetée d'office.

Par dérogation à l'alinéa 2, une demande peut être introduite à tout moment de l'année scolaire dans le cas visé à l'article 9.2, alinéa 1^{er}, 1°.

§ 2 - La demande visée au § 1^{er} comprend les informations suivantes :

- 1° Nom et adresse du pouvoir organisateur ou de l'établissement d'enseignement,

- 2° Nom et prénom du demandeur,
- 3° Numéro de téléphone et adresse électronique du demandeur,
- 4° Nombre de périodes ou d'emplois demandés,
- 5° Période demandée pour la mise à disposition du capital périodes ou emplois,
- 6° Titre du projet ou de la mesure d'aide pour lequel/laquelle les périodes ou les emplois sont demandés,
- 7° Description du contenu du projet ou de la mesure d'aide,
- 8° Informations précisant si le projet ou la mesure d'aide demandé(e) a déjà bénéficié d'un soutien au cours de l'année scolaire précédente et, dans l'affirmative, sous quelle forme,
- 9° Début du projet ou de la mesure d'aide,
- 10° Fin prévue du projet ou d'aide,
- 11° Structure et déroulement du projet ou de la mesure d'aide,
- 12° Résultats escomptés dans le cadre du projet ou de la mesure d'aide,
- 13° Évaluation prévue du projet ou de la mesure d'aide,
- 14° dans le cas de l'article 9.2, alinéa 1^{er}, 1° : les informations visées à l'alinéa 2,
- 15° Signature du demandeur.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, si la demande concerne le cas visé à l'article 9.2, alinéa 1^{er}, 1°, les renseignements suivants sont mentionnés dans la demande :

- 1° Nom, prénom et date de naissance de l'élève en âge préscolaire ou de l'élève ;
- 2° Classe qui sera fréquentée par l'élève en âge préscolaire ou l'élève pendant la période pour laquelle les périodes ou les emplois sont demandés ;
- 3° Informations sur le contexte scolaire :
 - a) mesures déjà prises concernant la fréquentation de l'école maternelle ou l'école de l'élève en âge préscolaire ou de l'élève ;
 - b) nombre de jours par semaine où l'élève en âge préscolaire ou l'élève fréquente l'école maternelle ou l'école ;
 - c) fréquentation d'une classe d'apprentissage linguistique, y compris la durée de la fréquentation de la classe d'apprentissage linguistique ;
 - d) le niveau de langue de l'élève en âge préscolaire ou de l'élève par rapport à la langue d'enseignement ;
 - e) l'existence de besoins éducatifs particuliers avec mention de la date de l'expertise constatant ces besoins ;
 - f) les mesures de compensation des désavantages ou de protection des notes. »

Art. 142 - Dans la même section, l'article 9.5 est inséré comme suit :

« *Art 9.5 - Décision du Gouvernement*

Le Gouvernement décide de l'approbation ou du rejet de la demande de capital emplois ou périodes à des fins spécifiques, dans la limite du budget disponible, et communique sa décision motivée par écrit.

L'approbation de la demande contient notamment les informations suivantes :

- 1° le volume de périodes ou d'emplois octroyés,
- 2° la durée du capital emplois ou périodes autorisé, avec les dates de début et de fin, le cas échéant,
- 3° les éventuelles conditions liées à l'utilisation du capital emplois ou périodes,
- 4° un numéro de projet.

Le Gouvernement prend sa décision au plus tard le 30 juin si la demande a été introduite conformément à l'article 9.4, § 1^{er}, alinéa 2, et dans un délai de 60 jours si la demande a été introduite conformément à l'article 9.4, § 1^{er}, alinéa 3.

Par dérogation à l'article 9.4, § 1^{er}, alinéa 2, le Gouvernement peut statuer sur une demande introduite après le 1^{er} mars si le demandeur peut faire valoir des raisons ou des événements exceptionnels ou imprévisibles à l'origine du non-respect du délai de dépôt. Le Gouvernement décide de l'acceptabilité de la demande et fait connaître sa décision d'approuver ou de refuser la demande dans un délai de quatre mois. »

Art. 143 - Dans la même section, l'article 9.6 est inséré comme suit :

« *Art. 9.6 - Occupation du capital emplois ou périodes* »

Aucun membre du personnel ne peut être désigné ou engagé en périodes octroyées en application du présent chapitre pour une durée indéterminée dès le début de son service ou pour une durée temporaire indéterminée, ni être nommé ou engagé à titre définitif. »

Art. 144 - Au chapitre I.1 du même décret, la section 2, comprenant les articles 9.7 à 9.14, est insérée comme suit :

« Section 2 - Confidentialité et protection des données »

Art. 145 - Dans la même section, l'article 9.7 est inséré comme suit :

« *Art. 9.7 - Confidentialité* »

Nonobstant toute disposition légale ou réglementaire contraire, toute personne qui, à quelque titre que ce soit, participe à l'application du présent décret, à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution, est tenue de garder confidentielles les informations qui lui sont confiées dans l'exercice de ses fonctions. »

Art. 146 - Dans la même section, l'article 9.8 est inséré comme suit :

« *Art. 9.8 - Traitement des données à caractère personnel* »

Sans préjudice de l'article 9.9, le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel visées à l'article 9.10 au sens de l'article 4, point 7, du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données).

Le traitement des données à caractère personnel est effectué dans le respect de la législation applicable en matière de protection des données.

Dans ce contexte, le Gouvernement attire l'attention de son personnel et de ses conseillers externes sur leurs obligations en matière de sécurité de l'information et de protection des données. »

Art. 147 - Dans la même section, l'article 9.9 est inséré comme suit :

« *Art. 9.9 - Traitement des données concernant la santé* »

Le traitement des données concernant la santé des personnes concernées est effectué sous la responsabilité d'un professionnel de la santé. »

Art. 148 - Dans la même section, l'article 9.10 est inséré comme suit :

« *Art. 9.10 - Catégories de données* »

§ 1 - Le Gouvernement peut collecter et traiter toutes les données à caractère personnel adéquates, pertinentes et proportionnées visées à l'article 9.8 pour les catégories de données suivantes concernant les élèves en âge préscolaire ou les élèves présentant des particularités psychiques, médicales ou socio-émotionnelles et ayant besoin d'un soutien, ainsi que pour les élèves surdoués :

- 1° les données suivantes concernant l'élève en âge préscolaire ou l'élève :
- a) données d'identité et coordonnées ;
 - b) données relatives à la date de naissance ;
 - c) données relatives à la fréquentation de l'école et la formation scolaire ;
 - d) données relatives à la santé et le développement, notamment les mesures d'aide dans le domaine de l'éducation, les facultés intellectuelles et le développement du langage.
- 2° les données suivantes concernant le demandeur :
- a) données d'identité et coordonnées.

§ 2 - L'autorité responsable ou le directeur de l'établissement d'enseignement peut collecter et traiter toutes les données à caractère personnel adéquates, pertinentes et proportionnées mentionnées à l'article 9.8 pour les catégories de données suivantes concernant les élèves en âge préscolaire ou les élèves présentant des particularités psychiques, médicales ou socio-émotionnelles et ayant besoin d'un soutien, ainsi que pour les élèves surdoués :

- 1° les données suivantes concernant l'élève en âge préscolaire ou l'élève :
- a) données d'identité et coordonnées ;
 - b) données relatives à la date de naissance ;
 - c) données relatives à la fréquentation de l'école et la formation scolaire ;
 - d) données relatives à la santé et le développement, notamment les mesures d'aide dans le domaine de l'éducation, les facultés intellectuelles et le développement du langage.
- 2° les données suivantes concernant le demandeur :
- a) données d'identité et coordonnées.

§ 3 - Les données visées au § 1^{er}, 2°, et au § 2, 2°, sont utilisées aux fins mentionnées à l'article 9.2.

Les données visées au § 1^{er}, 1°, et au § 2, 1°, sont utilisées aux fins visées à l'article 9.2, alinéa 1^{er}, 1°. »

Art. 149 - Dans la même section, l'article 9.11 est inséré comme suit :

« *Art. 9.11 - Coopération*

Le Gouvernement coopère avec les établissements d'enseignement qui participent à l'exécution du présent décret. À cette fin, les établissements d'enseignement échangent les données relatives aux élèves visées à l'article 9.8 si la transmission des informations est nécessaire dans l'intérêt de l'élève et si les informations transmises sont adéquates, pertinentes et proportionnées. »

Art. 150 - Dans la même section, l'article 9.12 est inséré comme suit :

« *Art. 9.12 - Utilisation des données à des fins d'analyses et de statistiques*

Le Gouvernement recourt en principe à des données anonymes à des fins d'analyses et de statistiques concernant l'exécution de ses tâches.

Si les données anonymes visées à l'alinéa 1^{er} ne permettent pas d'établir des analyses et des statistiques complètes, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Aux fins de l'application de l'alinéa 2, le Gouvernement mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas l'établissement des analyses et statistiques visées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 151 - Dans la même section, l'article 9.13 est inséré comme suit :

« *Art. 9.13 - Durée du traitement des données*

Sans préjudice d'autres dispositions législatives, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, une durée de conservation plus longue, les données sont traitées et conservées pendant dix ans à compter de la décision du Gouvernement.

Sans préjudice des dispositions relatives aux archives, elles sont détruites au plus tard à l'expiration du délai visé à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 152 - Dans la même section, l'article 9.14 est inséré comme suit :

« Art. 9.14 - *Mesures de sécurité*

Le Gouvernement fixe, le cas échéant, les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par la présente section. »

Art. 153 - À l'article 93.70, alinéa 8, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spéciales, inséré par le décret du 26 juin 2017 et modifié par le décret du 28 juin 2021, la phrase suivante est insérée entre la phrase 2 et la phrase 3, qui devient la phrase 4 :

« Pour ce faire, il utilise un formulaire de demande établi par le Gouvernement, qui comprend les informations suivantes :

1° identité et coordonnées de l'élève :

- a) nom de famille et prénom ;
- b) lieu de résidence : rue, numéro, code postal et localité ;
- c) date de naissance ;
- d) langue maternelle ;

2° Informations sur le contexte scolaire :

- a) école ;
- b) niveau d'enseignement ;
- c) classe fréquentée et année scolaire ;
- d) date de la première inscription ;
- e) durée de la scolarisation en tant que primo-arrivant ;
- f) existence de besoins éducatifs particuliers ;
- g) formation et statut de l'enseignant ;

3° Motifs de demande de prolongation du statut d'élève primo-arrivant Exceptions :

- a) existence de restrictions liées à la santé ;
- b) nombre d'absences de l'élève ;
- c) niveau de langue de l'élève ;
- d) autres ;

4° Demande de prolongation du statut d'élève primo-arrivant. »

Art. 154 - Au chapitre VIII *quinquies* du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2017 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, est insérée la section 6 suivante, qui comprend les articles 93.81.1 à 93.81.8 :

« Section 6 - Protection des données »

Art. 155 - À la section 6 du chapitre VIII *quinquies* du même décret, l'article 93.81.1 est inséré comme suit :

« Art. 93.81.1 - *Confidentialité*

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, toute personne qui participe, à quelque titre que ce soit, à l'application du présent chapitre est tenue de garder confidentielles les informations qui lui sont confiées dans l'exercice de sa mission. »

Art. 156 - Dans la même section, l'article 93.81.2 est inséré comme suit :

« *Art. 93.81.2 - Traitement des données à caractère personnel dans le cadre de la scolarisation des élèves primo-arrivants*

Sans préjudice de l'article 93.81.3, le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel visées à l'article 93.81.4 au sens de l'article 4, point 7, du Règlement général sur la protection des données.

Le Gouvernement collecte et traite des données à caractère personnel en vue de l'exécution de ses missions légales ou décrétales, notamment en ce qui concerne les missions visées aux articles 93.69, 93.70 et 93.71 du présent décret. Le Gouvernement ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exécution de ses missions légales ou décrétales.

Le traitement des données à caractère personnel est effectué dans le respect de la législation applicable en matière de protection des données.

Dans ce contexte, le Gouvernement attire l'attention de son personnel et de ses conseillers externes sur leurs obligations en matière de sécurité de l'information et de protection des données. »

Art. 157 - Dans la même section, l'article 93.81.3 est inséré comme suit :

« *Art. 93.81.3 - Traitement des données relatives concernant la santé*

Le traitement des données concernant la santé des personnes concernées est effectué sous la responsabilité d'un professionnel de la santé. »

Art. 158 - Dans la même section, l'article 93.81.4 est inséré comme suit :

« *Art. 93.81.4 - Catégories de données*

§ 1^{er} - Le chef d'établissement ou, dans l'enseignement officiel subventionné, le pouvoir organisateur peut collecter et traiter toutes les données à caractère personnel adéquates, pertinentes et proportionnées, conformément à l'article 93.81.2, pour les catégories de données suivantes :

1° Données relatives à l'identité et aux coordonnées de l'élève :

a) nom de famille et prénom ;

b) lieu de résidence : rue, numéro, code postal et localité ;

2° Données relatives à la date de naissance de l'élève ;

3° Données relatives à l'identité et aux coordonnées des personnes investies de l'autorité parentale de l'élève :

a) nom de famille et prénom ;

b) lieu de résidence : rue, numéro, code postal et localité ;

4° Données relatives à la fréquentation scolaire et aux absences de l'élève ;

5° Données relatives aux compétences linguistiques de l'élève ;

6° Données relatives à la santé et au développement de l'élève :

a) existence de besoins éducatifs particuliers ;

b) compensation des désavantages dus à des compétences insuffisantes dans la langue d'enseignement et protection des notes due à des compétences insuffisantes dans la langue d'enseignement et dans les langues étrangères ;

7° Données relatives à la formation et au statut de l'enseignant.

Les catégories de données énumérées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins suivantes :

1° Première inscription ou réinscription en tant qu'élève primo-arrivant dans l'enseignement maternel conformément à l'article 93.69, § 1^{er}, alinéas 1-3 ;

2° Demande de première ou de nouvelle inscription en tant qu'élève primo-arrivant dans l'enseignement primaire ordinaire et octroi d'un capital emplois pour l'organisation de cours ou de

classes d'apprentissage linguistique conformément à l'article 93.70, alinéas 1^{er} à 3 ;

3° Demande à l'inspection scolaire concernant les questions d'inscription ou de date d'intégration définitive dans l'enseignement primaire ordinaire, conformément à l'article 93.70, alinéa 7 ;

4° Demande d'inscription en tant qu'élève primo-arrivant dans l'enseignement secondaire ordinaire conformément à l'article 93.71, alinéa 1^{er} ;

5° Test du niveau de langue de l'élève conformément à l'article 93.69, § 1^{er}, alinéa 4 et à l'article 93.70, alinéa 4.6.

§ 2 - Le Gouvernement peut traiter toutes les données à caractère personnel adéquates, pertinentes et proportionnées, conformément à l'article 93.81.2, des catégories de données suivantes :

1° Données relatives à l'identité et aux coordonnées de l'élève :

- a) nom de famille et prénom ;
- b) lieu de résidence : rue, numéro, code postal et localité ;

2° Données relatives à la date de naissance de l'élève ;

3° Données relatives à l'identité et aux coordonnées des personnes investies de l'autorité parentale de l'élève :

- a) nom de famille et prénom ;
 - b) lieu de résidence : rue, numéro, code postal et localité ;
- 4° Données relatives à la fréquentation scolaire et aux absences de l'élève ;

5° Données relatives aux compétences linguistiques de l'élève ;

6° Données relatives à la santé et au développement de l'élève :

- a) existence de besoins éducatifs particuliers ;
- b) compensation des désavantages dus à des compétences insuffisantes dans la langue d'enseignement et protection des notes due à des compétences insuffisantes dans la langue d'enseignement et dans les langues étrangères ;

7° Données relatives à la formation et au statut de l'enseignant.

Les catégories de données énumérées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins suivantes :

1° Première inscription ou réinscription en tant qu'élève primo-arrivant dans l'enseignement maternel conformément à l'article 93.69, § 1^{er}, alinéas 1-3 ;

2° Approbation ou rejet de la demande de première inscription ou de réinscription en tant qu'élève primo-arrivant dans l'enseignement primaire ordinaire, conformément à l'article 93.70, alinéa 6 ;

3° Inscription en tant qu'élève primo-arrivant dans l'enseignement secondaire ordinaire conformément à l'article 93.71, alinéa 1^{er} ;

4° Octroi d'un capital-emploi pour l'organisation de cours ou de classes d'apprentissage linguistique conformément à l'article 93.70, alinéa 3, et à l'article 93.71, alinéa 4.

§ 3 - L'inspection scolaire visée à l'article 93.70, alinéa 7, peut traiter toutes les données à caractère personnel adéquates, pertinentes et proportionnées conformément à l'article 93.81.2 pour les catégories de données suivantes :

1° Données relatives à l'identité et aux coordonnées de l'élève :

- a) nom de famille et prénom ;
- b) lieu de résidence : rue, numéro, code postal et localité ;

2° Données relatives à la date de naissance de l'élève ;

3° Données relatives à l'identité et aux coordonnées des personnes investies de l'autorité parentale de l'élève :

- a) nom de famille et prénom ;
 - b) lieu de résidence : rue, numéro, code postal et localité ;
- 4° Données relatives à la fréquentation scolaire et aux absences de l'élève ;

5° Données relatives aux compétences linguistiques de l'élève ;

6° Données relatives à la santé et au développement de l'élève :

- a) existence de besoins éducatifs particuliers ;

b) compensation des désavantages dus à des compétences insuffisantes dans la langue d'enseignement et protection des notes due à des compétences insuffisantes dans la langue d'enseignement et dans les langues étrangères ;

7° Données relatives à la formation et au statut de l'enseignant.

Les catégories de données énumérées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins suivantes :

1° Émettre un avis en vue de la décision du Gouvernement d'approuver ou de rejeter la demande de première inscription ou de réinscription en tant qu'élève primo-arrivant dans l'enseignement primaire ordinaire, conformément à l'article 93.70, alinéa 6 ;

2° Décider des questions relatives à l'inscription ou à la date d'intégration définitive dans l'enseignement primaire ordinaire, conformément à l'article 93.70, alinéa 7.

§ 4 - Le conseil d'intégration interne à l'école visé à l'article 93.74 peut traiter toutes les données à caractère personnel adéquates, pertinentes et proportionnées conformément à l'article 93.81.2 pour les catégories de données suivantes :

1° Données relatives à l'identité et aux coordonnées de l'élève :

a) nom de famille et prénom ;

b) lieu de résidence : rue, numéro, code postal et localité ;

2° Données relatives à la date de naissance de l'élève ;

3° Données relatives à l'identité et aux coordonnées des personnes investies de l'autorité parentale de l'élève :

a) nom de famille et prénom ;

b) lieu de résidence : rue, numéro, code postal et localité ;

4° Données relatives à la fréquentation scolaire et aux absences de l'élève ;

5° Données relatives aux compétences linguistiques de l'élève ;

6° Données relatives à la santé et au développement de l'élève :

a) données relatives à la santé physique ;

b) existence de besoins éducatifs particuliers ;

c) compensation des désavantages dus à des compétences insuffisantes dans la langue d'enseignement et protection des notes due à des compétences insuffisantes dans la langue d'enseignement et dans les langues étrangères ;

7° Données relatives à la formation et au statut de l'enseignant.

Les catégories de données énumérées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées aux fins suivantes :

1° Demande de prolongation de séjour dans une classe d'apprentissage linguistique auprès du Gouvernement conformément à l'article 93.70, alinéa 8, et à l'article 93.72, § 1^{er}, alinéa 1^{er} ;

2° Décision de prolonger le séjour dans une classe d'apprentissage linguistique conformément à l'article 93.71, alinéa 3 ;

3° Orientation sur le parcours scolaire ultérieur de l'élève primo-arrivant conformément à l'article 93.71, alinéa 5 ;

4° Décision d'intégration définitive des élèves de l'enseignement secondaire ordinaire dans une année d'études et une filière conformément à l'article 93.71, alinéa 5, et à l'article 93.72, §2, alinéa 2 ;

5° Décision d'admettre les élèves de l'enseignement fondamental ordinaire visés aux articles 93.69 et 93.70 à une année scolaire déterminée de l'enseignement fondamental ordinaire, conformément à l'article 93.72, §1^{er}, alinéa 1^{er} ;

6° Recommandation relative aux mesures de compensation des désavantages liés à un manque de compétences dans la langue d'enseignement pour les élèves primo-arrivants dans l'enseignement fondamental ordinaire, conformément à l'article 93.72, § 1^{er}, alinéa 1^{er} ;

7° Rédaction d'un avis sur l'intégration d'un élève primo-arrivant de l'enseignement secondaire, fréquentant une classe d'apprentissage linguistique, dans l'enseignement d'une école secondaire ordinaire et recommandations sur la poursuite du soutien ainsi que sur les mesures de compensation des désavantages en raison de compétences insuffisantes dans la langue d'enseignement, conformément à l'article 93.72, § 2, alinéa 1^{er}.

Art. 159 - Dans la même section, l'article 93.81.5 est inséré comme suit :

« *Art. 93.81.5 - Coopération*

Le Gouvernement coopère avec les écoles ordinaires de la Communauté germanophone ainsi qu'avec le conseil d'intégration visé à l'article 93.74, qui participent à la scolarisation des élèves primo-arrivants. À cette fin, lesdits établissements échangent les données visées à l'article 93.81.4 concernant les élèves primo-arrivants lorsque la transmission des informations est nécessaire dans l'intérêt de l'élève et que les informations transmises sont adéquates, pertinentes et proportionnées. »

Art. 160 - Dans la même section, l'article 93.81.6 est inséré comme suit :

« *Art. 93.81.6 - Utilisation des données à des fins d'analyses et de statistiques*

Le Gouvernement privilégie en principe l'utilisation de données anonymes à des fins d'analyses et de statistiques relatives à l'exécution de ses missions dans le cadre du présent chapitre.

Celles-ci servent, d'une part, à déterminer les besoins financiers et, d'autre part, à élaborer une politique générale en matière d'enseignement.

Si les données anonymes visées à l'alinéa 1^{er} ne permettent pas d'établir des analyses et des statistiques complètes, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Aux fins de l'application de l'alinéa 2, le Gouvernement mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas l'établissement des analyses et statistiques visées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 161 - Dans la même section, l'article 93.81.7 est inséré comme suit :

« *Art. 93.81.7 - Durée du traitement des données*

Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires qui prévoient, le cas échéant, une durée de conservation plus longue, les données sont traitées et conservées pendant dix ans à compter de la date d'inscription de l'élève.

Sans préjudice des dispositions relatives aux archives, elles sont détruites au plus tard à l'expiration du délai visé à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 162 - Dans la même section, l'article 93.81.8 est inséré comme suit :

« *Art. 93.81.8 - Mesures de sécurité*

Le Gouvernement fixe, le cas échéant, les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par la présente section. »

CHAPITRE 4 - MATIÈRES RÉGIONALES TRANSFÉRÉES

Section 1 - Emploi

Art. 163 - Dans le décret du 26 juin 2000 portant création d'un Conseil économique et social de la Communauté germanophone, tel que modifié par le décret du 27 avril 2009, est inséré le chapitre I^{er} suivant, auquel sont rattachés les articles 1 à 3 :

« CHAPITRE I - DISPOSITIONS GÉNÉRALES »

Art. 164 - À l'article 12, § 3, du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail

intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, les mots « de déposer chaque année auprès du Gouvernement un rapport d'activité dans le cadre des conditions fixées par le Gouvernement. Le rapport d'activité comprend notamment des données anonymisées relatives aux domaines suivants : » sont remplacés par les mots « de fournir, à la demande du Gouvernement, des données anonymisées relatives aux domaines suivants : ».

Art. 165 - L'intitulé du chapitre VI du même décret est remplacé par ce qui suit :

« CHAPITRE VI - TABLES RONDES SUR LE PLACEMENT ET LE PLACEMENT D'INTÉRIMAIRES »

Art. 166 - L'article 16 du même décret, modifié par le décret du 13 novembre 2023, est modifié comme suit :

1° L'alinéa 1^{er} est remplacé comme suit :

« Le Gouvernement organise à intervalles réguliers des tables rondes avec les agences de travail intérimaire, le service et des représentants des employeurs et des travailleurs. »

2° À l'alinéa 2, les mots « de la plate-forme sur le placement et sur le placement et le placement d'intérimaires » sont remplacés par les mots « des tables rondes ».

3° Les alinéas 3 et 4 sont remplacés par le texte suivant :

« Le Gouvernement invite les participants aux tables rondes en tenant compte des sujets de discussion.

Le Gouvernement peut définir d'autres modalités d'organisation des tables rondes. »

Art. 167 - À l'article 55, alinéa 1^{er}, du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, les mots « Sans préjudice de l'application de l'article 56 » sont supprimés.

Art. 168 - L'article 56 du même décret est abrogé.

Art. 169 - L'article 4, § 1^{er}, alinéa 9, du décret du 27 mars 2023 relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi, modifié par le décret du 22 mai 2023 et par le décret du 29 janvier 2024, est remplacé comme suit :

« 9° Décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement ; »

Art. 170 - À l'article 3, 23°, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, modifié par le décret du 13 novembre 2023, les mots « Office pour une vie autodéterminée désigné par le Gouvernement » sont supprimés.

Art. 171 - L'article 4, § 4, du même décret est modifié comme suit :

1° L'alinéa 1^{er}, 3°, est remplacé comme suit :

« 3° à une date fixée par le Gouvernement, toutes les autres personnes inoccupées qui remplissent les conditions suivantes :

- a) elles perçoivent un revenu de remplacement belge ;
- b) elles ont 18 ans accomplis et n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite ;
- c) elles sont disponibles pour le marché de l'emploi. »

2° L'alinéa 2 est abrogé.

Art. 172 - À l'article 21, § 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 13 novembre 2023, les mots « Office pour une vie autodéterminée désigné par le Gouvernement » sont supprimés.

Art. 173 - L'article 32 du même décret, modifié par le décret du 13 novembre 2023, est modifié comme suit :

1° À l'alinéa 1^{er}, les mots « et l'Office de la Communauté germanophone pour une vie

autodéterminée élaborent conjointement » sont remplacés par le mot « élabore ».

2° L'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'Office de l'emploi procède en outre au moins tous les cinq ans à une évaluation de sa prestation de placement axé sur les besoins. »

Art. 174 - À l'article 35, alinéa 1^{er}, 6°, c), du même décret, entre le mot « réalisé » et les mots « un stage », sont insérés les mots « , en application du présent chapitre, ».

Art. 175 - À l'article 37, § 2, du même décret, les alinéas 3 et 4 sont insérés comme suit :

« Sans préjudice du § 4, 2°, le stage s'effectue sur une période continue.

Par dérogation à l'alinéa 3, la durée du stage fixée conformément aux alinéas 1^{er} et 2 et au § 4, 2°, peut être effectuée dans un délai maximal de neuf mois lorsque le stagiaire est l'une des personnes visées à l'article 33, alinéa 2, ou à l'article 3, 24°. »

Art. 176 - À l'article 38, alinéa 1^{er} du même décret, les mots « qui sera annexée à la convention de stage » sont remplacés par les mots « qui fera partie intégrante de la convention de stage ».

Art. 177 - À l'article 42, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « pour les jours de stage effectivement prestés » sont supprimés.

Art. 178 - À l'article 43, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « pour les jours de stage effectivement prestés » sont supprimés.

Art. 179 - À l'article 7 du décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement, est inséré l'alinéa 2 comme suit :

« Le Gouvernement peut établir des dispositions relatives à l'octroi et à la gestion des aides et des incitants à l'emploi ou à la formation. »

Art. 180 - À l'article 9 du même décret, les mots « Le Gouvernement peut » sont remplacés par les mots « Pour autant qu'elles ne fassent pas l'objet d'une réglementation particulière dans le présent chapitre, le Gouvernement peut ».

Art. 181 - L'article 5, alinéa 2, du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale est remplacé comme suit :

« La condition visée à l'alinéa 1^{er}, 6°, ne s'applique pas aux demandeurs qui disposent depuis moins de trois ans de leur agrément en tant qu'entreprise d'insertion sociale. »

Art. 182 - L'article 20, alinéa 1^{er}, 2°, b), du même décret est abrogé.

Section 2 - Inhumations et sépultures

Art. 183 - L'article 29, § 4 du décret du 14 février 2011 sur les funérailles et sépultures est abrogé.

Section 3 - Tourisme

Art. 184 - L'article 4, alinéa 2, 2°, du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme est remplacé comme suit :

« 2° de faire du marketing et du management de la Belgique de l'Est, région permettant de vivre de la nature, vers l'intérieur et l'extérieur ; »

Art. 185 - L'article 7, § 2, du même décret, tel que modifié par les décrets du 12 décembre 2019 et du 15 décembre 2022, est modifié comme suit :

1° Au point 1° b), les mots « point de contact commercial » sont remplacés par les termes « maison du tourisme » et les termes « plusieurs communes » sont remplacés par les termes « la Belgique de l'Est, région permettant de vivre la nature ».

2° Au point 1°, f), les termes « 17 dimanches ou » sont insérés entre les termes « ainsi que » et les termes « le dimanche ».

3° Au point 2°, c), les termes « le dimanche pendant les vacances d'été et » sont remplacés par les termes « 13 dimanches pendant les vacances scolaires en vigueur en Belgique ou ».

4° Au point 3°, c), les termes « le dimanche pendant les vacances d'été et » sont remplacés par les termes « 10 dimanches pendant les vacances scolaires en vigueur en Belgique ou ».

Art. 186 - L'article 22, § 1^{er}, alinéa 3, du même décret, inséré par le décret du 15 décembre 2021, est abrogé.

Section 4 - Aménagement du territoire et urbanisme

Art. 187 - L'article D.I.12.1, § 2, du Code wallon du Développement Territorial, inséré par le décret du 21 novembre 2022, est modifié comme suit :

1. Au point 6°, le point à la fin de la phrase est remplacé par un point-virgule.

2. Le point 7° est inséré comme suit :

« 7° de recettes provenant de frais de traitement lors de l'introduction d'une réclamation conformément à l'art. D.IV.63, § 4.

Art. 188 - À l'article D.II.57.2, alinéa 2, du même Code du Développement Territorial, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les termes « article D.68 » sont remplacés par les termes « article D.65 ».

Art. 189 - À l'article D.II.57.4, § 5 alinéa 2 du même Code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les termes « des articles D.64 et D.68 » sont remplacés par les termes « de l'article D.65 ».

Art. 190 - Au premier alinéa de l'article D.IV.34 du même code, modifié par les décrets du 12 décembre 2019 et du 21 novembre 2022, la mention « article D.68 » est remplacée par la mention « article D.65 »

Art. 191 - L'article D.IV.42, § 5, du même Code, remplacé par le décret du 21 novembre 2021 et modifié par le décret du 14 décembre 2023, est remplacé comme suit :

« § 5 - L'envoi au demandeur de l'accord de l'autorité compétente ou de la demande de celle-ci a pour effet d'interrompre les délais visés aux articles D.IV.46, D.IV.47 et D.IV.48 pour une durée maximale de 180 jours. Une copie est transmise au Gouvernement ou, selon le cas, au collège communal.

Au plus tard 180 jours après l'envoi de l'accord visé à l'alinéa 1^{er}, ou sur demande, Le demandeur transmet les plans modificatifs et le complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences à l'autorité compétente. Il est transmis autant d'exemplaires de ces pièces que pour la demande initiale.

En cas d'envoi ou de dépôt des documents visés à l'alinéa 2 dans le délai imparti, la procédure reprend selon les modalités prévues à l'article D.IV.33. Les nouveaux délais de décision sont fixés sur la base des plans modificatifs et du complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences conformément à l'article D.IV.46, alinéa 1^{er}, ou à l'article D.IV.48, alinéa 1^{er}.

À défaut d'envoi ou de dépôt des documents visés à l'alinéa 2 dans un délai de 180 jours, il est mis fin à la suspension des délais visés aux articles D.IV.46, D.IV.47 et D.IV.48 et la procédure est poursuivie conformément au délai initial. »

Art. 192 - À l'article D.IV.63 du même code, modifié en dernier lieu par le décret du 14 décembre 2023, les §§ 4 et 5 sont insérés comme suit :

« § 4 - Des frais de traitement sont perçus pour le dépôt de la réclamation.

Le Gouvernement fixe le montant des frais de traitement ainsi que les modalités de leur paiement.

Le paiement de la somme est effectué au profit du Fonds pour la durabilité visé à l'article D.I.12.1.

§ 5 - Sous peine d'irrecevabilité, la réclamation doit contenir la preuve du paiement des frais de traitement prévus au § 4 »

Art. 193 - À l'article D.IV.109.8 du même code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, la mention « article D.68 » est remplacée par la mention « article D.65 ».

Art. 194 - À l'article D.VII.13, alinéa 2 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « au regard de l'article D.66 du Livre I^{er} du Code de l'Environnement » sont remplacés par les mots « au regard de l'article D.62, § 2 et des critères de sélection pertinents visés à l'annexe III du Livre I^{er} du Code de l'Environnement ».

Art. 195 - L'article D.VII.18 du même Code, remplacé par le décret du 21 novembre 2022 et modifié par le décret du 14 décembre 2023, est modifié comme suit :

1° Le § 3, alinéa 4, 1°, est remplacé comme suit :

« 1° soit à la commune, lorsque l'infraction a été constatée, à l'initiative de la commune, par les officiers de police judiciaire et les agents constatateurs visés à l'article D.VII.3, 1°, ou par les fonctionnaires et agents techniques visés à l'article D.VII.3, 2° ; »

2° Le § 4, alinéa 3, 1°, est remplacé comme suit :

« 1° soit à la commune, lorsque l'infraction a été constatée, à l'initiative de la commune, par les officiers de police judiciaire et les agents constatateurs visés à l'article D.VII.3, 1°, ou par les fonctionnaires et agents techniques visés à l'article D.VII.3, 2° ; »

Art. 196 - À l'article D.VIII.1, 4°, du même Code, modifié par les décrets des 24 mai 2018 et 21 novembre 2022, les mots « articles D.64, § 2, et D.68, § 2 et § 3 » sont remplacés par les mots « articles D.64 et D.65 ».

Art. 197 - À l'article D.VIII.31, § 2, du même Code, modifié par les décrets des 24 mai 2018 et 21 novembre 2022, les termes « article D.64, § 2 » sont remplacés par les termes « article D.64 ».

(...)

CHAPITRE 6 - EXPROPRIATIONS

Art. 201 - L'article 1^{er}, 7°, du décret de la Région wallonne du 22 novembre 2018 relatif à la procédure d'expropriation est abrogé.

Art. 202 - À l'article 10, 2° du même décret, modifié par le décret du 29 mars 2021, les termes « et au fonctionnaire des implantations commerciales lorsqu'il est l'autorité compétente pour délivrer le permis ou obligatoirement appelé à rendre un avis en vertu du décret du 5 février 2015 relatif aux implantations commerciales » sont abrogés.

Art. 203 - L'article 11, alinéa 2, du même décret, modifié par le décret du 29 mars 2021, est remplacé comme suit :

« Dans le cadre de leur avis respectif, le Gouvernement se prononce, pour autant que les aspects “Aménagement du territoire” et “Urbanisme” soient concernés, exclusivement sur la base des informations contenues dans le dossier.

CHAPITRE 7 - DISPOSITIONS FINALES

Art. 204 - Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2025, à l'exception de :

1° l'article 23, l'article 78, 5°, l'article 79, 3° et 4°, l'article 87, l'article 94 et l'article 175, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2024 ;

2° les articles 129, 133 et 134, qui entrent en vigueur le 1^{er} octobre 2024 ;

3° les articles 153 à 162, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret ;

5° l'article 8, qui entre en vigueur le 15 juillet 2025 ;

6° les articles 167 et 168, qui entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2025 ;

7° l'article 115, 2°, qui entre en vigueur le 1^{er} janvier 2026.

Freddy CREMER

Stéphanie PAUELS

Evelyn JADIN